

Frühjahr 2024

*Deutsche Wirtschaft kränkt –
Reform der Schuldenbremse
kein Allheilmittel*

Unkorrigiert.
Sendesperrfrist:
27. März 2024
10:00 Uhr

GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE #1-2024

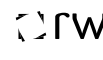
Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:

 **DIW** BERLIN

 **ifo** INSTITUT

 **ifw** KIEL INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT

 **IWH**
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

 **IWi**
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung

Dienstleistungsauftrag des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
www.diw.de



ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
www.ifo.de

ifo INSTITUT

in Kooperation mit:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo)
www.wifo.ac.at

Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)
www.ifw-kiel.de



Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
www.iwh-halle.de



RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
www.rwi-essen.de



in Kooperation mit:
Institut für Höhere Studien Wien
www.ihs.ac.at

Impressum

Abgeschlossen in Kiel am 25.03.2024
Herausgeber: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose
Bezug: Kiel Institut für Weltwirtschaft, Kiellinie 66, 24105 Kiel
Bezugspreis: 10 Euro
Satz: New Communication GmbH & Co. KG
Alle Rechte vorbehalten

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose legt hiermit ihre Analyse der Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft vor, die sie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erstellt hat. Das 148. Gutachten mit dem Titel

Deutsche Wirtschaft kränkt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel

enthält eine detaillierte Kurzfristprognose bis zum Jahr 2025 sowie eine mittelfristige Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahr 2028. Das Schwerpunktthema behandelt die Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Die Wirtschaft in Deutschland ist angeschlagen. Eine bis zuletzt zähe konjunkturelle Schwächephase geht mit schwindenden Wachstumskräften einher. In der lahmen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überlagern sich somit konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Zwar dürfte ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen, die Dynamik wird aber insgesamt nicht allzu groß ausfallen.

Zeitlich verzögert und in abgeschwächter Form hat das konjunkturelle Grundmuster, das die Institute im vergangenen Herbstgutachten gezeichnet hatten, im Prognosezeitraum weiterhin Bestand. Im laufenden Jahr avanciert der private Konsum zur wichtigsten Triebkraft für die Konjunktur. Nachdem der ab Mitte 2021 einsetzende Teuerungsschub die Massenkaukraft zwei Jahre lang drastisch geschwächt hatte, steigen die real verfügbaren Einkommen nun wieder deutlich. Zum einen bildet sich der kräftige Preisauftrieb weiter zurück, zum anderen werden nun mehr und mehr höhere Lohnabschlüsse wirksam, die zunächst nur verzögert an die hohe Geldentwertung angepasst werden konnten. Zudem schlägt auch bei den monetären Sozialleistungen in beiden Prognosejahren wieder ein deutliches reales Plus zu Buche. Damit fließt insgesamt mehr Kaufkraft an private Haushalte. Während somit in diesem Jahr die konsumbezogenen Auftriebskräfte dominieren, trägt im kommenden Jahr vermehrt das Auslandsgeschäft die Konjunktur.

Alles in allem revidieren die Institute ihre Prognose für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr gegenüber ihrem Herbstgutachten deutlich um 1,2 Prozentpunkte nach unten auf nunmehr 0,1 %. Die Prognose für die Rate im kommenden Jahr bleibt mit 1,4 % nahezu unverändert (Rücknahme um 0,1 Prozentpunkte), geht aber mit einem um über 30 Mrd. Euro geringeren Volumen der Wirtschaftsleistung einher. Die Werte für die jahresdurchschnittliche Veränderung überzeichnen die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik beider Jahre, die ausweislich der jeweiligen Verlaufsraten mit 1,0 % und 1,5 % weniger ausgeprägt sind. Gleichwohl verlagert sich die Erholung nunmehr stärker in das kommende Jahr.

Gespräche mit verschiedenen Institutionen haben im Vorfeld erneut sehr zum Gelingen der Gemeinschaftsdiagnose beigetragen. Hierfür danken wir allen Beteiligten aus den Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.

Die Gemeinschaftsdiagnose wäre nicht möglich ohne ein großes Team aus den beteiligten Instituten. Unmittelbar an der Gemeinschaftsdiagnose mitgewirkt haben:

Dr. György Barabas (RWI), Dr. Guido Baldi (DIW), Niklas Benner (RWI), Dr. Boris Blagov (RWI), Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe (IfW), Dr. Andreas Cors (IWH), Maximilian Dirks (RWI), Dr. Andrej Drygalla (IWH), Dr. Stefan Ederer (WIFO), Franziska Exß (IWH), Dr. Ines Fortin (IHS), Friederike Fourné (ifo), Prof. Dr. Britta Gehrke (DIW), Dr. Klaus-Jürgen Gern (IfW), Dr. Dominik Groll (IfW), Dr. Daniela Grozea-Helmenstein (IHS), Dr. Katja Heinisch (IWH), Timo Hoffmann (IfW), Dr. Pia Hüttel (DIW), Niklas Isaak (RWI), Dr. Nils Jannsen (IfW), Dr. Robin Jessen (RWI), Martina Kämpfe (IWH), Dr. habil. Konstantin Kholodilin (DIW), Dr. Florian Kirsch (RWI), Prof. Dr. Tobias Knedlik (IWH), Dr. Sebastian Koch (IHS), Boris Kozyrev (IWH), Clara Krause (RWI), Frederik Kurcz (DIW), Max Lay (ifo), Dr. Robert Lehmann (ifo), Dr. Axel Lindner (IWH), Dr. Sebastian Link (ifo), Dr. Wan-Hsin Liu (IfW), Sascha Möhrle (ifo), Theresa Neef (DIW), Laura Pagenhardt (DIW), Ann-Christin Rathje (ifo), Jan Reents (IfW), Marie Rullière (DIW), Philip Schacht (RWI), Moritz Schasching (ifo), Dr. Jan-Christopher Scherer (DIW), Dr. Teresa Schildmann (DIW), Dr. Stefan Schimann-Vulkan (WIFO), Christian Schröder (IfW), Birgit Schultz (IWH), Nils Sonnenberg (IfW), Dr. Ruben Staffa (DIW), Kristin Trautmann (DIW), PD Dr. Klaus Weyerstraß (IHS), Gerome Wolf (ifo), Lara Zarges (ifo), Dr. Götz Zeddies (IWH).

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institute trugen zum Gelingen dieses Gutachtens bei. Hierfür danken wir herzlich. Für die organisatorische Unterstützung danken wir Lisa Neumann stellvertretend für alle beteiligten Kräfte des IfW Kiel ebenso wie dem dortigen Redaktionsteam, das die Druckfassung erstellt hat.

Kiel, den 25. März 2024

Prof. Dr. Stefan Kooths
Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

Dr. Timm Bönke
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW)

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Prof. Dr. Torsten Schmidt
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Kurzfassung	9
1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	16
Überblick	16
Inflation gesunken – Zinssenkungen in Sicht	16
Ausblick	18
Risiken	19
Die Regionen im Einzelnen	20
Fokus: Zur aktuellen Schwäche des Welthandels	22
Postpandemische Effekte	23
Längerfristige Strukturfaktoren	23
Handelspolitische Bremsen	24
Ausblick: Konjunkturrell verbessert – strukturell weiter gedämpft	24
Konjunktur im Euroraum	24
EZB bereitet Zinssenkungen vor	25
Rückgang der Haushaltsdefizite verlangsamt sich	27
Konjunktur im Euroraum belebt sich langsam	28
Fokus: Zur Diskussion um die öffentlichen Haushaltsregeln in der EU	28
Fiskalregeln in der EU	29
Wirkungen von Fiskalregeln	30
Konsolidierungsdruck durch höhere Zinslasten	31
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	34
Überblick	34
Risiken	37
Gegenwind von den Finanzierungsbedingungen flaut allmählich ab	38
Finanzpolitik bremst im Prognosezeitraum	39
Die Entwicklung im Einzelnen	41
Außenhandel: Erholung in Sicht	41
Unsicherheit lastet auf Ausrüstungsinvestitionen – Militärausgaben stützen	44
Wohnbau vorerst weiter auf Talfahrt – Nichtwohnbau stabilisiert	45
Privater Konsum im Aufwind	46
Staatskonsum zieht auf hohem Niveau weiter an	47
Produktion erholt sich nur zögerlich	48
Konjunkturschwäche bremst den Arbeitsmarkt	50
Einmalzahlungen akzentuieren Lohndynamik	51
Inflation wieder in ruhigerem Fahrwasser	52
Sinkende Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten	54

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion	60
Schätzung des Produktionspotenzials	60
Internationale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Projektion	63
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2028	64
4. Zur Wirtschaftspolitik	66
Entwicklung der deutschen Staatsschulden	66
Entwicklung der öffentlichen Investitionen	67
Reformvorschlag der Deutschen Bundesbank	69
Gesamtstaatliches Finanzgefüge reformieren und Schuldenbremse behutsam anpassen	70
5. Zur Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland	71
Geburtendefizit, Nettozuwanderung und Bevölkerungswachstum	71
Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt	72
Tempo der Arbeitsmarktintegration	72
Bedeutung der Migration für den Arbeitsmarkt	74
Beschäftigungsumfang	76
Qualifikationsprofile	77
Branchenunterschiede	79
Internationaler Vergleich	79
Nettomigration in der Potenzialschätzung	81
Auswirkungen auf das Produktionspotenzial	82
Fazit	84
Anhang: Hauptaggregate der Sektoren	86
Anhang: VGR-Tabellen	89

Verzeichnis der Abbildungen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Abbildung 1.1	Gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt	17
Abbildung 1.2	Prognoserevision	18
Abbildung 1.3	Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in der OECD in %	22
Abbildung 1.4	Welthandel, Welt-Bruttoinlandsprodukt und Welt-Industrieproduktion	23
Abbildung 1.5	Handelsintensität der chinesischen Industrieproduktion	23
Abbildung 1.6	Anzahl neuer handelspolitischer Maßnahmen weltweit	24
Abbildung 1.7	Teuerung und Inflationsbeiträge	25
Abbildung 1.8	Zur monetären Lage im Euroraum	26
Abbildung 1.9	Anzahl der EU-Länder mit nationalen Fiskalregeln	30
Abbildung 1.10	Veränderung der durchschnittlichen staatlichen Bruttoanlageinvestitionen und Veränderung des Standardised Fiscal Rules Index	31
Abbildung 1.11	Veränderung der Schuldenstandsquote seit 2019	31
Abbildung 1.12	Impliziter Zins der Staatsverschuldung	32
Abbildung 1.13	Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis	32

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2.1	Kapazitätsauslastung	35
Abbildung 2.2	Bruttoinlandsprodukt	36
Abbildung 2.3	Revisionen des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM)	37
Abbildung 2.4	Warenexporte und weltwirtschaftliche Aktivität	41
Abbildung 2.5	Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen	42
Abbildung 2.6	Exporte	43
Abbildung 2.7	Importe	43
Abbildung 2.8	Investitionen in Ausrüstungen	44
Abbildung 2.9	Bauinvestitionen	45
Abbildung 2.10	Konsumausgaben der privaten Haushalte	47
Abbildung 2.11	Erwerbstätige	50
Abbildung 2.12	Arbeitslose	51
Abbildung 2.13	Verbraucherpreise	52
Abbildung 2.14	Verbraucherpreise ohne Energie	53
Abbildung 2.15	Verbraucherpreise für Strom und Gas	53
Abbildung 2.16	Struktureller Primärsaldo	57

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Abbildung 3.1	Komponenten der Veränderung des Arbeitsvolumens nach modifizierter EU-Methode (MODEM)	61
Abbildung 3.2	Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM)	62
Abbildung 3.3	Produktionspotenzial (MODEM): Differenz zur Schätzung im Herbst 2019 (in %) und Revision der Wachstumsbeiträge (in Prozentpunkten)	63

Abbildung 3.4	Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode	64
Abbildung 3.5	Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde: Tatsächliche und potenzielle Produktivität	65

4. Zur Wirtschaftspolitik

Abbildung 4.1	Schulden und Investitionen der Gebietskörperschaften	67
Abbildung 4.2	Nettoinvestitionsquote nach Gebietskörperschaften	68
Abbildung 4.3	Bruttoinvestitionsquote nach Gebietskörperschaften	68

5. Zur Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland

Abbildung 5.1	Komponenten des Bevölkerungswachstums	71
Abbildung 5.2	Migration und Bevölkerungswachstum in den G 7 Staaten	71
Abbildung 5.3	Wanderungen nach Staatsangehörigkeit	72
Abbildung 5.4	Erwerbstätigenquote von Zuwanderern nach Aufenthaltsdauer	73
Abbildung 5.5	Erwerbstätigenquote von Geflüchteten nach Aufenthaltsdauer und Zuzugskohorte	73
Abbildung 5.6	Struktur der Erwerbstätigkeit von Geflüchteten nach Aufenthaltsdauer	74
Abbildung 5.7	Beschäftigungsaufbau nach Staatsangehörigkeit	75
Abbildung 5.8	Beschäftigungs-, Partizipations- und Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit	76
Abbildung 5.9	Berufliche Anforderungsniveaus nach Staatsangehörigkeit	77
Abbildung 5.10	Ausländeranteil nach Branchen (Top 10 und Bottom 10)	78
Abbildung 5.11	Anteil ausländische Bevölkerung nach Herkunftsländern	79
Abbildung 5.12	Erwerbsbeteiligung nach Migrationsstatus im Jahr 2022	80
Abbildung 5.13	Realisierter Wanderungssaldo und Annahmen der Potenzialschätzungen der Institute	81
Abbildung 5.14	Realisierte Erwerbsbevölkerung und Annahmen der Potenzialschätzungen der Institute	82
Abbildung 5.15	Annahmen der Potenzialschätzung zur Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten (ohne Ukraine)	83

Verzeichnis der Tabellen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Tabelle 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt	19
Tabelle 1.2	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA	20
Tabelle 1.3	Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern des Euroraums	27
Tabelle 1.4	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum	28
Tabelle 1.5	Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union	29

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2.1	Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts.....	34
Tabelle 2.2	Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts	35
Tabelle 2.3	Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts.....	36
Tabelle 2.4	Eckdaten der Prognose für Deutschland.....	37
Tabelle 2.5	Annahmen der Prognose.....	39
Tabelle 2.6	Finanzpolitische Maßnahmen.....	40
Tabelle 2.7	Indikatoren zur Außenwirtschaft.....	44
Tabelle 2.8	Bauinvestitionen.....	46
Tabelle 2.9	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen.....	48
Tabelle 2.10	Arbeitsmarktbilanz.....	51
Tabelle 2.11	Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept).....	52
Tabelle 2.12	Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren.....	55
Tabelle 2.13	Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates.....	56
Tabelle 2.14	Prognose für das Jahr 2023 und tatsächliche Entwicklung.....	58
Tabelle 2.15	Zerlegung des Prognosefehlers des Herbstgutachtens für das Jahr 2023.....	59

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Tabelle 3.1	Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode und modifizierter EU-Methode.....	62
Tabelle 3.2	Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum.....	64
Tabelle 3.3	Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts.....	65

5. Zur Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland

Tabelle 5.1	Genauigkeit der Prognosen der Nettomigration 2014-2022.....	81
-------------	---	----

Verzeichnis der Kästen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Kasten 1.1	Die reformierte Haushaltsüberwachung in der EU.....	33
------------	---	----

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Kasten 2.1	Prognoseevaluation für das Jahr 2023.....	57
------------	---	----

Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel

Die Wirtschaft in Deutschland ist angeschlagen. Eine bis zuletzt zähe konjunkturelle Schwächephase geht mit schwindenden Wachstumskräften einher. In der lahmen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überlagern sich somit konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Zwar dürfte ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen, die Dynamik wird aber insgesamt nicht allzu groß ausfallen.

Derzeit bewegt sich die Wirtschaftsleistung auf einem Niveau, das kaum über dem vor der Pandemie liegt. Seitdem tritt die Produktivität auf der Stelle, und die inzwischen um über 600 000 höhere Zahl der Erwerbstätigen kompensiert im Wesentlichen nur die niedrigere durchschnittlich geleistete Arbeitszeit. Hierbei spielt allerdings auch der gegenüber dem Trend weiterhin stark erhöhte Krankenstand eine Rolle. Sofern sich dieser – wie von den Instituten unterstellt – bis zum Ende des kommenden Jahres zurückbildet, steht wieder ein um 1,5 % höheres Arbeitsvolumen zur Verfügung.

Das von den Instituten im vergangenen Herbst bereits für das Winterhalbjahr erwartete Anziehen der Wirtschaftsleistung ist ausgeblieben, auch wenn sich der private Konsum als leicht stützend erwiesen hat. Außen- wie binnenwirtschaftlich gab es mehr Gegen- als Rückenwind. So sind die deutschen Ausfuhren gesunken, während die weltwirtschaftliche Aktivität bis zuletzt gestiegen ist. Dies liegt vor allem daran, dass die für die deutschen Exportunternehmen bedeutsame Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern schwach

blieb. Insbesondere bei energieintensiven Gütern hat auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gelitten, und Produktion ist ins Ausland abgewandert.

Nach wie vor gehen die Institute davon aus, dass sich das Verhältnis aus Welthandel und Weltproduktion allmählich normalisiert. Im Zuge eines wieder stärkeren Gleichlaufs sollten sich auch für deutsche Exporteure die Absatzaussichten aufhellen, insbesondere in den für sie bedeutsamen Güterkategorien. Impulse für die Konjunktur sind von dieser Seite aber nicht vor Mitte des laufenden Jahres zu erwarten. Während in diesem Jahr die konsumbezogenen Auftriebskräfte dominieren, wozu auch ein robuster Arbeitsmarkt beiträgt, treibt im kommenden Jahr vermehrt das Auslandsgeschäft die Konjunktur.

Alles in allem revidieren die Institute ihre Prognose für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr gegenüber ihrem Herbstgutachten deutlich um 1,2 Prozentpunkte nach unten auf nunmehr 0,1 %. Die Prognose für die Rate im kommenden Jahr bleibt mit 1,4 % nahezu unverändert (Rücknahme um 0,1 Prozentpunkte), geht aber mit einem um über 30 Mrd. Euro geringeren Volumen der Wirtschaftsleistung einher. Die Werte für die jahresdurchschnittliche Veränderung überzeichnen die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik beider Jahre, die ausweislich der jeweiligen Verlaufsraten mit 1,0 % und 1,5 % weniger ausgeprägt sind. Gleichwohl verlagert sich die Erholung nunmehr stärker in das kommende Jahr.

Im Jahr 2023 expandierte die **Weltwirtschaft** zwar nur in moderatem Tempo, sie zeigte sich angesichts vielfältiger Belastungen aber insgesamt recht robust. Nachdem sich die internationale Konjunktur im Verlauf des zweiten Halbjahres 2023 abgeschwächt hatte, scheint sie zu Beginn des Jahres 2024 wieder etwas an Schwung zu gewinnen. Die Stimmungsindikatoren haben sich verbessert, und an den Finanzmärkten sind die Aktienkurse stark gestiegen. Anregend wirkt, dass die Energiepreise wieder niedriger sind und die inflationsbedingt gesunkene Kaufkraft in den meisten Ländern inzwischen wieder steigt.

Das **internationale Konjunktur** ist sektoral und regional stark differenziert. So expandierten die Dienstleistungen im vergangenen Jahr deutlich stärker als die Industrie. Der Welthandel mit Waren ging sogar spürbar zurück. Unter den großen Ländern expandierte die US-Wirtschaft überraschend stark, während die Produktion in der Europäischen Union (EU) und in Großbritannien nur geringfügig zunahm. In Japan rutschte die Wirtschaft im zweiten Halbjahr in eine Rezession. Differenziert war die Konjunktur auch innerhalb der Gruppe der Schwellenländer: In China wurde die wirtschaftliche Erholung von

der Pandemie durch die dortige Immobilienkrise beeinträchtigt. Rohstoffexportierende Volkswirtschaften, etwa in Südamerika, litten unter Preisrückgängen bei Getreide und Industriemetallen. Dagegen blieb das Expansions-tempo der indischen Wirtschaft hoch, und in Russland konnten die nach dem Angriff auf die Ukraine eingetretenen Einbußen im Handel mit Europa zunehmend durch mehr Austausch mit China und anderen Ländern Asiens ersetzt werden.

Der Rückgang der **Inflation** erfolgte vielerorts rascher als erwartet. Zwar sind die Erdölpreise im vergangenen Jahr nicht mehr zurückgegangen, seit dem Jahreswechsel sind sie sogar leicht aufwärtsgerichtet. Die Börsennotierungen für Erdgas liegen aber deutlich unter den Vorjahreswerten, insbesondere in Europa. Was zudem die Preise für Güter des Verarbeitenden Gewerbes weltweit dämpft, sind deflationäre Tendenzen in China. Entscheidend für die Frage, ob sich die Inflationsraten in den USA und in Europa im Verlauf dieses Jahres weiter zurückbilden und sich damit die Voraussetzungen für eine Lockerung der Geldpolitik einstellen werden, dürfte aber sein, ob sich die Löhne stabilitätsgerecht entwickeln. Während die Effektivlöhne zuletzt in beiden Wirtschaftsräumen mit Jahresraten in der Größenordnung von 4 bzw. 4 ½ % ähnlich stark stiegen, erhöhten sich die für die Kostenbelastung der Unternehmen ausschlaggebenden Lohnstückkosten in sehr unterschiedlichem Maße. Weil die Arbeitsproduktivität in den USA deutlich zulegt, stiegen sie dort moderat und sind mit dem Inflationsziel von 2 % vereinbar. Im Euroraum war die Arbeitsproduktivität hingegen zuletzt – auch wegen der schwachen Konjunktur – rückläufig und der Lohnstückkostenanstieg mit 5 ¾ % sehr stark. Allerdings ist damit zu rechnen, dass er sich im Prognosezeitraum auch im Euroraum verringert.

Alles in allem zeichnet sich für die USA und für den Euroraum ab dem Frühsommer eine **Zinswende** ab. Gleichwohl dürften die Leitzinsen trotz schrittweiser Senkung noch das ganze Jahr über so hoch sein wie kaum je seit der Finanzkrise. Unter völlig anderen Vorzeichen steht die Geldpolitik in China. Dort sucht die Politik zu verhindern, dass aus der Immobilienkrise eine allgemeine Finanzkrise wird. Auch die Finanzpolitik stützt dort die schwache Konjunktur und speziell den Immobiliensektor. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Ausrichtung der Finanzpolitik dagegen leicht restriktiv, auch weil die im Jahr 2022 ergriffenen Maßnahmen gegen den Energiekostenschub nun weitgehend entfallen sind. Angesichts der höheren Zinsen halten sich viele Regierungen bei zusätzlichen Ausgaben zurück, in Europa auch um fiskalpolitische Defizit- und Schuldenregeln einzuhalten. In den USA werden die Staatsausgaben durch den Parteienstreit im Kongress stark begrenzt. Allerdings können bereits verabschiedete und mittelfristig ausgerichtete Investitionspakete der Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin Impulse geben.

Die **Aussichten für die Weltkonjunktur** haben sich zuletzt zwar etwas verbessert, die wirtschaftliche Expansion dürfte aber moderat bleiben. Im Euroraum werden höhere Reallöhne den privaten Konsum stärken, und die Konjunktur wird sich spürbar beleben. Ein kräftiger Aufschwung ist indes nicht zu erwarten, denn die durch den Wegfall russischen Gases höheren Energiekosten haben die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verringert. Für die USA kann zwar die Tatsache optimistisch stimmen, dass die restriktive Geldpolitik dort bisher überraschend wenig gedämpft hat, zumal der Restriktionsgrad ab der Jahresmitte sinken dürfte. Allerdings dürfte die Expansion des privaten Konsums an Schwung verlieren, weil die zu Pandemiezeiten angehäuften Extra-Ersparnisse allmählich zur Neige gehen. Auch gibt es keine weiteren Impulse durch die Finanzpolitik, so dass für das nächste Jahr nur noch mit einem Produktionsanstieg zu rechnen ist, der in etwa der Wachstumsrate des Produktionspotenzials entspricht. In den Schwellenländern insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr in einem wenig veränderten Tempo zunehmen. In China belasten hartnäckige Probleme im Immobiliensektor, eine auch deshalb weiter gedämpfte Konsumneigung, deflationäre Tendenzen sowie die anhaltenden handelspolitischen Spannungen mit den USA; das Expansionstempo dürfte auf unter 5 % fallen.

Alles in allem rechnen die Institute mit einem Zuwachs der Weltproduktion um 2,5 % im Jahr 2024 und um 2,6 % im Jahr darauf. Die **Revision der Prognose** für die Weltproduktion beläuft sich für das Jahr 2024 auf 0,2 Prozentpunkte nach oben und für 2025 um 0,1 Prozentpunkt nach unten. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verändert sich der Produktionsanstieg im Jahresdurchschnitt mit Raten von 1,6 % im laufenden Jahr und 1,7 % im kommenden Jahr ebenfalls nur wenig. Während die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in etwa konstant bleiben, wird das Konjunkturgefälle zwischen den USA und Europa geringer, und die Dynamik im Verhältnis zwischen Dienstleistungen und Industrie dürfte sich wieder zugunsten der Industrie verschieben. Die Unternehmensinvestitionen, die auch im vergangenen Jahr weltweit spürbar ausgeweitet wurden, dürften noch etwas an Schwung gewinnen; die Investitionen im Wohnungsbau sogar deutlich anziehen.

Nach dem deutlichen Rückgang im vergangenen Jahr wird der weltweite Warenhandel im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,3 % zunehmen. Im Jahr 2025 dürfte der **Welthandel** mit 2,2 % wieder in etwa so stark steigen wie im längerfristigen Trend. Die **Inflation** dürfte im Jahresdurchschnitt 2024 von 4,7 % auf 2,6 % zurückgehen und im Jahr 2025 in die Nähe der 2 %-Marke sinken.

Die Weltwirtschaft ist gegenwärtig großen **geopolitischen Risiken** ausgesetzt. Aktuelle Kriege könnten eskalieren und in der Folge neuerliche Energiekrisen oder eine starke

Fluchtmigration verursachen. Das Ausbrechen schwelender geopolitischer Konflikte in Asien würde Welthandel und Wertschöpfungsketten empfindlich stören und die Weltwirtschaft stressen.

Ein wesentliches Risiko für die Weltwirtschaft im Jahr 2024 besteht außerdem darin, dass die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hartnäckiger sein könnte als erwartet, mit der Folge, dass die Zentralbanken ihre Politik nicht so rasch lockern würden, wie von den Finanzmärkten und auch in der vorliegenden Prognose unterstellt. Spürbar gebremst würde die weltwirtschaftliche Aktivität auch, wenn die in vielen Ländern zu verzeichnende Krise bei Gewerbeimmobilien zu Stress im Bankensektor führen würde, der die **Finanzierungsbedingungen** für Unternehmen und Haushalte insgesamt beeinträchtigt.

Zunehmende **handelspolitische Spannungen** bilden ein weiteres Risiko für die Weltkonjunktur. Nachdem sich das Verhältnis zwischen den USA und China durch neue US-Restriktionen im Hochtechnologiebereich durch die US-Regierung im vergangenen Jahr verschlechtert hat, zeichnet sich nun auch zwischen China und der EU ein handelspolitischer Streit ab, seit in der EU über Strafzölle auf die Einfuhr industriepolitisch sensibler Güter wie E-Autos oder Windanlagen aus China diskutiert wird. Schließlich gibt es erhebliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der im Herbst anstehenden US-Präsidentenwahl, insbesondere im Hinblick auf die Implikationen für die Außen-, Handels- und Umweltpolitik.

Die **Wirtschaft in Deutschland** ist angeschlagen. Eine bis zuletzt zähe konjunkturelle Schwächephase geht mit schwindenden Wachstumskräften einher. In der lahmen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überlagern sich somit konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Zwar dürfte ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen, die Dynamik wird aber insgesamt nicht allzu groß ausfallen. Derzeit bewegt sich die Wirtschaftsleistung auf einem Niveau, das kaum über dem vor der Pandemie liegt. Seitdem tritt die Produktivität auf der Stelle, und die inzwischen um über 600 000 höhere Zahl der Erwerbstätigen kompensiert im Wesentlichen nur die niedrigere durchschnittlich geleistete Arbeitszeit. Hierbei spielt allerdings auch der gegenüber dem Trend weiterhin stark erhöhte Krankenstand eine Rolle. Sofern sich dieser – wie von den Instituten unterstellt – bis zum Ende des kommenden Jahres zurückbildet, steht wieder ein um 1,5 % höheres Arbeitsvolumen zur Verfügung.

Das von den Instituten im vergangenen Herbst bereits für das Winterhalbjahr erwartete Anziehen der Wirtschaftsleistung ist ausgeblieben, auch wenn sich der private Konsum als leicht stützend erwiesen hat. Außen- wie binnenwirtschaftlich gab es **mehr Gegen- als Rückenwind**. So sind die deutschen Ausfuhren gesunken, während die

weltwirtschaftliche Aktivität bis zuletzt gestiegen ist. Dies liegt vor allem daran, dass die für die deutschen Exportunternehmen bedeutsame Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern schwach blieb. Insbesondere bei energieintensiven Gütern hat auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gelitten, und Produktion ist ins Ausland abgewandert.

Die **Investitionstätigkeit** hat sich nun stärker der stagnierenden Konjunktur angepasst. Noch etwas schwächer als erwartet zeigte sich zuletzt die Bauaktivität, insbesondere im Wohnbau. Die in den vergangenen drei Jahren kräftig angeschwollenen Neubaupreise lassen beim derzeitigen Zinsniveau nur noch sehr wenige Projekte rentabel erscheinen. Deutlich eingetrübt hat sich das Bild für die Ausrüstungsinvestitionen, die bis zum dritten Quartal 2023 – entgegen der stagnierenden Konjunktur – aufwärts gerichtet blieben, im vierten Quartal aber einbrachen. Offenbar wurden dort zunächst noch begonnene Projekte fertiggestellt und Aufträge abgearbeitet, die in der postpandemischen Phase infolge von Engpässen nicht bedient werden konnten.

Insgesamt haben sich die hohen Auftragsbestände in der **Industrie** als weniger stabilisierend erwiesen, als von den Instituten erwartet worden war. So sind zwar die ausgewiesenen Auftragsreichweiten weiterhin hoch, gleichzeitig sind aber die industriellen Produktionskapazitäten unterausgelastet. Dies kann – neben unerfassten Stornierungen – auf mangelnde Profitabilität der zuvor in erheblichem Umfang hereingenommen Aufträge hindeuten.

Auch gesamtwirtschaftlich sind infolge der seit fast zwei Jahren stotternden Konjunktur die Produktionskapazitäten nunmehr merklich unterausgelastet. Die Differenz zwischen umfragebasierten Daten zur **Kapazitätsauslastung** und der von den Instituten geschätzten Produktionslücke hat sich deutlich zurückgebildet. Die verbliebene Diskrepanz am aktuellen Rand ist weitgehend durch den überhöhten Krankenstand, der die Produktionsmöglichkeiten temporär einschränkt, erklärbar. Seit Mitte des vergangenen Jahres zeigen beide Maße eine rückläufige Auslastung unterhalb des Normalniveaus an, so dass seitdem substantiell von einer Konjunkturkrise die Rede sein kann.

Zeitlich verzögert und in abgeschwächter Form hat das **konjunkturelle Grundmuster**, das die Institute im vergangenen Herbstgutachten gezeichnet hatten, im Prognosezeitraum weiterhin Bestand. Im laufenden Jahr avanciert der private Konsum zur wichtigsten Triebkraft für die Konjunktur. Nachdem der ab Mitte 2021 einsetzende Teuerungsschub die Massenkaufkraft zwei Jahre lang drastisch geschwächt hatte, steigen die real verfügbaren Einkommen nun wieder deutlich. Zum einen bildet sich der kräftige Preisauftrieb weiter zurück, zum anderen werden nun mehr und mehr höhere Lohnabschlüsse wirksam, die

zunächst nur verzögert an die hohe Geldentwertung angepasst werden konnten. Zudem schlägt auch bei den monetären Sozialleistungen in beiden Prognosejahren wieder ein deutliches reales Plus zu Buche, nachdem diese in realer Rechnung im Vorjahr – nach zwei Minusjahren in Folge – stagniert hatten. Damit fließt insgesamt mehr Kaufkraft an private Haushalte, die eine höhere Ausgabenneigung haben.

Kaum verändert ist auch das Bild für die Bauinvestitionen, die insbesondere unter dem sehr schwachen Wohnbau leiden, der erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums – nach dann vier rückläufigen Jahren in Folge – nur langsam und auf dürrtigem Niveau expandieren dürfte. Deutlich getrübt ist nun aber der Ausblick für die **Unternehmensinvestitionen**. Nicht nur der Wirtschaftsbau geht durch ein tieferes Tal, auch die Ausrüstungsinvestitionen expandieren zunächst deutlich schwächer und auf niedrigem Niveau; auch deshalb, weil die fortwährende Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik den Attentismus unter den Unternehmen nährt. Eine durchgreifende Verbesserung des Investitionsklimas ist daher nicht in Sicht. So bewegen sich die Unternehmensinvestitionen trotz der erwarteten Belebung im kommenden Jahr dann auf dem Niveau des Jahres 2017.

Nach wie vor gehen die Institute davon aus, dass sich das Verhältnis aus Welthandel und Weltproduktion allmählich normalisiert. Im Zuge eines wieder stärkeren Gleichlaufs sollten sich auch für deutsche Exporteure die Absatzaussichten aufhellen, insbesondere in den für sie bedeutsamen Güterkategorien. Impulse für die Konjunktur sind von dieser Seite aber nicht vor Mitte des laufenden Jahres zu erwarten. Während in diesem Jahr die konsumbezogenen **Auftriebskräfte** dominieren, trägt im kommenden Jahr vermehrt das Auslandsgeschäft die Konjunktur.

Die Fehlbeträge im gesamtstaatlichen Haushalt gehen in Relation zur Wirtschaftsleistung von 2,1 % im Vorjahr auf 1,6 % (2024) und 1,2 % (2025) zurück. Die Einnahmenquote der öffentlichen Hand erreicht in den beiden Prognosejahren mit 47,5 % und 48,4 % jeweils gesamtdeutsche Rekordwerte. Gemessen sowohl an den von den Instituten unterstellten finanzpolitischen Maßnahmen als auch an der Veränderung des strukturellen Primärsaldos wirkt die **Finanzpolitik** im laufenden Jahr kontraktiv und im kommenden Jahr nahezu neutral. Die **Geldpolitik** dürfte trotz des zur Mitte des laufenden Jahres einsetzenden Zinssenkungspfades zunächst weiterhin dämpfend wirken, da die Nominalzinsen voraussichtlich kaum stärker sinken als der Preisauftrieb.

Alles in allem revidieren die Institute ihre Prognose für die **Veränderung des Bruttoinlandsprodukts** im laufenden Jahr gegenüber ihrem Herbstgutachten deutlich um 1,2 Prozentpunkte nach unten auf nunmehr 0,1 %. Die Prognose für die Rate im kommenden Jahr bleibt mit 1,4 % nahezu unverändert (Rücknahme um 0,1 Prozentpunkte), geht aber mit einem um über 30 Mrd. Euro geringeren Volumen der Wirtschaftsleistung einher. Die Werte für die jahresdurchschnittliche Veränderung überzeichnen allerdings die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik beider Jahre, die ausweislich der jeweiligen Verlaufsraten mit 1,0 % und 1,5 % weniger ausgeprägt sind. Gleichwohl verlagert sich die Erholung nunmehr stärker in das kommende Jahr.

Die Phase sehr hoher Teuerungsraten ist seit Mitte des vergangenen Jahres ausgestanden. Bei rückläufigen Preisen für Energierohstoffe prägt vor allem der heimische Preisauftrieb das Inflationsgeschehen im Prognosezeitraum. Kennzeichnend dürfte zunächst ein überdurchschnittlicher Anstieg der Dienstleistungspreise bleiben, da diese zuvor deutlich hinter dem allgemeinen Preisauftrieb zurückgeblieben waren und sich nun nach und nach die knappheitsgerechten Preisrelationen wieder einstellen. Zudem machen sich steuerliche Änderungen (Umsatzsteuer auf Gas und in der Gastronomie, CO₂-Abgabe) und wegfallende Subventionen (Netzentgelte, Energiepreisbremsen) preiserhöhend bemerkbar. Insgesamt erwarten die Institute einen Anstieg der **Verbraucherpreise** um 2,3 % im laufenden und um 1,8 % im kommenden Jahr. Bereinigt um den dämpfenden Effekt der Energiepreise ergeben sich Kerninflationsraten von 2,8 % (2024) und 2,3 % (2025).

Der insgesamt robuste **Arbeitsmarkt** wirkt konjunkturstabilisierend, insbesondere mit Blick auf den privaten Konsum. Nicht nur steigen die Löhne nunmehr wieder stärker als die Verbraucherpreise, sondern auch die Beschäftigung zeigt sich trotz der schwachen Konjunktur insgesamt weiterhin fest, wobei wegfallende Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt durch einen Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen überkompensiert wurden. Gesamtwirtschaftlich ist bedeutsam, dass die realen Lohnstückkosten zwar im Zuge der Lohnanpassungen wieder deutlich zunehmen, über den gesamten Prognosezeitraum hinweg aber beschäftigungsfreundlich bleiben. Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Erwerbspersonen sogar noch etwas steigen, bevor dann im kommenden Jahr allmählich der demografisch bedingte Rückgang einsetzt. Die Arbeitslosigkeit dürfte nur noch geringfügig steigen und bereits ab dem Frühjahr wieder sinken.

Die **Effektivverdienste** werden in den Jahren 2024 und 2025 voraussichtlich um 4,6 % bzw. 3,4 % zulegen. Damit nehmen die Reallöhne über den gesamten Prognosezeitraum zu und holen die Verluste aus dem Jahr 2022 und dem ersten Halbjahr 2023 langsam wieder auf. Das Niveau von Ende 2021 – also vor dem drastischen Inflationsschub – wird aber voraussichtlich erst im zweiten Quartal 2025 erreicht. Ausgesprochen schwach bleibt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die nach dem deutlichen Rückgang im vergangenen Jahr im laufenden Jahr nochmals nachgeben dürfte. Ein Grund hierfür könnten qualifikatorische Mismatch-Probleme am Arbeitsmarkt sein. Diese würden zugleich erklären, weshalb die Unternehmen trotz schwacher Auftragslage weiterhin in hohem Maße über mangelnde Arbeitskräfte als Produktionshemmnis klagen.

Bei der Einschätzung der Expansionsspielräume orientieren sich die Institute am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial. Hierbei besteht eine erhebliche Schätzunsicherheit. Insbesondere kann das zugrundeliegende Verfahren strukturelle Brüche hinsichtlich der Marktfähigkeit bestehender Produktionsstrukturen nur verzögert erkennen – und zwar dadurch, dass die realisierte Wirtschaftsleistung über einen längeren Zeitraum hinter dem zurückbleibt, was ohne größere Strukturprobleme zu erwarten wäre. Beschleunigt sich der **Strukturwandel**, so geht dies typischerweise mit einem zwischenzeitlich geringeren Produktionspotenzial einher, weil sich neue Produktionsstrukturen langsamer aufbauen lassen, als bisherige obsolet werden. Nur in der längeren Frist können diese Diskrepanzen nach und nach durch eine Reallokation der Produktionsfaktoren behoben werden. Sind **Produktivitätsprobleme** regulatorisch bedingt – etwa, weil bürokratische Lasten Arbeitskräfte binden oder mangelnde Technologieoffenheit Innovationen verhindert –, so vollzieht sich die entsprechende Politikkorrektur zumeist auch nur in der längeren Frist, weil sich für ein Umsteuern zunächst ein größerer Problemdruck aufbauen muss.

Seit dem Jahr 2019 haben die Institute ihre Einschätzung über die **Entwicklung des Produktionspotenzials** – also die bei Normalauslastung mögliche Wirtschaftsleistung – mehrfach erheblich zurückgenommen. So liegt nunmehr der für das laufende Jahr geschätzte Wert um 2,2 % unter dem Niveau, das vor fünf Jahren für dieses Jahr erwartet wurde. Mit dem insgesamt niedrigeren Potenzialpfad fallen auch die Expansionsspielräume kleiner aus. Die Unsicherheit über das Potenzialniveau geht somit unmittelbar mit Risiken über den weiteren Konjunkturverlauf einher, wobei derzeit mehr Gründe für ein Über- als ein Unterschätzen der Produktionsmöglichkeiten in der mittleren Frist sprechen.

So geht mit der Dekarbonisierungspolitik ein erheblicher **Transformationsprozess** einher, im Zuge dessen nicht nur die Energieversorgung, sondern darüber hinaus weite Teile der Produktionsstrukturen umgestellt werden müssen. Dies dämpft gegenüber dem vom Potenzialschätzverfahren ausgewiesenen Niveau die Produktionsmöglichkeiten, wobei das Ausmaß der Effekte hochgradig unsicher ist. Zudem hängen die Effekte stark davon ab, ob die internationale Politikkoordinierung zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen gelingt. Diesbezüglich steht ein verlässlicher internationaler Regulierungsrahmen weiterhin aus. Damit steigt das Risiko, sich hierzu mit emissionsdämpfenden Investitionen zu binden, während der Anreiz für Regulierungsarbitrage zunimmt und Produktion ins Ausland verlagert wird. Dem könnten Innovationen gegenüberstehen, die neue Wachstumschancen bieten.

Auch mit Blick auf strukturelle Veränderungen im Zuge der **demografischen Entwicklung** bestehen bedeutsame Risiken. Zwar erfasst das Potenzialschätzverfahren die absehbare Entwicklung des Arbeitsvolumens, nicht aber von dessen Zusammensetzung. In dem Maße, wie diese sich schneller verändert als im Stützzeitraum, bleiben entsprechende Produktivitätseffekte außen vor, zumal dann, wenn die Effekte nichtlinear sind. So dürfte eine insgesamt ältere Erwerbsbevölkerung technischen Fortschritt weniger durchgreifend adaptieren als eine jüngere. Auch wandern bislang anteilig weniger Höherqualifizierte zu, als aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Im Ergebnis dürfte sich die Mismatch-Problematik am Arbeitsmarkt weiter verschärfen. In dem Maße, wie seitens der Politik die Folgen des demografischen Wandels im gesetzlichen Alterssicherungssystem stärker zu Lasten der aktiven Erwerbstätigen abgefangen werden sollen, dürfte zudem der Anreiz für qualifizierte Zuwanderung für sich genommen weiter sinken.

Ferner erfordert die über Jahrzehnte vernachlässigte **öffentliche Infrastruktur** – insbesondere mit Blick auf das Straßen- und Schienennetz – in den kommenden Jahren vermehrte Instandhaltungsinvestitionen. Während der nun nachzuholenden Sanierungsmaßnahmen sinken aber die Transportkapazitäten der entsprechenden Verkehrsnetze trotz des rechnerisch ausgewiesenen höheren gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks, der erst später potenzialwirksam werden wird.

Unklar ist auch, wie sehr eine steigende **Regulierungsdichte** – etwa zunehmende Berichtspflichten für Nachhaltigkeitskriterien, Lieferkettenüberwachung und Taxonomie-Vorgaben – auf die gesamtwirtschaftliche

Leistungsfähigkeit durchschlägt. Wie bei anderen wichtigen Standortfaktoren – etwa den Energiekosten – ist hierfür nicht nur die zeitliche Entwicklung hierzulande bzw. im europäischen Binnenmarkt ausschlaggebend, sondern die Entwicklung relativ zu den Bedingungen in der übrigen Welt.

Neben all diesen schwer zu quantifizierenden Einflüssen auf das Produktionspotenzial bestehen **konjunkturelle Risiken**. Hierbei treten neben weltwirtschaftliche Unwägbarkeiten auch binnenwirtschaftliche Risiken. So ist unsicher, ob sich die hohen Krankenstände wie unterstellt im Verlauf des Prognosezeitraums zurückbilden. Gelingt dies rascher, könnten Engpässe am Arbeitsmarkt schneller überwunden werden und so früher mehr wirtschaftliche Dynamik entstehen. Freilich ist auch denkbar, dass die erhöhten Krankenstände noch länger andauern als in dieser Prognose angenommen. Ferner ist der hohe Auftragsbestand in der Industrie bislang nicht im erwarteten Maße produktionswirksam geworden. Sollten von dieser Seite doch noch stärkere Impulse ausgehen, könnte die Erholung etwas rascher einsetzen bzw. stärker ausfallen als hier unterstellt. Schließlich lastet die Politikunsicherheit weiterhin auf der Investitionstätigkeit. Sollte rasch Klarheit über den wirtschaftspolitischen Kurs herrschen, könnte sich der Attentismus bei den Unternehmen abschwächen und die Investitionstätigkeit schneller Tritt fassen.

Wirtschaftspolitisch empfehlen die Institute eine behutsame Reform der **Schuldenbremse**. Im Grundsatz unterstützen sie den von der Deutschen Bundesbank vorgelegten Vorschlag und regen an, nach einer gesamtwirtschaftlichen Notlage, für die die Ausnahmeklausel aktiviert wur-

de, den Übergang zur regulären Defizitbegrenzung nicht länger abrupt, sondern stufenweise erfolgen zu lassen. Eine solches regelgebundenes Wiederscharfstellen trüge den ökonomischen Nachwehen adverser Schocks Rechnung und würde auch über eine bessere Vorhersehbarkeit der Finanzpolitik stabilisierend wirken. Zudem könnten Budgetpositionen, die während der energetischen Transformationsphase an Gewicht gewinnen (CO₂-Abgaben, EEG-Subventionen), in dem Maße im Konjunkturbereinigungsverfahren berücksichtigt werden, wie sie sich als konjunkturreagibel erweisen. Dies würde die automatischen Stabilisatoren stärken. Auch wenn damit maßvolle Modifikationen der Schuldenbremse sinnvoll erscheinen, hängen Wohl und Wehe des Standorts Deutschland aus Sicht der Institute nicht davon ab. Insbesondere zeigt sich kein systematischer Zusammenhang zwischen der Fiskalregel und dem staatlichen Investitionsgebahren.

Wichtiger als eine Ausweitung der gesamtstaatlichen Verschuldungskapazität wäre eine Neugestaltung der Finanzverfassung (**Föderalismusreform III**). Diese müsste zum Ziel haben, die kommunalen Investitionen, die gut 40 % der gesamten öffentlichen Investitionen ausmachen, von kurzfristigen Haushaltsnöten abzuschirmen und die konjunkturellen Schwankungen nur bei Bund und Ländern durchschlagen zu lassen. Die Einnahmen der Kommunen ließen sich etwa durch einen Hebesatz auf die Einkommenssteuer anstelle der Gewerbesteuer weniger konjunkturreagibel gestalten. Damit eine solche durchgreifende Finanzreform nicht an den fiskalischen Unwägbarkeiten einzelner Haushaltsjahre scheitert, sollte bei ihrem Inkrafttreten übergangsweise eine Ausnahme von der Schuldenregel zugelassen werden.

Vertraulich

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Überblick

Im Jahr 2023 expandierte die Weltwirtschaft zwar nur in moderatem Tempo, sie zeigte sich angesichts vielfältiger Belastungen aber insgesamt recht robust. Nachdem sich die internationale Konjunktur im Verlauf des zweiten Halbjahres 2023 abgeschwächt hatte, scheint sie zu Beginn des Jahres 2024 wieder etwas an Schwung zu gewinnen. Die Stimmungsindikatoren haben sich allgemein verbessert, und an den Finanzmärkten sind die Aktienkurse stark gestiegen. Anregend wirkt, dass die Energiepreise wieder niedriger sind und die inflationsbedingt gesunkene Kaufkraft in den meisten Ländern inzwischen wieder steigt. Belastend wirken hingegen weiterhin die hohen Zinsen. In China ist die Immobilienkrise nach wie vor nicht gelöst, der russische Krieg gegen die Ukraine geht weiter, und die geopolitische Unsicherheit hat im Herbst 2023 durch den gewaltsamen Konflikt im Nahen Osten nochmals zugenommen.

Das Konjunkturmodell ist sektoral und regional stark differenziert. So expandierten die Dienstleistungen im vergangenen Jahr deutlich stärker als die Industrie. Der Welt-handel mit Waren ging sogar spürbar zurück (Fokus: Zur aktuellen Schwäche des Welthandels, Seite 22). Unter den großen Ländern expandierte die US-Wirtschaft überraschend stark (Abbildung 1.1, Seite 17), nicht nur dank der Ausgabefreudigkeit der privaten Haushalte, sondern auch aufgrund steigender Unternehmensinvestitionen und Exporte. In der Europäischen Union (EU) und in Großbritannien nahm die Produktion dagegen nur geringfügig zu. Dabei haben neben der restriktiven Geldpolitik auch die zeitlich und im internationalen Vergleich erhöhten Energiepreise eine wichtige Rolle gespielt. Die Konjunktur in Japan wurde vor allem dadurch gebremst, dass die von der dortigen Niedrigzinspolitik verursachte Abwertung des Yen die importierte Inflation hochhielt und den privaten Konsum der Japaner im Verlauf des Jahres sinken ließ. Differenziert war die Konjunktur auch in den Schwellenländern: In China wurde die wirtschaftliche Erholung von der Pandemie durch die dortige Immobilienkrise beeinträchtigt. Rohstoffexportierende Volkswirtschaften, etwa in Südamerika, litten unter Rückgängen bei den Preisen von Getreide und von Industriemetallen, die infolge der weltweit schwachen Industriekonjunktur und den Problemen in der chinesischen Bauwirtschaft nachgaben. Dagegen blieb das Expansionstempo der indischen Wirtschaft hoch, und in Russland konnten die nach dem Angriff auf die Ukraine eingetretenen Einbußen im Handel mit Europa zunehmend durch mehr Austausch mit China und anderen Ländern Asiens ersetzt werden.

Inflation gesunken – Zinssenkungen in Sicht

Die Finanzmärkte sind schon seit vergangenem Herbst bemerkenswert optimistisch. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte der Rückgang der Inflation sein, der vielerorts rascher als erwartet eintrat. Wie Zins-Swap-Sätze zeigen, gehen die Kapitalmärkte davon aus, dass die Geldpolitik in den USA und in Europa bald wieder gelockert werden wird. Entsprechend gingen die Kapitalmarktzinsen nach dem Herbst ein Stück weit zurück, und die Aktienbewertungen sind fast überall stark gestiegen. Zwar sind die Erdölpreise im vergangenen Jahr nicht mehr zurückgegangen, seit dem Jahreswechsel sind sie sogar leicht aufwärtsgerichtet. Die Börsennotierungen für Erdgas liegen aber deutlich unter den Vorjahreswerten, insbesondere in Europa; Gas kostet in etwa so viel wie Mitte des Jahres 2021, bevor die Notierungen kräftig anzogen. Was zudem die Preise für Güter des Verarbeitenden Gewerbes weltweit dämpft, sind deflationäre Tendenzen in China: Die Preise für chinesische Exportgüter liegen seit vergangenem Sommer um reichlich 10 % unter ihrem Vorjahreswert. Zwar haben sich die Frachtraten im Seeverkehr stark erhöht, da der Beschuss von Handelsschiffen im Roten Meer durch die jemenitischen Huthi-Milizen seit vergangenem November die meisten Schiffe zu großen Umwegen veranlasst. Der Anstieg erfolgte aber von sehr niedrigem Niveau aus und dürfte die weltweite Inflation angesichts des insgesamt geringen Anteils der Frachtkosten an der Wertschöpfung nur wenig erhöhen.

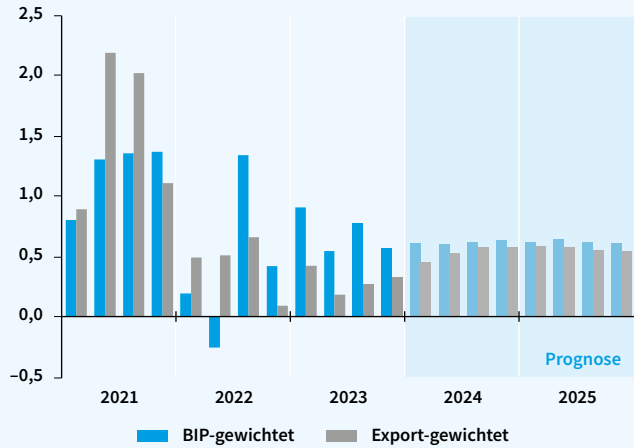
Entscheidend für die Frage, ob sich die Inflationsraten in den USA und in Europa im Jahresverlauf tatsächlich weiter zurückbilden und sich damit die Voraussetzungen für eine Lockerung der Geldpolitik einstellen werden, dürfte aber sein, ob sich die Löhne stabilitätsgerecht entwickeln. Der jüngste Inflationsschub hat zunächst die Gewinnmargen der Unternehmen steigen lassen, die nun durch höhere Lohnkosten wieder abschmelzen. Nur ein darüber hinausgehender Anstieg der Lohnstückkosten dürfte kaum durch eine weitere Gewinnkompression aufgefangen werden. Gegenwärtig steigen die Effektivlöhne pro Kopf in den USA und im Euroraum mit Jahresraten in der Größenordnung von 4 bzw. 4 ½ %. Unterschiedlich ist hingegen die Entwicklung bei den für die Kostenbelastung der Unternehmen ausschlaggebenden Lohnstückkosten. Weil die Arbeitsproduktivität in den USA deutlich zulegt, steigen sie dort moderat (im vierten Quartal 2023 um 2,4 %) und sind mit dem Inflationsziel von 2 % vereinbar. Anders sieht es im Euroraum aus, wo die Arbeitsproduktivität zuletzt – auch wegen der schwachen Konjunktur – rückläufig war

Abbildung 11

Gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt

(a) Bruttoinlandsprodukt der Welt¹

Vierteljährliche Zuwachsraten in %

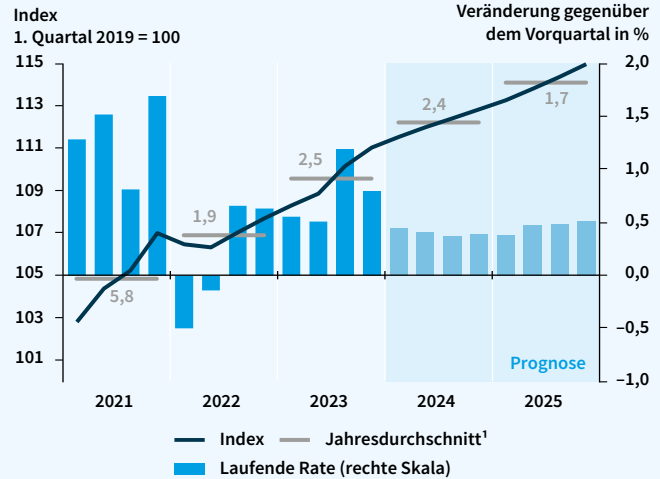


¹ Aggregat aus den in Tabelle 11 aufgeführten Ländern. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar bzw. dem Anteil an deutschen Exporten.

Quellen: IWF; OECD; nationale Statistikämter; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2024: Prognose der Institute.

(b) Bruttoinlandsprodukt in den USA

Preis- und saisonbereinigter Verlauf

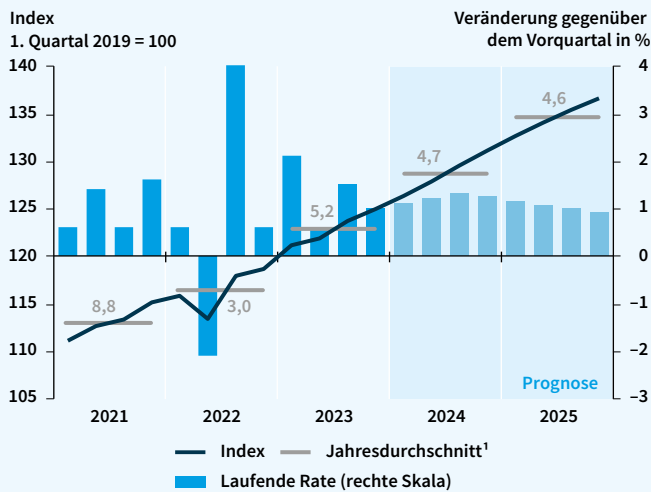


¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2024: Prognose der Institute.

(c) Bruttoinlandsprodukt in China

Preis- und saisonbereinigter Verlauf

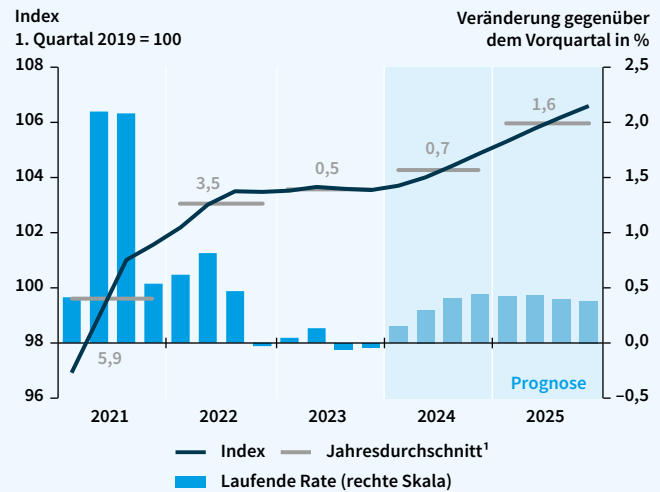


¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: China National Bureau of Statistics; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2024: Prognose der Institute.

(d) Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

und die Lohnstückkosten um 5 ¼ % über Vorjahresniveau lagen. Allerdings ist damit zu rechnen, dass sich der Lohnstückkostenanstieg im Euroraum im Prognosezeitraum verringert. Zum einen wird sich die Lohndynamik wieder abschwächen, wenn die aktuell wieder niedrigere Inflation in den Lohnverhandlungen berücksichtigt wird und der konjunkturelle Abschwung mit Verzögerung schließlich doch an den Arbeitsmärkten spürbar wird. Zum anderen steigt mit sinkender Unterauslastung die Arbeitsproduktivität.

Alles in allem zeichnet sich für die USA und für den Euroraum ab dem Frühsommer eine neuerliche Zinswende ab. Allerdings dürften die Leitzinsen trotz schrittweiser Senkung noch das ganze Jahr über so hoch sein wie kaum je seit der Finanzkrise. Unter völlig anderen Vorzeichen steht die Geldpolitik in China. Dort sucht die Politik zu verhindern, dass aus der Immobilienkrise eine allgemeine Finanzkrise wird. So senkte die Zentralbank zum Jahreswechsel die Mindestreservesätze und im Februar den für Hypothekenkredite wichtigen langfristigen Leitzinssatz

(von 4,2 % auf 3,95 %). Auch die Finanzpolitik stützt die schwache Konjunktur und speziell den Immobiliensektor, etwa durch eine deutliche Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Ausrichtung der Finanzpolitik dagegen leicht restriktiv, auch weil die im Jahr 2022 ergriffenen Maßnahmen gegen den Energiekostenschub weitgehend entfallen. Angesichts der höheren Zinsen halten sich viele Regierungen bei zusätzlichen Ausgaben zurück, auch um fiskalpolitische Defizit- und Schuldenregeln einzuhalten. In den USA werden die Staatsausgaben durch den Parteienstreit im Kongress stark begrenzt. Allerdings können bereits verabschiedete und mittelfristig ausgerichtete Investitionspakete der Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin Impulse geben. So haben in den USA öffentliche Finanzmittel dazu beigetragen, die private Investitionstätigkeit in grüne Technologien und in die Halbleiterbranche spürbar zu erhöhen.¹

Ausblick

Die Aussichten für die Weltkonjunktur haben sich zuletzt zwar etwas verbessert, die wirtschaftliche Expansion dürfte aber moderat bleiben. Impulse gehen von der zunehmenden Anwendung Künstlicher Intelligenz (KI) aus. Weltweit ist der Umsatz in der Halbleiterbranche seit vergangenem Sommer wieder deutlich gestiegen. Dahinter stehen auch Investitionen in Hardware, die für die Anwendung und Entwicklung von neuen Programmen mit KI erforderlich ist. Auch die Aktienhausse speist sich wohl

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr Herbst 2023, Kasten 1.1, Halle (Saale).

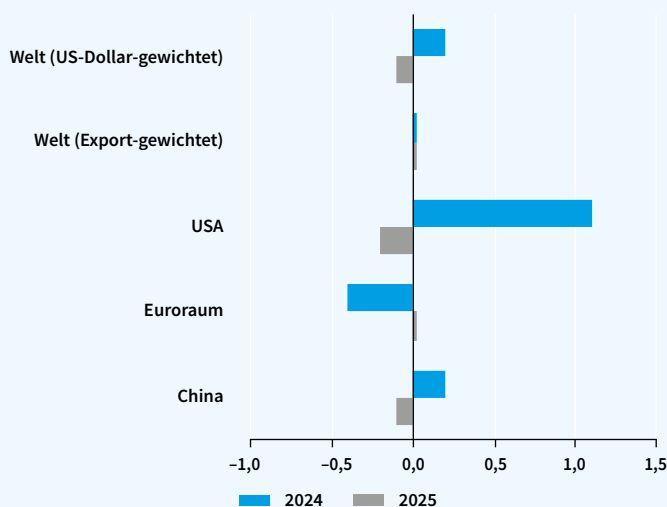
zum Teil aus der Einschätzung an den Kapitalmärkten, dass KI Effizienzgewinne bei vielen humankapitalintensiven Produktionsprozessen ermöglichen wird. Vom Innovationsschub um die KI dürfte besonders die Wirtschaft in den USA und in einigen ostasiatischen Volkswirtschaften profitieren. Für die USA kann zudem die Tatsache optimistisch stimmen, dass die restriktive Geldpolitik dort bisher überraschend wenig gedämpft hat, zumal der Restriktionsgrad ab der Jahresmitte sinken dürfte. Allerdings dürfte die Expansion des privaten Konsums an Schwung verlieren, weil die zu Pandemiezeiten angehäuften Extra-Ersparnisse allmählich zur Neige gehen. Auch gibt es keine weiteren Impulse durch die Finanzpolitik, so dass für das nächste Jahr nur noch mit einem Produktionsanstieg zu rechnen ist, der in etwa der Wachstumsrate des Produktionspotenzials entspricht. Im Euroraum werden höhere Reallöhne den privaten Konsum stärken, und die Konjunktur dürfte sich spürbar beleben. Ein kräftiger Aufschwung ist indes nicht zu erwarten, denn die durch den Wegfall russischen Gases höheren Energiekosten haben die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verringert. Zudem wird sowohl in den USA als auch in China eine Industriepolitik verfolgt, welche die eigenen Produzenten technologisch höherwertiger Produkte gegenüber ausländischer, und eben oft europäischer, Konkurrenz begünstigt. In den Schwellenländern insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr in einem wenig veränderten Tempo zunehmen. In China haben Verbraucher rund um die Neujahrsfeiertage zum Jahr des Drachen zwar deutlich mehr ausgegeben als vor der Pandemie; auch der Reiseverkehr und die Tourismusbranche profitierten. Hartnäckige Probleme im Immobiliensektor, eine auch deshalb weiter gedämpfte Konsumneigung, deflationäre Tendenzen sowie die anhaltenden handelspolitischen Spannungen mit den USA dürften das Expansions-tempo aber auf unter 5 % fallen lassen.

Alles in allem rechnen die Institute mit Zuwachsraten der Weltproduktion von 2,5 % im Jahr 2024 und 2,6 % im Jahr darauf (Tabelle 1.1, Seite 19). Damit revidieren sie ihre Prognose für die Weltproduktion für das Jahr 2024 um 0,2 Prozentpunkte nach oben und für 2025 um 0,1 Prozentpunkt nach unten (Abbildung 1.2, Seite 18). In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verändert sich der Produktionsanstieg im Jahresdurchschnitt mit Raten von 1,6 % im laufenden Jahr und 1,7 % im kommenden Jahr ebenfalls nur wenig. Während die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in etwa konstant bleiben, dürfte sich die Dynamik im Verhältnis zwischen Dienstleistungen und Industrie wieder zugunsten der Industrie verschieben. Die Unternehmensinvestitionen, die auch im vergangenen Jahr weltweit spürbar ausgeweitet wurden, dürften noch etwas an Schwung gewinnen; die Investitionen im Wohnungsbau sogar deutlich anziehen. Nach dem deutlichen Rückgang im vergangenen Jahr wird der weltweite Warenhandel im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,3 % zunehmen. Im Jahr 2025 dürfte der Welthandel mit 2,2 % wieder in etwa so stark steigen wie im längerfristigen Trend.

Abbildung 1.2

Prognoserevision

Jahresdaten; Veränderung der Institutsprognosen gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023 in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²				
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %				
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	
Europa	27,6	3,1	0,9	1,1	1,7	11,4	7,8	4,9	3,6					
EU-27	18,9	3,5	0,5	0,9	1,8	8,9	6,0	2,5	2,1	6,1	6,0	5,9	5,7	
Großbritannien	3,5	4,1	0,1	0,3	1,5	9,1	7,3	3,5	2,3	3,7	4,0	4,1	4,1	
Schweiz	0,9	2,7	0,8	1,2	1,6	2,8	2,1	1,6	1,2	2,2	4,1	4,3	4,3	
Norwegen	0,7	3,0	0,5	1,4	1,7	5,8	5,5	3,3	2,6	3,3	3,6	3,7	3,7	
Russland	2,5	-2,1	3,6	2,5	1,1	13,8	5,9	6,5	5,0					
Türkei	1,0	5,5	4,5	3,0	3,5	72,3	54,0	55,0	35,0					
Amerika	36,8	2,3	2,4	2,1	1,8									
USA	28,9	1,9	2,5	2,4	1,7	8,0	4,1	2,7	2,2	3,6	3,6	4,0	4,0	
Kanada	2,4	3,4	1,1	0,8	1,9	6,8	3,9	2,5	2,1	5,3	5,4	6,2	6,1	
Lateinamerika ³	5,6	3,7	2,0	1,2	2,5									
Asien	35,6	3,3	4,6	4,1	4,1									
Japan	4,8	1,0	1,9	0,5	1,0	2,5	3,2	2,5	1,5	2,6	2,6	2,4	2,4	
China ohne Hongkong	20,3	3,0	5,2	4,7	4,6									
Südkorea	1,9	2,6	1,3	2,4	2,4	5,1	3,6	2,5	1,8	2,9	2,7	3,1	3,0	
Indien	3,8	7,2	7,7	6,6	6,4									
Ostasien ohne China ⁴	4,8	4,1	3,3	3,7	4,0									
Insgesamt ⁵	100,0	2,9	2,7	2,5	2,6									
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	63,8	2,5	1,6	1,6	1,7	7,5	4,7	2,6	2,1	4,5	4,4	4,5	4,5	
Schwellenländer ⁷	36,2	3,5	4,8	4,1	4,2									
Nachrichtlich:														
Exportgewicht ⁸		3,5	1,4	1,7	2,3									
Kaufkraftgewicht ⁹		3,0	2,9	2,7	3,0									
Welthandel ¹⁰		3,3	-1,9	1,3	2,2									

¹ Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt. Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder, gewichtet mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2022.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2022.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2022 von CPB.

Quellen: IWF; Eurostat; OECD; CPB; Berechnungen der Institute; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Die Arbeitsmärkte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die vielerorts bis zuletzt von Engpässen gekennzeichnet waren, dürften sich in diesem Jahr im Allgemeinen leicht entspannen. Zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit wird es aber wohl nicht kommen. Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt 2024 von 4,7 % auf 2,6 % zurückgehen und im Jahr 2025 in die Nähe der 2 %-Marke sinken.

Risiken

Die Weltwirtschaft ist gegenwärtig großen geopolitischen Risiken ausgesetzt. Im Nahen Osten zeichnet sich keine Entspannung ab, und auch ein Ende des Kriegs Russlands gegen die Ukraine ist nicht absehbar. Folgen einer möglichen Eskalation könnten neuerliche Energiekrisen oder eine starke Fluchtmigration sein. Das Ausbrechen schwe-

lender geopolitischer Konflikte in Asien würde Welthandel und Wertschöpfungsketten empfindlich stören und die Weltwirtschaft stressen.

Ein wesentliches Risiko für die Weltwirtschaft im Jahr 2024 besteht darin, dass die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hartnäckiger sein könnte als erwartet, mit der Folge, dass die Zentralbanken ihre Politik nicht so rasch lockern würden, wie von den Finanzmärkten und auch in der vorliegenden Prognose unterstellt. In den USA könnte eine weiterhin schwungvolle Konjunktur die Inflation hochhalten – so ist zuletzt die vom Bureau of Labour Statistics gemessene „Super Core“-Inflationsrate (für Dienstleistungen ohne Kosten des Wohnens) wieder etwas gestiegen. Im Euroraum muss Sorgen bereiten, dass die Lohnstückkosten zu stark steigen könnten. Ein Abwärtsrisiko für die Weltkonjunktur besteht zudem

darin, dass in China die Probleme im Immobiliensektor, die schwache Binnennachfrage und die daraus resultierenden deflationären Tendenzen zu einem Abschwung führen könnten. Spürbar gebremst würde die weltwirtschaftliche Aktivität auch, wenn die in vielen Ländern zu verzeichnende Krise bei Gewerbeimmobilien zu Stress im Bankensektor führen würde, der die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte insgesamt beeinträchtigt.

Zunehmende handelspolitische Spannungen bilden ein weiteres Risiko für die Weltkonjunktur. Nicht nur hat sich das Verhältnis zwischen den USA und China mit dem Beschluss neuer Restriktionen für Handel und Investitionen im Hochtechnologiebereich durch die US-Regierung im vergangenen Jahr verschlechtert. Auch zwischen China und der EU zeichnet sich ein handelspolitischer Streit ab, seit in der EU über Strafzölle auf die Einfuhr industriepolitisch sensibler Güter wie E-Autos oder Windanlagen aus China diskutiert wird. China würde auf eine solche Politik vermutlich mit Gegenmaßnahmen reagieren. Schließlich gibt es erhebliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der im Herbst anstehenden US-Präsidentschaftswahl, insbesondere im Hinblick auf die Implikationen für die Außen-, Handels- und Umweltpolitik.

Die Regionen im Einzelnen

In den **USA** legte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2023 kräftig zu, auch wenn sich das Expansionstempo zum Jahresende etwas ver-

langsamte. Haupttriebkraft blieb der private Konsum. Zu Beginn des Jahres 2024 gibt es Anzeichen dafür, dass die Konjunktur weiter an Schwung verliert. Die hartnäckig hohe Teuerung drückt auf die Realeinkommen. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin robust, und bei niedriger Arbeitslosenquote nehmen die nominalen Löhne deutlich zu. Gemessen am Verbraucherpreisindex ging die Inflation zuletzt nicht mehr zurück. Der Konsumdeflator, der für die Entscheidung der Notenbank wichtiger ist, zeichnet indes ein günstigeres Bild. Auch deshalb gehen die Finanzmärkte weiterhin von einer ersten Zinssenkung im Sommer aus. Angesichts der Blockade im Kongress dürften in diesem Jahr keine fiskalischen Impulse kommen, das Defizit im Bundeshaushalt bleibt aber hoch. Im Prognosezeitraum bleibt die US-Wirtschaft deutlich aufwärtsgerichtet, wenngleich der private Konsum etwas an Kraft verliert (Tabelle 1.2, Seite 20). Die Wohnungsbauinvestitionen dürften sich hingegen allmählich erholen. Von staatlichen Förderprogrammen wie dem CHIPS Act gehen jedoch keine weiteren Impulse für die Unternehmensinvestitionen aus. Die Ausrüstungsinvestitionen gewinnen erst allmählich im Zuge der geldpolitischen Lockerung an Fahrt. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit im Umfeld der Präsidentschaftswahlen bildet ein Risiko für die Prognose; insbesondere die Aussichten für 2025 sind unsicher. Für das laufende Jahr ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,4 % zu rechnen, für das kommende Jahr ist eine gesamtwirtschaftliche Expansion von 1,7 % eingestellt. Die Arbeitslosenquote bleibt niedrig. Die Teuerungsrate geht in diesem Jahr voraussichtlich auf 2,7 % und im kommenden Jahr weiter auf 2,2 % zurück.

In **China** nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 5,2 % zu. Damit lag der Produktionsanstieg unter dem Trendwachstum vor der Pandemie. Der nach dem Ende der Null-Covid-Politik erwartete kräftige Aufschwung blieb aus. Bremsend wirkte die Krise im Immobiliensektor, die auch die privaten Haushalte verunsicherte und den privaten Konsum dämpfte. Hinzu kam, dass die Nachfrage aus dem Ausland schwächelte. Auch im vierten Quartal legte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Rate von 1,0 % gegenüber dem Vorquartal für chinesische Verhältnisse nur mäßig zu. Während die Erholung im Dienstleistungssektor gegen Jahresende an Schwung verlor und der private Konsum schwächer expandierte, belebte sich der Außenhandel etwas. Die Investitionen in die Infrastruktur erhöhten sich im Zuge staatlicher Bemühungen um eine Stimulierung der Konjunktur sogar deutlich. Die Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass sich die moderate Ausweitung der Produktion zu Beginn des Jahres 2024 fortgesetzt hat. Der Abwärtstrend des Immobiliensektors ist indes noch nicht gestoppt. Die Immobilienpreise fallen sogar verstärkt; im Dezember wurde der größte Rückgang seit Beginn der Korrektur im Jahr 2021 verzeichnet. Auch der Preisauftrieb auf Verbraucherebene ist seit geraumer Zeit ausgesprochen gering. Maßgeblich hierfür waren niedrigere Preise für Energie und für Nahrungsmittel, aber angesichts der schwachen Binnennachfrage war auch die Kernrate der Inflation sehr

Tabelle 1.2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2022	2023	2024	2025
Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt				
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,5	2,4	1,7
Privater Konsum	2,5	2,2	2,1	1,6
Staatskonsum und -investitionen	-0,9	4,0	2,4	0,8
Private Anlageinvestitionen	1,3	0,6	2,5	3,6
Vorratsveränderungen ¹	0,6	-0,3	0,0	-0,1
Inländische Verwendung	2,3	1,9	2,2	1,8
Exporte	7,0	2,7	2,1	2,5
Importe	8,6	-1,6	1,1	2,7
Außenbeitrag ¹	-0,5	0,6	0,1	-0,1
Verbraucherpreise	8,0	4,1	2,7	2,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-4,0	-8,2	-7,0	-6,5
Leistungsbilanzsaldo	-3,8	-3,0	-2,8	-3,0
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	3,6	4,0	4,0

¹ Wachstumsbeitrag.

² Gesamtstaat (Kalenderjahr Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; Internationaler Währungsfond; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

niedrig. Die Geldpolitik wird seit einiger Zeit spürbar gelockert. So senkte die Zentralbank zum Jahreswechsel die Mindestreservesätze und im Februar den für Hypothekenkredite wichtigen langfristigen Leitzinssatz. Die fiskalischen Impulse waren bisher moderat. Massive Konjunkturprogramme sind auch weiterhin nicht zu erwarten, da vermieden werden soll, dass die Verschuldung sowohl im staatlichen Sektor (insbesondere bei den regionalen Gebietskörperschaften) als auch bei Unternehmen und privaten Haushalten weiter steigt. Vor diesem Hintergrund dürfte die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeitraum gering bleiben. Die Institute erwarten einen Produktionsanstieg von 4,7 % im Jahr 2024 und von 4,6 % im Jahr 2025. Die Probleme im Immobiliensektor bleiben ein beträchtliches Risiko für die Konjunktur.

In **Japan** ging die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Halbjahr 2023 zurück, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch deutlich zugelegt hatte. Die Binnenwirtschaft ist bereits seit dem Frühjahr schwach. Privater Konsum und Investitionen sanken bis Jahresende 2023 drei Quartale in Folge. Spürbar abnehmende Reallöhne bremsen die Konsumnachfrage. Die Inflation, die Ende 2022 auf über 4 % gestiegen war, verringerte sich nur langsam, nicht zuletzt weil der Rückgang bei den Importpreisen durch eine starke Abwertung des Yen gedämpft wurde. Somit blieb die Inflationsrate bis zum Ende des Jahres über dem Zuwachs bei den Nominallöhnen. Der niedrigere Außenwert der Währung hatte die Exporte bis zur Mitte des Jahres deutlich stimuliert, danach stagnierten sie allerdings nur noch. Ursächlich für die Abwertung ist die Politik der japanischen Zentralbank, die im Gegensatz zur Geldpolitik in den meisten anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihren Leitzins bis vor kurzem nicht erhöht hatte. Am 19. März 2024 hat sie sich zwar von negativen Leitzinsen verabschiedet und zielt nicht mehr auf die Kontrolle der langfristigen Zinsen ab. Die Zinsanhebung ist aber gering und Staatsanleihen werden vorerst weiter in unverändertem Umfang gekauft. Die japanische Geldpolitik wird auch im Prognosezeitraum im internationalen Vergleich expansiv ausgerichtet bleiben. Die Inflation ist zuletzt zwar merklich gesunken und lag zu Jahresbeginn 2024 nur mehr knapp über 2 %; die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) liegt aber immer noch bei 3,5 %. Die Abschlüsse der Lohnverhandlungen im Frühjahr dürften so hoch ausfallen, dass die Reallöhne wieder zunehmen werden. Zudem ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin gut. Diese Faktoren werden zu einer allmählichen Erholung des privaten Konsums im Prognosezeitraum beitragen. Auch die Auslandsnachfrage dürfte wieder stärker expandieren und der japanischen Konjunktur etwas Schwung verleihen. Allerdings gibt es bisher – anders als in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – noch keine Signale für eine Belebung im Verarbeitenden Gewerbe. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem und im nächsten Jahr mit Raten von 0,5 % bzw. 1 % nur moderat zulegen.

In **Großbritannien** hat die Produktion im Jahr 2023 in etwa stagniert. In der zweiten Jahreshälfte ist sie sogar geschrumpft, vor allem aufgrund eines Exportrückgangs, aber auch, weil der private Konsum beeinträchtigt wurde. Die Konsumschwäche liegt unter anderem daran, dass sich die Inflation infolge des Energiepreisanstiegs stark beschleunigt hatte und die Realeinkommen gesunken waren. Der Verbraucherpreisauftrieb verlangsamte sich aber deutlich, auf zuletzt 4 % im Januar. Die Lohndynamik ist hingegen etwas höher, denn Fachkräfte sind weiterhin knapp, so dass die Realeinkommen wieder zunehmen. Die Preisdynamik scheint allmählich an Dynamik zu verlieren, und es ist zu erwarten, dass die Bank von England erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 beginnen wird, den Leitzins von derzeit 5,25 % schrittweise zu senken. Die Finanzpolitik ist im Grundsatz restriktiv ausgerichtet, denn die Regierung plant, das Defizit der öffentlichen Haushalte von reichlich 4 % im Jahr 2023 zu reduzieren. Allerdings wurde der Restriktionsgrad im November 2023 und im März 2024 etwas gelockert, wohl auch im Hinblick auf Parlamentswahlen, die spätestens im Januar nächsten Jahres anstehen. Wegen der leicht steigenden Realeinkommen und weil zu erwarten ist, dass die Auslandsnachfrage wieder etwas anzieht, ist mit einer leichten Belebung der Konjunktur zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2024 um 0,3 % zulegen und im kommenden Jahr um 1,5 %. Die Verbraucherpreisinflation wird sich wohl erst im Jahr 2025 dem geldpolitischen Zielbereich um die 2 %-Marke nähern.

In den vergangenen beiden Jahren war die Wirtschaft in den **mittel- und osteuropäischen Ländern** der Europäischen Union im Abschwung. Die Produktion ging im Jahr 2023 im Baltikum, in Ungarn und in Tschechien zurück, in Polen stagnierte sie. Hauptgrund dafür, dass der Abschwung noch stärker ausfiel als in Westeuropa, waren die deutlichen Realeinkommensverluste, denn die starke Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln schlägt in Mittel- und Osteuropa stärker auf das Verbraucherpreisniveau durch als im Westen. Allerdings hat sich die Teuerung mit dem Fall der Energiepreise im Jahresverlauf 2023 verringert, in Polen etwa auf 4,5 % Anfang 2024, in Ungarn auf 3,7 %. Die Inflationsraten dürften in den kommenden Monaten weiter sinken. In Reaktion auf die Preisentwicklung haben die Zentralbanken in Ungarn, Polen und Tschechien schon in der zweiten Jahreshälfte 2023 mit Zinssenkungen begonnen. Freilich liegen die Leitzinsen gegenwärtig deutlich höher als die erwarteten Inflationsraten, und die Realzinsen sind im Vergleich zu den vergangenen Jahren hoch. Auch deshalb wird die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum voraussichtlich zunächst nur langsam expandieren. Zudem bleibt die Exportdynamik aufgrund der schwachen Konjunktur im Euroraum und vor allem in Deutschland gering. Allerdings steigen die realen Arbeitseinkommen mittlerweile wieder deutlich, und die Arbeitsmärkte sind weiter robust. Alles in allem erwarten die Institute für das Jahresdurchschnitt 2024 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,2 % und für das kommende Jahr um 3,1 %.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in **Russland** stieg im Jahr 2023 nach amtlichen Schätzungen um 3,6 % und damit deutlich stärker als nicht nur von den Instituten erwartet. Der Anstieg ist vor allem auf Staatsaufträge, vor allem zur Aufrüstung, und auf höhere Transferzahlungen zurückzuführen, während die Exporte stark zurückgegangen sind. Von der höheren kriegsbedingten Nachfrage nach dem Überfall auf die Ukraine profitierten insbesondere die Bauwirtschaft und die Rüstungsindustrie. Hier stieg die Produktion deutlich über das Niveau von 2021, während andere Branchen, etwa die Automobilproduktion, erheblich unter dem Vorkriegsstand liegen. Die Kapazitäten sind zunehmend ausgelastet, und die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit Ende der Sowjetära zurückgegangen, so dass höhere Nachfrage rasch zu Inflationsdruck führen dürfte. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres – auch infolge einer erheblichen Abwertung des Rubels – deutlich verstärkt; seit dem vergangenen Herbst lag die Inflationsrate bei 7,5 %. Die Notenbank hat ihre Zinsen seit dem Sommer kräftig – von 8,5 auf 16 % – angehoben. Dies dürfte den Konsum und die Investitionen im privaten Sektor im Prognosezeitraum bremsen. Vor diesem Hintergrund rechnen die Institute für dieses und das nächste Jahr mit deutlich geringeren Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 bzw. 1,1 %.

In **Lateinamerika** hat sich die Konjunktur am Jahresende 2023 in einigen Ländern abgeschwächt. So stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Brasilien und in Mexiko. In den rohstoffexportierenden Ländern Lateinamerikas bremste die schwache internationale Rohstoffnach-

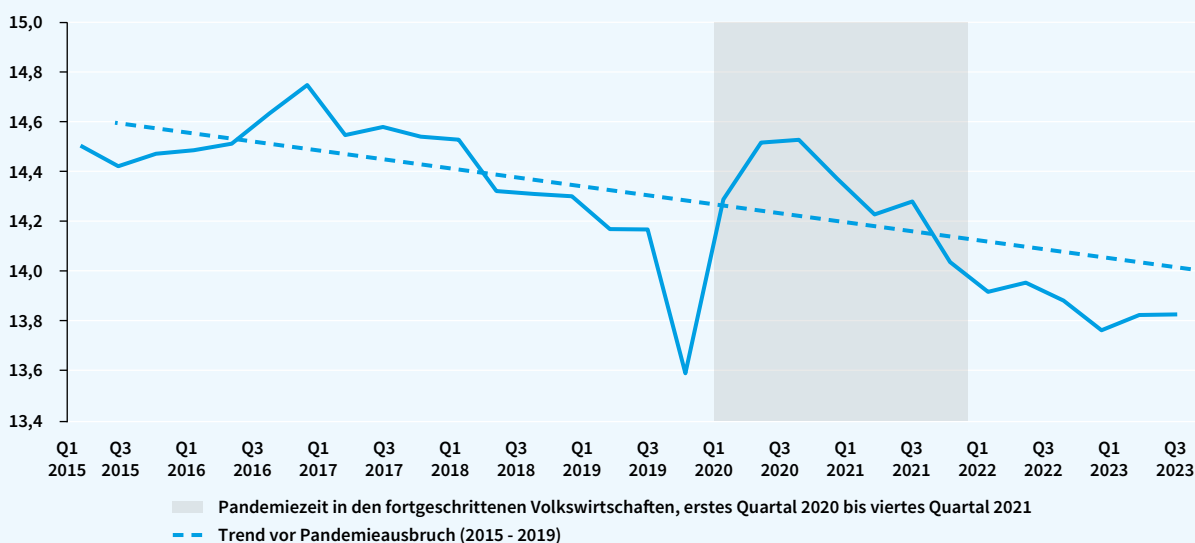
frage infolge der trägen globalen Industriekonjunktur die Produktion. Besser als in den meisten Ländern der Region war die Entwicklung in Mexiko, dessen Volkswirtschaft davon profitiert, dass die USA die regionalen Handelsbeziehungen stärken. In Argentinien verschärfte sich dagegen die Krise, so dass die gesamtwirtschaftliche Produktion am Jahresende und auch im Gesamtjahr 2023 sank. Die nachlassende Konjunkturdynamik dämpft allerdings auch den Preisauftrieb in Lateinamerika. In manchen Ländern der Region wurde das Inflationsziel bereits erreicht und die Notenbanken haben mit geldpolitischen Lockerungen begonnen. Es ist damit zu rechnen, dass die Geldpolitik allgemein weiter gelockert wird, was die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützt. Eine Ausnahme bildet Argentinien, wo die Inflation im Januar 2024 bei über 250 % lag. Trotz der absehbaren Zinssenkungen in den meisten Ländern der Region wird die Konjunktur erst langsam in Schwung kommen. Die Institute prognostizieren einen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Lateinamerika um 1,2 % (2024) und 2,5 % (2025).

Fokus: Zur aktuellen Schwäche des Welthandels

Der weltweite Warenhandel ging im Jahr 2023 um knapp 2 % zurück, während das Bruttoinlandsprodukt der Welt um 2,7 % stieg. Die Entkoppelung von Handel und Produktion folgt auf einen bereits länger anhaltenden Trend abschwächender Handelsdynamik. Bei der zuletzt besonders großen Diskrepanz handelt es sich aber auch um Spätfolgen der Corona-Pandemie, welche nicht von Dauer sein dürften.

Abbildung 1.3

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in der OECD in %



Aggregat der OECD-Länder ohne Mexiko; Gewichtet mit nominalem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar im jeweiligen Jahr
Quellen: OECD; BEA; IMF; Berechnungen der Institute.

Postpandemische Effekte

Zu Beginn der Pandemie brach die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und mit ihr der Warenhandel ein. Später wurde aber vor allem die Aktivität bei den personenbezogenen Dienstleistungen durch Einschränkungen des öffentlichen Lebens behindert. Umso stärker wurden weltweit Produkte des Verarbeitenden Gewerbes nachgefragt. Der Beitrag der Industrie zum weltwirtschaftlichen Produktionszuwachs stieg, und der Welthandel mit Waren erhielt einen Schub. Ab dem Jahr 2022 verflüchtigten sich die Effekte der Pandemie und der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der globalen Bruttowertschöpfung sank wieder, wodurch auch der Warenhandel gedämpft wurde (Abbildung 1.3, Seite 22).

Von dem vorübergehenden Anstieg der weltweiten Warennachfrage während und nach der Pandemie profitierte besonders die chinesische Industrie. So stiegen die Produktion und der Export insbesondere von Medizinprodukten und elektronischen Artikeln dort ab Mitte des Jahres 2020 kräftig.² Dies spiegelt sich in einem starken Anstieg der Warenimporte im Rest der Welt, wogegen Exporte und Industrieproduktion dort nur wenig zulegten. Ab dem Herbst 2022 normalisierte sich die weltweite Warennachfrage nach chinesischen Produkten wieder. Die kräftige Zunahme der chinesischen Exporte nach Ausbruch der Pandemie ging nicht mit einem entsprechenden Anstieg bei den Importen einher. Ursache war wohl vor allem die schwache Inlandsnachfrage. Seit Ende der Null-Covid-Politik sind die Einfuhren Chinas wieder leicht aufwärtsgerichtet.

Längerfristige Strukturfaktoren

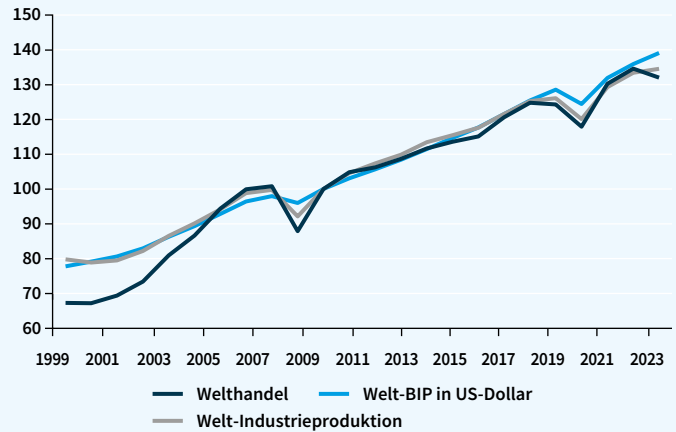
Die jüngste Entkoppelung von Weltwarenhandel und Produktion kann aber wohl nicht allein als Spätfolge der Pandemie und Folge der schwachen Konjunktur in China gedeutet werden. Denn schon in den 2010er Jahren hielt der Welthandel nicht mehr mit der Weltwirtschaftsleistung schritt, nachdem er zuvor deutlich stärker expandiert hatte (Abbildung 1.4, Seite 23). Eine wesentliche Rolle spielte dabei die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors, mittlerweile auch in aufstrebenden Volkswirtschaften.

Eine trendmäßige Abschwächung des Zusammenhangs zeigt sich allerdings auch zwischen Warenhandel und Industrieproduktion. In den Jahren zwischen der Finanzkrise und der Corona-Pandemie entwickelten sich Warenhandel und Industrieproduktion ungefähr im Gleichlauf, während vor der Finanzkrise der Welthandel noch deutlich stärker als die Industrieproduktion zugelegt hatte.³ Diese Verschiebung ist zum Teil auf eine verringerte Handels-

Abbildung 1.4

Welthandel, Welt-Bruttoinlandsprodukt und Welt-Industrieproduktion

Index 2010 = 100



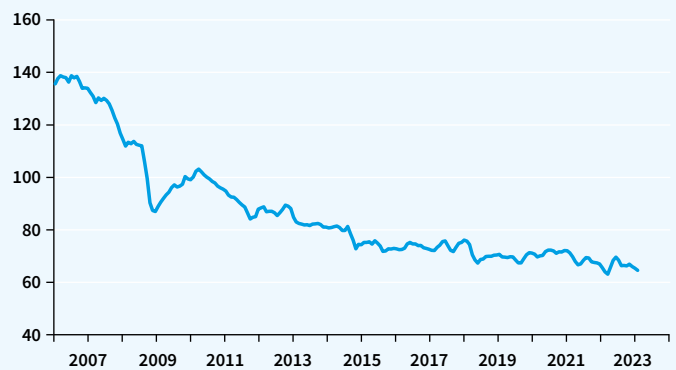
Quellen: CPB; IWF; Darstellung der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 1.5

Handelsintensität der chinesischen Industrieproduktion

Index 2010 = 100, gleitender 3-Monatsdurchschnitt



Verhältnis des Warenhandels zur Industrieproduktion.

Quellen: CPB; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

intensität der chinesischen Produktion zurückzuführen: Die Relation von Exporten und Importen zur Industrieproduktion hat sich dort seit 2006 nahezu halbiert (Abbildung 1.5, Seite 23). Dies ist vor allem das Resultat eines wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsprozesses, in dem die Inlandsnachfrage gegenüber den Exportmärkten an Gewicht gewinnt und immer größere Teile des eigenen Bedarfes an höherwertigen Produkten und Maschinen selbst hergestellt werden. Gefördert wurde dies auch durch eine wirtschaftspolitische Strategie, die sich

² Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstum. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021, Kasten 1.1, Essen.

³ Zu den Ursachen der Abschwächung in der Dynamik des Welthandels seit Mitte der 2000er Jahre vgl. Antràs, P.: De-Globalization? Global Value Chains in the Post-COVID-19 Age, NBER Working Paper 28115, 2020. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017: 20–22. Kiel

etwa in dem Programm „Made in China 2025“ aus dem Jahr 2015 manifestierte und im 14. Fünfjahresplan (2021-2025) bekräftigt wurde. Schon seit der Finanzkrise stieg der Warenhandel in China deutlich schwächer als die Industrieproduktion. Im Rest der Welt nahm hingegen der Handel weiter stärker zu als die Produktion.

Handelspolitische Bremsen

Dass der Welthandel schon seit einigen Jahren deutlich verlangsamt expandiert, erklärt sich auch aus einem verschlechterten handelspolitischen Umfeld. Die Handelskonflikte nehmen zu, gerade zwischen den großen Wirtschaftsräumen, und Handelspolitik wird als Mittel in der geopolitischen Auseinandersetzung mehr und mehr genutzt. Neben Zöllen werden vor allem – und zuletzt in zunehmendem Maße – Subventionen zum Schutz oder zur Förderung heimischer Industrien eingesetzt. Seit der Finanzkrise wurden weltweit in jedem Jahr deutlich mehr Handelsbeschränkungen in Kraft gesetzt als bestehende aufgehoben. Besonders viele Beschränkungen wurden während der Corona-Pandemie erlassen (Abbildung 1.6, Seite 24). Diese umfassen Maßnahmen im staatlichen Beschaffungswesen, Zollerhöhungen sowie Einfuhrlicenzen und -kontingente. Die wenigen Maßnahmen zur Handelsliberalisierung erfolgen hauptsächlich in Form von Einfuhrzollsenkungen.

Ausblick: Konjunkturell verbessert – strukturell weiter gedämpft

Die hier beschriebenen strukturellen Trends werden im Prognosezeitraum wohl anhalten. Es ist zu erwarten, dass die Wertschöpfungstiefe der chinesischen Produktion weiter steigt und Importe zunehmend durch heimische Erzeugnisse ersetzt werden. Ein Ende der handelspoliti-

schen Auseinandersetzungen ist ebenfalls nicht in Sicht. In nächster Zeit dürften allerdings die chinesischen Importe von Vorleistungsgütern mit dem Anziehen der Weltnachfrage wieder etwas stärker zulegen, zumal sich das Land nicht vollständig vom Rest der Welt abkoppeln wird. So dürfte der Welthandel im Prognosezeitraum wieder spürbar expandieren. Das Streben nach Versorgungssicherheit – eine Reaktion auf die pandemiebedingten Lieferengpässe und die zunehmenden geopolitischen Spannungen – droht allerdings dazu zu führen, dass vielerorts immer mehr Produktion ins Inland verlagert, die Ausfuhr strategisch wichtiger Rohstoffe und anderer Waren beschränkt und so der Welthandel nachhaltig gedämpft wird.

Konjunktur im Euroraum

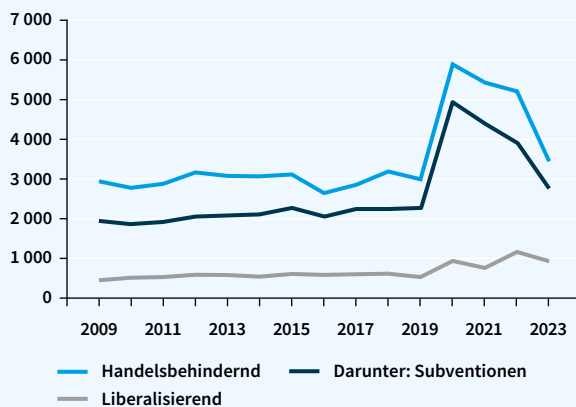
Die Konjunktur im Euroraum ist schwach. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Wirtschaftsleistung im Währungsgebiet kaum mehr als stagniert. Der private Konsum expandierte vor dem Hintergrund sinkender Realinkommen nur verhalten, die Ausrüstungsinvestitionen (ohne Irland)⁴ waren in einem Umfeld höherer Realzinsen und größerer Unsicherheit rückläufig. Der rechnerische Expansionsbeitrag des Außenhandels war negativ, da die Exporte stärker zurückgingen als die Importe. In Deutschland war die konjunkturelle Dynamik schwächer als in den anderen größeren Ländern des Währungsraums. In Frankreich stützte der private Konsum, Spanien befindet sich noch in der Erholung vom pandemiebedingten Einbruch, die dort relativ spät eingesetzt hat, in Italien wurde die Konjunktur bis zuletzt von den Bruttoanlageinvestitionen getragen; kumuliert trugen sie dort in den vergangenen drei Jahren 5,3 Prozentpunkte zum Zuwachs des Brut-

⁴ Die statistische Erfassung von Investitionen in Irland wird dadurch verzerrt, dass die Überschreibung von geistigem Eigentum durch multinationale Unternehmen, die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Investitions- und Importzuwachs abgebildet wird, hier eine enorme Größenordnung hat.

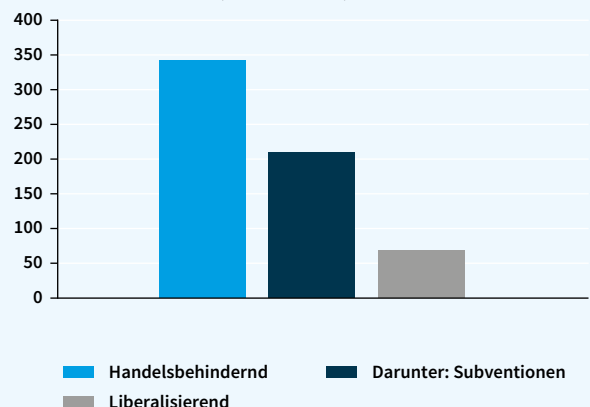
Abbildung 1.6

Anzahl neuer handelspolitischer Maßnahmen weltweit

Anzahl Maßnahmen 2009 - 2023



Anzahl Maßnahmen 2024 (Stand 14. März)



Quellen: https://www.globaltradealert.org/global_dynamics; Darstellung der Institute.

© GD Frühjahr 2024

toinlandsprodukts bei. Im ungewichteten Durchschnitt der anderen drei großen Volkswirtschaften waren es im gleichen Zeitraum lediglich 0,4 Prozentpunkte. Freilich ist die konjunkturelle Stärke Italiens fast ausschließlich auf die Wohnungsbauinvestitionen zurückzuführen, die vom fiskalischen Impuls des Superbonus-Programms der italienischen Regierung profitierten.

Die Inflationsrate ist seit ihrem Höhepunkt im Herbst 2022 deutlich zurückgegangen. Im Februar lag sie bei 2,6 %. Die Kernrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) sank ebenfalls deutlich, ist aber mit 3,1 % noch höher. Die Teuerung bei den Dienstleistungen (knapp 4 %) ist sogar fast gar nicht gesunken. Besonders niedrig war die Inflationsrate zuletzt mit knapp unter 1 % in Italien, wo die Basiseffekte bei den Energiepreisen besonders groß sind (Abbildung 1.7, Seite 25).

Angesichts der konjunkturellen Stagnation blieb der Arbeitsmarkt weiterhin sehr robust. Die Arbeitslosenquote ist zuletzt sogar noch etwas zurückgegangen; sie erreichte im Januar 2024 mit 6,4 % den niedrigsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die geleisteten Arbeitsstunden expandierten stärker als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Somit war die Arbeitsproduktivität im vergangenen Jahr rückläufig. Der Beschäftigungsaufbau war zuletzt fast ausschließlich auf neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

EZB bereitet Zinssenkungen vor

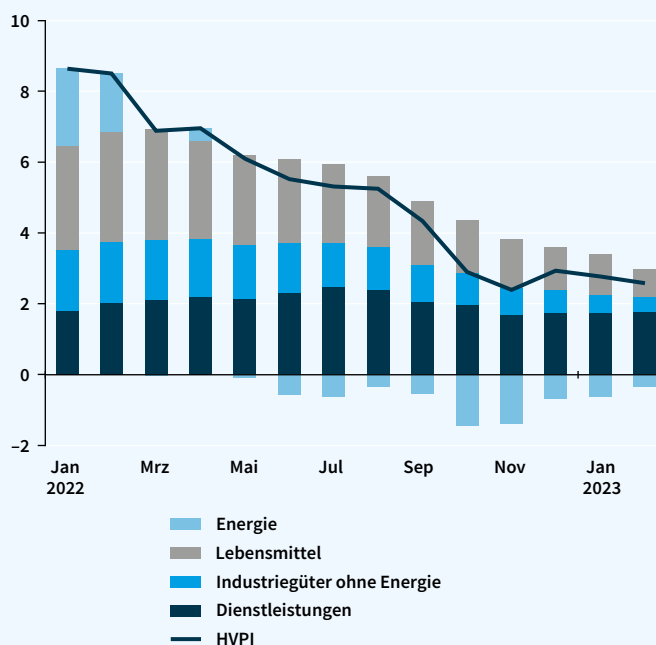
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat von Juli 2022 bis September 2023 die Leitzinsen um insgesamt 4,5 Prozentpunkte angehoben, um der hohen Inflation zu begegnen. Dies ist die kräftigste Zinsstraffung seit Bestehen der Europäischen Währungsunion. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt bei 4,5 %, der Einlagesatz bei 4 % und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 4,75 % (Abbildung 1.8, Seite 26). Mit den Zinsanhebungen und den gleichzeitig gesunkenen Inflationserwartungen sind die Realzinsen im Verlauf des Jahres 2023 stark gestiegen und haben so den Restriktionsgrad der Geldpolitik erhöht.

Auch die begonnene bzw. angekündigte Rückführung aus dem regulären Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) und dem Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) wirkt restriktiv. Seit Juli 2023 werden die gesamten Tilgungsbeträge aus den Anleihebeständen des APP nicht wieder angelegt. Dies hat seitdem zu einer Reduktion des Bestands um durchschnittlich 26 Mrd. Euro pro Monat geführt. Darüber hinaus hat die EZB im Dezember 2023 beschlossen, die Bestände des PEPP im zweiten Halbjahr 2024 um monatlich 7,5 Mrd. Euro zu reduzieren und ab Anfang 2025 die Reinvestitionen vollständig einzustellen (rund 14 Mrd. Euro). Die gegenwärtigen Bestände im Rahmen der beiden Ankaufprogramme sind mit rund 4600 Mrd. Euro so hoch, dass sie bei Beibehaltung der geplanten Abbaugeschwindigkeit freilich erst in etwa 10 Jahren vollständig aufgelöst wären.

Abbildung 1.7

Teuerung und Inflationsbeiträge

Veränderung des HVPI ggü. dem Vorjahr und Beiträge; in % bzw. Prozentpunkten



Quellen: Eurostat; Macrobond; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Mitte März hat die EZB entschieden, eine Änderung in ihrem geldpolitischen Handlungsrahmen vorzunehmen. Insbesondere wird sie ab September den Abstand zwischen dem Einlagesatz und dem Hauptrefinanzierungssatz durch Absenkung des letzteren von 0,5 auf 0,15 Prozentpunkte verkleinern. Der Spitzenrefinanzierungssatz folgt entsprechend und wird weiterhin um 0,25 Prozentpunkte über dem Hauptrefinanzierungssatz liegen. Diese Anpassung geschieht im Zuge des mittelfristigen Abbaukurses der Überschussreserven und der damit möglichen Loslösung des Geldmarktsatzes vom Einlagesatz hin zum Hauptrefinanzierungssatz. Durch einen engeren Zinskorridor wird die mögliche Schwankungsbreite des Geldmarktsatzes begrenzt.

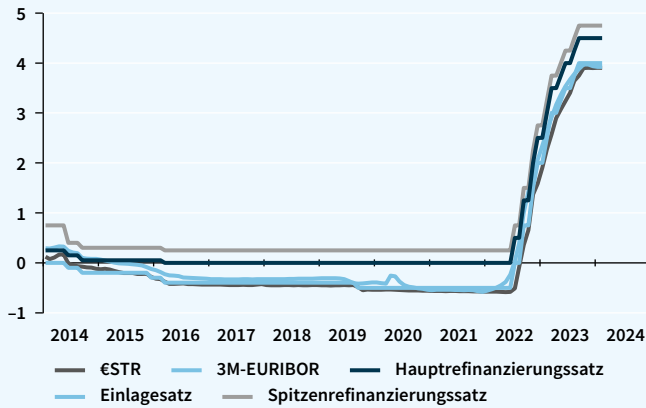
Die Umlaufrenditen von Staatsanleihen im Euroraum waren im Zuge gestiegener Inflations- und Leitzinserwartungen bis Oktober 2023 gestiegen und dann aufgrund der überraschend schnell gesunkenen Inflation wieder etwas zurückgegangen. Anfang März betrugen die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen im Euroraum im Schnitt 3 %. In den langfristigen Kapitalmarktsätzen dürfte der unterstellte Leitzinssenkungszyklus im Wesentlichen eingepreist sein. Während von dem Abbau der Wertpapierbestände im Prognosezeitraum für sich genommen leicht zinserhöhende Impulse ausgehen, dürften rückläufige Inflationsrisikoprämien eine tendenziell zinssenkende Wirkung haben, so dass zehnjährige Staatsanleihen im Euroraum im gesamten Prognosezeitraum bei etwa 3 % rentieren dürften.

Abbildung 1.8

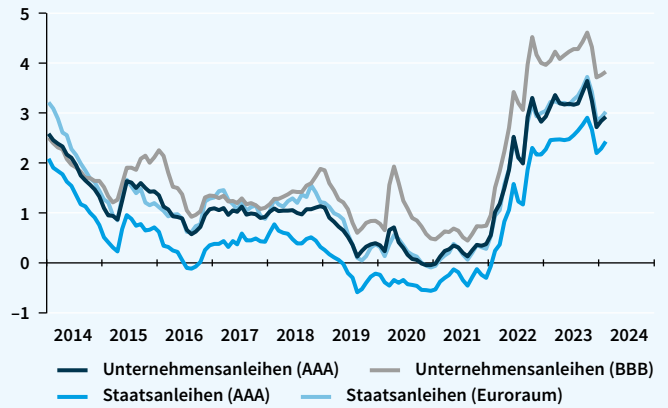
Zur monetären Lage im Euroraum

In %

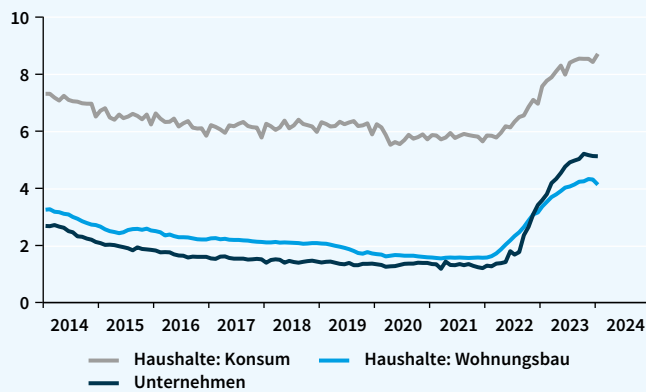
(a) Geldmarktzinsen¹



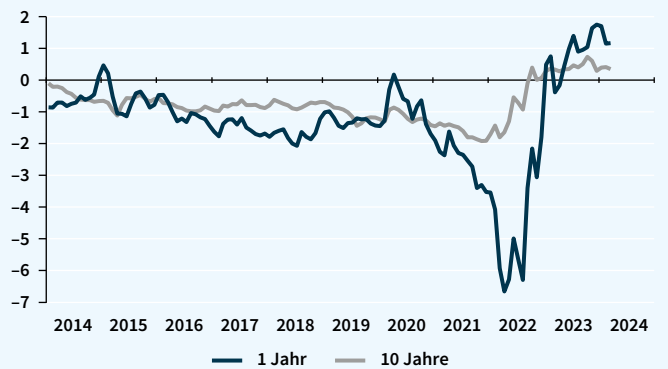
(b) Kapitalmarktzinsen²



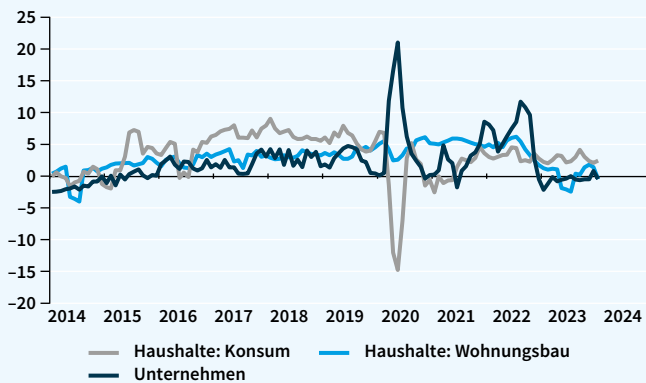
(c) Kreditzinsen³



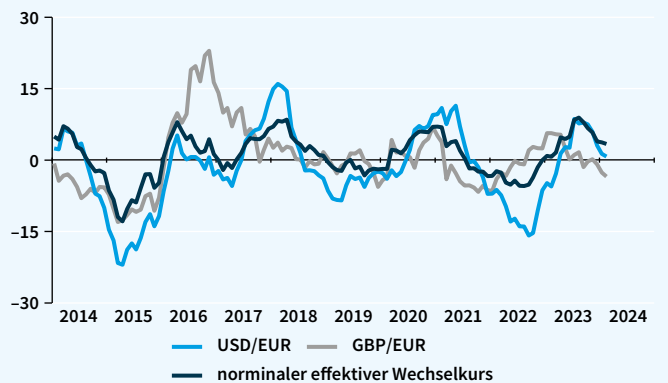
(d) Realzinsen⁴



(e) Veränderung der Kreditbestände⁵



(f) Veränderung der Euro-Wechselkurse⁶



¹ Die Euro Short-Term Rate €STR ersetzt den früheren Übernacht-Referenzzinssatz EONIA, der mit Ende des Jahres 2021 eingestellt wurde. Die Euro Short-Term Rate steht seit 2. Oktober 2019 zur Verfügung, für den Zeitraum davor wird der EONIA minus 8,5 Basispunkte gezeigt.

² Unternehmensanleihen = Renditen für Anleihen von Unternehmen mit höchster (AAA) bzw. mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = Renditen für Anleihen vom gesamten Euroraum und von Ländern des Euroraums mit höchster Bonität (AAA) und einer Restlaufzeit von zehn Jahren.

³ Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und für Kredite an Haushalte für Konsum bzw. für Wohnungsbau im Neugeschäft.

⁴ Differenz zwischen Overnight Index Swaps (OIS) und inflationsindexierten Swaps (Inflationserwartungen und Inflationsrisikoprämie) im Euroraum für die Laufzeit von einem Jahr bzw. zehn Jahren.

⁵ Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und von Haushalten für Konsum bzw. für Wohnungsbau (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungen zum Vormonat, in %, annualisiert, saisonbereinigt).

⁶ Jahreswachstumsraten in %. Nominaler effektiver Wechselkurs für 41 Partnerländer des Euroraums.

Quellen: Europäische Zentralbank; Macrobond; LSEG Datastream; Berechnungen der Institute.

Die Umlaufrenditen von Unternehmensanleihen folgen entsprechend. Im Februar lagen diese bei 2,9 % (3,9 %) für Unternehmensanleihen mit einem AAA (BBB)-Rating und dürften im Prognosezeitraum stabil bleiben. Die Zinsspitzen für neue Unternehmenskredite und Immobilienkredite wurden im Oktober 2023 erreicht. Seitdem sanken die Zinsen im Neukreditgeschäft leicht. Die Überwälzung des höheren Zinsniveaus in den Bestand von Unternehmenskrediten scheint schon relativ stark fortgeschritten.

Der Bestand an Unternehmens- und Immobilienkrediten stagniert seit Anfang des Jahres 2023 weitgehend. Die Neuvergabe von Hypothekenkrediten stabilisierte sich zuletzt auf niedrigem Niveau, befindet sich aber immer noch rund 40 % unter den Werten von Anfang 2022, bevor die Zinswende eingeleitet wurde. Gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) sank die Nachfrage nach Immobilienkrediten im vierten Quartal 2023 nur noch leicht weiter, nachdem sie davor stark eingebrochen war. Als Gründe für die verhaltene Nachfrage nannten die Banken das hohe Zinsniveau, die eingetrübten Aussichten auf dem Wohnungsmarkt und das niedrige Konsumervertrauen. Auch bei den Unternehmenskrediten gehen die Banken von keinem weiteren Rückgang der Nachfrage aus. Sinkende Anlageinvestitionen und das erhöhte Zinsniveau trugen bisher hauptsächlich zum Rückgang bei. Für das erste Quartal 2024 gehen die Banken von einem leichten Anstieg der Nachfrage aus. Gleichzeitig verschärfen sie auf der Kreditangebotsseite die Kreditvergabekonditionen im vierten Quartal 2023 nur noch leicht weiter.

Die Institute gehen davon aus, dass die EZB die Leitzinsen ab Juni stufenweise bis zum Frühjahr 2025 auf dann 2 % (Einlagesatz) bzw. 2,15 % (Hauptrefinanzierungssatz) senkt. Die Zinssenkungen werden erwartet, weil sich die Inflationsraten im Euroraum derzeit deutlich auf das Inflationsziel von 2 % zubewegen und im Durchschnitt des Jahres 2025 schon leicht darunter liegen dürften. Mit den für den Prognosezeitraum erwarteten Leitzinssenkungen wird der Restriktionsgrad deutlich verringert. Die Geldmarktsätze werden sich im Prognosezeitraum aufgrund des weiterhin hohen Bestands an Überschussreserven - so wie zuletzt - nahe am Einlagesatz der EZB entwickeln. Der Dreimonats-Euribor, der zuletzt bei knapp 4 % lag, wird bis zum Ende des Prognosezeitraums auf etwa 2 % absinken.

Rückgang der Haushaltsdefizite verlangsamte sich

Das aggregierte Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum dürfte sich im Jahr 2023 auf 3,2 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen haben und damit um 0,4 Prozentpunkte niedriger gewesen sein als 2022. Die Verbesserung fiel damit deutlich geringer aus als in den Jahren 2022 und 2021, als das Defizit um 1,6 bzw. 1,8 Prozentpunkte zurückgegangen war, da pandemiebedingte Effekte ausliefen: einerseits die kräftige Konjunkturerholung, die auf den Einbruch zu Beginn der Coronapandemie folgte, andererseits jene finanzpolitischen Stützungs-

maßnahmen, die als Reaktion auf die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Verwerfungen ergriffen worden waren.

Der Rückgang der Defizite im Jahr 2023 hatte vor allem mit dem Rückgang diskretionärer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiepreiskrise zu tun. So wurden im vergangenen Jahr laut EZB im Euroraum 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts in Form von Subventionen, Transfers und Steuererleichterungen ausgegeben, um 0,5 Prozentpunkte weniger als auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise 2022. Zudem wurde die Verbesserung der fiskalischen Position durch die hohe Inflation und die zum Teil kräftigen Lohnzuwächse begünstigt, die das Aufkommen an direkten und indirekten Steuern und Abgaben steigerten.

Mit dem Rückgang der Inflation schwächt sich der zunächst entlastende Effekt auf die Staatsfinanzen ab. Zudem belasten inflationsbedingt verzögert steigende Staatsausgaben, die schwache Konjunktur und die gestiegenen Refinanzierungskosten die öffentlichen Haushalte; letztere allerdings nicht in dem Maße wie die Zinsen gestiegen sind, da die Weitergabe aufgrund der langen Restlaufzeiten der Staatsanleihen erst allmählich erfolgt. Die Ausgaben für diskretionäre Stützungsmaßnahmen gehen weiter zurück, nicht zuletzt weil die Energiepreise wieder deutlich gesunken sind. Dies entlastet die öffentlichen Haushalte und wird das aggregierte Defizit im laufenden und im kommenden Jahr auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts drücken. Unter den fünf größten Euroländern bleiben die Haushaltsdefizite in Deutschland und den Niederlanden am niedrigsten, die Niederlande verzeichneten im zweiten Halbjahr 2023 sogar erstmals seit 2019 einen Überschuss. Dagegen liegen die Haushaltsdefizite insbesondere in Italien, aber auch in Frankreich und Spanien deutlich über der 3 %-Marke und verringern sich nur langsam (Tabelle 1.3, Seite 27).

Die Finanzpolitik wird in diesem und im kommenden Jahr weiter etwas gestrafft. Dies ist auch erforderlich, da

Tabelle 1.3

Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern des Euroraums

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts¹

	2021	2022	2023	2024	2025
Deutschland	-3,7	-2,6	-2,1	-1,6	-1,3
Frankreich	-6,5	-4,7	-4,8	-4,5	-4,0
Italien	-9,0	-8,0	-5,1	-4,0	-3,8
Spanien	-6,9	-4,8	-4,0	-2,8	-2,7
Niederlande	-2,4	0,0	-0,5	-1,9	-2,5
Insgesamt ²	-5,6	-4,1	-3,4	-2,9	-2,7

¹ Gemäß der Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.

² Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

Tabelle 14

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2022	2023	2024	2025
Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt				
Bruttoinlandsprodukt	3,4	0,5	0,7	1,6
Inländische Verwendung	3,6	0,4	0,5	1,6
Privater Konsum	4,2	0,6	1,0	2,1
Staatskonsum	1,6	0,7	1,2	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	1,4	1,2	1,3
Vorratsveränderungen ¹	0,4	-0,4	0,0	0,0
Außenbeitrag ¹	-0,0	0,2	-0,3	0,0
Exporte	7,1	-0,9	0,3	3,0
Importe	7,8	-1,4	1,1	3,0
Verbraucherpreise ²	8,4	5,5	2,4	1,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ³	-4,1	-3,4	-2,9	-2,7
Leistungsbilanzsaldo	-0,6	1,9	2,5	2,6
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁴	6,7	6,5	6,5	6,2

¹ Expansionsbeitrag.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Gesamtstaatlich, berechnet für das Aggregat der fünf größten Euroraumländer.

⁴ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen der Institute; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

die europäischen Fiskalregeln reformiert wieder in Kraft treten (Fokus: Zur Diskussion um die öffentlichen Haushaltsregeln in der EU, Seite 28). Allerdings ist die Politik expansiver ausgerichtet, als es die nationalen Kennzahlen vermitteln, da die Mitgliedstaaten Transfers aus dem NextGenerationEU-Programm erhalten, die in ihren Haushalten als Einnahmen und somit defizitmindernd verbucht werden. Das Programm wird hauptsächlich durch die Ausgabe von Anleihen der Europäischen Kommission im Namen der Europäischen Union am Kapitalmarkt finanziert. Bislang sind erst 40 % der über den gesamten Programmzeitraum 2021-2027 vorgesehenen Zuschüsse an die EU-Länder in Höhe von 357 Mrd. Euro verausgabt.

Konjunktur im Euroraum belebt sich langsam

Die Aussichten für die Konjunktur im Euroraum haben sich zu Beginn des Jahres 2024 etwas aufgehellt. Sowohl der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission als auch der Einkaufsmanagerindex (S&P Global, Gesamtwirtschaft) sind seit dem vergangenen Herbst leicht gestiegen. Beide Indikatoren liegen jedoch noch auf so niedrigen Niveaus, dass für das laufende Quartal keine kräftige Belebung zu erwarten ist. Im Jahresverlauf wird die konjunkturelle Dynamik allmählich zunehmen. Vor allem wird der private Konsum Impulse von wieder steigenden Realeinkommen erhalten. Auch von der Auslandsnachfrage gehen im Prognosezeitraum Anregungen aus. Die Investitionen werden später im Jahr

von sinkenden Finanzierungskosten stimuliert. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,7 % und im kommenden Jahr um 1,6 % expandieren (Tabelle 14, Seite 28).

Aufgrund der rückläufigen Umfragewerte mit Blick auf zukünftige Preiserhöhungen in der Industrie, im Einzelhandel und bei anderen Dienstleistern erwarten die Institute, dass die Kerninflationsrate in den kommenden Monaten weiter sinken wird. Die Nominallohndynamik bleibt zwar hoch, hat ihren Höhepunkt aber wohl überschritten. Zudem dürften die Energiepreise den allgemeinen Preisauftrieb im gesamten Prognosezeitraum dämpfen, so dass die Inflationsrate weiter zurückgehen und im kommenden Jahr wieder die Zielmarke der EZB erreichen wird. Im Durchschnitt des laufenden Jahres wird sie noch bei 2,4 % liegen, im kommenden Jahr bei 1,9 %. Die Zunahme der Beschäftigung dürfte sich verlangsamen. Für die Industrie deuten Umfragen allerdings auf einen Beschäftigungsabbau hin. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2024 in etwa konstant bleiben und im Jahr 2025 wieder leicht sinken.

Fokus: Zur Diskussion um die öffentlichen Haushaltsregeln in der EU

Seit den 1970er Jahren hat die Staatsschuldenquote in den meisten Industrieländern trendmäßig zugenommen. Haushaltsdefizite traten häufiger auf als -überschüsse, und vielfach war die Fiskalpolitik prozyklisch ausgerichtet.⁵ Als Hauptursache wird der Wunsch der politischen Entscheidungsträger, wiedergewählt zu werden, und die damit verbundene kurzfristige Orientierung der Politik genannt, die zukünftige Zinszahlungen und Tilgungen schuldenfinanzierter Ausgabenentscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt.⁶ Daher neigen Politiker zu übermäßigen Defiziten, die die langfristige Stabilität der staatlichen Verschuldungsquote gefährden.

Vor diesem Hintergrund führten seit Ende des zwanzigsten Jahrhunderts immer mehr Länder Fiskalregeln ein, die verzerrte Anreize korrigieren und öffentliche Schuldenquoten stabilisieren sollen.⁷ Fiskalregeln werden definiert als langfristige Beschränkung der Fiskalpolitik durch die Festlegung fester Grenzwerte für bestimmte fiskalpolitische Indikatoren.⁸ Dabei können vier Arten von Regeln unterschieden werden: Defizitregeln beschränken das öffentliche Haushaltsdefizit, Schuldenregeln die Staatsschuldenquote, Ausgabenregeln die Staatsausgaben und Einnahmenregeln die öffentlichen Einnahmen.

⁵ Yared, P.: Rising Government Debt: Causes and Solutions for a Decades-Old Trend, in: Journal of Economic Perspectives 33 (2), 2019.

⁶ Wyplosz, C.: Fiscal rules: theoretical issues and historical experiences, in: National Bureau of economic research Working paper 17884, 2012. Feld, L.: The Quest for Fiscal Rules, in: R. E. Wagner (Hrsg.), James M. Buchanan: 965-990, 2018. Palgrave Macmillan, Cham.

⁷ Eine Diskussion der Argumente für und gegen Fiskalregeln finden sich in ifo Schnelldienst 2/2024: Haushaltspolitik im Krisenmodus <https://www.ifo.de/publikationen/2024/zeitschrift-einzelheft/haushaltspolitik-reform-schuldenbremse>

⁸ Kopits, G. und S. A. Symansky: Fiscal policy rules. IMF Occasional Paper 162, 1998.

Tabelle 1.5

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Deutschland	24,4	1,9	-0,1	0,2	1,4	8,6	6,1	2,3	1,8	3,1	3,0	3,1	3,0
Frankreich	16,6	2,5	0,9	0,7	1,4	5,9	5,7	2,5	1,9	7,3	7,3	7,4	7,2
Italien	12,0	4,1	1,0	0,6	1,1	8,7	6,0	1,7	2,0	8,1	7,7	7,5	7,4
Spanien	8,5	5,8	2,5	1,8	1,9	8,3	3,4	3,0	2,1	12,9	12,1	11,6	11,2
Niederlande	6,0	4,4	0,1	0,8	1,7	11,6	4,2	2,3	2,0	3,5	3,5	3,5	3,3
Belgien	3,5	3,0	1,5	1,3	1,5	10,3	2,3	3,0	2,2	5,6	5,5	5,5	5,2
Irland	3,2	9,6	-3,3	1,3	4,3	8,1	5,2	2,3	1,8	4,5	4,3	4,5	4,3
Österreich	2,8	4,8	-0,7	0,3	1,6	8,6	7,8	3,5	2,6	4,8	5,1	5,2	5,2
Finnland	1,7	1,3	-0,9	0,0	1,7	7,2	4,4	1,3	1,9	6,8	7,2	7,7	7,2
Portugal	1,5	6,8	2,3	1,3	2,0	8,1	5,3	2,3	2,1	6,2	6,6	6,5	6,3
Griechenland	1,3	5,7	-	1,7	2,2	9,3	4,2	2,4	1,8	12,5	11,1	10,1	9,5
Slowakei	0,7	1,8	1,1	1,7	2,4	12,1	11,1	3,4	2,7	6,2	5,9	5,6	5,4
Luxemburg	0,5	1,4	-1,2	0,9	2,5	8,1	3,0	2,5	2,1	4,6	5,2	5,5	5,3
Kroatien	0,4	6,4	2,8	2,4	2,7	10,7	8,5	3,7	2,5	6,7	6,3	6,3	6,2
Litauen	0,4	2,4	-0,3	2,2	2,9	18,8	9,0	2,6	2,4	6,0	6,9	7,1	6,7
Slowenien	0,4	2,9	1,9	2,3	2,6	9,3	7,3	2,8	2,3	4,0	3,7	3,6	3,6
Lettland	0,2	3,1	-0,0	1,7	2,8	17,1	9,5	2,2	2,4	6,9	6,5	6,3	5,9
Estland	0,2	-0,5	-3,1	0,3	3,0	19,4	9,4	3,0	2,6	5,6	6,4	6,8	6,6
Zypern	0,2	5,1	2,5	2,8	3,0	8,1	4,0	2,3	2,1	6,8	6,1	6,0	5,7
Malta	0,1	8,1	5,6	3,9	4,0	6,1	5,6	2,6	2,3	2,9	2,6	2,5	2,5
Euroraum insgesamt	84,8	3,5	0,5	0,7	1,6	8,4	5,5	2,4	1,9	6,7	6,5	6,5	6,2
... ohne Deutschland	60,3	4,2	0,7	1,0	1,7	8,4	5,2	2,4	2,0	8,0	7,8	7,6	7,4
Polen	4,1	5,5	0,1	2,7	3,3	13,2	11,0	4,3	3,3	2,9	2,8	2,9	2,8
Schweden	3,5	2,7	0,0	0,4	2,0	8,0	6,0	2,5	2,0	7,5	7,7	8,1	7,6
Dänemark	2,4	2,7	1,8	2,3	1,9	8,5	3,4	1,5	1,8	4,5	4,9	5,0	4,8
Rumänien	1,8	4,1	2,0	2,7	3,4	12,0	9,8	5,4	3,8	5,6	5,6	5,4	5,2
Tschechien	1,7	2,4	-0,4	1,0	2,8	14,8	12,1	2,8	2,4	2,4	2,6	2,7	2,7
Ungarn	1,1	4,6	-0,7	2,4	3,2	15,2	17,5	4,3	3,8	3,6	4,0	4,0	3,8
Bulgarien	0,5	4,2	1,9	2,2	3,0	13,0	8,7	3,7	3,1	4,2	4,3	4,3	4,1
EU-27*	100,0	3,5	0,5	0,9	1,8	8,9	6,0	2,5	2,1	6,1	6,0	5,9	5,7
MOE-Länder*	11,7	4,1	0,4	2,2	3,1	13,6	11,1	4,0	3,1	4,0	4,0	4,0	3,9

¹ Die Zuwachsraten sind um Preis-, Saison- und Kalendereffekte bereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.

⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen der Institute; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Fiskalregeln in der EU

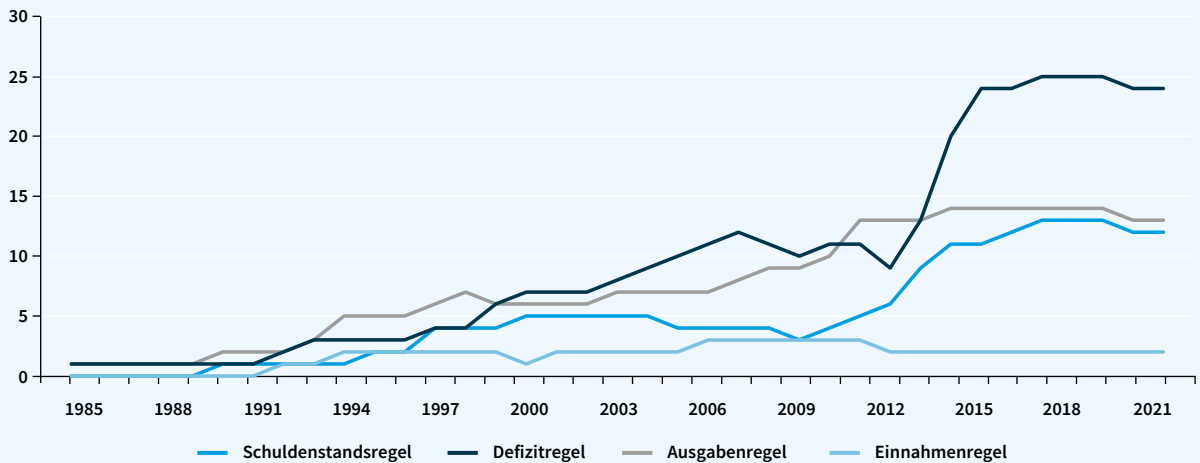
In der EU wurden Fiskalregeln im Jahr 1997 mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) eingeführt. Dieser weitete den Geltungsbereich der Grenzwerte für Staatsdefizit und -schuldenstand, die 1992 im Vertrag von Maastricht als Zugangskriterien zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion formuliert worden waren, auf bestehende Mitgliedsländer aus. Bei diesen Maastricht-Kriterien handelt es sich also um eine Defizit- und eine Schuldenregel. EU-Länder dürfen maximal ein Defizit von 3 % und

einen Schuldenstand von 60 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen, wobei mittelfristig ein ausgeglichener Haushalt anzustreben ist (Art. 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union).

Seit seinem Inkrafttreten wurde der SWP mehrmals reformiert. Um mehr Flexibilität für diskretionäre Fiskalpolitik zu erlangen, wurde 2005 das universelle Ziel nominal ausgeglichener Staatshaushalte durch länderspezifische

Abbildung 1.9

Anzahl der EU-Länder mit nationalen Fiskalregeln



Quellen: IMF Fiscal Rules Dataset 1985 - 2021; Darstellung der Institute; bis 2019 inklusive Großbritannien.

© GD Frühjahr 2024

mittelfristige Ziele ersetzt. Außerdem wird seither die strukturelle Komponente des Haushaltssaldos anstelle des gesamten Defizits als Referenzwert herangezogen. Ab 2010 wurde der SWP in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise schrittweise verschärft. Die mit dem sogenannten Sixpack im Jahr 2011 eingeführten Bestimmungen gelten bis heute, waren aber in den Jahren 2020-2023 durch Anwendung der generellen Ausweichklausel ausgesetzt, die für den Fall von außergewöhnlichen Ereignissen wie Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen vorgesehen ist. Jüngst wurden die Fiskalregeln auf europäischer Ebene in ihrer konkreten Ausgestaltung abermals reformiert (Kasten 1.1, Seite 33). Damit soll nicht zuletzt die Motivation der Länder erhöht werden, die Regeln auch einzuhalten, war doch die Regeltreue bislang eher schwach ausgeprägt.⁹

Der im Jahr 2012 verabschiedete Fiskalpakt verpflichtet Mitgliedstaaten zudem dazu, Fiskalregeln in der nationalen Verfassung oder zumindest Gesetzgebung zu verankern. Bereits vorher hatte eine steigende Zahl von Ländern nationale Regeln implementiert, etwa Deutschland im Jahr 2009 die ins Grundgesetz geschriebene Schuldenbremse. Auf nationaler Ebene dominierten zunächst Ausgabenregeln, mit dem Fiskalpakt rückte die öffentlichen Schuldenaufnahme in den Fokus, und Defizitregeln sind nun die vorherrschende Art von nationalen Fiskalregeln in der EU (Abbildung 1.9, Seite 30).

⁹ Larch, M., J. Malzubris, S. Santacroce: Numerical compliance with EU fiscal rules: Facts and figures from a new database, in: *Intereconomics*, 58(1): 32-42, 2023. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*: Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch, Frühjahrsgutachten 2019: 27-31, Halle (Saale).

Wirkungen von Fiskalregeln

Zahlreiche Studien untersuchen den Einfluss der Existenz, der Einführung und der Intensität von Fiskalregeln auf fiskalische Größen wie den (konjunkturbereinigten) Primärsaldo des öffentlichen Haushalts, die Staatsverschuldung und die Höhe der Staatsausgaben. Endogenitätsprobleme erschweren dabei die Identifikation von kausalen Effekten erheblich. So erfolgt die Einführung von Fiskalregeln meist nicht exogen, sondern ist bereits Ausdruck von gesellschaftlichen Präferenzen zugunsten ausgeglichener Staatsfinanzen. Diese Präferenzen hätten dann aber auch in Abwesenheit von festen Regeln zu einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik geführt. Gleichwohl herrscht in der empirischen Literatur auf Grundlage verschiedener Ansätze weitgehende Einigkeit, dass nationale Fiskalregeln öffentliche Defizite, Schulden sowie Staatsausgaben in Europa reduzieren.¹⁰ Für die supranationalen Fiskalregeln des SWP lassen sich diese Ergebnisse allerdings nicht einfach generalisieren. Hier sind die Effekte heterogen und abhängig von der Höhe des Saldos beziehungsweise des Schuldenstandes. Oberhalb der Schuldenstandsgrenze wirken sie tendenziell defizitmindernd, unterhalb hingegen eher defiziterhöhend.¹¹

¹⁰ Z.B. Debrun, X., L. Moulin, A. Turrini, J. Ayuso-i-Casals, und M. S. Kumar: Tied to the mast? National fiscal rules in the European Union, in: *Economic Policy* 23 (54): 298-362, 2008. Bergman, U. M., M. M. Hutchison, und S. E. H. Jensen.: Promoting sustainable public finances in the European Union: The role of fiscal rules and government efficiency, in: *European Journal of Political Economy* 44: 1-19, 2016. Heinemann, F., M.-D. Moessinger, und M. Yeter.: Do fiscal rules constrain fiscal policy? A meta-regression-analysis, in: *European Journal of Political Economy* 51: 69-92, 2018. ¹¹ Caselli, F.; Wingender, P.: Heterogeneous effects of fiscal rules: The Maastricht fiscal criterion and the counterfactual distribution of government deficits, in: *European Economic Review*, 136 (C), 2021.

Kritiker von Fiskalregeln argumentieren, dass ein eingeschränkter finanzieller Spielraum zu geringeren öffentlichen Investitionen des Staates führe. Darauf wurde bei der jüngsten Reform der EU-Fiskalregeln reagiert, indem Investitionsausgaben und Strukturreformen bei der Beurteilung der Haushaltspläne besonders berücksichtigt werden. Empirisch jedoch zeigt sich kein Zusammenhang zwischen fiskalischer Strenge und staatlicher Investitionstätigkeit (Abbildung 1.10, Seite 31). Auch eine Meta-studie auf Basis von 20 empirischen Arbeiten findet keine systematische Evidenz.¹² Die Einzelstudien zu den Auswirkungen von Ausgabenregeln, Regeln für einen ausgeglichenen Haushalt und Schuldenregeln auf nationaler und auf lokaler Ebene weisen freilich darauf hin, dass Fiskalregeln Ausnahmen für Krisenzeiten zulassen sollten. Tragfähige Staatsfinanzen sind zudem eine Voraussetzung, um starke Schwankungen der öffentlichen Investitionen in Zeiten von externen adversen Schocks zu verhindern. So zeigte sich im Zuge der Weltfinanz- und europäischen Staatsschuldenkrise, dass vor allem in Ländern mit hohem Schuldenstand die öffentlichen Investitionen stark eingeschränkt wurden, während sie in Ländern mit mittlerem und niedrigem Schuldenstand nur wenig oder gar nicht zurückgingen.

Konsolidierungsdruck durch höhere Zinslasten

In der EU bzw. im Euroraum sind die Schuldenquoten von 2019 bis 2021 pandemiebedingt um rund 10 Prozentpunkte gestiegen (Abbildung 1.11, Seite 31). Bis zum Jahr 2023 verringerten sie sich hauptsächlich aus zwei Gründen wieder: Zum einen erholte sich mit dem Ende der Pandemie die wirtschaftliche Aktivität, zum anderen sorgte die hohe Inflation dafür, dass das nominale Bruttoinlandsprodukt im Nenner der Schuldenquote kräftig stieg.

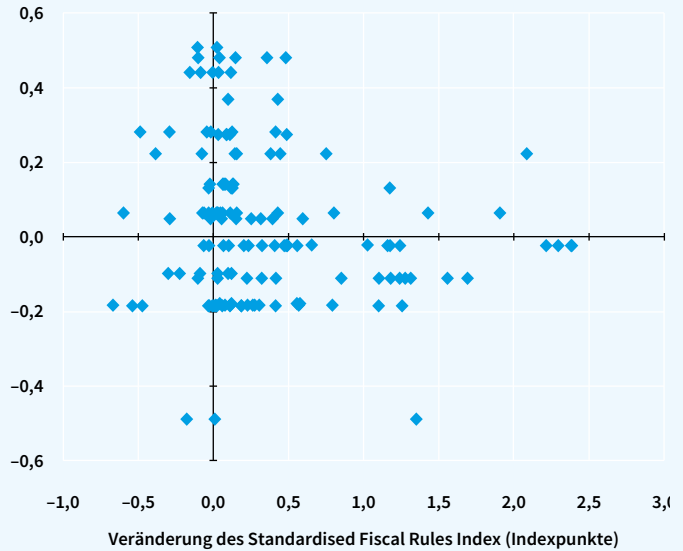
Besonders stark gingen die Schuldenstandsquoten in Portugal und Griechenland zurück, was sich bereits in den Risikoaufschlägen der Staatsanleihen dieser Länder niedergeschlagen zu haben scheint. Die Rendite auf 10-jährige griechische Staatsanleihen verzeichnete jahrelang einen höheren Risikoaufschlag als italienische Titel; mittlerweile liegt ihr Risikoaufschlag mit 0,75 Prozentpunkten um 0,5 Prozentpunkte niedriger als der Italiens, und Risikoaufschläge portugiesischer Staatsanleihen verließen ihren langjährigen Gleichlauf mit denen spanischer Titel.

¹² Blesse, S., Dorn, F., Lay, M.: Do fiscal rules undermine public investments? A review of empirical evidence, in: ifo working paper 393, 2023. Grosse-Steffen, C.; Pagenhardt, L.; Rieth, M.: Committed to flexible fiscal rules, in: Banque de France Working Paper, 2021.

Abbildung 1.10

Veränderung der durchschnittlichen staatlichen Bruttoanlageinvestitionen und Veränderung des Standardised Fiscal Rules Index

Veränderung der durchschnittlichen öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen (% vom BIP)



*Die Veränderung der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen zeigt die durchschnittlichen staatlichen Bruttoanlageinvestitionen als Prozent des Bruttoinlandsprodukts über einen Zeitraum von fünf Jahren nach einer Änderung des Standardised Fiscal Rules Index im Vergleich zu dem Durchschnittswert der vorangegangenen fünf Jahre.

Datensatz umfasst die Änderungen des Standardised Fiscal Rules Index für die 27 EU Mitgliedsstaaten über den Zeitraum 2000 bis 2018

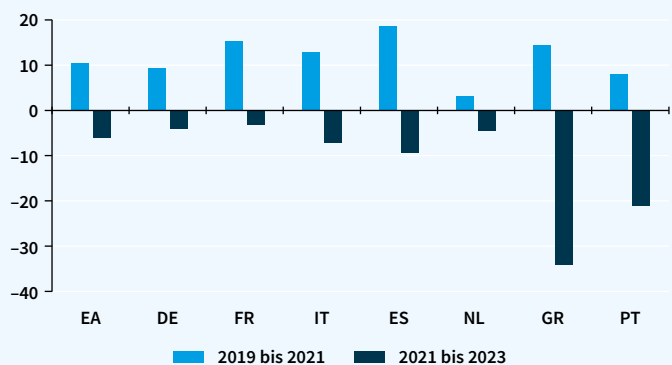
Quellen: European Commission; EUROSTAT; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 1.11

Veränderung der Schuldenstandsquote seit 2019

In Prozentpunkten



Quellen Europäische Kommission (AMECO); Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

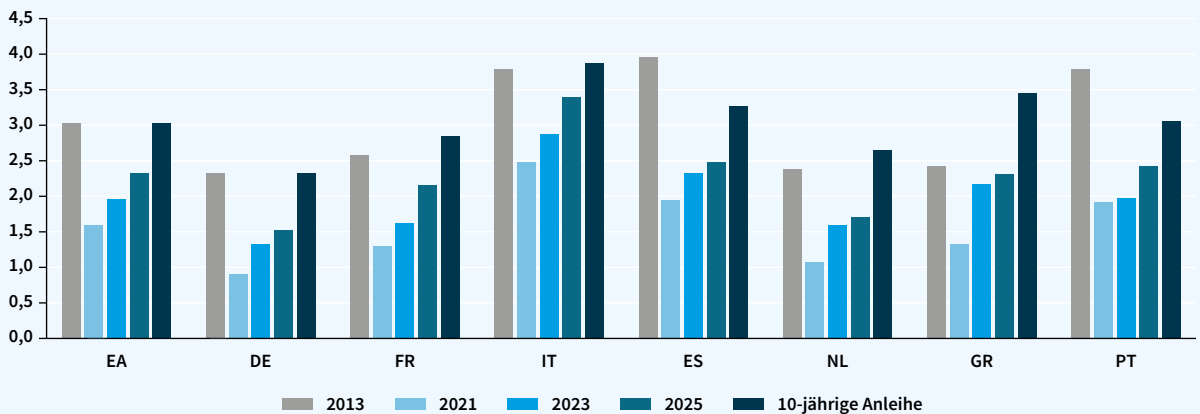
Die staatlichen Haushalte werden in der nächsten Zeit durch den zunehmenden Gegenwind der Zinswende erfasst. In den vergangenen zehn Jahren kam von dieser Seite teils erheblicher Rückenwind (Abbildung 1.12, Seite 32). Zwar führte das höhere Zinsniveau schon im Jahr 2023 zu einem Anstieg der Zinsausgaben der Staaten, aber nach und nach wird nun ein immer größerer Teil des

Schuldenstandes dem höheren Zinsniveau unterliegen. Ein Vergleich der impliziten Verzinsung des Schuldenstandes mit dem Niveau der 10-jährigen Renditen im Februar 2024 legt nahe, dass in den Ländern noch ein größerer Teil der Überwälzung aussteht. Die Zinsausgaben binden also einen immer größeren Anteil der Staatseinnahmen (Abbildung 1.13, Seite 32).

Abbildung 1.12

Impliziter Zins der Staatsverschuldung

In %



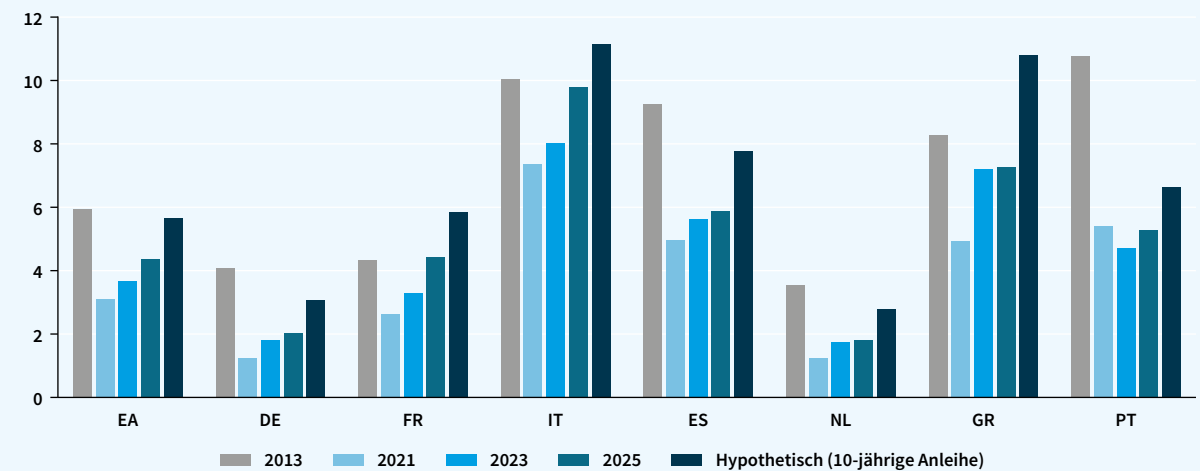
Der implizite Zins ergibt sich als Verhältnis aus den Zinsausgaben der Staaten in den laufenden Jahren und den Bruttostaatsschulden aus dem jeweiligen Vorjahr. Der implizite Zins für das Jahr 2025 entspricht der Prognose der Europäischen Kommission (AMECO). Durchschnittliche Rendite der 10-jährigen Staatsanleihen aus dem Februar 2024.

Quellen: Europäische Kommission (AMECO); Eurostat.

Abbildung 1.13

Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis

In %



Das Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis für das Jahr 2025 entspricht der Prognose der Europäischen Kommission (AMECO). Das hypothetische längerfristige Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis basiert auf Berechnungen der Institute mit der durchschnittlichen Rendite der 10-jährigen Staatsanleihen aus dem Februar 2024.

Quellen: Europäische Kommission (AMECO); Eurostat; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Kasten 1.1

Die reformierte Haushaltsüberwachung in der EU

Am 10. Februar 2024 haben der Europäische Rat und das Europäische Parlament eine vorläufige Einigung über die Reform der Haushaltsüberwachung in der EU vorgestellt.

Die bisherige Regelung unterscheidet zwischen einem präventiven und einem korrektiven Arm der Haushaltsüberwachung.¹ Beim präventiven Arm steht die jährliche Abstimmung der Haushaltsentwürfe der Mitgliedstaaten mit der Kommission während des Europäischen Semesters im Vordergrund. Maßgeblich ist dabei die Orientierung am mittelfristigen Haushaltszeit ("medium term objective - MTO"). Dieses stellt grundsätzlich eine Untergrenze für den strukturellen Finanzierungssaldo (in VGR-Abgrenzung) in Höhe von -1 % in Relation zum Produktionspotenzial dar. Für Länder, die die Zusatzklausel von 2012 ratifiziert haben und eine Schuldenstandsquote von über 60 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen, beträgt das MTO -0,5 %.

Sofern die Haushaltszahlen vom MTO abweichen, sind die Mitgliedsländer gehalten, den strukturellen Budgetsaldo entlang eines Abbaupfads auf das MTO zu bringen. Dieser ist regelgebunden und hängt vom Schuldenstand und der konjunkturellen Lage ab. Die geforderte Reduktion des strukturellen Finanzierungsdefizits variiert in Schritten, die zwischen 0 und mindestens 0,75 Prozentpunkten pro Jahr liegen. Zusätzlich gibt es eine Ausgabenregel, die die maximale Höhe der Ausgaben festlegt und die ebenfalls vom Schuldenstand und der konjunkturellen Lage abhängt. Es bestehen zudem gesonderte Regeln für investive Ausgaben, Strukturreformen und besondere ökonomischen Herausforderungen.

Im korrektiven Arm ist die Kommission ex post verpflichtet, die fiskalische Situation zu untersuchen, wenn das Finanzierungsdefizit höher war als 3 % des Bruttoinlandsprodukts, und zu prüfen, ob der Bruttoschuldenstand über 60 % lag und gegebenenfalls die 1/20-Regel verfehlt wurde. Die 1/20-Regel besagt, dass jener Teil des Bruttoschuldenstands, der 60 % übersteigt, jedes Jahr um 1/20 reduziert werden muss. Als Ergebnis der Prüfung kann gegen das betreffende Mitgliedsland ein Defizitverfahren eingeleitet werden.

Die neuen Regeln orientieren sich weiterhin an den Maas-

tricht-Kriterien von 3 % für das Defizit und 60 % für den Bruttoschuldenstand.^{2,3} Auf Verfehlungen dieser Kennzahlen sollen die Mitgliedsländer in ihrer Haushaltsplanung weiterhin reagieren. Allerdings wird nun als Ziel für den Finanzierungssaldo nicht mehr das MTO von -0,5 % bzw. -1 % vorgegeben, um einen hinreichenden Sicherheitsabstand zu dem Defizit-Grenzwert von 3 % zu erlangen, sondern ein strukturelles Defizit von 1,5 %. Zudem soll die Berücksichtigung von Investitionsausgaben und Strukturreformen bei der Beurteilung der Haushaltspläne erweitert werden.

Für die Beurteilung der Verschuldung (bisher im korrektiven Arm) soll nicht mehr die 1/20-Regel angewandt werden, sondern eine Schuldentragfähigkeitsanalyse. Ein Abbau der Verschuldung in Höhe von mindestens einem Prozentpunkt relativ zum Bruttoinlandsprodukt pro Jahr ist dabei gefordert, wenn der Bruttoschuldenstand über 90 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt. Beträgt die Schuldenquote zwischen 60 und 90 %, sind 0,5 Prozentpunkte pro Jahr hinreichend. Insbesondere für hoch verschuldete Länder ist die neue Regelung deutlich einfacher zu erfüllen als die 1/20 Regel: Bei einem Bruttoschuldenstand von 120 % impliziert die 1/20 Regel z.B. einen Anpassungsbedarf von drei Prozentpunkten gegenüber einem Prozentpunkt im neuen Verfahren.

Neben den Kennzahlen des Systems sollen auch die Abläufe und die Bindungswirkung bei Kennzahlenverfehlung überarbeitet werden. So sollen Vereinbarungen zwischen der Kommission und den Mitgliedsländern über einen Ausgabenpfad, der mit den genannten Vorgaben planerisch übereinstimmt, für vier Jahre getroffen werden. Es wird zwar ein Kontrollkonto geführt, doch dürften insgesamt mehr Spielräume bestehen als bei dem jährlichen System des derzeit durchgeführten Europäischen Semesters.

Zudem soll die Kommission bei der Beurteilung der fiskalischen Situation landesspezifische Gegebenheiten stärker berücksichtigen. Durch einen intensiveren Dialog mit den Mitgliedsländern soll deren „Ownership“ für die vereinbarten Haushaltspfade gestärkt werden.

² *Europäisches Parlament:* Deal on EU economic governance reform. Pressemitteilung vom 10.2.2024. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240205IPR17419/deal-on-eu-economic-governance-reform>

³ *Rat der Europäischen Union:* Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung: Rat und Parlament einig über Reform der Haushaltsregeln. Pressemitteilung vom 10.2.2024. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/10/economic-governance-review-council-and-parliament-strike-deal-on-reform-of-fiscal-rules/>

¹ *Europäische Kommission:* Vade Mecum on the Stability and Growth Pact – 2019 Edition. European Economy Institutional Paper No. 101, Brüssel. https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/vade-mecum-stability-and-growth-pact-2019-edition_en

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Überblick

Die Wirtschaft in Deutschland ist angeschlagen. Eine bis zuletzt zähe konjunkturelle Schwächephase geht mit schwindenden Wachstumskräften einher. In der lahmen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überlagern sich somit konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Zwar dürfte ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen, die Dynamik dürfte aber insgesamt nicht allzu groß ausfallen.

Derzeit bewegt sich die Wirtschaftsleistung auf einem Niveau, das kaum über dem vor der Pandemie liegt. Seitdem tritt die Produktivität auf der Stelle, und die inzwischen um über 600 000 höhere Zahl der Erwerbstätigen kompensiert im Wesentlichen nur die niedrigere durchschnittlich geleistete Arbeitszeit. Hierbei spielt allerdings auch der gegenüber dem Trend weiterhin stark erhöhte Krankenstand eine Rolle. Sofern sich dieser – wie von den Instituten unterstellt – bis zum Ende des kommenden Jahres zurückbildet, steht wieder ein um 1,5 % höheres Arbeitsvolumen zur Verfügung.

Das von den Instituten im vergangenen Herbst bereits für das Winterhalbjahr erwartete Anziehen der Wirtschaftsleistung ist ausgeblieben (Kasten 2.1, Seite 57), auch

wenn sich der private Konsum als leicht stützend erwiesen hat. Außen- wie binnenwirtschaftlich gab es mehr Gegenwind (Tabelle 2.1, Seite 34). So sind die deutschen Ausfuhren gesunken, während die weltwirtschaftliche Aktivität bis zuletzt gestiegen ist. Dies liegt vor allem daran, dass die für die deutschen Exportunternehmen bedeutsame Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern schwach blieb. Insbesondere bei energieintensiven Gütern hat auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gelitten, und Produktion ist ins Ausland abgewandert.

Noch etwas schwächer als erwartet zeigte sich zuletzt die Bauaktivität, insbesondere im Wohnbau. Die in den vergangenen drei Jahren kräftig angeschwollenen Neubaupreise lassen beim derzeitigen Zinsniveau nur noch sehr wenige Projekte rentabel erscheinen. Deutlich eingetrübt hat sich das Bild für die Ausrüstungsinvestitionen, die bis zum dritten Quartal 2023 – entgegen der stagnierenden Konjunktur – aufwärts gerichtet blieben, im vierten Quartal aber einbrachen. Offenbar wurden dort zunächst noch begonnene Projekte fertiggestellt und Aufträge abgearbeitet, die in der postpandemischen Phase infolge von Engpässen nicht bedient werden konnten.

Tabelle 2.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	-0,6	0,2	-0,0	0,2	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2
Öffentlicher Konsum	-1,4	-0,2	1,1	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3
Bauten	1,5	-0,5	-0,8	-1,7	-0,3	-0,3	0,2	0,5	0,4	0,3	0,4	0,4
Ausrüstungen	1,9	0,8	1,4	-3,5	0,0	-0,2	0,6	0,8	0,9	1,1	1,2	1,3
Sonstige Anlagen	-1,6	-0,0	0,3	0,7	-0,0	0,1	0,2	0,3	0,5	0,6	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen ²	-0,5	0,5	-0,6	-0,1	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,9	0,6	-0,4	-0,3	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Außenbeitrag ²	1,0	-0,5	0,4	0,0	-0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	-0,2	-0,9	-0,7	-1,6	0,1	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Importe	-2,2	0,1	-1,5	-1,7	0,2	0,3	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	-0,0	-0,3	0,0	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3

¹ Preis-, saison- und kalenderbereinigte Werte.

² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

Insgesamt haben sich die hohen Auftragsbestände in der Industrie als weniger stabilisierend erwiesen, als von den Instituten erwartet worden war. So sind zwar die ausgewiesenen Auftragsreichweiten weiterhin hoch, gleichzeitig sind aber die industriellen Produktionskapazitäten unterausgelastet. Dies kann – neben unerfassten Stornierungen – auf mangelnde Profitabilität der zuvor in erheblichem Umfang hereingenommen Aufträge hindeuten. Auch gesamtwirtschaftlich sind infolge der seit fast zwei Jahren stotternden Konjunktur die Produktionskapazitäten nunmehr merklich unterausgelastet (Abbildung 2.1, Seite 35). Die Differenz zwischen umfragebasierten Auslastungsgraden und der von den Instituten geschätzten Produktionslücke hat sich deutlich zurückgebildet. Die verbliebene Diskrepanz am aktuellen Rand ist weitgehend durch den überhöhten Krankenstand, der die Produktionskapazitäten temporär einschränkt, erklärbar. Seit Mitte des vergangenen Jahres zeigen beide Maße eine rückläufige Auslastung unterhalb des Normalniveaus an, so dass seitdem substantiell von einer Konjunkturkrise die Rede sein kann.

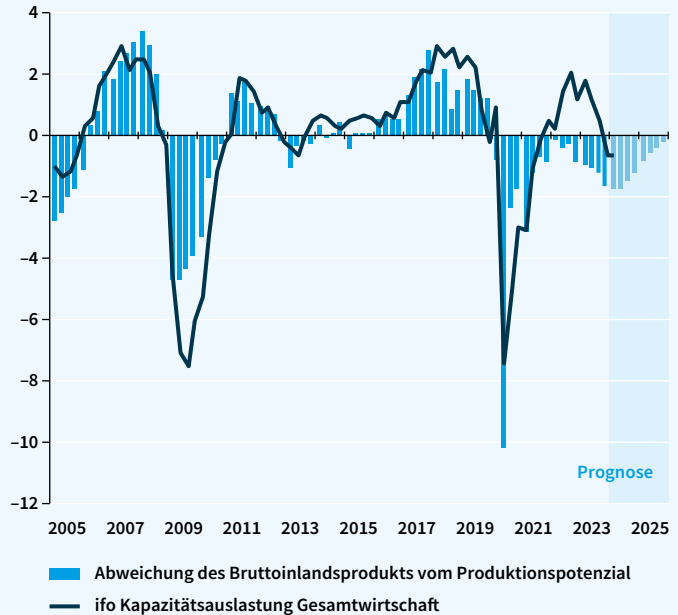
Zeitlich verzögert und in abgeschwächter Form hat das konjunkturelle Grundmuster, das die Institute im vergangenen Herbstgutachten gezeichnet hatten, im Prognosezeitraum weiterhin Bestand. Im laufenden Jahr avanciert der private Konsum zur wichtigsten Triebkraft für die Konjunktur. Nachdem der ab Mitte 2021 einsetzende Teuerungsschub die Massenkaufkraft zwei Jahre lang drastisch geschmälert hatte, steigen die real verfügbaren Einkommen nun wieder deutlich. Zum einen bildet sich der kräftige Preisauftrieb weiter zurück, zum anderen werden nun mehr und mehr höhere Lohnabschlüsse wirksam, die zunächst nur verzögert an die hohe Geldentwertung angepasst werden konnten. Zudem schlägt auch bei den monetären Sozialleistungen in beiden Prognosejahren wieder ein deutliches reales Plus zu Buche, nachdem diese in realer Rechnung im Vorjahr – nach zwei Minusjahren in Folge – stagniert hatten. Damit fließt insgesamt mehr Kaufkraft an private Haushalte, die eine höhere Ausgabenneigung haben.

Kaum verändert ist auch das Bild für die Bauinvestitionen, die insbesondere unter dem sehr schwachen Wohnbau leiden, der erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums – nach dann vier rückläufigen Jahren in Folge – nur langsam und auf dürftigem Niveau expandieren dürfte. Deutlich abwärts revidiert ist nun aber der Ausblick für die Unternehmensinvestitionen. Nicht nur der Wirtschaftsbau geht durch ein tieferes Tal, auch die Ausrüstungsinvestitionen expandieren zunächst deutlich schwächer und auf niedrigem Niveau; auch deshalb, weil die fortwährende Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik den Attentismus unter den Unternehmen nährt. Eine durchgreifende Verbesserung des Investitionsklimas ist daher nicht in Sicht. So bewegen sich die Unternehmensinvestitionen trotz der erwarteten Belebung im kommenden Jahr dann auf dem Niveau des Jahres 2017.

Abbildung 2.1

Kapazitätsauslastung

In Prozentpunkten (Abweichung vom Mittelwert) bzw. %



Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 2.2

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

Preisbereinigt, in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge			Importbereinigte Wachstumsbeiträge ¹		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
Konsumausgaben	-0,7	0,8	0,9	-0,3	0,7	0,6
Private Haushalte	-0,4	0,5	0,7	-0,0	0,4	0,4
Staat	-0,3	0,3	0,3	-0,2	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	-0,3	0,4	0,1	-0,2	0,2
Bauten	-0,3	-0,3	0,1			
Ausrüstungen	0,2	-0,1	0,2			
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1			
Vorratsveränderungen	0,0	-0,3	-0,0	0,1	-0,3	-0,1
Inländische Verwendung	-0,9	0,1	1,3	-0,2	0,3	0,8
Außenbeitrag	0,6	-0,0	0,1			
Exporte	-1,1	-0,5	1,4	-0,1	-0,1	0,6
Importe	1,7	0,5	-1,3			
Bruttoinlandsprodukt²	-0,3	0,1	1,4	-0,3	0,1	1,4

¹ Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

² Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Nach wie vor gehen die Institute davon aus, dass sich das Verhältnis aus Welthandel und Weltproduktion allmählich normalisiert. Im Zuge eines wieder stärkeren Gleichlaufs sollten sich auch für deutsche Exporteure die Absatzaussichten aufhellen, insbesondere in den für sie bedeutsamen Güterkategorien. Impulse für die Konjunktur sind von dieser Seite aber nicht vor Mitte des laufenden Jahres zu erwarten. Während in diesem Jahr die konsumbezo-

genen Auftriebskräfte dominieren, trägt im kommenden Jahr vermehrt das Auslandsgeschäft die Konjunktur (Tabelle 2.2, Seite 35).

Die Fehlbeträge im gesamtstaatlichen Haushalt gehen in Relation zur Wirtschaftsleistung von 2,1 % im Vorjahr auf 1,6 % (2024) und 1,2 % (2025) zurück. Die Einnahmenquote der öffentlichen Hand erreicht in den beiden Prognosejahren mit 47,5 % und 48,4 % jeweils gesamtdeutsche Rekordwerte. Gemessen sowohl an den von den Instituten unterstellten finanzpolitischen Maßnahmen als auch an der Veränderung des strukturellen Primärsaldos wirkt die Finanzpolitik im laufenden Jahr kontraktiv und im kommenden Jahr nahezu neutral. Die Geldpolitik dürfte trotz des zur Mitte des laufenden Jahres einsetzenden Zinssenkungspfades zunächst weiterhin dämpfend wirken, da die Nominalzinsen voraussichtlich kaum stärker sinken als der Preisauftrieb.

Alles in allem revidieren die Institute ihre Prognose für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr gegenüber ihrem Herbstgutachten deutlich um 1,2 Prozentpunkte nach unten auf nunmehr 0,1 % (Abbildung 2.2, Seite 36). Die Prognose für die Rate im kommenden Jahr bleibt mit 1,4 % nahezu unverändert (Rücknahme um 0,1 Prozentpunkte), geht aber mit einem um über 30 Mrd. Euro geringeren Volumen der Wirtschaftsleistung einher.¹ Die Werte für die jahresdurchschnittliche Veränderung überzeichnen allerdings die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik beider Jahre, die ausweislich der jeweiligen Verlaufsrate mit 1,0 % und 1,5 % weniger ausgeprägt sind (Tabelle 2.3, Seite 36). Gleichwohl verlagert sich die Erholung nunmehr stärker in das kommende Jahr.

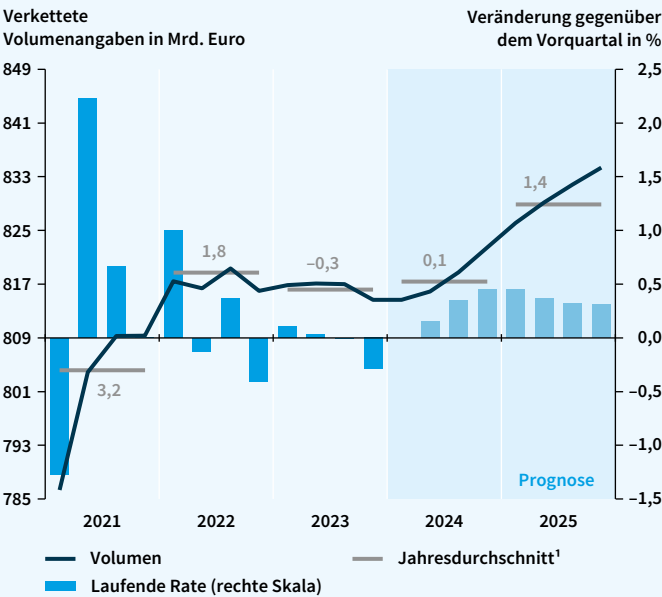
Die Phase sehr hoher Teuerungsrate ist seit Mitte des vergangenen Jahres ausgestanden. Bei rückläufigen Preisen für Energierohstoffe prägt vor allem der heimische Preisauftrieb das Inflationsgeschehen im Prognosezeitraum. Kennzeichnend dürfte zunächst ein überdurchschnittlicher Anstieg der Dienstleistungspreise bleiben, da diese zuvor deutlich hinter dem allgemeinen Preisauftrieb zurückgeblieben waren und sich nun nach und nach die knappheitsgerechten Preisrelationen wieder einstellen. Zudem machen sich steuerliche Änderungen (Umsatzsteuer auf Gas und in der Gastronomie, CO₂-Abgabe) und wegfallende Subventionen (Netzentgelte, Energiepreisbremsen) preiserhöhend bemerkbar. Insgesamt erwarten die Institute einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,3 % im laufenden und um 1,8 % im kommenden Jahr (Tabelle 2.4, Seite 37). Bereinigt um den dämpfenden Effekt der Energiepreise ergeben sich Kerninflationen von 2,8 % (2024) und 2,3 % (2025).

Die insgesamt robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt wirkt konjunkturstabilisierend, insbesondere mit Blick auf

Abbildung 2.2

Bruttoinlandsprodukt

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 2.3

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

Preisbereinigt, in %

	2022	2023	2024	2025
Statistischer Überhang ¹	0,9	-0,2	-0,2	0,5
Jahresverlaufsrate ²	0,8	-0,2	1,0	1,5
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,9	-0,1	0,2	1,5
Kalendereffekt ³	-0,1	-0,2	0,0	-0,1
Durchschnittliche Veränderung	1,8	-0,3	0,1	1,4

¹ Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

² Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres.

³ In % des preisbereinigten BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

¹ Die 68 %-Prognoseintervalle auf Basis der historischen Prognosefehler der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose reichen von -0,6 % bis 0,8 % im Jahr 2024 und von -0,9 % bis 3,7 % im Jahr 2025.

den privaten Konsum. Nicht nur steigen die Löhne nunmehr wieder stärker als die Verbraucherpreise, sondern auch die Beschäftigung zeigt sich trotz der schwachen Konjunktur insgesamt weiterhin fest, wobei wegfallende Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt durch einen Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen überkompensiert wurden. Gesamtwirtschaftlich ist bedeutsam, dass die realen Lohnstückkosten zwar im Zuge der Lohnanpassungen wieder deutlich zunehmen, über den gesamten Prognosezeitraum hinweg aber beschäftigungsfreundlich bleiben. Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Erwerbspersonen sogar noch etwas steigen, bevor dann im kommenden Jahr allmählich der demografisch bedingte Rückgang einsetzt. Die Arbeitslosigkeit dürfte nur noch geringfügig steigen und bereits ab dem Frühjahr wieder sinken. Die Effektivverdienste werden in den Jahren 2024 und 2025 voraussichtlich um 4,6 % bzw. 3,4 % zulegen. Damit nehmen die Reallöhne über den gesamten Prognosezeitraum zu und holen die Verluste aus dem Jahr 2022 und dem ersten Halbjahr 2023 langsam wieder auf. Das Niveau von Ende 2021 – also vor dem drastischen Inflationsschub – wird aber voraussichtlich erst im zweiten Quartal 2025 erreicht. Ausgesprochen schwach bleibt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die nach dem deutlichen Rückgang im vergangenen Jahr im laufenden Jahr nochmals nachgeben dürfte. Ein Grund hierfür könnten qualifikatorische Mismatch-Probleme am Arbeitsmarkt sein. Diese würden zugleich erklären, weshalb die Unternehmen trotz schwacher Auftragslage weiterhin in hohem Maße über mangelnde Arbeitskräfte als Produktionshemmnis klagen.

Risiken

Bei der Einschätzung der Expansionsspielräume orientieren sich die Institute am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial (Kapitel 3). Hierbei besteht eine erhebliche Schätzunsicherheit. Insbesondere kann das zugrundeliegende Verfahren strukturelle Brüche hinsichtlich der Marktfähigkeit bestehender Produktionsstrukturen nur verzögert erkennen – und zwar dadurch, dass die realisierte Wirtschaftsleistung über einen längeren Zeitraum hinter dem zurückbleibt, was ohne größere Strukturprobleme zu erwarten wäre. Beschleunigt sich der Strukturwandel, so geht dies typischerweise mit einem zwischenzeitlich geringeren Produktionspotenzial einher, weil sich neue Produktionsstrukturen langsamer aufbauen lassen, als bisherige obsolet werden. Nur in der längeren Frist können diese Diskrepanzen nach und nach durch eine Reallokation der Produktionsfaktoren behoben werden. Sind die Produktivitätsprobleme regulatorisch bedingt – etwa, weil bürokratische Lasten Arbeitskräfte binden oder mangelnde Technologieoffenheit Innovationen verhindert –, so vollzieht sich die entsprechende Politikkorrektur zumeist auch nur in der längeren Frist, weil sich für ein Umsteuern zunächst ein größerer Problemdruck aufbauen muss.

Tabelle 2.4

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2021	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,2	1,8	-0,3	0,1	1,4
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	44 984	45 596	45 933	46 117	46 123
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 613	2 418	2 609	2 694	2 581
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,7	5,3	5,7	5,8	5,5
Verbraucherpreise ⁴	3,1	6,9	5,9	2,3	1,8
Lohnstückkosten ^{4,5}	0,0	3,5	6,7	5,0	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁶					
In Mrd. Euro	-129,7	-96,9	-87,4	-67,2	-52,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	-3,6	-2,5	-2,1	-1,6	-1,2
Leistungsbilanzsaldo					
In Mrd. Euro	263,5	164,6	243,1	270,2	283,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	7,3	4,2	5,9	6,4	6,5

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

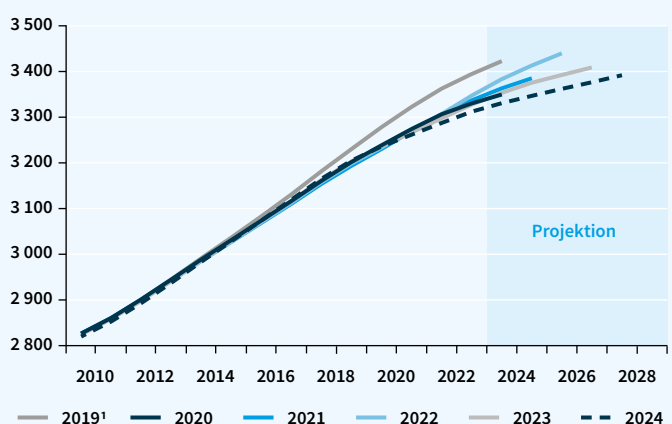
© GD Frühjahr 2024

Seit dem Jahr 2019 haben die Institute ihre Einschätzung über die Entwicklung des Produktionspotenzials – also die bei Normalauslastung mögliche Wirtschaftsleistung – mehrfach erheblich zurückgenommen. So liegt nunmehr der für das laufende Jahr geschätzte Wert um 2,2 % unter dem Niveau, das vor fünf Jahren für dieses Jahr erwartet wurde (Abbildung 2.3, Seite 37). Mit dem

Abbildung 2.3

Revisionen des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

Frühjahrsprognosen, in Mrd. Euro



¹ Herbstprognose aufgrund eines Strukturbruchs nach dem Frühjahr 2019

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion der Institute.

© GD Frühjahr 2024

insgesamt niedrigeren Potenzialpfad fallen auch die Expansionsspielräume kleiner aus. Die Unsicherheit über das Potenzialniveau geht somit unmittelbar mit Risiken über den weiteren Konjunkturverlauf einher, wobei derzeit mehr Gründe für ein Über- als ein Unterschätzen der Produktionsmöglichkeiten in der mittleren Frist sprechen.

So geht mit der Dekarbonisierungspolitik ein erheblicher Transformationsprozess einher, im Zuge dessen nicht nur die Energieversorgung, sondern auch darüber hinaus weite Teile der Produktionsstrukturen umgestellt werden müssen. Dies dämpft gegenüber dem vom Potenzialschätzverfahren ausgewiesenen Niveau die Produktionsmöglichkeiten, wie die Institute in früheren Gutachten gezeigt haben, wobei das Ausmaß der Effekte hochgradig unsicher ist.² Zudem hängen die Effekte stark davon ab, ob die internationale Politikkoordination zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen gelingt. Diesbezüglich steht ein verlässlicher internationaler Regulierungsrahmen weiterhin aus. Damit steigt das Risiko, sich hierzulande mit emissionsdämpfenden Investitionen zu binden, und der Anreiz für Regulierungsarbitrage nimmt zu, indem Produktion ins Ausland verlagert wird. Dem könnten Innovationen gegenüberstehen, die neue Wachstumschancen bieten.

Auch mit Blick auf strukturelle Veränderungen im Zuge der demografischen Entwicklung bestehen bedeutsame Risiken. Zwar erfasst das Potenzialschätzverfahren die absehbare Entwicklung des Arbeitsvolumens, nicht aber dessen Zusammensetzung. In dem Maße, wie diese sich schneller verändert als im Stützzeitraum, bleiben entsprechende Produktivitätseffekte außen vor, zumal dann, wenn die Effekte nichtlinear sind. So dürfte eine insgesamt ältere Erwerbsbevölkerung technischen Fortschritt weniger durchgreifend adaptieren als eine jüngere. Auch wandern bislang anteilig weniger Höherqualifizierte zu, als aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Im Ergebnis dürfte sich die Mismatch-Problematik am Arbeitsmarkt weiter verschärfen (Schwerpunktthema, Seite 71). In dem Maße, wie seitens der Politik die Folgen des demografischen Wandels im gesetzlichen Alterssicherungssystem stärker zu Lasten der aktiven Erwerbstätigen abgefangen werden sollen, dürfte zudem der Anreiz für qualifizierte Zuwanderung für sich genommen weiter sinken.

Ferner erfordert die über Jahrzehnte vernachlässigte öffentliche Infrastruktur – insbesondere mit Blick auf das Straßen- und Schienennetz – in den kommenden Jahren vermehrte Instandhaltungsinvestitionen. Während der nun nachzuholenden Sanierungsmaßnahmen sinken aber die Transportkapazitäten der entsprechenden Verkehrsnetze trotz des rechnerisch ausgewiesenen höheren gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks, der erst später potenzialwirksam werden wird.

Unklar ist auch, wie sehr eine steigende Regulierungsdichte – etwa zunehmende Berichtspflichten für Nachhaltigkeitskriterien, Lieferkettenüberwachung und Taxonomie-Vorgaben – auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit durchschlägt. Wie bei anderen wichtigen Standortfaktoren – etwa den Energiekosten – ist hierfür nicht nur die zeitliche Entwicklung hierzulande bzw. im europäischen Binnenmarkt ausschlaggebend, sondern die Entwicklung relativ zu den Bedingungen in der übrigen Welt.

Neben all diesen schwer zu quantifizierenden Einflüssen auf das Produktionspotenzial bestehen konjunkturelle Risiken. Außenwirtschaftlich ist die Gefahr eskalierender Konflikte weiterhin virulent, während die Aussichten auf eine Befriedung der bestehenden kriegerischen Auseinandersetzungen derzeit gering erscheinen. Ebenso ist das Risiko neuer protektionistischer Wellen – etwa nach den Präsidentschaftswahlen in den USA – größer als die Chance auf mehr Freihandel. Insbesondere könnte die Ausfuhr bestimmter Rohstoffe aus industriepolitischen Motiven vermehrt zum Spielball des Protektionismus werden.

Binnenwirtschaftlich ist unsicher, ob sich die hohen Krankenstände wie unterstellt im Verlauf des Prognosezeitraums zurückbilden. Gelingt dies schneller, könnten Engpässe am Arbeitsmarkt schneller überwunden werden und so früher mehr wirtschaftliche Dynamik entstehen. Freilich ist auch denkbar, dass die erhöhten Krankenstände noch länger andauern als in dieser Prognose angenommen.

Der hohe Auftragsbestand in der Industrie ist bislang nicht im erwarteten Maße produktionswirksam geworden. Sollten von dieser Seite doch noch stärkere Impulse ausgehen, könnte die Erholung etwas rascher einsetzen bzw. stärker ausfallen als hier unterstellt.

Schließlich lastet die Politikunsicherheit weiterhin auf der Investitionstätigkeit. Sollte rasch Klarheit über den wirtschaftspolitischen Kurs herrschen, könnte sich der Attentismus bei den Unternehmen abschwächen und die Investitionstätigkeit schneller Tritt fassen.

Gegenwind von den Finanzierungsbedingungen flaut allmählich ab

Die Geldpolitik wirkt aktuell restriktiv. Seit Juli 2022 hat die EZB ihre Leitzinsen um 4,5 Prozentpunkte angehoben. Gleichzeitig waren die Inflationserwartungen im Jahresverlauf 2023 wieder rückläufig, so dass auch die Realzinsen gestiegen sind und sich der Restriktionsgrad der Geldpolitik erhöht hat. Die Finanzierungsbedingungen auf den Kredit- und Kapitalmärkten bleiben weiterhin angespannt. Nach der langen Niedrigzinsphase war die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen zunächst von –0,4 % Ende 2021 auf 2,8 % im Oktober 2023 gestiegen. Dieses Niveau verzeichnete sie zuletzt im Jahr 2011. Bis Dezember fiel sie vor dem Hintergrund von Erwartungen an frühe Zins-

² Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022, Kapitel 5: Effekte der Dekarbonisierung auf das Produktionspotenzial, Kiel; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Kapitel 5: Zur Bedeutung der Investitionen für das Potenzialwachstum in Deutschland, Halle (Saale).

senkungen dies- und jenseits des Atlantiks auf 2,1 %. Seit Jahresbeginn ist sie wieder aufwärtsgerichtet und lag im Februar bei 2,3 %. Renditen auf Unternehmensanleihen folgten der Dynamik der Bundesanleihen und der Risikoaufschlag ist derzeit niedrig. Kreditzinsen für den Privatssektor erreichten zuletzt ein Zinsplateau.

Im Zuge der geldpolitischen Straffung ist das Neukreditgeschäft für Wohnungsbaukredite eingebrochen. Die Kreditbestände des Privatsektors stagnieren seit geraumer Zeit weitgehend. Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft scheint die Kreditnachfrage allmählich ihren Boden zu finden. Bei Unternehmenskrediten ist der Rückgang auf einen geringeren Bedarf an Anlageinvestitionen und das hohe allgemeine Zinsniveau zurückzuführen. Die Finanzierung von Lagerhaltung und Betriebsmitteln hatte die Kreditnachfrage noch bis in das erste Quartal 2023 gestützt, trug jedoch seitdem leicht negativ zur Kreditnachfrage bei. Die Banken geben an, dass die Aussichten weiterhin gedämpft bleiben und rechnen mit einem weiteren leichten Rückgang der Kreditnachfrage im ersten Quartal 2024. Lediglich bei Wohnungsbaukrediten wird mit einer leichten Belebung gerechnet. Angebotsseitig wurden bei Unternehmenskrediten die Bedingungen weiter gestrafft, was angesichts der schwachen konjunkturellen Lage einer höheren Risikoeinschätzung seitens der Banken geschuldet ist. Aufgrund von regulatorischen Anforderungen stellen sie weitere Straffungen auch in anderen Bereichen in Aussicht.

Die Institute erwarten, dass die kurzfristigen Kreditzinsen zusammen mit den Leitzinsen sinken, die voraussichtlich ab der Mitte des laufenden Jahres nach und nach zurückgeführt werden (Tabelle 2.5, Seite 39). Der Restriktionsgrad der Geldpolitik dürfte somit allmählich abnehmen. Die Zinsen für längerfristige Kredite dürften hingegen im Einklang mit den Renditen 10-jähriger Staatsanleihen weitgehend unverändert bleiben, da hier der erwartete Rückgang der Kurzfristzinsen größtenteils bereits eingepreist sein dürfte. Infolge gesunkener Immobilienpreise und steigender Einkommen sollte sich die Kreditvergabe für Hauskäufe allmählich beleben. Auch die Unternehmenskreditvergabe dürfte im Zuge der sich aufhellenden Konjunktur leicht zulegen.

Finanzpolitik bremst im Prognosezeitraum

Die Finanzpolitik in Deutschland schwenkt im laufenden Jahr auf einen restriktiven Kurs ein. Auf der staatlichen Einnahmeseite wirkt zwar das Inflationsausgleichsgesetz durch erhöhte Freibeträge und nochmals angepasste Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer entlastend (Tabelle 2.6, Seite 40). Zudem wird die Stromsteuer für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes gesenkt. Diverse andere Steuerrechtsänderungen führen jedoch zu staatlichen Mehreinnahmen. Zu nennen ist hier das Auslaufen der temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie und auf Erdgas. Auch gehen die Institute davon aus, dass im laufenden Jahr weniger steuer- und ab-

Tabelle 2.5

Annahmen der Prognose

Jahresdurchschnitte

	2022	2023	2024	2025
Strompreis Euro/MWh (Phelix)	246,4	98,7	68,7	77,1
Gaspreis Euro/MWh (TTF)	122,5	40,7	27,5	30,3
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)	100,8	82,5	80,7	75,5
Welthandel ¹	3,3	-1,9	1,3	2,2
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,05	1,08	1,09	1,09
Hauptrefinanzierungssatz der EZB (Jahresende)	2,50	4,50	2,90	2,15

¹ Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quellen: LSEG Datastream; Eurostat; Europäische Zentralbank; CPB; 2024 bis 2025: Prognosen und Annahmen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

gabenfreie Inflationsausgleichsprämien gezahlt werden als im Vorjahr. Schließlich werden die Luftverkehrsteuer, die Lkw-Maut und die CO₂-Abgabe angehoben. Bei den Beitragseinnahmen wirkt ein höherer Beitragssatz zur Pflegeversicherung ab dem 1. Juli 2023 im laufenden Jahr noch nach, und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung liegt im Jahr 2024 um knapp 0,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

Auf der Ausgabeseite entfallen im Jahr 2024 diverse Maßnahmen, die zur Abfederung der Folgen des kräftigen Anstiegs der Energiepreise für private Haushalte und Unternehmen ergriffen worden waren. Dazu zählen die Strom- und die Gaspreisbremse, finanzielle Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Einmalzahlungen an Studierende und Unternehmen. Hingegen dürften die öffentlichen Verteidigungsausgaben im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr weiter steigen. Gleiches gilt für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den Klimaschutz. Auch die Wohngeldreform, das 49-Euro-Ticket und zusätzliche Förderprogramme für den (sozialen) Wohnbau führen im Jahr 2024 zu staatlichen Mehrausgaben. Alles in allem resultiert dennoch ein restriktiver Effekt aus den finanzpolitischen Maßnahmen, der sich auf 0,7 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beläuft.

Im Jahr 2025 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand nahezu neutral ausgerichtet sein. Nachfragedämpfend wirkt dann vor allem der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie. Auch die CO₂-Abgabe wird weiter angehoben. Zudem führt das Absenken der Agrardieselbeihilfe ab dem Jahr 2025 zu Mehreinnahmen. Auf der Ausgabeseite dürften im Jahr 2025 die Mittel zur Förderung des Klimaschutzes aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) geringer ausfallen. Expansiv wirken dagegen die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung der Freibeträge bei der Einkommensteuer sowie in geringem Maße das Wachstumschancengesetz, dessen Inkrafttreten für das Jahr 2025 unterstellt ist. Zudem dürften die Verteidigungsausgaben auch im Jahr 2025 nochmals ausgeweitet

Tabelle 2.6

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Wegfall der Begünstigung von Agrardiesel	–	0,2
Tarifanpassung 2023 (Inflationsausgleichsgesetz)	–14,7	–2,8
Anhebung Grundfreibetrag 2024	–2,0	–
Ausgleich kalte Progression 2025	–	–4,0
Abgabenfreiheit Inflationsausgleichsprämie	3,2	5,2
Erhöhung der Luftverkehrsabgabe	0,4	0,2
Absenkung der Stromsteuer	–3,3	–
Umsatzsteuersenkung auf Gas	4,4	0,8
Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	2,9	0,4
Anhebung der Tabaksteuer	–	0,9
Einnahmen Emissionshandel (BEHG)	4,5	3,0
Wegfall Spitzenausgleich Stromsteuer	1,5	–
Erhöhung Rundfunkbeitrag	–	–
Jahressteuergesetz 2022	0,2	1,0
Degressive AfA (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	3,2
Anhebung LKW-Maut	7,0	–
Wachstumschancengesetz	–1,0	–1,0
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,6	–0,3
Gewinnabschöpfung bei Stromproduzenten	–0,4	–
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	–0,5	–0,8
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	2,5	–
Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,4	–
Abgabenfreiheit Inflationsausgleichsprämie	4,2	8,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,5
Strom- und Gaspreisbremsen, Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte	30,0	–
Auslaufen der Kaufprämie für E-Autos	2,6	–
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	6,0	–
Einführung Bürgergeld	–0,2	–
Kürzungen beim Bürgergeld	0,3	–
Corona-Ausgaben	1,5	–
Erhöhung Kindergeld	1,5	–
Änderungen beim Bafög	–0,1	–0,2
Wohngeldreform	–1,1	–
49-Euro-Ticket	–1,0	–
Eigenkapitalzuschüsse für die Deutsche Bahn	–4,0	–
Einmalzahlungen an Rentner und Studierende	1,5	–
Zusätzliche Ausgaben des KTF	–17,0	3,0
Mehrausgaben für Verteidigung	–6,0	–6,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	2,0	0,0
Unterstützungsleistungen Ukraine	–2,1	–
Zusätzliche finanzielle Unterstützung für sozialen Wohnungsbau	–1,4	–
Kindergrundsicherung	–	–2,4
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes	1,5	–
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Anpassung der Renten Ost	–0,4	–
Grundrente	–0,2	–0,1
Maßnahmen im Bereich Gesundheit	–1,0	–
Maßnahmen im Pflegebereich	–	–1,0
Insgesamt	27,5	7,2
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	0,7	0,2

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

² Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

³ u.a. Zweites Familienentlastungsgesetz, Drittes bzw. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsentwicklungsgesetz, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, Mindereinnahmen durch steigende Abzugsfähigkeit von Rentenversicherungsbeiträgen.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

werden. Schließlich gehen auch Maßnahmen im Pflegebereich sowie die Einführung der Kindergrundsicherung zum 1. Januar 2025 mit staatlichen Mehrausgaben einher. Insgesamt ergibt sich im kommenden Jahr aus den finanzpolitischen Maßnahmen ein leicht restriktiver Effekt in Höhe von 0,2 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die Entwicklung im Einzelnen

Außenhandel: Erholung in Sicht

Der Außenhandel stand im vergangenen Jahr im Zeichen der schwächelnden globalen Industrie: So gaben die Ausfuhren fünf Quartale in Folge nach, wobei insbesondere die weltweit gedämpfte Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern ausschlaggebend war. Regional betrachtet sanken die Warenausfuhren in alle wichtigen Handelspartnerländer mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Besonders stark waren die Rückgänge bei den Exporten in den Euroraum und nach China (Abbildung 2.5, Seite 42).

Noch stärker als die Exporte gaben im Jahr 2023 die Importe nach. Hier haben insbesondere die Warenimporte abgenommen, während die Dienstleistungen die Einfuhren stützen konnten. Nach Gütergruppen betrachtet bietet sich ein ähnliches Bild wie bei den Ausfuhren: Die Einfuhr von Vorleistungsprodukten insbesondere der chemischen sowie der Metallindustrie ging zurück, Konsumgüter hingegen wurden etwas stärker eingeführt.

Seit über einem Jahr haben sich die deutschen Warenexporte von der Wirtschaftsleistung in der übrigen Welt entkoppelt (Abbildung 2.4, Seite 41). Während das

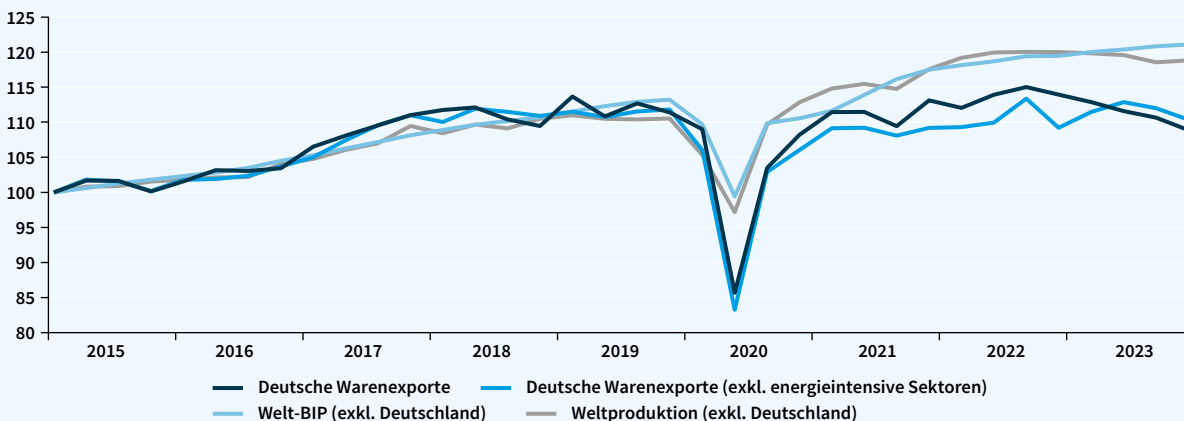
Bruttoinlandsprodukt in den auswärtigen Absatzmärkten kontinuierlich expandierte, gingen die deutschen Warenverkäufe dorthin zurück. Maßgeblich hierfür ist zum einen die weltweit insgesamt gedämpfte Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern, die für die deutschen Exporteure besonders bedeutsam sind. Demgegenüber haben sie bei Konsumgütern, die im vergangenen Jahr verstärkt gehandelt wurden, eine schwächere Position. Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt war die zusammengefasste Industrieproduktion in den Abnehmerländern abwärtsgerichtet. Zum anderen dürfte sich in den energieintensiven Industriezweigen der kostenseitige Wettbewerbsnachteil und der damit verbundene Abbau von Produktionskapazitäten verstärkt bemerkbar gemacht haben. Der seit nunmehr fünf Quartalen andauernde Rückgang der Warenausfuhren ist maßgeblich auf die energieintensiven Bereiche zurückzuführen.

Mit der Belebung der Weltwirtschaft dürften die deutschen Exporte in der ersten Jahreshälfte moderat zulegen, zumal strukturelle Anpassungen – wie Verlagerungen von energieintensiven Produktionszweigen – annahmegemäß weitestgehend abgeschlossen sind. Hierfür spricht zumindest, dass sich der Abwärtstrend bei der energieintensiven Produktion in den vergangenen Monaten spürbar abgeschwächt hat. Im laufenden Quartal dürften die Exporte um 0,1 % gestiegen sein und damit in etwa auf dem Niveau des Jahres 2021 liegen. Darauf deuten neben aufgehellten Stimmungsindikatoren die sehr kräftigen Zuwächse des Spezialhandels im Januar hin, die allerdings zum Teil auf Großaufträge im Sonstigen Fahrzeugbau zurückzuführen sind. Ab der zweiten Jahreshälfte dürfte die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern anziehen und zu einer weiteren Normalisierung der deutschen Wa-

Abbildung 2.4

Warenexporte und weltwirtschaftliche Aktivität

Index (2015=100)



Quellen: Macrobond; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

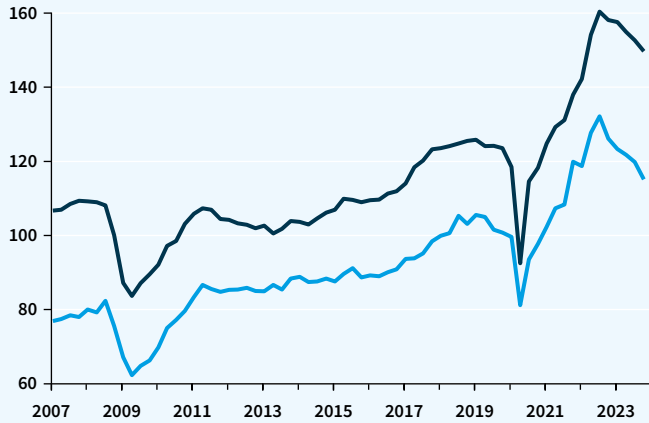
© GD Frühjahr 2024

Abbildung 2.5

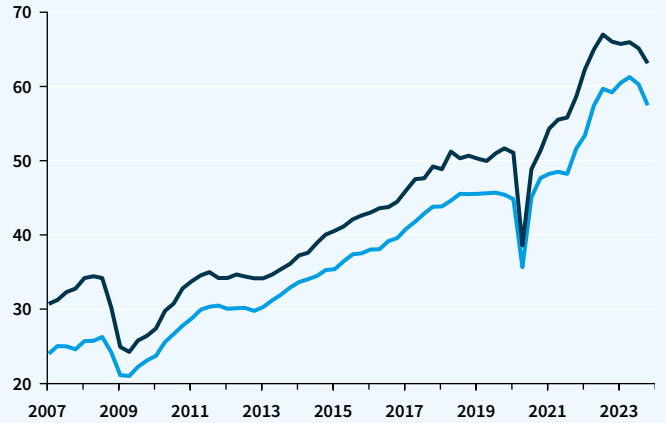
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

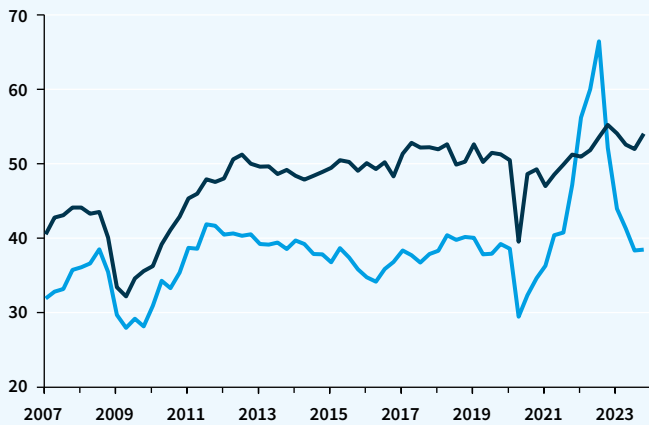
Euroraum



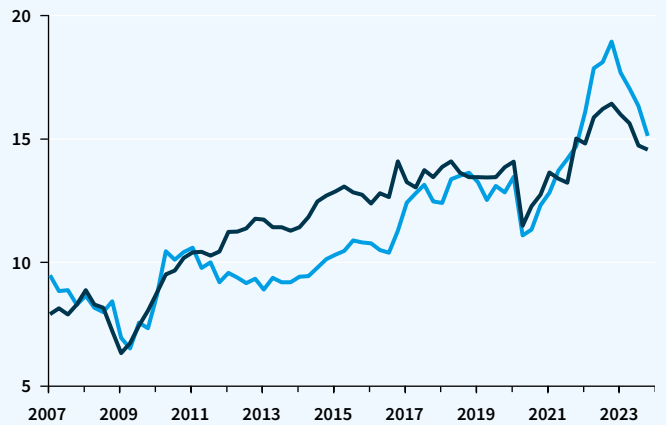
Andere EU-Länder¹



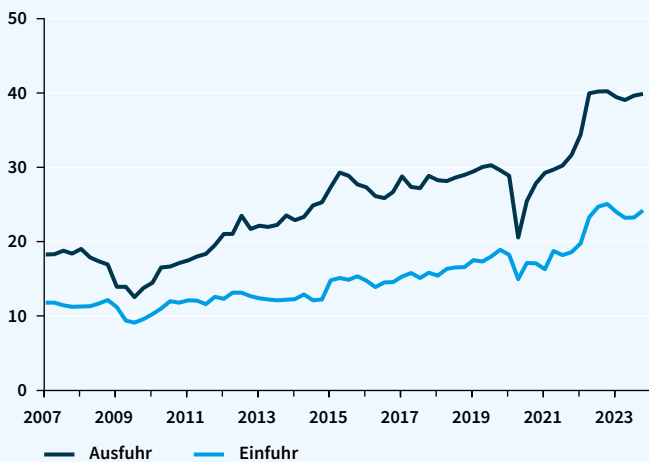
Andere europäische Länder²



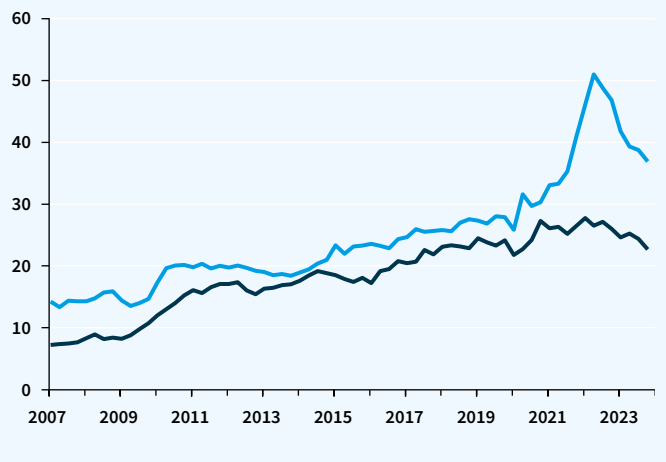
Südostasiatische Schwellenländer³



USA



China



— Ausfuhr — Einfuhr

¹ Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Schweden.

² Alle europäischen Länder außerhalb der EU.

³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan, Thailand.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Darstellung der Institute.

renausführen führen. Alles in allem dürften die Ausfuhren im laufenden Jahr um 1,0 % sinken und im kommenden Jahr um 3,1 % zulegen (Abbildung 2.6, Seite 43).

Die Importe dürften im Auftaktquartal des laufenden Jahres um 0,2 % gestiegen sein. Gestützt wurden sie dabei insbesondere von den Dienstleistungen (mit einer Rate von 0,5 %), während die Warenimporte um lediglich 0,1 % zugelegt haben dürften. Darauf weisen insbesondere der stabile Reiseverkehr, die zuletzt leicht verbesserten Stimmungsindikatoren und der Zuwachs des monatlichen Spezialhandels hin. Im weiteren Prognosezeitraum dürften sich die Einfuhren im Einklang mit der dynamischen Entwicklung bei den Exporten, der anziehenden Industriekonjunktur sowie der damit verbundenen erhöhten inländischen Investitionsnachfrage weiter erhöhen. Insgesamt werden die Einfuhren in diesem Jahr wohl um 1,2 % abnehmen und im nächsten Jahr um 3,1 % zulegen (Abbildung 2.7, Seite 43).

Der Verlauf der Außenhandelspreise war auch in der zweiten Jahreshälfte 2023 wesentlich von der Preisdynamik fossiler Energieträger geprägt. Setzten sich die Rückgänge im Gefolge nachgebender Energiepreise zunächst noch fort, kam es im vierten Quartal erstmals seit Jahresfrist zu einem Anstieg der Ein- und Ausfuhrpreise. Wesentlich dafür waren vor allem vorübergehende Anstiege der Weltmarktpreise für Gas.

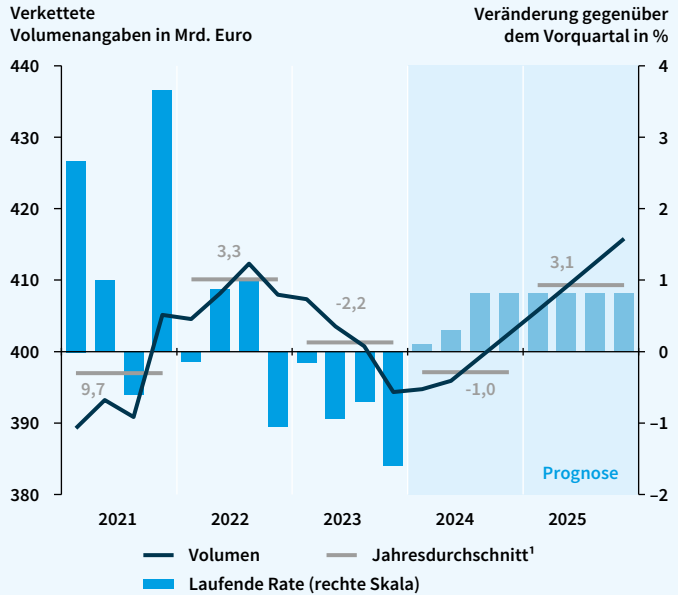
Seit Dezember haben sich allerdings die Weltmarktpreise für Erdgas um rund 35 % wieder deutlich zurückgebildet, so dass die Wareneinfuhr- und -ausfuhrpreise – trotz zuletzt gestiegener Erdölpreise – im laufenden Quartal wohl zurückgegangen sind. Gemäß den Energiepreisannahmen (Tabelle 2.5, Seite 39) dürfte sich der dämpfende Effekt rückläufiger Gaspreise im Verlauf des Jahres weiter abschwächen. Mit anziehender globaler Industrieproduktion und der damit einhergehenden höheren Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern dürften die Ex- und Importpreise dann in der zweiten Jahreshälfte allmählich wieder Fahrt aufnehmen. Die Dienstleistungspreise im Außenhandel werden über den Prognosehorizont wohl weiter zulegen und auch von steigenden Nominalöhnen im In- und Ausland Auftrieb erhalten.

Insgesamt dürften sich die Terms of Trade im laufenden Jahr um 0,6 % verbessern und im Verlauf des Jahres 2025 kaum verändern. Der Leistungsbilanzsaldo erhöht sich in diesem Jahr deutlich auf 7,3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr dürfte er bei 7,4 % liegen (Tabelle 2.7, Seite 44).

Abbildung 2.6

Exporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

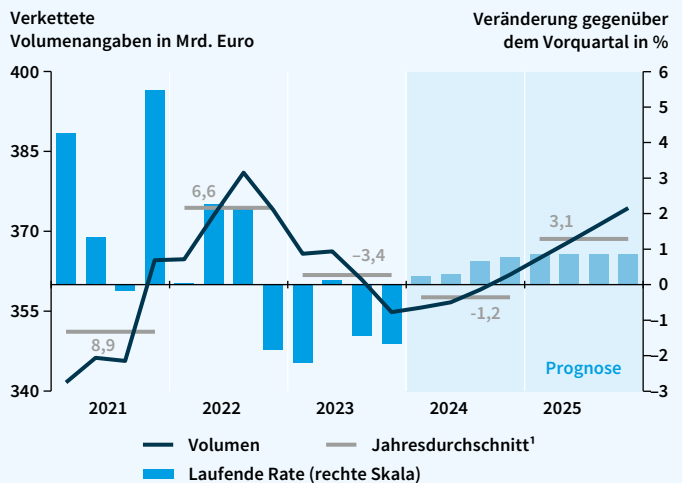
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 2.7

Importe

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 2.7

Indikatoren zur Außenwirtschaft¹

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, preisbereinigt	3,3	-2,2	-1,0	3,1
Waren	2,0	-2,9	-1,1	2,9
Dienstleistungen	8,6	0,9	-0,7	3,5
Importe, preisbereinigt	6,6	-3,4	-1,2	3,1
Waren	3,6	-6,3	-2,5	2,9
Dienstleistungen	17,0	6,3	2,8	3,4
Terms-of-trade	-4,9	4,1	0,6	0,2
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²	-1,7	2,8	-0,7	-0,9
	In Mrd. Euro			
Außenbeitrag, nominal	76,3	171,5	183,7	195,0
Leistungsbilanzsaldo ³	4,2	5,9	6,4	6,5

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Gegenüber 37 Handelspartnern, auf Basis der Verbraucherpreisindizes. Anstieg bedeutet eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnung der Institute;
2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Unsicherheit lastet auf Ausrüstungsinvestitionen – Militärausgaben stützen

Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge entwickelten sich im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres volatil. Setzte sich die Aufwärtstendenz im dritten Quartal noch mit 1,4 % fort, sackten sie im Schlussquartal um 3,5 % ab (Abbildung 2.8, Seite 44). Dies ist vor allem auf den Einbruch der privaten Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen, die um 4 % nachgaben. Nicht zuletzt dürfte hierzu das Auslaufen der staatlichen Förderung von Elektrofahrzeugen Ende August beigetragen haben, das zu einem deutlichen Rückgang der Zulassungszahlen gewerblicher Fahrzeuge in den Folgemonaten führte. Die laut DIHK-Umfrage hohe Unsicherheit der Unternehmen hinsichtlich wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen dürfte die Dynamik zusätzlich gedämpft haben. Außerdem dürften die bis zuletzt hohen Zinsen für Unternehmenskredite der Ausweitung der privaten Ausrüstungsinvestitionen entgegengewirkt haben.³ Die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen, die bislang mit einem Anteil von unter 10 % weit weniger bedeutsam sind, wirkten mit einem Plus von 1,4 % im Schlussquartal des vergangenen Jahres dagegen stützend. Ursächlich dafür dürften unter anderem eine im Vergleich zum Vorjahresquartal erhöhte Investitionstätigkeit des Bundes aufgrund des Abrufs von Mitteln des Sondervermögens Bundeswehr sein. Die Investitionsdynamik der Kommunen, welche die öffentliche Investitionstätigkeit dominiert, schwächte sich im Vorjahresquartalsvergleich hingegen zuletzt ab.

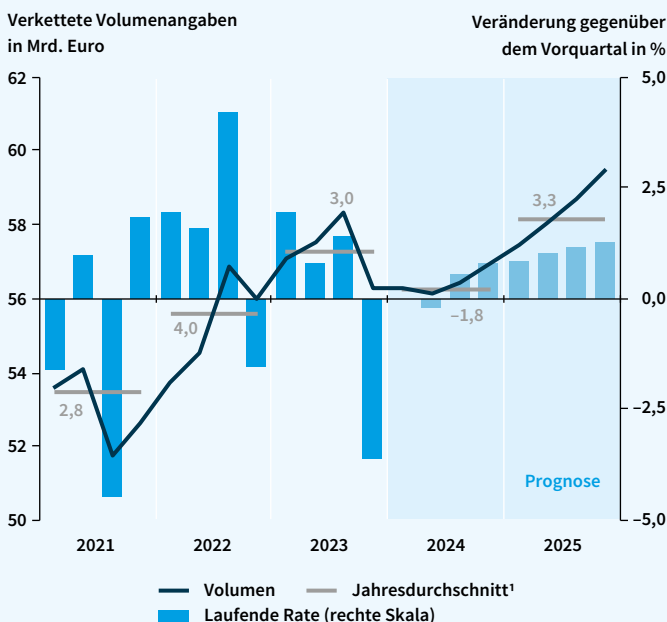
Für den Jahresauftakt senden die Frühindikatoren gemischte Signale. Einerseits war der Inlandsumsatz der Investitionsgüterhersteller zum Jahresbeginn leicht aufwärtsgerichtet. Andererseits stagnierte die Kapazitätsauslastung ausweislich der vorliegenden Monatswerte im ersten Quartal. Auch die Zulassungen der gewerblichen Fahrzeuge bewegten sich im Januar und Februar im Vergleich zum Schlussquartal des vergangenen Jahres seitwärts. Die Produktion von Investitionsgütern nahm hingegen gegenüber dem Vorquartal im Januar recht deutlich ab. Zusätzlich sind die kurzfristigen Produktionserwartungen der Investitionsgüterhersteller seit dem vergangenen Oktober negativ. Insgesamt dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen somit im ersten Quartal um 0,2 % abnehmen.

Eine durchgreifende Verbesserung der Investitionsbedingungen ist derzeit nicht in Sicht. Vielmehr ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit hoch, was für Attentismus auf Seiten der Unternehmen spricht. Die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland sind seit zwei Jah-

Abbildung 2.8

Investitionen in Ausrüstungen

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

³ Best, L.; Born, B.; Menkhoff, M.: Wie passen Unternehmen ihre Investitionen an die gestiegenen Zinsen an? ifo Schnelldienst Digital, 5(3), 01-04, 2024.

ren abwärtsgerichtet und befinden sich damit aktuell etwa auf dem Niveau des Jahres 2013. Sie liegen derzeit rund 23 % unter den Rekordwerten zum Jahresende 2021. Die hohen Auftragsbestände, die sich im Zuge von Lieferengpässen während der Pandemie aufgebaut hatten, dürften die Investitionen zwar bisher gestützt haben. Sie waren allerdings im vergangenen Jahr rückläufig und werden vor dem Hintergrund der sinkenden Auftragseingänge in diesem Jahr weiter schmelzen. Im weiteren Prognosezeitraum ist mit keinem schnellen Anziehen der Investitionsdynamik zu rechnen. Die ifo Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller haben sich im März zwar aufgehellt, sie sind allerdings weiter deutlich negativ. Laut Umfragen der DIHK liegen Ersatzinvestitionen als Investitionsmotiv der Industrieunternehmen derzeit auf einem historischen Höchststand. Investitionen in Erweiterungen des Kapitalstocks verlieren dagegen an Bedeutung.

Insgesamt dürften die privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge im Jahr 2024 um 3,2 % abnehmen. Auch vor dem Hintergrund der sich verbessernden Finanzierungsbedingungen im kommenden Jahr erwarten die Institute für das Jahr 2025 einen Anstieg der privaten Ausrüstungsinvestitionen um 1,4 %. Deutliche Impulse für die Ausrüstungsinvestitionen sind von der öffentlichen Hand zu erwarten: Ausgaben aus dem Sondervermögen Bundeswehr dürften zu einem deutlichen Zuwachs der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um 15,8 % im Jahr 2024 und 21,9 % im Jahr 2025 führen. Alles in allem ergibt sich ein Rückgang der gesamten Ausrüstungsinvestitionen um 1,8 % in diesem Jahr sowie ein Zuwachs um 3,3 % im kommenden Jahr.

Im Zuge der Digitalisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft dürften Forschungs- und Entwicklungsausgaben steigen und deshalb Investitionen in sonstige Anlagen im Prognosezeitraum wohl robust ausgeweitet werden. Sie werden im Jahr 2024 voraussichtlich um 0,9 % und im Jahr 2025 um 1,8 % zulegen.

Die Unternehmensinvestitionen⁴ dürften im Jahr 2024 bedingt durch ein schwaches erstes Halbjahr bei den Ausrüstungen, die gut die Hälfte ausmachen, zurückgehen (-1,4 %). Erst im Jahr 2025, wenn sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen zulegen, dürften die Unternehmensinvestitionen insgesamt wieder ausgeweitet werden (1,6 %).

Wohnbau vorerst weiter auf Talfahrt – Nichtwohnbau stabilisiert

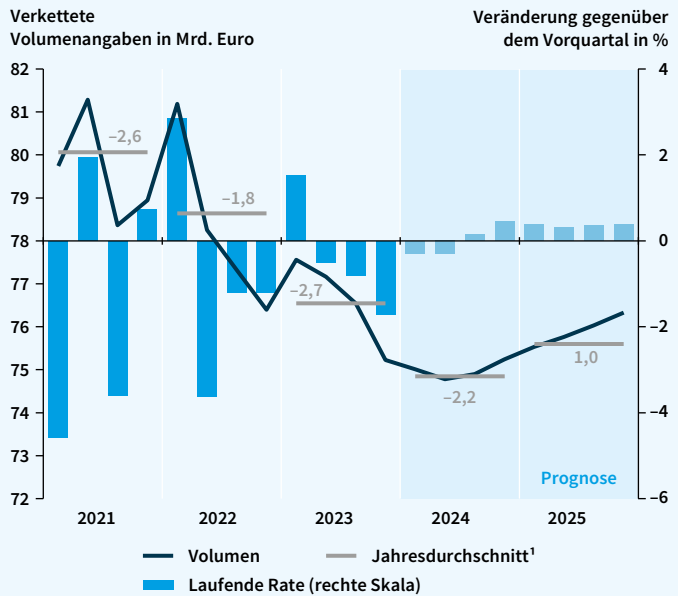
Der Bau steckt weiterhin tief in der Rezession. Im Jahr 2023 gingen die Bauinvestitionen bereits zum dritten Mal in Folge zurück. Nach einem Anstieg zum Jahresauftakt ging es wieder drei Quartale abwärts, zuletzt sogar beschleunigt um 1,7 %, wobei auch die schlechte Witterung

⁴ Unternehmensinvestitionen umfassen die privaten Investitionsausgaben für Ausrüstungen (Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge), Wirtschaftsbauten (Nichtwohnbauten) und Sonstige Anlagen.

Abbildung 2.9

Bauinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

eine Rolle spielte (Abbildung 2.9, Seite 45). Die Baurezession ist vor allem bei den Wohnbauten ausgeprägt, die sich bereits seit mehreren Jahren äußerst schwach entwickeln und im vierten Quartal erneut um 2,7 % sanken. Dabei dürften die bis ins Jahr 2023 stark gestiegenen Hypothekenzinsen sowie die nach wie vor hohen Baupreise dämpfend gewirkt und vor allem private Haushalte von Wohnbauprojekten abgehalten haben. Der Rückgang war im Nichtwohnbau weniger deutlich ausgeprägt (-0,3 %) – besonders der Wirtschaftsbau wirkte stabilisierend und konnte leicht zulegen (0,2 %), die Investitionen der öffentlichen Hand waren hingegen rückläufig (-1,2 %).

Im weiteren Prognosezeitraum dürften vor allem die Wohnbauinvestitionen noch weitere Rückgänge verzeichnen. Die Lageeinschätzungen der Wohnungsbauunternehmen markieren laut ifo Umfragen nach wie vor ein historisch niedriges Niveau. Auch die Geschäftserwartungen lassen in der kurzen Frist kaum auf Besserung hoffen. Ebenso wirken die immer noch hohen Finanzierungskosten weiterhin bremsend, im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichneten die Baugenehmigungen für Wohnungen im Januar einen Rückgang von 23,5 %. Mit einer Stabilisierung der Wohnbauinvestitionen ist erst zum Jahresende zu rechnen. Für das kommende Jahr wird dann ein leichter Zuwachs erwartet. Am aktuellen Rand deutet sich ein Anstieg neu abgeschlossener Hypothekenkredite an, der sich im Jahresverlauf in höheren Auftragseingängen be-

merkbar machen dürfte. Etwas geringere Zinsen in Kombination mit steigenden verfügbaren Einkommen dürften das Verhältnis von Annuitäten und Einkommen für private Haushalte im Prognoseverlauf verbessern. Hierzu tragen auch die bereits gesunkenen Bodenpreise bei. Zudem sollten leicht nachgebende Wohnungsbaupreise den Bau neuer Wohnungen erschwinglicher machen. In Relation zum ungebrochen hohen Bedarf bleibt die Entwicklung der Wohnbauinvestitionen im Prognosezeitraum jedoch sehr schwach. Daran können auch die aufgestockten Förderprogramme (z. B. „Klimafreundlicher Neubau“, „Wohn-eigentum für Familien“) kaum etwas ändern.

Der Nichtwohnbau dürfte die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum stützen. Besonders aus dem Tiefbau ist mit positiven Impulsen zu rechnen: Verglichen mit einer schwachen Produktion zum Jahresende legte der Tiefbau im Januar mit 5,1 % deutlich zu. Auch die Einschätzung der Produktionsentwicklung in den vergangenen drei Monaten war laut ifo Umfragen im März zum ersten Mal seit einem Jahr wieder positiv. Ebenfalls ist der Auftragsbestand, insbesondere im gewerblichen Tiefbau, im vergangenen Jahr kräftig gestiegen. Dafür dürften insbesondere Neuaufträge für den Ausbau des Schienennetzes der Deutschen Bahn sowie der Energienetze gesorgt haben, die wohl ab der zweiten Jahreshälfte 2024 und vor allem im kommenden Jahr zunehmend in Produktion umgesetzt werden. Bauprojekte der öffentlichen Hand dürften den Nichtwohnbau dagegen hauptsächlich in diesem Jahr stützen: Die Kassenlage der Kommunen ist aktuell solide und erlaubt es, Investitionspläne im Jahresverlauf in die Tat umzusetzen. Vor allem im öffentlichen Hochbau sind die Auftragsbücher nach wie vor gut gefüllt und dürfen auch im kommenden Jahr für eine positive Dynamik sorgen. Allerdings ist aufgrund notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes auf kommunaler Ebene mittelbar mit einer Verschlechterung der Kassenlage zu rechnen, so dass sich die öffentlichen Bauinvestitionen wohl zum Ende des Prognosezeitraums abschwächen.

Gemessen am Deflator der Bauinvestitionen haben sich Neubauten in den vergangenen drei Jahren um 37,6 % überaus kräftig verteuert, was sich nicht allein auf gestie-

gene Materialkosten zurückführen lässt. So zog der Deflator der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 56 % an, während er im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 17 % zunahm. Dies lässt auf eine sehr kräftige Nachfrage schließen, die auf beschränkte Kapazitäten gestoßen ist. So wurden seitens der privaten Haushalte während der Pandemie erhebliche Extraersparnisse gebildet, die als zusätzliche Kaufkraft die Wohnungsnachfrage angeregt haben dürften. Hierauf deutet auch die Entwicklung der Finanzierungssalden der privaten Haushalte in diesem Zeitraum hin (Anhang Hauptaggregate der Sektoren). Diese nahmen im Jahr 2020 kräftig zu und drehten dann bis zum Jahr 2022 deutlich ins Minus. Zudem traten infolge gestörter Lieferketten vermehrt Materialknappheiten auf, die die Produktionsmöglichkeiten im Baubereich beeinträchtigt haben. Im vergangenen Jahr legten die Baupreise zwar noch einmal deutlich zu (7,9 %), im Jahresverlauf ließ die Preisdynamik allerdings merklich nach. Diese Abschwächung dürfte sich in Anbetracht der nunmehr niedrigen Kapazitätsauslastung und gesunkener Materialpreise in diesem Jahr fortsetzen und zu Preisrückgängen im Quartalsverlauf führen. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Deflator der Bauinvestitionen dann in diesem und im kommenden Jahr in etwa stagnieren.

Insgesamt rechnen die Institute mit einem weiteren Rückgang der Bauinvestitionen um 2,2 % im laufenden Jahr (Tabelle 2.8, Seite 46). Sinkende Zinsen, kräftig steigende Einkommen und stagnierende Baupreise dürften dann die Wende einleiten und die Bauinvestitionen im Jahr 2025 erstmals seit dem Jahr 2020 wieder steigen lassen (1,0 %).

Privater Konsum im Aufwind

Der Konsum der privaten Haushalte war im vergangenen Jahr um 0,7 % niedriger als im Jahr davor. Damit wurde die Erholung von der Pandemie unterbrochen. Maßgeblich hierfür war, dass die real verfügbaren Einkommen trotz eines robusten Arbeitsmarktes und kräftiger nominaler Lohnzuwächse inflationsbedingt erneut zurückgingen. Die Konsumzurückhaltung dürfte zudem auf die hohe Unsicherheit zurückzuführen sein, die sich in einem weiterhin eingetrübten Konsumklima sowie einem verstärkten Sparmotiv widerspiegelte. Die Sparquote lag im vergangenen Jahr bei 11,4 % und damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt vor der Pandemie von 10 ½ %.

Seit dem zweiten Quartal 2023 ist der private Konsum in der Tendenz leicht aufwärtsgerichtet. Für das laufende Quartal deuten die Frühindikatoren eine nur schwache Konsumausweitung an. Im GfK-Konsumklima zeichnete sich auch zu Jahresbeginn noch kein deutlicher Umschwung ab. Der Einzelhandel verbuchte im Januar abermals einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vormonat (–0,5 %), allerdings blicken die konsumnahen Dienstleister, gemessen an den ifo Geschäftserwartungen, deutlich optimistischer auf die kommenden Monate. Die Kfz-Zulassungen privater Halter sind seit Jahresbeginn rückläufig, nachdem sie im Schlussquartal des vergangenen

Tabelle 2.8

Bauinvestitionen

	2023	2022	2023	2024	2025
	Anteile in %	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt			
Wohnbauten	61,0	-2,2	-3,4	-3,8	0,7
Nichtwohnbauten	39,0	-1,2	-1,5	0,3	1,4
Gewerblicher Bau	26,4	-1,6	-2,9	-0,2	1,4
Öffentlicher Bau	12,6	-0,1	1,7	1,4	1,5
Bauinvestitionen	100,0	-1,8	-2,7	-2,2	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Jahres um 11,8 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt hatten. Dazu könnten Vorzieheffekte aufgrund des vorzeitigen Endes staatlicher Zuschüsse für E-Autos beigetragen haben, auch wenn einige Hersteller als Reaktion hierauf ihrerseits Preisnachlässe ankündigten. Im weiteren Prognosezeitraum sollte der private Konsum vor allem von der wiederkehrenden Kaufkraft profitieren.

Der Einzelhandel schwächelte auch im vergangenen Jahr, hier gingen die Umsätze preisbereinigt gegenüber dem Vorjahr erneut und deutlich zurück (–3,3 %). Hingegen legten die Umsätze im Gastgewerbe um 1,1 % zu, wobei die Gastronomie einen Umsatzrückgang (–0,8 %) und der Beherbergungsbereich ein Umsatzplus von 4,5 % verzeichneten.

Die verfügbaren Einkommen legten im vergangenen Jahr erneut um mehr als 6 % zu, getrieben von deutlichen Zuwächsen der Nettolöhne und -gehälter (9,0 %) und der monetären Sozialleistungen (6,4 %). Trotz dieser kräftigen nominalen Steigerungen konnte der Preisanstieg der Konsumgüter von 6,4 % nicht ganz ausgeglichen werden, so dass es erneut zu einem leichten Rückgang der real verfügbaren Einkommen kam (–0,3 %). Im Prognosezeitraum wird die Belebung beim privaten Konsum nicht zuletzt von der weiter günstigen Lage am Arbeitsmarkt gefördert. Zwar dürfte die Beschäftigung im Prognosezeitraum ihren Zenit durchschreiten, jedoch wird der Anstieg der Effektivverdienste je Beschäftigten hoch bleiben. In der Summe dürften die Bruttolöhne und -gehälter im laufenden Jahr um 5,1 % zulegen; im kommenden Jahr dürfte sich das Tempo etwas verringern (3,5 %).

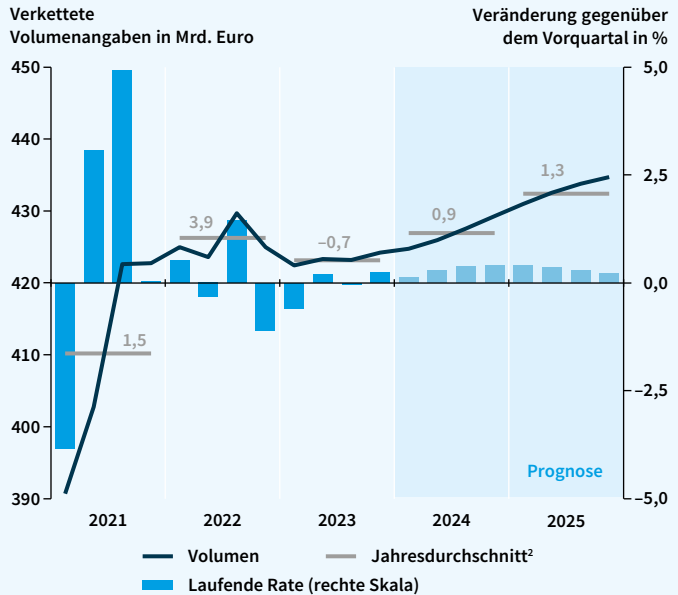
Seitens der Finanzpolitik wird die Expansion der verfügbaren Einkommen in den beiden Prognosejahren durch weitere Anpassungen beim Einkommensteuertarif gestützt, insbesondere durch die Erhöhung des Grundfreibetrags. Insgesamt unterstellen die Institute für das Jahr 2024 aber, dass sich die finanzpolitischen Entlastungen etwas verringern. Hinzu kommt, dass mit dem rascheren Anstieg der Effektivverdienste die Belastungen durch die kalte Progression zunehmen. Zusätzlichen Auftrieb erhalten die verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr durch den kräftigen Anstieg der monetären Sozialleistungen um 5,2 %, zu dem die erneut deutliche Erhöhung der Altersrenten maßgeblich beiträgt. Im Jahr 2025 werden die monetären Sozialleistungen voraussichtlich wieder mit einer etwas geringeren Rate von 3,8 % expandieren. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr mit 3,2 % weniger stark zulegen als noch im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr wird die Zuwachsrates voraussichtlich auf 2,5 % zurückgehen.

Die weitere Abschwächung der Inflationsdynamik im Prognosezeitraum dürfte erstmals seit drei Jahren zu einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen führen, welche im Jahr 2024 um 0,8 % und im folgenden Jahr um 0,9 % expandieren dürften. Für die Sparquote unterstellen die Institute bis Ende des Jahres 2025 einen Rückgang, wobei sie

Abbildung 2.10

Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

im laufenden Jahr nur geringfügig auf 11,2 % sinken wird und im nächsten Jahr dann im Schnitt bei 10,8 % liegen dürfte. Alles in allem dürfte der private Konsum im laufenden Jahr um 0,9 % und im kommenden Jahr um 1,3 % expandieren (Abbildung 2.10, Seite 47).

Staatskonsum zieht auf hohem Niveau weiter an

Der Staatskonsum ist zwischen Jahresmitte 2022 und Jahresmitte 2023 kräftig zurückgegangen. Ausschlaggebend hierfür war der Wegfall pandemiebedingter Maßnahmen. Gleichwohl verbleibt der Staatskonsum in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 deutlich erhöht. Ein Grund hierfür dürften die nicht zuletzt demografiebedingt gestiegenen sozialen Sachleistungen für Gesundheit und Pflege sein. Mitursächlich sind zudem die Vorleistungskäufe des Bundes und der Länder im Gesundheitsbereich. Diese sind um rund 6 Mrd. Euro höher als im Vor-Pandemie-Trend. Während der Pandemie sind einige der Hilfen an Krankenhäuser geflossen. Ob es sich hierbei um dauerhafte Verschiebungen handelt, ist noch nicht absehbar. Im zweiten Halbjahr 2023 waren wieder Zuwächse des Staatskonsums zu verzeichnen. Für den Prognosezeitraum rechnen die Institute damit, dass der Staatskonsum frei von Sondereffekten mit etwa konstanten Zuwachsraten expandiert.

Die Preise des Staatskonsums haben zum Jahresauftakt spürbar angezogen. Zwar steigen angesichts der höheren Lkw-Maut-Sätze die Preise der Verkäufe deutlich, was für sich genommen negativ auf den Deflator des Staatskonsums wirkt, doch werden zeitgleich im Tarifvertrag der Länder hohe Inflationsausgleichszahlungen geleistet, so dass insgesamt der Deflator deutlich zulegt. Für das zweite Quartal ist eine Gegenbewegung absehbar, da die hohen Einmalzahlungen entfallen. Auf das Jahr bezogen dürfte der Deflator deutlich an Fahrt verlieren, da die Umsetzung des ÖPNV in den Staatssektor nicht mehr in dem Maße wie im Vorjahr preissteigernd wirkt und die Entgelttarife von Bund und Kommunen bereits im Jahr 2023 auf das Inflationsumfeld reagiert haben. Im Jahr 2025 dürfte die Lohndynamik im öffentlichen Dienst abflauen, und die Effekte der Umsetzung des ÖPNV werden vollends entfallen, so dass das Plus beim Deflator nochmals deutlich sinkt.

Produktion erholt sich nur zögerlich

Die deutsche Wirtschaft tritt seit über einem Jahr auf der Stelle. Nachdem die Bruttowertschöpfung im Sommerhalbjahr stagniert hatte, ist sie im Schlussquartal um 0,4 % gesunken (Tabelle 2.9, Seite 48). Hierzu haben insbesondere das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe mit Rückgängen von 1,4 % bzw. 2,6 % spürbar beigetragen. Insgesamt lag die Bruttowertschöpfung somit weiterhin kaum über dem vorpandemischen Niveau aus dem Jahr 2019.

Im Winterhalbjahr befand sich die deutsche Industrie weiterhin im Abschwung. Neben inländischen Belastungsfaktoren wie dem hohen Krankenstand und der im internationalen Vergleich ausgesprochen hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit dämpfte auch die Schwäche der internationalen Nachfrage die Produktion. Zusätzlich wurde die Produktion auch durch die Streiks bei der Deutschen Bahn und die Störungen des Schiffsverkehrs im Roten Meer behindert, wenngleich die Auswirkungen insgesamt wohl eher gering waren. So stieg der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die von Materialengpässen berichteten, im Februar zwar leicht an, setzte aber bereits im März seinen seit Sommer 2022 anhaltenden Abwärtstrend weiter fort. Darüber hinaus blieb die Nachfrage nach Bauleistungen weiter schwach, was den ungünstigeren Finanzierungsbedingungen und den kräftigen Anstiegen der Baukosten geschuldet war. Die bislang recht robuste Dienstleistungskonjunktur musste im Schlussquartal 2023 ebenfalls einen deutlichen Dämpfer hinnehmen. Hierbei dürfte der hohe Krankenstand nachfrage- wie angebotsseitig eine Rolle gespielt haben.

Für den Jahresauftakt 2024 erwarten die Institute eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Wichtige Frühindikatoren wie das ifo Geschäftsklima oder der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission deuten eine Stabilisierung an, wobei der ifo Ge-

Tabelle 2.9

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Preisbereinigt, in %

	2023				2024				2025				2023	2024	2025
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. dem Vorquartal ¹												Veränderung ggü. dem Vorjahr ²		
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	-0,0	-0,3	0,0	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	-0,3	0,1	1,4
darunter:															
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,3	-0,0	-0,0	-0,4	,0	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	-0,1	0,1	1,4
darunter:															
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,2	-0,4	-1,4	-0,2	-0,2	0,1	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	-1,8	-0,6	1,6
darunter:															
Verarbeitendes Gewerbe	0,1	0,3	-0,9	-1,4	-0,3	0,1	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	-0,3	-1,5	1,7
Energieversorgung, Wasserversorgung u.ä.	-1,9	-4,8	-4,6	8,6	0,8	0,2	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	-10,5	3,7	1,3
Baugewerbe	5,0	-0,4	-0,1	-2,6	-0,4	-0,6	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	-0,2	-3,0	0,8
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,7	0,1	0,9	-0,9	-0,0	0,3	0,6	0,6	0,6	0,5	0,3	0,2	-1,0	0,7	1,8
Information und Kommunikation	0,0	1,9	0,9	-0,6	0,2	0,4	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	2,6	1,5	2,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,2	-1,0	0,9	0,8	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,4	1,3	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,4	0,6	-0,6	-0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,1	0,7
Unternehmensdienstleister	-0,1	0,6	-0,0	0,2	0,0	0,2	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,4	0,8	1,7
Öffentliche Dienstleister	1,0	-0,6	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,0	0,5	1,0
Sonstige Dienstleister	2,6	0,3	1,0	-0,9	0,2	0,3	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2	1,8	0,6	1,4

¹ Preisbereinigt; Verkettete Absolutwerte, Quartalswerte saison- und kalenderbereinigt.

² Preisbereinigt; Ursprungswerte; Jahresdurchschnitte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

schäftsklimaindex im März deutlich gestiegen ist. Im Verarbeitenden Gewerbe zeichnet sich der dritte Rückgang der Bruttowertschöpfung in Folge ab. Jedoch dürfte der Rückgang im ersten Quartal 2024 mit 0,3 % wohl spürbar schwächer ausfallen als zum Ende des vergangenen Jahres. So stieg dort die Produktion im Januar um 1,0 % gegenüber Dezember, nachdem sie zuvor einen deutlichen Dämpfer erlitten hatte. Der Anstieg zeigte sich dabei sowohl bei den energieintensiven (2,8 %) als auch den nicht-energieintensiven Produktionsbereichen (0,7 %). Insgesamt lag die Produktion im Januar aber trotzdem noch um 0,8 % unter dem Durchschnitt des vierten Quartals. Für den Februar des laufenden Jahres deutet der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex auf eine weitere Ausweitung der Produktion hin, und die ifo Produktionsentwicklung hat sich zuletzt stabilisiert.

Das Baugewerbe dürfte ebenfalls schwach ins Jahr 2024 gestartet sein. Zwar ist die Bauproduktion im Januar kräftig gestiegen und lag um 0,4 % über dem Wert des Schlussquartals 2023.⁵ Jedoch dürfte dies zu einem Gutteil an der sehr milden Witterung gelegen haben. Die Baugenehmigungen, insbesondere im Wohnbau, gehen weiter zurück, und die ifo Auftragsbestände werden von den Firmen weiterhin mehrheitlich als zu niedrig beurteilt. Aufgrund der hohen Finanzierungskosten und der zuletzt wieder stärker gestiegenen Neubaupreise sind viele Bauprojekte derzeit nicht rentabel. So werden weiterhin viele bereits in Auftrag gegebene Bauleistungen storniert. Insgesamt rechnen die Institute für das erste Quartal 2024 mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 0,4 %.

Von den Dienstleistungen dürften zum Jahresauftakt 2024 allenfalls verhaltene Impulse ausgegangen sein. So lagen die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel im Januar unter dem Niveau des Schlussquartals 2023. Die Großhändler spürten die Schwäche in der Industrie. Im Grundstücks- und Wohnungswesen machte sich die Rezession im Baugewerbe bemerkbar. In den weiteren Dienstleistungsbereichen bremsen die Schwäche in der Industrie und die Kaufzurückhaltung der Konsumenten die Expansion.

Für das zweite Quartal 2024 erwarten die Institute ein zögerliches Anziehen der Wirtschaftsleistung. Mit allmählicher Belebung der weltweiten Industriekonjunktur dürfte sich das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland zunächst stabilisieren und dann auf einen moderaten Expansionskurs einschwenken. Die Institute erwarten, dass die konsumnahen Dienstleister zunehmend von den Realeinkommenszuwächsen der privaten Haushalte profitieren. Das Baugewerbe dürfte jedoch zunächst weiter in der Rezession verharren.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2024 wird sich die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion voraussichtlich beschleunigen. Die Industrie profitiert dann vermehrt von der weltwirtschaftlichen Belebung. Zudem liegt die Kapazitätsauslastung deutlich unter ihrem langfristigen Mittelwert, was entsprechende Spielräume für Produktionsausweitungen andeutet. Unklar bleibt allerdings, warum die Kapazitäten trotz hoher Auftragsbestände unterausgelastet sind. Eine mögliche Erklärung ist, dass ein Großteil des Auftragsbestands nicht kostendeckend produziert werden kann, da viele dieser Bestellungen in der Pandemiezeit zwischen Juni 2020 und Dezember 2021 abgegeben wurden. In diesem Zeitraum konnten viele Unternehmen jedoch ihre Produktion aufgrund von Lieferengpässen bei wichtigen Materialien nicht ausweiten. Im Zuge der Energiekrise hat sich dann der Anstieg der Erzeugerpreise nochmals beschleunigt. Viele der Aufträge aus dem Jahr 2021 lassen sich daher womöglich aufgrund des inzwischen deutlich erhöhten Preisniveaus nicht mehr gewinnbringend ausführen. So deutet ein Vergleich der Auftragsbestände mit der kumulierten Differenz aus Auftragseingängen und Produktion darauf hin, dass der zuletzt beobachtete Rückgang des Auftragsbestands in besonderem Maße auf Stornierungen zurückgehen dürfte. Die Institute gehen davon aus, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe gegen Ende des Jahres 2025 kaum über das Niveau des Jahres 2019 hinauskommt.

Gleichzeitig dürften die industriellen Produktionskapazitäten seitdem insgesamt kaum gestiegen sein. Ein Grund dafür ist, dass in wichtigen Branchen, wie den energieintensiven Industrien, aufgrund der verschlechterten Wettbewerbsbedingungen Kapazitäten abgebaut wurden. Zudem verringern sich die Expansionsspielräume aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen weiterhin hohen Fachkräftemangels. Das Baugewerbe dürfte sich erst im kommenden Jahr merklich beleben. Mit der weiteren Abflachung der Inflationsdynamik ist zu erwarten, dass auch die Dienstleistungen insgesamt kräftiger expandieren. Jedoch steht auch hier einer stärkeren Ausweitung spätestens ab Mitte des Jahres 2025 der sich verstärkende Arbeitskräftemangel entgegen. Selbst mit moderaten Quartalsraten von 0,3 % dürften dann die auslastungsbedingten Expansionsspielräume nahezu ausgeschöpft sein.

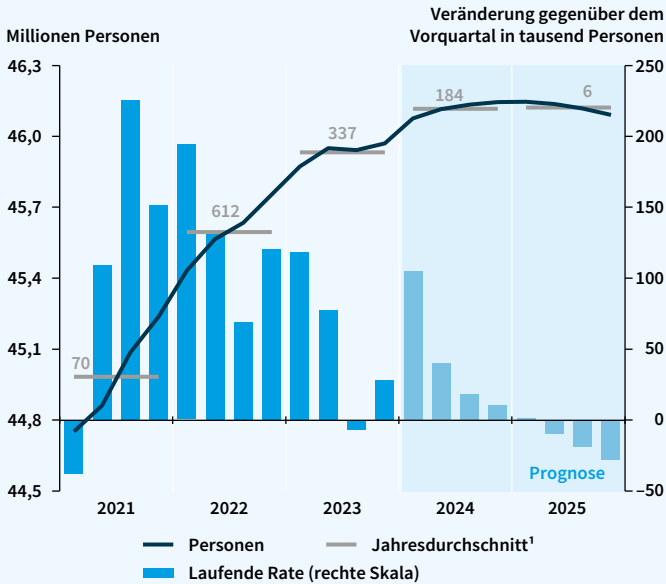
Alles in allem rechnen die Institute mit einer verhaltenen Erholung der Produktion im Jahr 2024. Dabei dürfte der Stagnation zum Jahresauftakt eine Erholung ab dem Frühjahr folgen und das Bruttoinlandsprodukt jahresdurchschnittlich um 0,1 % zulegen. Der Jahresdurchschnitt unterzeichnet jedoch die konjunkturelle Grunddynamik: Die Jahresverlaufsrate fällt mit 0,9 % deutlich höher aus. Für das kommende Jahr rechnen die Institute mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 %. Im Verlauf des Jahres 2025 dürfte sich das Expansionstempo jedoch wieder etwas verringern und den Wachstumsraten des Produktionspotenzials annähern.

⁵ Mit dem Berichtsjahr 2023 wurden die Produktionsindizes für das Baugewerbe umgestellt. Zum einen erfolgte ein Wechsel von der Bauspartengliederung zur internationalen Wirtschaftszweigklassifikation, zum anderen wurden alle Produktionsindizes auf das Jahr 2021 umbasiert. Statistisches Bundesamt, Methodische Änderungen beim Produktionsindex für das Baugewerbe – Wechsel von der Bauspartengliederung zur Wirtschaftszweigklassifikation und neues Basisjahr, 2024.

Abbildung 2.11

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Konjunkturschwäche bremst den Arbeitsmarkt

Saisonbereinigt hat die Zahl der Erwerbstätigen Ende vergangenen Jahres erstmals die Marke von 46 Millionen überschritten, sie nahm allerdings im zweiten Halbjahr deutlich langsamer zu als zuvor. Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung das ganze Jahr über stetig zulegte, ging die geringfügige Beschäftigung im Herbst saisonbereinigt zurück. Die Zahl der Selbstständigen wurde zuletzt deutlich nach unten revidiert und ist damit in jedem Jahr seit 2012 gesunken. Die Zahl der Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in sozialversicherungspflichtiger oder ausschließlich geringfügiger Beschäftigung stieg im Jahresverlauf kontinuierlich und lag im Dezember 2023 mit 214 000 um 57 000 höher als zum Jahreswechsel 2022/23 und um 148 000 über ihrem Niveau zu Beginn der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022.

Der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung konzentrierte sich im vergangenen Jahr vor allem auf die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Gesundheit sowie Unternehmensdienstleistungen. Bedingt durch die schwache konjunkturelle Entwicklung insbesondere in der Industrie ging die Beschäftigung dort in der zweiten Jahreshälfte leicht zurück. Im Jahresverlauf verringerte sich die Beschäftigung in der chemischen In-

dustrie besonders stark (–2 %). Kräftig fiel der Rückgang der Beschäftigung im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassungen aus.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg im Jahresverlauf 2023 kontinuierlich und erreichte im Winter saisonbereinigt 2,7 Millionen (Quote: 5,9 %), wobei der Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen Dezember 2023 und Februar 2024 merklich schwächer ausfiel als in den Vormonaten. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ging sowohl auf den konjunkturreagibleren Rechtskreis SGB III als auch auf die Grundsicherung (SGB II) zurück.

Die Beschäftigung dürfte in den kommenden Monaten nur schleppend weiter aufgebaut werden. Dies signalisieren Frühindikatoren wie das ifo Beschäftigungsbarometer, das im März auf niedrigem Niveau wieder zulegen konnte, und das IAB-Arbeitsmarktkonjunkturbarometer, welches seit drei Monaten auf niedrigem Niveau verharrt. Das kräftige Beschäftigungsplus von saisonbereinigt 54 000 Personen im Januar ist vor diesem Hintergrund schwer zu erklären und dürfte sich in den kommenden Monaten nicht wiederholen. Es bedeutet aber, dass für das erste Quartal 2024 insgesamt ein deutlicher Zuwachs der Erwerbstätigen zu erwarten ist. Der Anteil der Unternehmen, die sich ausweislich des KfW-ifo Fachkräftebarometers durch Fachkräftemangel in ihrer Produktionstätigkeit behindert sehen, ist noch immer groß, und die Zahl der neuen offenen Stellen stagnierte laut IAB-Stellenerhebung zuletzt auf dem hohen Niveau von 1,7 Millionen. Die Institute gehen daher davon aus, dass sich der Beschäftigungsaufbau zunächst mit geringer Dynamik fortsetzen wird (Abbildung 2.11, Seite 50). Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Beschäftigung demografiebedingt bereits leicht zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt erwarten die Institute eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 184 000 (2024) und 6 000 (2025).

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2023 nicht weiter erholt, sondern ist im vierten Quartal auch nach Berücksichtigung der üblichen saisonalen Effekte stark eingebrochen. Hierzu hat ein historisch hoher Krankenstand beigetragen, der insbesondere auf Atemwegsinfektionen zurückzuführen ist. Die Institute unterstellen, dass sich der Krankenstand zum Ende des Jahres 2025 zu seinem seit Mitte der Nullerjahre leicht steigenden Trend zurückbilden wird. Dies wird für sich genommen zu einer um rund 20 Stunden höheren jährlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer und einem Anstieg des Arbeitsvolumens um 1,5 % führen. Ebenso wird die steigende Kapazitätsauslastung wohl die Arbeitszeit stützen. Zwar dämpfen langfristige Entwicklungen wie eine zunehmende Teilzeitquote die Arbeitszeit, insgesamt dürfte das Arbeitsvolumen aber sowohl im Jahr 2024 als auch im Jahr 2025 spürbar zulegen.

Der leichte Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit um insgesamt saisonbereinigt etwa 12 000 Personen im Januar und Februar lässt für das erste Quartal insgesamt einen

abermaligen Zuwachs der Arbeitslosenzahl erwarten, der allerdings geringer als in den Vorquartalen ausfallen dürfte. Die Komponente „Arbeitslosigkeit“ des IAB-Arbeitsmarktbarmeters deutet darauf hin, dass in den nächsten Monaten nur noch geringe Anstiege zu erwarten sind. Mit der sich belebenden ökonomischen Aktivität in der zweiten Jahreshälfte dürfte die Arbeitslosigkeit wieder zurückgehen (Abbildung 2.12, Seite 51). Alles in allem erwarten die Institute eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,8 % im laufenden und 5,5 % im kommenden Jahr (Tabelle 2.10, Seite 51).

Einmalzahlungen akzentuieren Lohndynamik

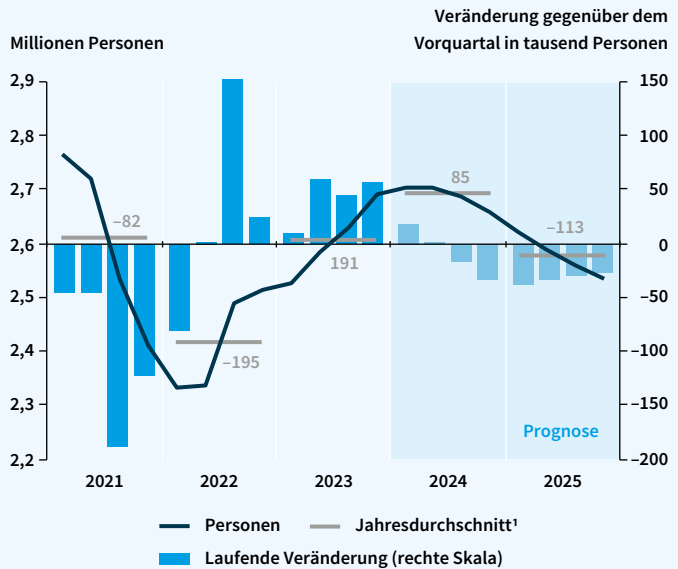
Im Jahr 2023 stiegen die Löhne auf breiter Front recht kräftig, womit vor allem die Kaufkraftverluste der Vorjahre ausgeglichen werden sollten. Die Tariflöhne wurden um 3,7 % und damit deutlich stärker als im Vorjahr (2,2 %) angehoben. Die jüngsten Tarifabschlüsse wie in der Metall- und Elektroindustrie, der Chemischen Industrie und im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden beinhalten angesichts des in den vergangenen zwei Jahren aufgelaufenen Reallohnverlustes noch höhere Lohnsteigerungen. Hierbei wurde in verstärktem Maße auf die Inflationsausgleichsprämie zurückgegriffen. Dauerhafte tabellenwirksame Tariflohnanhebungen entfalten ihre Wirkung häufig erst im Jahr 2024. In diesem kommen zusätzlich noch der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes der Länder sowie voraussichtlich die seit langem ausstehenden Abschlüsse in Einzel-, Groß- und Außenhandel zum Tragen, welche den starken Anstieg der Inflation in diesen Wirtschaftszweigen erstmalig berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute, dass sich die Zunahme der Tarifverdienste im Jahr 2024 auf 4,4 % beschleunigt. Mit dem Jahreswechsel 2024/25 entfällt die abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie, was dazu führen dürfte, dass Einmalzahlungen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgehen. Zudem dürfte der nachlassende Inflationsdruck gegen Ende des Prognosezeitraums in weniger kräftigen dauerhaften Tarifierhöhungen resultieren. Die Institute erwarten für das Jahr 2025 einen Anstieg der Tarifverdienste um 3,0 % (Tabelle 2.11, Seite 52).

Die Effektivverdienste je Arbeitnehmer sind im Jahr 2023 mit einem Zuwachs von 6,1 % so stark gestiegen wie seit 1992 nicht mehr. Der Lohnanstieg lag in einem außergewöhnlich hohen Maße (2,5 Prozentpunkte) über dem Anstieg der Tarifverdienste. Die Lohndrift erreichte damit ihren höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. In den nichttarifgebundenen Bereichen dürften Einmalzahlungen und Lohnerhöhungen früher als in den tarifgebundenen stattgefunden haben und entsprechend zeitnäher der hohen Inflationsdynamik gefolgt sein. Darüber hinaus ist wohl ein Teil der hohen Lohndrift der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro im Oktober 2022 geschuldet. Dies spiegelt sich in den Zuwächsen der Bruttomonatsverdienste wider, die für geringfügig Beschäftigte am höchsten ausfielen. Aber auch bei Vollzeitbeschäftigten, die deutlich

Abbildung 2.12

Arbeitslose

Saisonbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 2.10

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in tausend Personen

	2021	2022	2023	2024	2025
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	60 623	61 410	61 661	61 948	62 438
Erwerbstätige Inland	44 984	45 596	45 933	46 117	46 123
Arbeitnehmer	41 027	41 687	42 054	42 264	42 287
darunter:					
SV Beschäftigte	33 922	34 525	34 800	35 000	35 051
Geringfügig Beschäftigte	4 100	4 127	4 197	4 189	4 162
Selbstständige	3 958	3 910	3 879	3 853	3 835
Pendlersaldo	-116	-140	-149	-152	-152
Erwerbstätige Inländer	44 869	45 457	45 786	45 965	45 971
Arbeitslose	2 613	2 418	2 609	2 694	2 581
Arbeitslosenquote ¹	5,7	5,3	5,7	5,8	5,5
Erwerbslose ²	1 536	1 343	1 334	1 378	1 340
Erwerbslosenquote ³	3,3	2,9	2,8	2,9	2,8

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

² Definition der ILO.

³ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 2.11

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024	2025
Durchschnittliche Arbeitszeit	2,5	-0,1	-0,2	0,1	0,9
Verdienst je Arbeitnehmer	3,3	4,2	6,1	4,6	3,4
Verdienst je Stunde	0,6	4,4	6,3	4,5	2,5
Lohndrift (Arbeitnehmer)	2,0	2,0	2,5	0,2	0,4
Tariflohn (Monat)	1,3	2,2	3,7	4,4	3,0

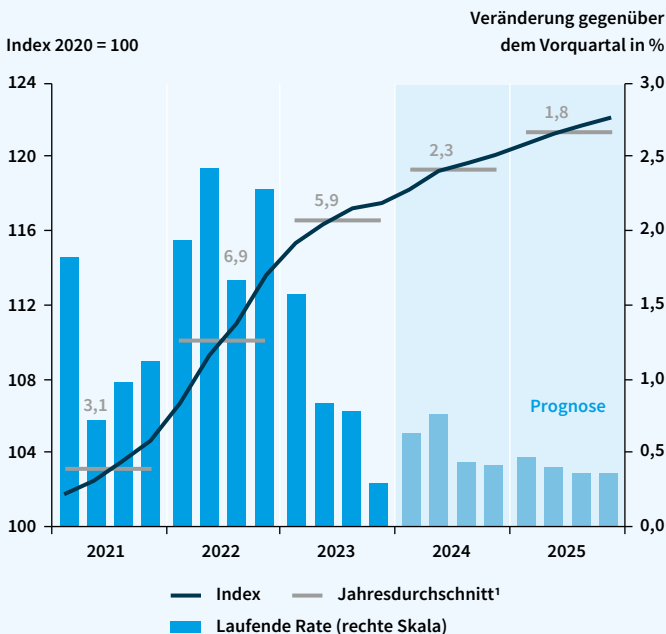
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 2.13

Verbraucherpreise

Saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

seltener den Mindestlohn erhalten, sind die Verdienste in den unteren Quintilen kräftiger gestiegen als in den oberen. Hier dürften die Auszahlungen von Inflationsausgleichsprämien maßgeblich gewesen sein, aber auch die Tatsache, dass Tarifverträge neben prozentualen Anhebungen nicht selten Sockelbeträge vorsehen. Diese fallen bei niedrigeren Lohngruppen naturgemäß stärker ins Gewicht. Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer dürfte im laufenden Jahr den Zuwachs der Tariflöhne nur leicht übersteigen. Die Lohndrift dürfte aber aufgrund der sich alterungsbedingt tendenziell weiter verschärfenden Arbeitskräfteknappheit über den gesamten Prognosezeitraum positiv bleiben. In den Jahren 2024 und 2025 dürften die Effektivverdienste um 4,6 %

bzw. 3,4 % zulegen. Damit nehmen die Reallöhne über den gesamten Prognosezeitraum zu und holen den Reallohnverlust aus dem Jahr 2022 und dem ersten Halbjahr 2023 langsam wieder auf. Das Reallohnniveau von Ende 2021 – also vor dem Inflationsschub – wird voraussichtlich erst im zweiten Quartal 2025 wieder erreicht.

Aufgrund der hohen Inflation und der zeitlich verzögerten Lohnsteigerungen sind die realen Lohnstückkosten in den Jahren 2021 bis 2023 auf ein aus längerfristiger Perspektive niedriges Niveau gesunken. Das besonders günstige Verhältnis zwischen den Kosten des Faktors Arbeit und der erzielten Wertschöpfung hat die Arbeitsnachfrage und letztlich die Beschäftigung in Deutschland gestützt. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürften die realen Lohnstückkosten aufgrund der kräftigen Lohnzuwächse und der nachlassenden Inflation wieder steigen und sich dem Durchschnitt der 2010er Jahre annähern.

Inflation wieder in ruhigerem Fahrwasser

Die Verbraucherpreise stiegen im Gesamtjahr 2023 um 5,9 % (Abbildung 2.13, Seite 52). Die Kerninflation, bei der die Energiepreise ausgeklammert werden, lag bei 6,0 % (Abbildung 2.14, Seite 53). Allerdings ist die hohe Preissteigerungsrate in der Gesamtbetrachtung vor allem auf die kräftigen Preisanstiege bis in den Frühling des vergangenen Jahres zurückzuführen. Die vierteljährlichen Verlaufsraten haben sich seitdem deutlich abgeschwächt. So legten die Verbraucherpreise im vierten Quartal 2023 annualisiert lediglich um 1,1 % (2,5 % ohne Energie) gegenüber dem Vorquartal zu. In der Folge sank auch die Vorjahresrate der Verbraucherpreise zum Jahreswechsel deutlich und betrug im Februar 2,5 %. Damit liegt die Inflationsrate so niedrig wie zuletzt im Juni 2021.

Die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme sind zum Jahreswechsel ausgelaufen. Dennoch sind die Gaspreise im Januar gegenüber dem Dezember mit 2,3 % nur leicht gestiegen, während die Strompreise sogar um 0,8 % gefallen sind.⁶ Einem starken Anstieg der Preise von Strom und Gas im Januar haben die seit geraumer Zeit sinkenden Beschaffungspreise der Energieversorger entgegengewirkt, die bei Strom den Effekt der auslaufenden Preisbremsen offensichtlich übertroffen haben. In den nächsten Monaten kommt es bei den beiden Komponenten zu einem Wegfall weiterer staatlicher Preisstabilisierungsmaßnahmen. So wird der Umsatzsteuersatz auf Gas, der im Oktober 2022 vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine auf 7 % reduziert wurde, zum 1. April wieder auf sein ursprüngliches Niveau von 19 % erhöht. Bei den Strompreisen entfiel zu Jahresbeginn zudem ein staatlicher Zuschuss zu den Netzentgelten. Insgesamt veranschlagen die Institute den Preiseffekt zum 1. April auf rund 2,4 Cent/KWh. Im weiteren Verlauf des Prognosezeit-

⁶ Im Unterschied dazu verteuerte sich Fernwärme im Januar kräftig um 17 % gegenüber Dezember. Fernwärme hat im Verbraucherpreisindex jedoch ein geringes Gewicht von rund 0,3 %. Dementsprechend ist der Einfluss auf die Verbraucherpreise im Vergleich zu Strom und Gas mit Gewichten von 2,5 bzw. 1,1 % deutlich geringer.

raums dürften sich die Preise aber zurückbilden. Dafür sprechen die gesunkenen Großhandelspreise, welche sich aufgrund der Beschaffungsstrategie der Versorger nach und nach in die Verbraucherpreise übertragen.⁷ Im Herbst hatten die Institute für die Jahre 2024 und 2025 noch mit einem durchschnittlichen Börsenpreis für Gas (Strom) von 52,4 (133,9) bzw. 47,5 (124,1) Euro/MWh gerechnet. Die Börsenpreise für zukünftige Lieferungen von Gas und Strom (Futures) sind seitdem deutlich gefallen. Gemäß den Börsennotierungen von Anfang März rechnen die Institute im Jahr 2024 und 2025 nun mit einem durchschnittlichen Preis von 27,5 (68,7) bzw. 30,3 (77,1) Euro/MWh (Tabelle 2.5, Seite 39). Diese Niveaus liegen nur noch moderat über den längerfristigen Vorkrisendurchschnitten (2006–2019) für Strom und Gas von 45 bzw. 20 Euro/MWh. In der Prognose der Strom- und Gaspreise wird angenommen, dass die sinkenden Beschaffungspreise Schritt für Schritt auf der Verbraucherstufe ankommen. Für das Jahresende 2025 belaufen sich die Preisprognosen für Strom und Gas auf 34,5 bzw. 9,5 Cent/KWh (Abbildung 2.15, Seite 53). Aktuell dürften die Vertragspreise noch deutlich über diesen Werten liegen, so dass noch eine beträchtliche Überwälzung der gesunkenen Beschaffungspreise in die Vertragspreise der Endkunden aussteht.

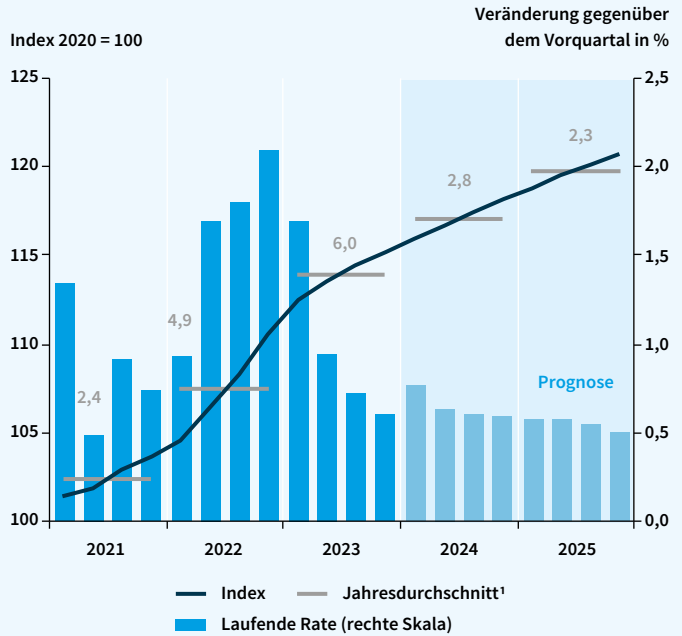
Der Weltmarktpreis für Öl (Brent) war gegen Jahresende 2023 deutlich gesunken, was in den Kraftstoff- und Heizölpreisen weitergegeben wurde und so wesentlich zur Abschwächung der Verbraucherpreisdynamik im vierten Quartal beigetragen hat. Seit Beginn des neuen Jahres ist der Ölpreis allerdings wieder gestiegen. Er liegt

⁷ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022, Essen 2022. *Sonnenberg, N.*: Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise, Kiel Insight 2022.07.

Abbildung 2.14

Verbraucherpreise ohne Energie

Saison- und kalenderbereinigt



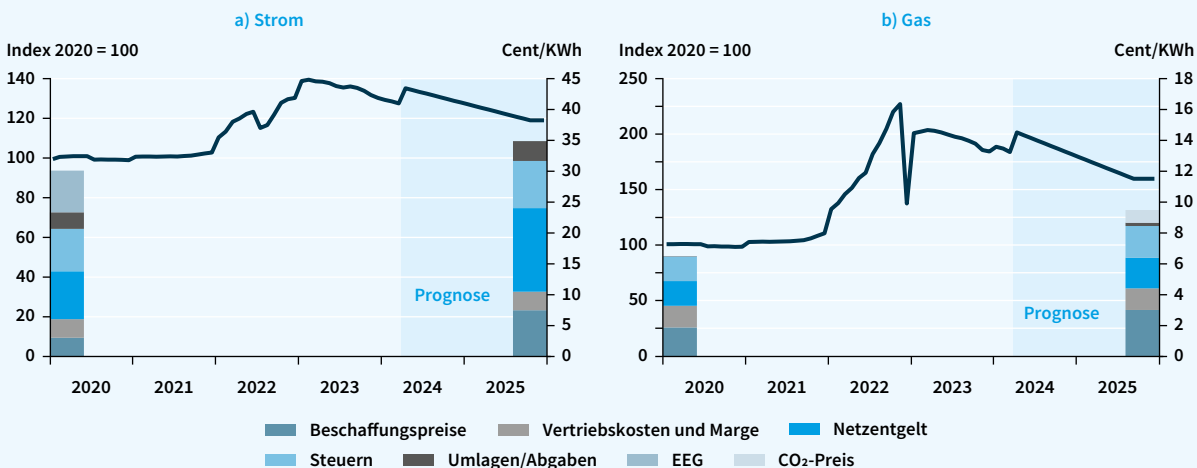
¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2024: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 2.15

Verbraucherpreise für Strom und Gas



Die Verbraucherpreise für Erdgas entsprechen der Preisreihe "Erdgas, ohne Betriebskosten" der Verbraucherpreisstatistik. Bei der Zusammensetzung der Strom- und Gaspreise bestimmen sich die Beschaffungspreise aus den Annahmen für die Börsenpreise für Strom und Gas (TTF, EEX). Die Komponente Vertriebskosten und Marge geht auf eigene Schätzungen zurück. Die weiteren Preiskomponenten entsprechen der BDEW Strompreis- und Gaspreisanalyse aus dem Februar 2024. Steuern: Stromsteuer/Erdgassteuer und Umsatzsteuer. Umlagen/Abgaben bei Strom: Konzessionsabgabe, KWKG Umlage, StromNEV Umlage, Offshore Netzzulage, Umlage für abschaltbare Lasten; bei Gas: Konzessionsabgabe, Gasspeicherumlage. EEG nur bei Strom relevant. CO2-Preis nur bei Gas relevant.

Quellen: LSEG Datastream; Statistisches Bundesamt; BDEW; Berechnungen der Institute. Ab März 2024 Prognose der Institute.

aktuell nur noch leicht unter dem im Herbst unterstellten Preispfad. Gemäß der Annahme für den Ölpreis dürften die Verbraucherpreise für Benzin und Heizöl im Jahr 2024 nur leicht sinken (–2,6 bzw. –4,7 %). In der Prognose wird auch der Anstieg der CO₂-Abgabe von 45 auf 55 Euro/Tonne zum Jahreswechsel 2025 berücksichtigt. Dadurch fallen die Komponenten für Kraftstoffe und Heizöl im Jahr 2025 nicht weiter im Preis. Insgesamt dürften die Energiepreise in den Jahren 2024 und 2025 um 1,8 bzw. 4 % zurückgehen.

Auch die Kerninflationsrate schwächte sich zuletzt spürbar ab und betrug im Februar 3,1 %, nachdem sie zu ihrem Hochpunkt im März 2023 noch bei 7,8 % gelegen hatte. Hierzu trugen insbesondere die stark rückläufigen Vorjahresraten bei den Nahrungsmittelpreisen bei. Die Preise stagnieren hier seit März 2023 weitgehend. Auch die Preise für sonstige Waren (ohne Energie und Nahrungsmittel) sind seit dem Sommer des vergangenen Jahres deutlich langsamer gestiegen als zuvor. Die sich abschwächende Dynamik der Warenpreise wurde wesentlich durch die Preisrückgänge auf den vorgelagerten Produktionsstufen begünstigt. So sinken bereits seit geraumer Zeit die Einfuhr- und Erzeugerpreise, welche im Zuge der Pandemie und des russischen Krieges gegen die Ukraine zwischenzeitlich stark gestiegen waren. Die Normalisierung der Energie- und Rohstoffpreise und das Abklingen der Lieferengpässe wirken nun ebenfalls dämpfend.

Demgegenüber steigen die Dienstleistungspreise immer noch kräftig. Besonders ausgeprägt war der Anstieg zum Jahreswechsel. Zum einen verteuerten sich Versicherungsdienstleistungen und stationäre Gesundheitsdienstleistungen deutlich. Zum anderen ist der auf 7 % ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Gastronomiedienstleistungen ausgelaufen. Bei einer vollständigen Weitergabe ergäbe sich ein rechnerischer Inflationsbeitrag von rund 0,3 Prozentpunkten in diesem Jahr. Die Detailergebnisse der Verbraucherpreise von Januar und Februar deuten aber darauf hin, dass bisher nur rund ein Drittel weitergegeben wurde. Die Institute gehen davon aus, dass sich dieser Anteil in den kommenden Monaten auf rund die Hälfte erhöht (Preiseffekt: 0,15 %). Auch die Mieten stiegen zuletzt mit Vorjahresraten von über 2 % deutlich stärker als im langjährigen Durchschnitt (1,2 %). Hier dürften auch Aufholeffekte – nach einer Zeit von Anstiegen unterhalb der allgemeinen Inflationsrate – eine Rolle spielen.

Die Kerninflation wird sich in den kommenden Monaten wohl weiter zurückbilden. Die Warenpreise (ohne Energie) dürften aufgrund der Entspannung auf den vorgelagerten Produktionsstufen weiterhin nur moderat steigen. Einem rascheren Rückgang der Kernrate dürften allerdings die kräftigen Lohnsteigerungen entgegenwirken, welche kostenseitig aufgrund der höheren Arbeitsintensität insbesondere bei den Dienstleistern zu Buche schlagen. Begünstigt wird die Lohnentwicklung vom Fachkräftemangel,

der bei den Dienstleistern besonders ausgeprägt ist.⁸ In der Folge nähern sich die realen Lohnstückkosten, die zwischenzeitlich kräftig gesunken waren, wieder ihrem längerfristigen Durchschnitt an, auch aufgrund einer zunächst rückläufigen Produktivität. Zudem steigern höhere Löhne die Kaufkraft der Arbeitnehmer und damit die Nachfrage nach Konsumgütern. Ein zusätzlicher Faktor für weitere Preisanpassungen bei Dienstleistern ist, dass deren Preise üblicherweise verzögert auf einen starken Anstieg des allgemeinen Preisniveaus reagieren. Bisher sind die Dienstleistungspreise schwächer gestiegen als die für Waren, was nun nach und nach aufgeholt werden dürfte.⁹ Dazu passt auch, dass noch mehr Unternehmen im Dienstleistungssektor Preiserhöhungen planen als in anderen Branchen. Preissteigernd dürften sich außerdem die Erhöhung und Ausweitung der Lkw-Maut, die Plastiksteuer und die höhere Ticketsteuer im Flugverkehr auswirken.

Alles in allem wird sich die Inflation im Prognosezeitraum voraussichtlich in die Nähe des Inflationsziels der EZB bewegen. Insgesamt erwarten die Institute einen Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3 % im Jahr 2024 und 1,8 % im Jahr 2025. Die Kerninflationsrate dürfte auf 2,8 % in diesem Jahr bzw. 2,3 % im kommenden Jahr zurückgehen.

Sinkende Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten

Die Einnahmen des Staates sind im Jahr 2023 insgesamt moderat gestiegen. Im laufenden Jahr dürfte ihre Dynamik leicht aufwärtsgerichtet sein. Das liegt vor allem an höheren Steuereinnahmen. Zwar wirkt eine abermals deutliche Anpassung des Einkommensteuertarifs dämpfend auf die Lohnsteuereinnahmen, allerdings nähert sich das Wachstum wieder dem der Bruttolöhne an. Dies wird dadurch gestützt, dass die Inanspruchnahme der Inflationsausgleichsprämie im Vergleich zum Vorjahr zurückgeht.¹⁰ Im Jahr 2025 läuft ihre Abgabefreiheit aus, weshalb mit einem starken Anstieg der Einnahmen zu rechnen ist. Bei der Umsatzsteuer dürfte im Prognosezeitraum der Wegfall temporärer Maßnahmen, im Speziellen der ermäßigten Sätze auf Erdgas und in der Gastronomie, zu erhöhten Einnahmen führen. Die sonstigen Produktionsabgaben expandieren im Prognosezeitraum vor allem aufgrund der höheren CO₂-Abgabe, aber auch aufgrund eines voraussichtlich höheren Rundfunkbeitrags im Jahr 2025.

Die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen werden im laufenden Jahr weiterhin merklich steigen. Neben dem höheren Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen und der Entfaltung der vollen Jahreswirkung

⁸ Peichl, A., Sauer, S., und Wohlrabe, K.: Fachkräftemangel in Deutschland und Europa – Historie, Status quo und was getan werden muss, in: ifo Schnelldienst, 75(10), 70-75, 2022.

⁹ Amatyakul, P., Igan, D., und Lombardi, M. J.: Sectoral price dynamics in the last mile of post-Covid-19 disinflation, in: BIS Quarterly Review, 45, 2024.

¹⁰ Die Inflationsausgleichsprämien sind abgabenfrei und können vom Arbeitgeber seit Herbst 2022 bis Ende des Jahres 2024 als Lohnbestandteil gezahlt werden. Bei gegebener Lohnsumme mindern sie das Aufkommen der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge.

Tabelle 2.12

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Bruttoschulden- stand	nachrichtlich: Zinssteuerquote²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Nettozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen			
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	69,0	5,1
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	2,2	1,3	65,2	4,4
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	2,3	1,9	61,9	3,9
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	2,4	1,5	59,6	3,3
2020	46,1	22,8	17,9	50,4	0,6	2,7	-4,3	68,8	2,8
2021	47,3	24,3	17,5	51,0	0,6	2,6	-3,7	69,0	2,4
2022	47,0	24,4	17,2	49,5	0,7	2,6	-2,5	66,1	2,8
2023	46,1	23,1	17,2	48,3	0,9	2,6	-2,1	64,3	3,8
2024	47,5	23,5	17,9	49,1	1,0	2,8	-1,6	64,5	4,2
2025	48,4	23,9	18,4	49,7	1,0	2,9	-1,2	64,4	4,3

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

des höheren Pflegebeitrags wirkt auch die anhaltende Lohndynamik einnahmensteigernd. Die geringere Inanspruchnahme der Inflationsausgleichsprämie stützt wie bei der Lohnsteuer ebenfalls die Beitragseinnahmen. Für das Jahr 2025 gehen die Institute davon aus, dass die Beitragssätze konstant bleiben, allerdings nehmen die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen durch den Wegfall der abgabefreien Inflationsausgleichsprämien auch dann noch kräftig zu.

Die Zinswende hat sich bei den vom Staat empfangenen Vermögenseinkommen niedergeschlagen, die im vergangenen Jahr um knapp 70 % gestiegen sind. Ein derartiger sprunghafter Aufwuchs dürfte sich nicht wiederholen; allerdings steigen die Zinsseinnahmen auch im Jahr 2024 weiter spürbar. Im Jahr 2025 lässt der Schwung nach den ersten Zinssenkungen der EZB voraussichtlich wieder etwas nach.

Die Verkäufe des Staates werden durch die starke Erhöhung der Lkw-Maut kräftig steigen. Zudem wirkt im Jahr 2024 die Integration des ÖPNV in den Sektor Staat im Zuge der Einführung des 49-Euro-Tickets erstmalig auf das Gesamtjahr. Insgesamt rechnen die Institute mit Staatseinnahmen in Höhe von 2 007 Mrd. Euro im laufenden Jahr. Im nächsten Jahr dürften sie dann um 4,5 % auf 2 098 Mrd. Euro steigen (Tabelle 2.12, Seite 55).

Die Staatsausgaben steigen im laufenden Jahr etwas stärker als im Vorjahr, obwohl der Zuwachs durch den Wegfall einer Reihe von Maßnahmen im Zusammenhang mit den gestiegenen Energiepreisen, insbesondere der Gas- und Strompreisbremsen, gedämpft wird. Im kommenden Jahr fällt dieser Effekt weg, und die Staatsausgaben expandieren nochmals stärker. Die Staatsquote, die gegenüber dem

präpandemischen Niveau merklich erhöht ist, dürfte in beiden Prognosejahren weiter steigen.

Die geleisteten Arbeitnehmerentgelte des Staates werden etwas stärker zulegen als im vergangenen Jahr. Die Expansion ist wesentlich durch die Zahlung der Inflationsausgleichsprämie für Beschäftigte der Länder zu Beginn des Jahres getrieben. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg gemäßigt ausfallen. Der Tarifvertrag der Beschäftigten von Bund und Kommunen läuft Ende 2024 aus, und der Anschlussvertrag dürfte geringere Lohnzuwächse vorsehen.

Die monetären Sozialleistungen sind im Jahr 2023 unter anderem wegen Anpassungen an das gestiegene Preisniveau, der Wohngeldreform, der Einführung des Bürgergelds und des höheren Kindergelds stark gestiegen. Im Jahr 2024 dürfte die Dynamik deutlich abnehmen und im nächsten Jahr nochmals nachlassen, weil dann mit einer geringeren Rentenanpassung und einer nur geringfügigen Erhöhung des Bürgergelds zu rechnen ist.

Die sozialen Sachleistungen haben im Jahr 2023 nur schwach expandiert, weil eine Reihe von pandemiebedingten Maßnahmen auslief. Im Prognosezeitraum dürfte der Zuwachs, gestützt durch die Alterung der Bevölkerung, wieder stärker ausfallen.

Die Vorleistungskäufe sind im vergangenen Jahr mit der Integration des öffentlichen Nahverkehrs in den Sektor Staat ab Mai deutlich gestiegen. Im Jahr 2024 dürfte der Zuwachs schwächer ausfallen, da auf das Jahr bezogen nur noch ein Drittel des Effekts anfällt. Im Jahr 2025 entfällt er komplett, und die Vorleistungskäufe steigen wohl nur noch moderat, wozu auch die geringere Inflation beitragen dürfte.

Die Bruttoinvestitionen werden im Prognosezeitraum wohl deutlich zulegen. Zwar dürften die öffentlichen Bauinvestitionen nur in gemächlichem Tempo ausgeweitet werden, gleichzeitig ist aber mit einem stärkeren Mittelabruf aus dem Sondervermögen Bundeswehr zu rechnen, so dass die Ausrüstungsinvestitionen wohl kräftig expandieren werden.

Die Subventionen dürften im laufenden Jahr drastisch nachgeben. Maßgeblich hierfür ist der Wegfall der Gas- und Strompreisbremsen. Zuschüsse an die Erzeuger erneuerbarer Energien dämpfen den Rückgang der Gütersubventionen. Auch die sonstigen Subventionen werden wegen des Wegfalls von Hilfszahlungen im Zusammenhang mit den gestiegenen Energiepreisen deutlich nachgeben. Im Jahr 2025 dürften die Subventionen insgesamt wieder leicht steigen.

Die geleisteten Vermögenstransfers sind im vergangenen Jahr wegen des Wegfalls von Hilfszahlungen an Unternehmen deutlich zurückgegangen. Für das laufende Jahr rechnen die Institute wieder mit zunehmenden Vermögenstransfers, getrieben durch den Mittelabfluss aus dem Klima- und Transformationsfonds. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs wieder geringer ausfallen.

Die sonstigen laufenden Transfers sind im Jahr 2023 infolge wegfallender Einmalzahlungen an Haushalte zum Abfedern der gestiegenen Energiepreise deutlich zurückgegangen. Der Zuwachs im laufenden Jahr fällt moderat aus, vor allem weil die Eigenmittelzahlungen an die EU nur schwach expandieren. Letztere sollen planmäßig im kommenden Jahr wieder stärker zulegen und dann die sonstigen laufenden Transfers anschieben.

Die geleisteten Vermögenseinkommen steigen im laufenden Jahr aufgrund der gestiegenen Zinsen nochmals stark. Da die langfristigen Zinsen in der Tendenz bereits wieder rückläufig sind, dürfte sich das Plus im Jahr 2025 deutlich abschwächen, aber weiter Bestand haben, da immer noch Anleihen mit längeren Laufzeiten zu höheren Zinssätzen refinanziert werden müssen.

Alles in allem dürfte das Finanzierungsdefizit im Jahr 2024 mit 67,2 Mrd. Euro (1,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) deutlich abnehmen. Im Jahr 2025 sinkt es dann nur noch moderat. Strukturell verbessert sich der Saldo im Jahr 2024 zunächst spürbar und stagniert dann in etwa im Folgejahr (Tabelle 2.13, Seite 56). Ähnlich ist die Dynamik des strukturellen Primärsaldos, dessen Veränderungen als Maß für die Ausrichtung der Finanzpolitik interpretiert werden können (Abbildung 2.16, Seite 57). Der Bruttoschuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird trotz der Finanzierungsdefizite und zusätzlicher Aufwendungen für das Generationenkapital von 66,1 % (2022) auf 64,4 % (2025) sinken.

Die hier dargestellten gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizite weichen deutlich von der grundsätzlich zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder in der Schuldenbremse ab. Trotzdem ist es möglich, dass die prognostizierten Defizite im Einklang mit den Vorgaben der Schuldenbremse sind. Zum einen liegt der Prognose mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein anderes Rechenwerk zugrunde als der Schuldenbremse, die auf die Finanzstatistik zurückgreift; zum anderen dürften in beiden Jahren noch bestehende Rücklagen in Sondervermögen und Länderhaushalten aufgelöst werden. Das Auflösen von Rücklagen erhöht zwar nicht die Netto-

Tabelle 2.13

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zum Produktionspotenzial in %

	EU-Methode ¹				Modifizierte EU-Methode (MODEM) ¹			
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-2,5	-2,1	-1,6	-1,2	-2,5	-2,1	-1,6	-1,2
– Konjunkturkomponente ²	0,2	-0,4	-0,7	-0,3	-0,3	-0,7	-0,9	-0,4
= konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-2,5	-1,7	-0,9	-0,9	-2,5	-1,4	-0,7	-0,8
– Einmaleffekte ³	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,0
= struktureller Finanzierungssaldo	-2,3	-1,7	-0,9	-0,9	-2,3	-1,4	-0,7	-0,8
+ Zinsausgaben	0,7	0,9	1,0	1,0	0,7	0,9	1,0	1,0
= struktureller Primärsaldo	-1,6	-0,8	0,0	0,1	-1,6	-0,6	0,3	0,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	1,1	0,8	0,9	0,1	1,1	1,0	0,8	-0,1
Nachrichtlich: struktureller Finanzierungssaldo in Mrd. Euro	-88,1	-71,1	-39,6	-39,7	-88,9	-59,6	-30,6	-37,1

¹ Für eine Erläuterung der EU-Methode und der modifizierten EU-Methode vergleiche Kapitel 3.

² Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

³ Auswirkungen von Gerichtsurteilen.

Anmerkung: Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Einmaleffekte, Zinsausgaben, Konjunkturkomponente, konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo in Relation zum Produktionspotenzial.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

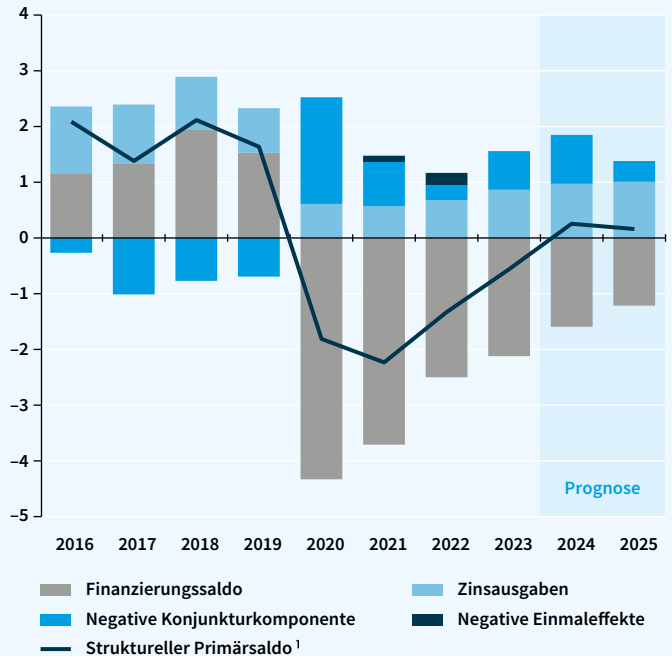
kreditaufnahme in der Finanzstatistik, schlägt sich aber im Finanzierungssaldo laut VGR nieder. Die unterschiedliche institutionelle Abgrenzung fällt hingegen kaum ins Gewicht, da die Kommunen und Sozialversicherungen typischerweise höchstens geringe Fehlbeträge aufweisen.

Im Vergleich zum Herbstgutachten sind die Finanzierungsdefizite kaum verändert. Zugleich wirkt die schwächere Konjunktur defizitsteigernd und zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 defizitmindernd. Zudem gehen die Institute davon aus, dass der Klima- und Transformationsfonds nun nach Ablauf des Prognosezeitraums keine nennenswerten Rücklagen mehr aufweisen wird und daher zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2026 zu erwarten sind.

Abbildung 2.16

Struktureller Primärsaldo

In % in Relation zum nominalen Produktionspotenzial



¹ Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Kasten 2.1

Prognoseevaluation für das Jahr 2023

Das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland wurde im Jahr 2023 durch die Folgen der Pandemie und der Energiekrise stark belastet. Die hohe Inflation – auch wenn sie im Verlauf des Jahres zurückgegangen ist – hat die Erholung des privaten Konsums gebremst. Die Exporte gingen im Einklang mit dem schwachen Welthandel deutlich zurück. Die stark gestiegenen Zinsen haben insbesondere die Bauinvestitionen gedämpft. Die wirtschaftliche Aktivität dürfte zudem durch die im internationalen Vergleich hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit gedämpft worden sein.

In ihrem Frühjahrsgutachten des Jahres 2023 waren die Institute davon ausgegangen, dass die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe dank sinkender Energiepreise, hoher Auftragsbestände und nachlassender Lieferengpässe zulegen und auch die Zunahme des privaten Konsums aufgrund steigender Reallöhne zur konjunkturellen Erholung beitragen würde.¹ In ihrem Herbstgutachten hatten die Institute erwartet, dass sich

die wirtschaftliche Lage allmählich entspannen würde, der private Konsum und die Industrieproduktion aber langsamer in Fahrt kämen als zuvor angenommen.² Insgesamt war die Frühjahrsprognose für die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts mit 0,3 % um 0,6 Prozentpunkte zu optimistisch, die Herbstprognose fiel mit –0,6 % um 0,3 Prozentpunkte zu niedrig aus (Tabelle 2.14, Seite 58), eine Tendenz, die bereits in den Jahren 2020–2022 zu beobachten war.³

Den Rückgang des Verbraucherpreisanstiegs im Verlauf des Jahres 2023 haben die Institute in ihrer Frühjahrsdiagnose treffend eingeschätzt. Die Prognose für die Inflationsrate lag mit 6,0 % nur leicht (0,1 Prozentpunkte) über dem tatsächlichen Ergebnis. Das von den Instituten für den Jahresverlauf erwartete allmähliche Anziehen des privaten Konsums hat sich nicht in vollem Umfang eingestellt. Dieser ist im Jahr 2023 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von –0,7 % etwas stärker zurückgegangen, als die Institute im vergangenen Frühjahr erwartet hatten (–0,2 %). Zwar legten die nominal verfügbaren

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023, München 2023.

² Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Halle (Saale) 2023.

³ IWH-Forecasting Dashboard: März 2024, <https://halle-institute-for-economic-research.shinyapps.io/economic-forecast/>

Tabelle 2.14

Prognose für das Jahr 2023 und tatsächliche Entwicklung

Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Frühjahrgutachten		Herbstgutachten		Statistisches Bundesamt		Prognosefehler für 2023	
	Prognosewerte für 2023		Prognosewerte für 2023		Istwerte für 2023		Differenz der Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	zur Frühjahrsdiagnose	zur Herbstdiagnose
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(6) - (2)	(6) - (4)
Inländische Verwendung	-0,1	-0,1	-0,8	-0,7	-0,9	-0,9	-0,8	-0,2
Privater Konsum	-0,2	-0,1	-0,5	-0,3	-0,7	-0,4	-0,3	-0,1
Staatlicher Konsum	-1,0	-0,2	-2,5	-0,5	-1,5	-0,3	-0,1	0,2
Bauten	-4,9	-0,6	-1,4	-0,2	-2,7	-0,3	0,3	-0,1
Ausrüstungen	1,9	0,1	2,8	0,2	3,0	0,2	0,1	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	0,1	-0,4	0,0	-0,6	0,0	-0,1	-0,0
Vorratsveränderungen	-	0,6	-	0,1	-	-0,0	-0,6	-0,1
Außenbeitrag	-	0,4	-	0,2	-	0,6	0,2	0,4
Ausfuhr	0,6	0,3	-1,0	-0,5	-2,2	-1,1	-1,4	-0,6
Einfuhr	-0,2	0,1	-1,4	0,7	-3,4	1,7	1,6	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,3	-0,6	-0,6	-0,3	-0,3	-0,6	0,3
Nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt USA	1,1	-	2,0	-	2,5	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,9	-	0,5	-	0,5	-	-	-
Welthandel	0,4	-	-1,7	-	-1,9	-	-	-
Verbraucherpreise	6,0	-	6,1	-	5,9	-	-	-

¹ Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Verwendungskomponente ergibt sich aus ihrer Veränderungsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; United States Bureau of Economic Analysis (U.S. BEA); Eurostat; The Netherlands - Centraal Planbureau (CPB); Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

baren Einkommen der privaten Haushalte mit 6,1 % stärker zu als erwartet (4,5 %). Dies ging vor allem auf einen größeren Anstieg der Nettolöhne und -gehälter zurück, aber auch die monetären Sozialleistungen und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte legten in höherem Tempo zu. Allerdings blieb das Konsumklima der privaten Haushalte das gesamte Jahr über gedämpft und es stellte sich bei den privaten Konsumausgaben auch in der zweiten Jahreshälfte keine dynamische Belebung ein. Im Ergebnis war die Sparquote im Jahresdurchschnitt mit 11,4 % um 1 Prozentpunkt deutlich höher als erwartet.

Die Exporte entwickelten sich erheblich schwächer als prognostiziert. Die Institute hatten in ihrem Frühjahrgutachten für das Jahr 2023 mit einem leichten Zuwachs der Ausfuhren gerechnet. Für das zweite Quartal deuteten die aufgehellten ifo Exporterwartungen sowie die positiven Produktionserwartungen in den deutschen Absatzmärkten auf eine höhere Exporttätigkeit hin. Für die zweite Jahreshälfte wurde mit einer Belebung der internationalen Konjunktur und davon ausgehenden Impulsen für die deutsche Exportindustrie ge-

rechnet. Tatsächlich nahmen die Exporte im Jahresdurchschnittlichen Vorjahresvergleich nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes jedoch um 2,1 % ab. Maßgeblich hierfür war der deutliche Rückgang des Welthandels. In ihrem Frühjahrgutachten waren die Institute noch von einer leichten Ausweitung ausgegangen. Zwar war die weltwirtschaftliche Aktivität aufwärtsgerichtet, jedoch konzentrierte sich der Anstieg vor allem auf die Dienstleistungsbranchen, bei denen die Aufholpotenziale nach der Pandemie offenbar größer waren. Zur schwächeren Entwicklung der Exporte hat auch die Aufwertung des effektiven Wechselkurses des Euro im Verlauf des Jahres beigetragen. Angesichts der schwächeren konjunkturellen Dynamik und der damit einhergehenden geringeren Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern fiel der Rückgang der Importe mit 3,4 % deutlich kräftiger aus als in der Frühjahrsprognose unterstellt (-0,2 %). Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nahm entgegen der Erwartung im Laufe des Jahres ab. Im Frühjahr hatten die Institute noch mit einem Zuwachs von 1,6 % gerechnet, wogegen die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 0,3 % schrumpfte. Ausschlaggebend dafür war eine geringe inlän-

dische sowie internationale Nachfrage. Zudem war die stabilisierende Wirkung der hohen Auftragsbestände offenbar geringer als erwartet.

In ihrem Herbstgutachten senkten die Institute ihre Prognose für die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2023 auf –0,6 %. Der Prognosefehler von 0,3 Prozentpunkten liegt etwas höher als der langfristige Durchschnitt von 0,2 Prozentpunkten. Zwar hatten die Institute das zweite Halbjahr insgesamt recht gut getroffen, aber die Entwicklung in den beiden Quartalen falsch eingeschätzt. So wurde im dritten Quartal noch von einem deutlichen Rückgang um 0,4 % ausgegangen, tatsächlich aber stagnierte das Bruttoinlandsprodukt. Für das Schlussquartal wiederum wurde der Zuwachs deutlich überschätzt. Statt des prognostizierten Anstiegs um 0,2 % sank das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 %. Die verfügbaren Einkommen und die Verbraucherpreise entwickelten sich im Jahr 2023 in etwa so wie im Herbstgutachten prognostiziert, und auch beim privaten Konsum lag der Prognosefehler bei nur 0,1 Prozentpunkten. Die Verunsicherung bei den privaten Haushalten war weiterhin hoch und dämpfte trotz der seit dem zweiten Quartal wieder steigenden Reallohne das Konsumklima. Der öffentliche Konsum hingegen entwickelte sich insbesondere im dritten Quartal nach Auslaufen der pandemiebezogenen Ausgaben deutlich stärker als prognostiziert. Die Inflation ging indes etwas, die Kernrate sogar deutlich stärker zurück als noch im Herbst unterstellt. Zum einen lagen die Energiepreise niedriger als prognosti-

ziert, zum anderen entwickelten die spürbar gestiegenen Löhne und Gehälter weniger Inflationsdruck als zuvor angenommen. Bei den Investitionen zeigte sich ein heterogenes Bild: Während die Ausrüstungsinvestitionen trotz eines unerwartet starken Rückgangs im Schlussquartal auf Jahressicht leicht stärker zunahmen, gingen die Bauinvestitionen deutlicher zurück als prognostiziert, vor allem durch einen schwachen Wohnbau. Der Außenhandel entwickelte sich merklich schwächer als erwartet. So trat die prognostizierte Erholung sowohl der Exporte als auch der Importe im Schlussquartal nicht ein, sondern der Rückgang verschärfte sich sogar weiter. Die Exporte litten unter der schwachen internationalen Nachfrage nach deutschen Investitions- und Vorleistungsgütern sowie dem insgesamt schwachen Welthandel, die Importe spiegelten die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider. Da sie noch stärker zurückgingen als die Exporte, fiel der Außenbeitrag für das Jahr 2023 höher aus, als die Institute im Herbstgutachten prognostiziert hatten.

Ein Teil der Prognosefehler lässt sich auf Revisionen der amtlichen Statistik für die erste Jahreshälfte zurückführen (Tabelle 2.15, Seite 59). So erklärt sich der Prognosefehler für die Bauinvestitionen vollständig durch Revisionen der amtlichen Daten.

Für das Jahr 2024 hatten die Institute sowohl im Frühjahr als auch im Herbst des vergangenen Jahres erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt wieder anziehen und auf einen Erholungskurs einschwenken würde. Eine Erholung hat bislang jedoch noch nicht eingesetzt und zeichnet sich auch für das erste Quartal 2024 nicht ab. So gehen die Institute in der vorliegenden Projektion davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr kaum mehr als stagnieren wird, nachdem sie im Herbst noch einen Anstieg von 1,3 % prognostiziert hatten. Offenbar haben die dämpfenden Faktoren wie die Folgen der Energiekrise, die straffere Geldpolitik, der schwache Welthandel und die zögerlichen privaten Haushalte länger gewirkt als erwartet.

Tabelle 2.15

Zerlegung des Prognosefehlers des Herbstgutachtens für das Jahr 2023

In Prozentpunkten

	Prognosefehler (insgesamt)	Revision ¹ der VGR	Prognosefehler ²	
			3. Quartal 2023	4. Quartal 2023
	Summe (I) bis (III)	(I)	(II)	(III)
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,2	0,2	–0,1
Inländische Verwendung	–0,2	0,1	–0,2	–0,1
Privater Konsum	–0,2	–0,0	–0,1	–0,1
Staatlicher Konsum	1,0	0,5	0,5	0,0
Bauten	–1,3	–1,3	0,1	–0,1
Ausrüstungen	0,1	0,0	1,0	–0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	–0,3	–0,4	0,0	0,1
Ausfuhr	–1,2	–0,5	–0,2	–0,5
Einfuhr	–2,0	–0,6	–0,9	–0,5

¹ Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom zweiten Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2023 durch das Statistische Bundesamt.

² Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte und vierte Quartal 2023 aus der Herbstdiagnose und den aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Schätzung des Produktionspotenzials

Die Institute schätzen das Produktionspotenzial mit einem Verfahren, das sich an dem der Europäischen Kommission orientiert (EU-Methode). Grundlage ist eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, in die das potenzielle Arbeitsvolumen, der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock und der Trend der totalen Faktorproduktivität (TFP) eingehen.¹ Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen ergibt sich aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der trendmäßigen Partizipationsquote, der strukturellen Erwerbslosenquote und dem Trend der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Zusätzlich berechnen die Institute das Produktionspotenzial auch mit einer modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der Fortschreibungsmodelle an empirische Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden, zum Beispiel für die Arbeitszeit und die Erwerbsbeteiligung. Alle Modelle werden regelmäßig überprüft und aktualisiert. Die Institute stützen ihre Konjunktüreinschätzung auf die Ergebnisse der modifizierten EU-Methode. Die mittelfristige Projektion und die Konjunkturbereinigung öffentlicher Finanzkennziffern erfolgen mit der EU-Methode, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten.

Für die Bevölkerungsentwicklung orientieren sich die Institute an Variante W2-G2-L2 der vom Statistischen Bundesamt im Dezember 2022 veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wird der Wanderungssaldo an die aktuellen Gegebenheiten angepasst, da zum Berechnungszeitpunkt der Bevölkerungsvorausberechnung insbesondere die Fluchtmigration aus der Ukraine in ihrem Umfang nicht vollständig berücksichtigt werden konnte. Dabei werden die aktuelle Wanderung und als Sondereffekt die Migrationsbewegung aus der Ukraine betrachtet. Die in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellte kontinuierliche Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 wird nur auf die übrige Wanderung angewandt. Der Wanderungssaldo belief sich im Jahr 2022 auf gut 1,5 Millionen Personen (davon rund 960 000 Personen aus der Ukraine) und lag im vergangenen Jahr bei rund 700 000 Personen (davon knapp 120 000 Personen aus der Ukraine). Für das laufende Jahr ist noch eine kriegsbedingte Nettozuwanderung aus der Ukraine

von 69 000 Personen unterstellt, ab dem Jahr 2025 ist sie auf null gesetzt. Der übrige Wanderungssaldo geht von rund 550 000 Personen in diesem Jahr schrittweise zurück und erreicht am Ende des Projektionszeitraums einen Wert von etwas mehr als 400 000 Personen.

Unter der Annahme, dass 60 % der ukrainischen Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) sind, wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland insgesamt noch bis zum Jahr 2026 zunehmen, danach aber im Zuge der demografischen Alterung allmählich sinken. Damit verschiebt sich der Zenit der Erwerbsbevölkerung abermals um ein Jahr. Allerdings sind die Annahmen zur Fluchtmigration aus der Ukraine mit hoher Unsicherheit behaftet. Dies gilt auch für die übrige Fluchtmigration, bei der die Fallzahlen zuletzt wieder zunehmen. In den vergangenen Jahren handelte es sich bei der Fortschreibung der Wanderung um eine Größe, die durch die Institute in der Tendenz unterschätzt wurde, was im Nachgang für sich genommen zu einer Aufwärtsrevision des Produktionspotenzials führte (Schwerpunktthema, Seite 71).

Die Partizipationsquoten werden seit der überdurchschnittlichen Zuwanderung im Jahr 2015 für Geflüchtete und für die übrige Erwerbsbevölkerung separat betrachtet. Auf Grundlage von Daten zur Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit des IAB-Zuwanderungsmonitors wurde für ukrainische Geflüchtete eine Partizipationsquote von 47 % (2022) und 54 % (2023) abgeleitet.² Diese Quote steigt annahmegemäß bis zum Jahr 2028 auf 70 %.³ Dies impliziert für das laufende Jahr eine Partizipationsquote aller Geflüchteten von etwa 64 %, was in etwa dem Wert des Jahres 2021 entspricht.⁴ Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist nach MODEM auf Basis eines Alterskohortenmodells fortgeschrieben, um der Verschiebung der Bevölkerungsstruktur von Alterskohorten mit hoher Erwerbsbeteiligung hin zu Kohorten mit deutlich niedrigerer Erwerbsbeteiligung Rechnung zu tragen. Die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der

¹ Havik, K.; McMorrow, K.; Orlandi, F.; Planas, C.; Raciborski, R.; Roeger, W.; Rossi, A.; Thum-Thysen, A.; Vandermeulen, V.: The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy, Economic Papers 535, Brüssel, 2014. doi:10.2765/71437.

² Diese ergibt sich aus einem Anstieg der Erwerbstätigkeit unter allen ukrainischen Staatsbürgern um 154 000 Personen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 190 000 Personen im Verhältnis zur Nettozuwanderung im erwerbsfähigen Alter (IAB-Zuwanderungsmonitor, verschiedene Ausgaben).

³ Ein solcher Anstieg erscheint auch vor dem Hintergrund realistisch, dass die in den Jahren 2015/2016 zugewanderten Geflüchteten bis zum Jahr 2022 ihre Partizipation bereits deutlich erhöht haben. Anhand von Befragungsdaten dokumentieren Brücker et al. (2023) große Fortschritte bei der Arbeitsmarkintegration dieser Gruppe. So waren demnach 54 % der Geflüchteten mit einer Aufenthaltsdauer von sechs Jahren erwerbstätig. Brücker, H.; Jaschke P.; Kosyakova Y.; Vallizadeh E.: Entwicklung der Arbeitsmarkintegration seit Ankunft in Deutschland: Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich, in: IAB-Kurzbericht 13/2023, Nürnberg, 2023. Zwischen dieser Gruppe und den Geflüchteten aus der Ukraine bestehen allerdings Unterschiede etwa in Hinblick auf die demografische Struktur und die rechtlichen Bedingungen für den Arbeitsmarktzugang.

⁴ Die bisherige Entwicklung der Partizipationsquote der Geflüchteten wird ebenfalls in Anlehnung an Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bestimmt. Demnach ist die Quote seit 2014 von rund 10 % auf über 60 % gestiegen.

als strukturell interpretierten Partizipationsquote der Geflüchteten und des Trends der Erwerbsbeteiligung der übrigen Bevölkerung. Im Projektionszeitraum sinkt die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote um knapp einen halben Prozentpunkt gegenüber dem Jahr 2022.

Zahl und Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Geflüchteten sind von den Instituten recht gut abgeschätzt worden. So haben bis zum Jahresende 2023 von den etwa 1,1 Millionen Personen knapp 160 000 Personen eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Im Verlauf des Projektionszeitraums dürfte sich diese Zahl auf gut 423 000 Personen erhöhen. Ihre Erwerbslosenquote sinkt in der mittleren Frist entsprechend von rund 66 % im Jahr 2022 auf 12 % im Jahr 2028.⁵

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, ergibt sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen, die mit einem Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche strukturelle Erwerbslosenquote dürfte demnach im Jahr 2023 bei etwa 2,9 % liegen und – mit geringfügigen Schwankungen – bis zum Jahr 2028 aufgrund der höheren Erwerbslosenquote der Geflüchteten geringfügig steigen.

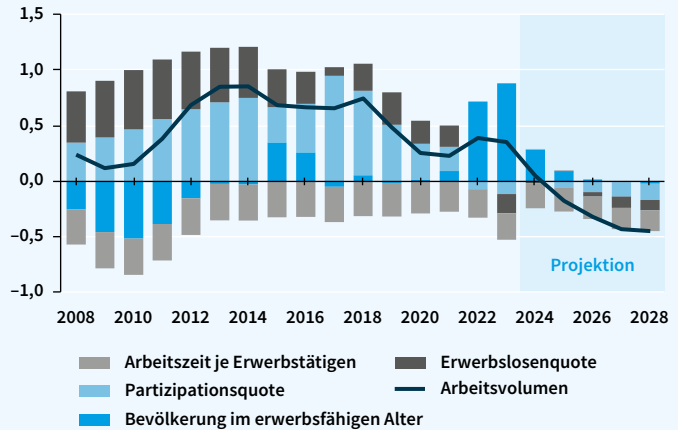
Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen weist in Folge zunehmender Teilzeitbeschäftigung seit langem einen fallenden Trend auf, der sich in den vergangenen Jahren leicht abflachte. Die Entwicklung der Arbeitszeit im mittelfristigen Projektionszeitraum wird mit einem Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Der merkliche Einbruch der Arbeitszeit aufgrund der Pandemie im Jahr 2020 wird dabei als Sondereffekt im Fortschreibungsmodell berücksichtigt. Da die Arbeitszeit seitdem auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau liegt, setzt die Fortschreibung auf dem Wert für 2019 an und startet mit dem Jahr 2020. Dadurch wird ein zu starkes Abfallen des Trends der Arbeitszeit verhindert. Gleichwohl sinkt sie im Projektionszeitraum weiter, wenn auch in etwas geringerem Maße als in der Vergangenheit. Diese Fortschreibungsmethode steht im Einklang mit der Annahme, dass sich der in den Jahren 2023 und 2024 außergewöhnlich hohe Krankenstand zum Ende des Projektionszeitraums zurückbildet und auf den längerfristigen Trend einschwenkt (Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft, Seite 34).

Insgesamt ergibt sich für das potenzielle Arbeitsvolumen in der mittleren Frist ein jahresdurchschnittlicher Rückgang um 0,3 %. Nach einem weiteren Anstieg im laufenden Jahr schrumpft es ab dem Jahr 2025 demografisch bedingt (Abbildung 3.1, Seite 61) und dämpft dementsprechend das Wachstum des Produktionspotenzials im Projektionszeitraum.

Abbildung 3.1

Komponenten der Veränderung des Arbeitsvolumens nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Arbeitsvolumen) bzw. Beiträge in Prozentpunkten (Komponenten)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Der Kapitalstock wird auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote bestimmt. Die Abgangsquote wird mit dem zuletzt verfügbaren Wert aus dem Jahr 2023 fortgeschrieben. Die Anlageinvestitionen in den Jahren 2026 bis 2028 werden mit der potenziellen Investitionsquote in einem Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Bis zum Ende der mittleren Frist nimmt der Kapitalstock um jahresdurchschnittlich 0,9 % zu.

Die TFP ergibt sich residual als jener Teil der Wirtschaftsleistung, der nicht allein durch den mengenmäßigen Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit erklärt werden kann. Der Trend der TFP wird anhand eines strukturellen Zeitreihenmodells ab dem Jahr 1996 berechnet, welches die zyklische und die trendmäßige Komponente der TFP mit Hilfe von Umfragedaten zur gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung trennt. Dem Modell zufolge wird die TFP im Projektionszeitraum mit einer Trendrate von durchschnittlich 0,3 % zulegen.

Alles in allem wächst das Produktionspotenzial nach MODEM bis zum Ende des Projektionszeitraums um jahresdurchschnittlich 0,5 % (Tabelle 3.1, Seite 62). Die Wachstumsrate liegt damit gut 0,7 Prozentpunkte unter dem Mittel seit dem Jahr 1996. Während das Arbeitsvolumen im Durchschnitt das Wachstum des Produktionspotenzials dämpft, belaufen sich die Wachstumsbeiträge des Kapitalstocks und der TFP auf jeweils 0,3 Prozentpunkte (Abbildung 3.2, Seite 62).

Gegenüber der letzten Potenzialschätzung vor der Pandemie aus dem Herbst 2019 ergibt sich insgesamt für das Jahr 2024 eine erhebliche Abwärtsrevision des Niveaus des Pro-

⁵ Dies entspricht in etwa der Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Ausländer vor Beginn der Covid-19-Pandemie. Brücker, H.; Gößner, L.; Hauptmann, A.; Jaschke, P.; Kassam, K.; Kosyakova, Y.; Stepanok, I.: Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung, in: IAB Forschungsbericht 2, 2022.

Tabelle 3.1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode und modifizierter EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1997-2023 ²	EU-Methode		Modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1997-2023	2023-2028	1997-2023	2023-2028
Produktionspotenzial	1,2	1,2	0,8	1,3	0,5
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)
TFP	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,3 (0,3)	0,5 (0,5)	0,3 (0,3)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,2)	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	0,3 (0,2)	-0,3 (-0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1
Partizipationsquote	0,5	0,4	0,2	0,4	-0,1
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	-0,1	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,4	0,0	-0,4	-0,2
Nachrichtlich:					
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,6	1,0	0,7

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge.

² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

duktionspotenzials von 2,2 % (Abbildung 3.3, Seite 63). Revisionen des zurückliegenden Produktionspotentials sind üblich; die Revisionen seit dem Jahr 2019 fallen jedoch aus dem Rahmen. Die beiden größten Beiträge hierzu kommen von der TFP und dem Kapitalstock. Während in der TFP-Revision strukturelle Änderungen zum Ausdruck kommen dürften, spiegelt der schwächere Anstieg des Kapitalstocks die geringe Investitionstätigkeit in den ver-

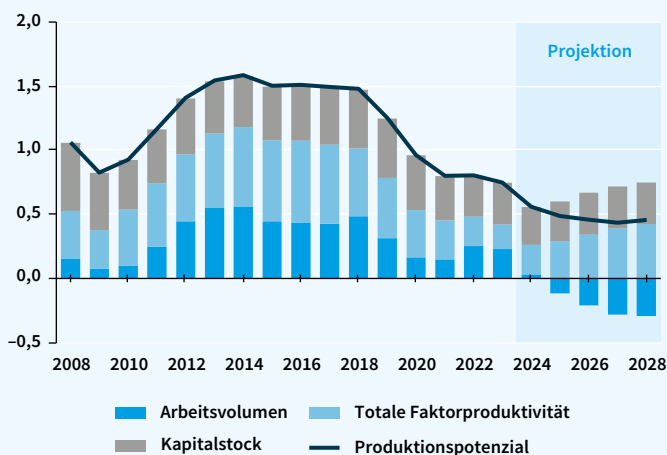
gangenen Jahren wider. Nach der vorliegenden Prognose dürften die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2025 immer noch niedriger sein als im Jahr 2018. Neben der hohen Unsicherheit und dem damit verbundenen Aufschieben von Investitionen dürften dafür auch die mit der Dekarbonisierung in Verbindung stehenden Investitionen verantwortlich sein, die den bestehenden Kapitalstock größtenteils nur ersetzen und nicht erweitern. Positiv auf das Niveau des Produktionspotenzials wirkte sich hingegen der seinerzeit nicht erwartete Anstieg der Bevölkerung durch die Fluchtbewegungen im Zuge des Ukrainekrieges aus, wobei durch gegenläufige Revisionen der Arbeitszeit und der Partizipationsquote der Einfluss auf das Arbeitsvolumen nahezu neutralisiert wurde.

Die Methode der Europäischen Kommission unterscheidet sich vom MODEM-Verfahren hinsichtlich der Berechnung der strukturellen Erwerbslosenquote, der Fortschreibung der Partizipationsquote in der mittleren Frist sowie der Spezifikation der Zeitreihenmodelle.⁶ So wird die strukturelle Erwerbslosenquote von der Europäischen Kommission anhand eines Phillips-Kurven-Modells berechnet, jedoch ohne explizite Berücksichtigung der Fluchtmigration. Die Partizipationsquote wird in der mittleren Frist nicht auf Basis eines Alterskohortenmodells, sondern anhand eines einfachen Zeitreihenmodells prognostiziert. Bei der Schätzung der trendmäßigen TFP beginnt im Unterschied zum MODEM-Verfahren der Stützzeitraum im Jahr 1980. Außerdem werden in dem EU-Verfahren im Unterschied zum MODEM-Verfahren Ursprungswerte anstelle kalenderbereinigter Werte verwendet.

Abbildung 3.2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Produktionspotenzial) bzw. Beiträge in Prozentpunkten (Komponenten)



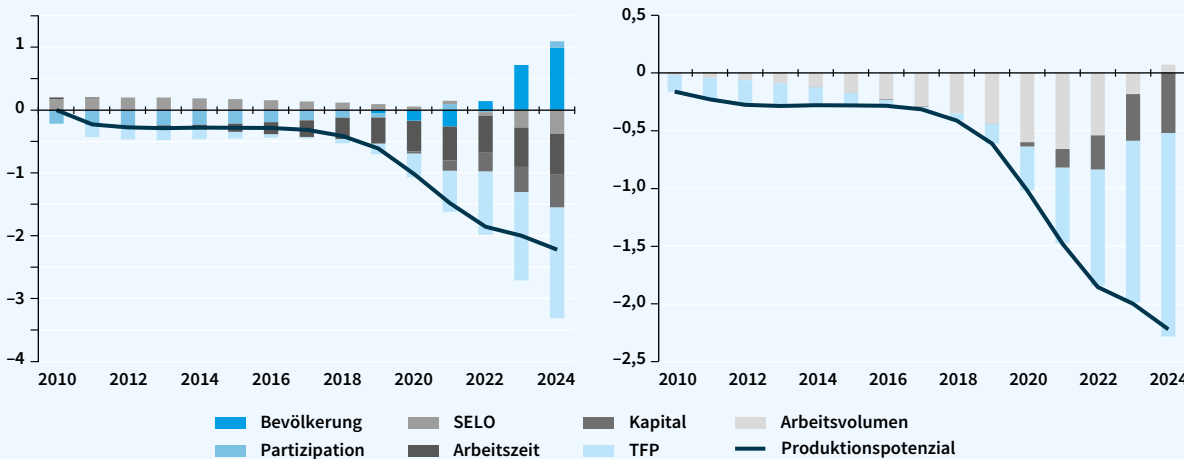
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

⁶ Für einen Vergleich von EU-Methode und MODEM vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017, Kapitel 3, Tabelle 3.2., Kiel, und *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Kapitel 3, Kasten 3.1, Berlin.

Abbildung 3.3

Produktionspotenzial (MODEM): Differenz zur Schätzung im Herbst 2019 (in %) und Revision der Wachstumsbeiträge (in Prozentpunkten)



© GD Frühjahr 2024

Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,7 % eine etwas höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials im Zeitraum von 2023 bis 2028 im Vergleich zum MODEM-Verfahren. Am Ende des Projektionszeitraums beträgt das Potenzialwachstum gut 0,8 %, während es nach MODEM auf 0,5 % zurückgeht. Dieser Unterschied ergibt sich vor allem infolge einer höheren trendmäßigen Partizipationsquote bei der EU-Methode, die im Gegensatz zum MODEM-Verfahren keinen demografisch bedingten Rückgang der Erwerbsbeteiligung berücksichtigt. Mit Blick auf die Produktionslücke in der kurzen Frist zeigen sich große Unterschiede im Niveau zwischen den Methoden, die Verläufe sind jedoch ähnlich (Abbildung 3.4, Seite 64). Im laufenden Jahr dürfte die Produktionslücke nach MODEM bei –1,7 % und nach EU-Methode bei –1,3 % liegen.

Internationale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Projektion

Die Weltwirtschaft expandiert in den Jahren 2026 bis 2028 voraussichtlich weiter in moderatem Tempo. Im Vergleich zum Zeitraum der Kurzfristprognose bis 2025 dürfte sich das Wachstum der globalen Produktion noch etwas – auf jahresdurchschnittlich 2,4 % – verlangsamen und damit deutlich niedriger sein als im Trend der Jahre vor der Pandemie (knapp 3%). Dabei lässt die Wachstumsdynamik sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern insgesamt nach. Der Welthandel wird wohl kaum rascher als mit 2 % pro Jahr zunehmen. Die Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgt unter der Setzung unveränderter nominaler Wechselkurse und konstanter realer Rohstoffpreise.

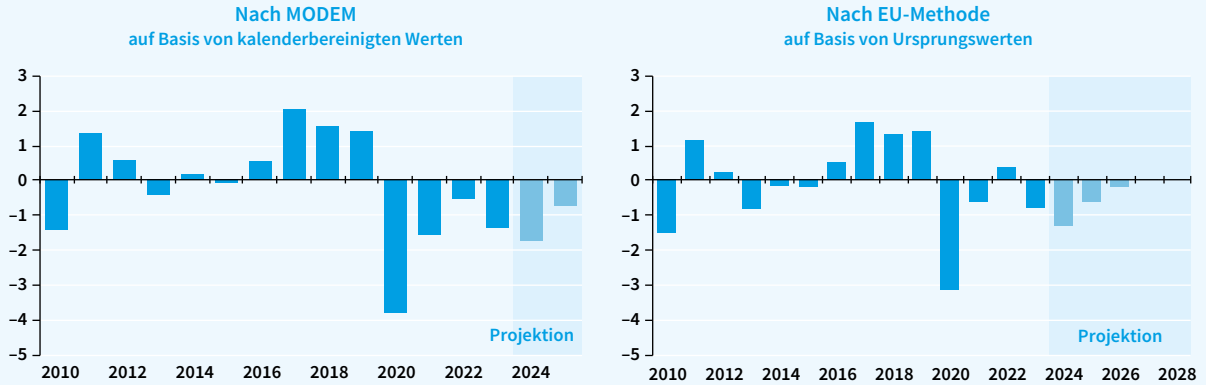
In den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird das Wachstum des Produktionspotenzials durch die demografische Alterung gedämpft; bereits heute ist die Knappheit insbesondere von Fachkräften in vielen Ländern ein bedeutendes Wachstumshemmnis. Bremsen dürfte in den nächsten Jahren auch die Dekarbonisierung, die hohe Investitionen erfordert, ohne dass dadurch zusätzliche Produktionskapazitäten entstehen. Zudem kommt Gegenwind von dem veränderten handelspolitischen Klima. Im Zuge der zunehmenden Polarisierung der geopolitischen Blöcke werden immer mehr Handelschranken aufgebaut (Fokus: Zur aktuellen Schwäche des Welthandels, Seite 22). Bemühungen, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und die Anfälligkeit der stark fragmentierten globalen Lieferketten für Lieferengpässe zu verringern, wirken ebenfalls tendenziell handelsreduzierend. All dies geht auch auf Kosten der Produktivität und verringert letztlich das Wachstum.

Auch in den Schwellenländern wird das Wachstum durch geopolitische Spannungen gedämpft. So dürften Direktinvestitionen und Technologietransfer nach China leiden. Die Versuche der Regierung, dies durch die Förderung von Innovation und technischem Fortschritt in als strategisch wichtig erachteten Industrien zu kompensieren, bergen das Risiko der Fehllenkung von Investitionen und Humankapital, was längerfristig wachstumsdämpfend wirken kann. Bremsend wirken zukünftig zunehmend auch demografische Faktoren, da die geringen Geburtenraten der vergangenen Jahrzehnte zu einem allmählich schrumpfenden Arbeitskräftepotenzial führen. Das nachlassende Wachstum in China wird wohl nur zum Teil durch kräftigeres Wachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern mit günstigeren demografischen Profilen kompen-

Abbildung 3.4

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

siert. Das größte Gegengewicht könnte in den nächsten Jahren Indien bilden, wo ein großes Potenzial an jungen, oft auch relativ gut ausgebildeten Arbeitskräften besteht. Dort wächst die Wirtschaft seit längerer Zeit mit Raten von rund 6 ½ %.

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2028

Die Institute orientieren ihre Mittelfristprojektion an dem nach der EU-Methode abgeleiteten Produktionspotenzial, das auch der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung zugrunde liegt. Dabei wird angenommen, dass die Wirtschaft unterausgelastet bleibt, bis die Produktionslücke ab dem Jahr 2027 geschlossen sein dürfte (Abbildung 3.4, Seite 67).

Die Beschäftigung wird nach dem pandemiebedingten Rückgang und der infolge der Energiekrise gedämpften Erholung im Projektionszeitraum bei steigender Erwerbsbeteiligung wieder ausgeweitet (Tabelle 3.2, Seite 64). Aufgrund der schwachen demografischen Entwicklung bleibt dieser Beschäftigungsaufbau jedoch hinter dem der vergangenen Jahre zurück und verlangsamt sich gegen Ende des Projektionszeitraums deutlich. Die Arbeitsproduktivität liegt seit geraumer Zeit deutlich unter ihrem Trend; es wird unterstellt, dass sie sich in der Projektion dem Potenzialpfad wieder annähert (Abbildung 3.5, Seite 65).

In der Projektion kommt es zu graduellen Verschiebungen bei den Verwendungskomponenten. Die Exporte werden bei einem lediglich moderat zunehmenden Welthandel

Tabelle 3.2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbs- tätigenstunde		
	Tausend Personen		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2015 = 100
2018	44 866	40 641	1 381	3 208	71 498	51,8	3 365	104,9
2023	45 933	42 054	1 342	3 265	71 079	52,9	4 121	126,2
2028	46 340	42 563	1 345	3 418	73 768	55,1	4 725	138,2
Veränderung insgesamt in %								
2023/2018	2,4	3,5	-2,8	1,8	-0,6	2,2	22,5	20,3
2028/2023	0,9	1,2	0,2	4,7	3,8	4,1	14,7	9,5
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2023/2018	0,5	0,7	-0,6	0,4	-0,1	0,4	4,1	3,8
2028/2023	0,2	0,2	0,0	0,9	0,8	0,8	2,8	1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; Zeitraum 2028/2023: Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

insgesamt wohl eine verhaltene Dynamik entfalten, und der Außenbeitrag dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt leicht zurückgehen. Der Anteil der Investitionen am nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte nur geringfügig zulegen. Infolge der demografischen Entwicklung fällt der Anteil des staatlichen Konsums etwas höher aus (Tabelle 3.3, Seite 65). Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts nimmt im Projektionszeitraum mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 1,8 % zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt steigt dementsprechend um durchschnittlich 2,8 %.

Neben den außenwirtschaftlichen Risiken bestehen inländische Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Aufgrund des absehbaren demografischen Wandels dürfte die Partizipationsquote weniger stark steigen als auf Basis der EU-Methode projiziert. Berechnungen der Institute anhand eines Alterskohortenmodells zeigen, dass die Partizipationsquote im Projektionszeitraum leicht sinken dürfte, da ältere Kohorten mit einer zwar steigenden, aber unterdurchschnittlichen Erwerbsbeteiligung einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ausmachen. In diesem Fall würde sich das Arbeitskräfteangebot spürbar schwächer entwickeln. Zudem könnte die zunehmende Alterung einen dämpfenden Effekt auf die Investitionsquote und damit auf das Wachstum des Kapitalstocks ausüben.⁷ Auch die sich aus der EU-Methode ergebende Entwicklung der TFP ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Da sich die EU-Methode auf den Zeitraum ab 1980 stützt, dürfte in Anbetracht der seit Jahren schwa-

⁷ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstum, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021, Essen 2021, Kapitel 5.



chen TFP-Entwicklung das Wachstum überschätzt werden.⁸ Zudem ergeben sich Risiken durch die Umstrukturierung des Kapitalstocks in Hinblick auf Digitalisierung und Dekarbonisierung.⁹

⁸ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Berlin 2019, S. 61.

⁹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Halle (Saale) 2023, Kapitel 5.

Tabelle 3.3

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorratsveränderung	
In Mrd. Euro							
2018	3 365,5	1 753,4	669,1	737,7	708,9	28,8	205,2
2023	4 121,2	2 089,7	888,5	971,4	904,2	67,2	171,5
2028	4 725,0	2 424,3	1 050,0	1 069,3	1 021,2	48,1	181,5
Anteile am Bruttoinlandsprodukt % ¹							
2018	100,0	52,1	19,9	21,9	21,1	0,9	6,1
2023	100,0	50,7	21,6	23,6	21,9	1,6	4,2
2028	100,0	51,3	22,2	22,6	21,6	1,0	3,8
Veränderung insgesamt in %							
2023/2018	22,5	19,2	32,8	31,7	27,5	-	-
2028/2023	14,7	16,0	18,2	10,1	12,9	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2023/2018	4,1	3,6	5,8	5,7	5,0	-	-
2028/2023	2,8	3,0	3,4	1,9	2,5	-	-

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; Zeitraum 2028/2023: Projektionen der Institute.

4. Zur Wirtschaftspolitik

Seit einiger Zeit wird in Deutschland diskutiert, ob eine Reform der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse erforderlich ist und wie eine solche Reform gegebenenfalls ausfallen sollte. Diese Debatte hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 vom November 2023 noch einmal Fahrt aufgenommen.¹ Mit der Schuldenbremse sind der Schuldenaufnahme in normalen Zeiten enge Grenzen gesetzt. Nach dem Grundgesetz sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen. Ausnahmen sind nur in einer gesamtwirtschaftlichen Notlage möglich. Dies hat das Bundesverfassungsgericht nun noch einmal bestätigt, indem es die Verschiebung von Kreditermächtigungen aus der pandemiebedingten Notlage in den Klima- und Transformationsfonds als verfassungswidrig eingestuft hat.

Die Schuldenbremse löste die seit dem Jahr 1969 geltende „Goldene Regel“ ab, die eine Nettoneuverschuldung in Höhe der Bruttoausgaben für Investitionen im Bundeshaushalt erlaubte. Ziel der im Jahr 2011 eingeführten Schuldenbremse ist es, die Verschuldung der Gebietskörperschaften zu begrenzen, um langfristig fiskalische Stabilität zu gewährleisten.² Sie verpflichtet den Bund seit dem Jahr 2016, einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und das konjunkturbereinigte Defizit auf 0,35 % in Relation zum Produktionspotenzial zu beschränken. Dadurch soll eine prozyklische Finanzpolitik vermieden werden. Außergewöhnliche Umstände wie Naturkatastrophen, schwere Rezessionen oder andere Notlagen ermöglichen dem Bund temporär eine höhere Nettokreditaufnahme. Seit dem Jahr 2020 verpflichtet die Schuldenbremse auch die Länder, konjunkturbereinigt ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Kommunen sind zwar nicht Teil des Regelwerks der Schuldenbremse, ihren Verschuldungsmöglichkeiten sind allerdings durch die Gemeindeordnungen und Finanzaufsichten der jeweiligen Länder enge Grenzen gesetzt.

Kritiker der Schuldenbremse sehen – insbesondere nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 – die Möglichkeit gefährdet, mit angemessenen öffentlichen Investitionen und Ausgabenprogrammen große gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Es wird gefordert, die Schuldenbremse abzuschaffen oder zumindest Investitionen nach dem Vorbild der „Goldenen Regel“ von ihr auszunehmen. Dieser Kritik steht entgegen, dass unter der vormaligen „Goldenen Regel“ die Staatsschuldenquote trendmäßig zunahm und gleichzeitig die öffentliche Investitionsquote sank (Abbildung 4.1, Seite

67).³ Erst mit der Einführung der Schuldenbremse setzten sich beide Trends nicht mehr fort. Demnach scheint es zweifelhaft, ob die Fiskalregeln in der Vergangenheit öffentliche Investitionen in Deutschland tatsächlich verhindert haben.⁴

Entwicklung der deutschen Staatsschulden

Bis Mitte der 1970er Jahre lag die Schuldenstandsquote in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend stabil bei 20 %. Seither stieg sie nahezu ununterbrochen bis zum Inkrafttreten der jetzigen Schuldenbremse. In den 1990er Jahren erhöhte sie sich auch im Zuge der vereinigungsbedingten Mehrausgaben von knapp 40 % auf die nach den Maastricht-Kriterien erlaubte Grenze von 60 % im Jahr 1997. Auf diesem Niveau stagnierte sie bis in die 2000er Jahre und schwoll im Zuge der Weltfinanz- und europäischen Schuldenkrise auf ihren bisherigen Höchststand von 82 % im Jahr 2010 an.

Seit dem Jahr 2011 sank die Staatsschuldenquote. Ernsthaftige Konsolidierungsmaßnahmen mussten in dieser Zeit zumindest auf Bundesebene allerdings nicht durchgeführt werden, um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können.⁵ Zur günstigen Haushaltslage beigetragen haben sinkende Zinsen, kräftige Beschäftigungszuwächse und mehrfach überraschend ergiebige Steuereinnahmen. Dem merklichen Anstieg der Einnahmequote des Staates wurde in dieser Zeit nicht durch umfassende Abgabenreformen begegnet. Gleichzeitig hat der langandauernde Aufschwung nach der Weltfinanzkrise die Schuldenrelation über ein Anziehen des Bruttoinlandsprodukts kontinuierlich verringert.⁶ Die politischen Kosten der Schuldenbremse in Form von Priorisierungskonflikten waren somit in dieser Zeit sehr gering.

Im Jahr 2019 sank die Bruttoschuldenquote wieder unter die Maastricht-Referenzmarke von 60 %. In der Pandemie wurde die Notfallklausel aktiviert, und umfangreiche Anti-Krisen-Maßnahmen ließen die Nettoneuverschuldung und die Staatsschuldenquote wieder deutlich steigen.

³ Das Hauptproblem „goldener Regeln“ besteht in der Abgrenzung der Investitionen. Hierbei bieten sich den Regierungen Möglichkeiten zu kreativer Buchführung, um konsumtive Ausgaben unter den Investitionsbegriff zu fassen. *Reuter, W. H.*: Benefits and drawbacks of an „expenditure rule“, as well as of a „golden rule“, in: The EU fiscal framework In European Parliament Think Tank, 2020, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/645732/IPOL_STU\(2020\)645732_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/645732/IPOL_STU(2020)645732_EN.pdf).

⁴ *Blesse, S., Dorn, F. Lay, M.*: Do Fiscal Rules Undermine Public Investments? A Review of Empirical Evidence, ifo Working Papers 393/2023, 2023, <https://www.ifo.de/DocDL/wp-2023-393-blesse-dorn-lay-fiscal-rules-public-investment.pdf>.

⁵ Eine Ausnahme bildet zwar das im Jahr 2011 beschlossene „Zukunftspaket“, das unter anderem die zeitweise Einführung der Kernbrennstoffsteuer enthielt. Doch wurde es letztlich nur in sehr abgespekter Form durchgeführt, und selbst die nach höchstrichterlicher Entscheidung aus dem Jahr 2017 komplette Rückabwicklung der Kernbrennstoffsteuer hat seinerzeit zu keinen haushaltspolitischen Spannungen geführt.

⁶ *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021, Halle (Saale) 2021, Kapitel 5.

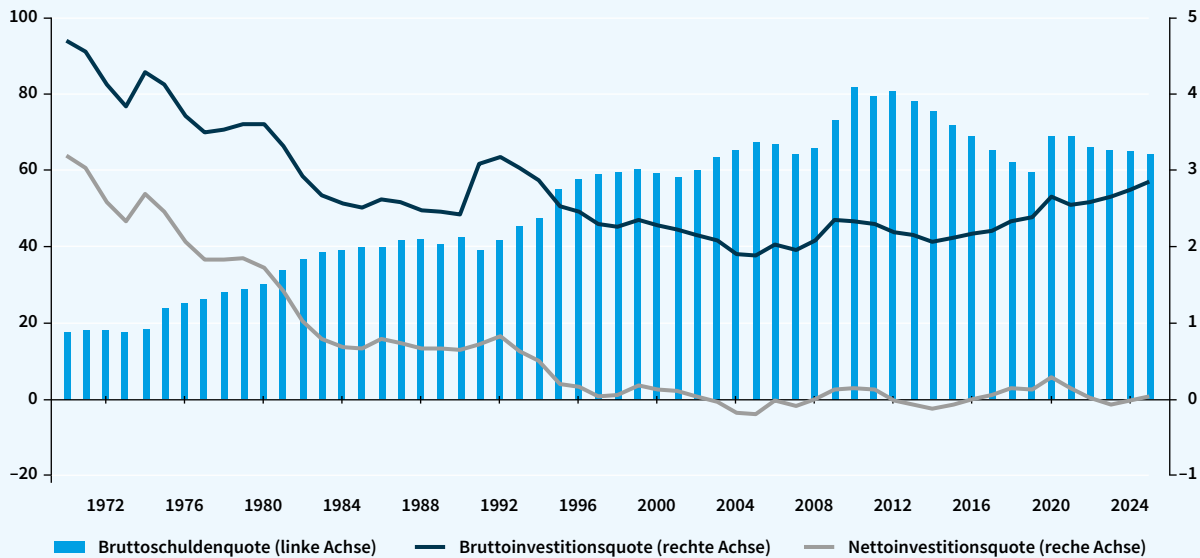
¹ Zur aktuellen Diskussion um das Für und Wider der Schuldenbremse siehe ifo Schnelldienst 2/2024: Haushaltspolitik im Krisenmodus <https://www.ifo.de/publikationen/2024/zeitschrift-einzelheft/haushaltspolitik-reform-schuldenbremse>

² Da sich die Sozialversicherungen nicht bei Dritten verschulden, ist die Staatsverschuldung im Wesentlichen identisch mit der der Gebietskörperschaften.

Abbildung 4.1

Schulden und Investitionen der Gebietskörperschaften

Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in %



Bruttoschuldenstandsquote ab 1991 in der Maastricht-Definition.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Ameco; Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Im Jahr 2022 war die Notfallklausel pandemiebedingt noch in Kraft; zugleich kam es mit der Energiekrise zu einem weiteren adversen Schock, der die Haushaltsdefizite in den Jahren 2022 und 2023 zusätzlich in die Höhe trieb.⁷ Gleichwohl kam es durch den postpandemischen heimischen Preisschub zu einem Rückgang der Schuldenstandsquote in beiden Jahren.

Entwicklung der öffentlichen Investitionen

Von den frühen 1970er Jahren bis in die Mitte der 1980er Jahre hat sich die staatliche Investitionsquote auf 2,5 % nahezu halbiert. Seitdem ist sie bis zum Jahr 2005 auf 1,9 % weiter geschrumpft (Abbildung 4.1, Seite 67). Dies ist maßgeblich auf einen starken Rückgang der Investitionstätigkeit der Kommunen zurückzuführen.⁸ Lag deren Investitionsquote Mitte der 1980er Jahre noch bei gut 1 %, sank sie bis Mitte der 2000er Jahre auf $\frac{3}{4}$ %. Diese Entwicklung wurde nur im ersten Jahrfünft nach der Wiedervereinigung vorübergehend unterbrochen (Abbildung 4.2, Seite 68).

Die Investitionsschwäche der Kommunen trifft zeitlich nicht mit einer Veränderung der Fiskalregeln zusammen. Vielmehr wurde das Finanzausgleichssystem zwischen

Bund, Ländern und Gemeinden wesentlich verändert. Nach der Wiedervereinigung wurden zum einen die westdeutschen Kommunen im Rahmen der Solidarpakte I und II für den Aufbau Ost finanziell stark belastet. Darüber hinaus wurden den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne sie dafür finanziell adäquat auszustatten (Verletzung des Konnexitätsprinzips). Die Hartz-Reformen haben zudem strukturell benachteiligte Kommunen in Ländern, deren kommunale Finanzausgleichssysteme dies nicht hinreichend auffingen, zusätzlich stark belastet.⁹ Der verengte finanzielle Spielraum auf kommunaler Ebene resultierte in erhöhten Kassenkrediten und geringeren kommunalen Investitionen.¹⁰ Müssen Kommunen Kassenkredite aufnehmen, um ihre laufenden Ausgaben zu tätigen, sind sie angehalten, aufgrund des für sie geltenden Verschuldungsverbotes durch Einnahmenerhöhung oder Sparanstrengungen zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren. Insbesondere Kommunen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland wiesen hohe Kassenkredite auf und reduzierten

⁹ Neben der Bereitstellung lokaler öffentlicher Leistungen wie der Wasserversorgung, Müllbeseitigung, Grünpflege, des Brandschutzes und vielen weiteren Verwaltungsaufgaben zählen auch diverse soziale Verpflichtungen wie die Finanzierung der Kosten für Unterkunft und Heizung von Bezugsempfängern des SGB II zu ihren Aufgabenfeldern.

¹⁰ Investitionsquoten der Gemeinden schwanken im Konjunkturzyklus und sind regional sehr verschieden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die laufenden Einnahmen sehr konjunkturabhängig sind und die strengen Schuldenregeln aus Haushaltsausgleich, Kreditgenehmigungen, Kommunalaufsicht und Sanktionen kaum kreditfinanzierte Investitionen ermöglichen. Freier, R. & Geißler, R.: Kommunale Investitionen – Bedeutung des Haushaltsrechts. dms – der moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 16(2), 340-361, 2013. <https://doi.org/10.3224/dms.v16i2.03>.

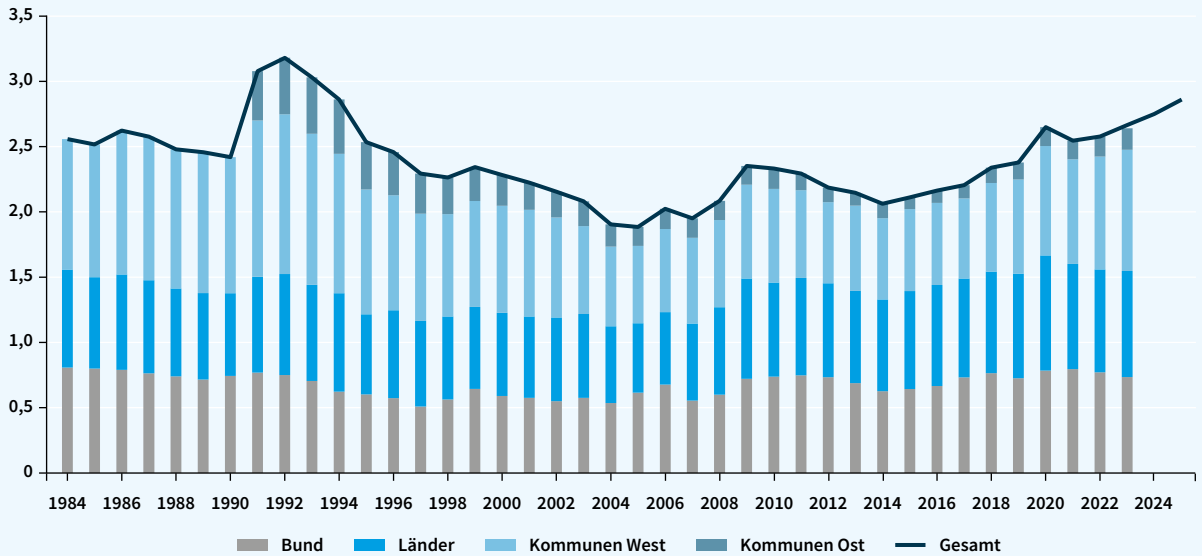
⁷ In der Haushaltsplanung des Bundes für das Jahr 2023 wurde die Schuldenbremse zunächst wieder in Kraft gesetzt, allerdings unter der Einbeziehung erheblicher Kreditermächtigungen aus Sondervermögen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 standen viele dieser Kreditermächtigungen nicht mehr zur Verfügung. Dafür wurde die Schuldenbremse dann in einem Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 rückwirkend ausgesetzt.

⁸ Vergleichbare Daten zur Investitionstätigkeit der Gebietskörperschaften vor 1984 liegen den Instituten nicht vor.

Abbildung 4.2

Bruttoinvestitionsquote nach Gebietskörperschaften

Relativ zum Bruttoinlandprodukt in %



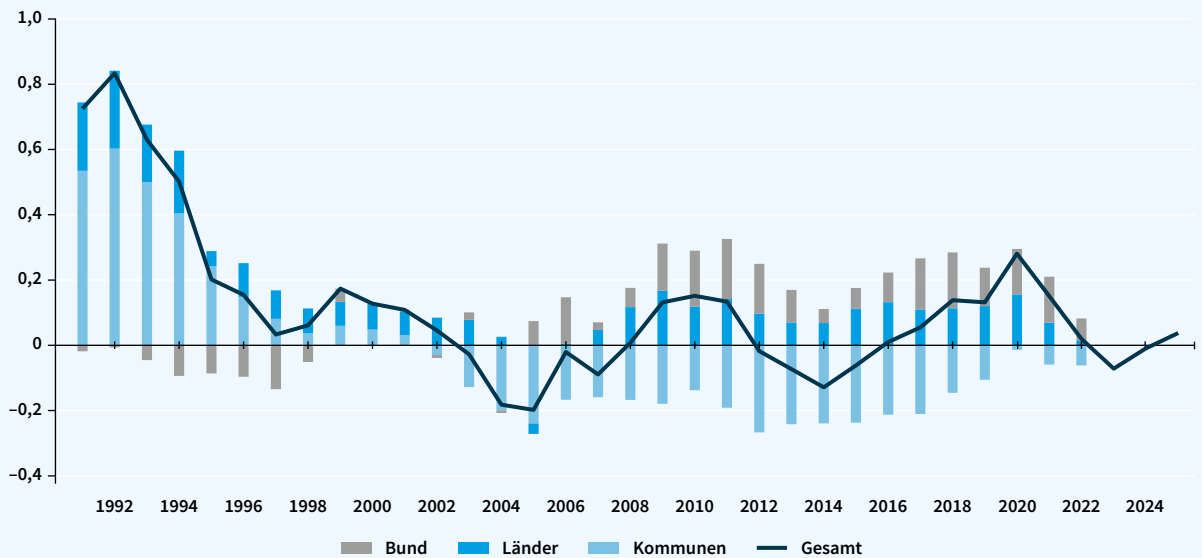
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 4.3

Nettoinvestitionsquote nach Gebietskörperschaften

Relativ zum Bruttoinlandprodukt in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2024

ihre Investitionen entsprechend.¹¹ Einen Weg, die Spirale aus hohen Schulden, hohen Steuern bzw. Hebesätzen, niedrigen Investitionen und folglich geringer Attraktivität zu stoppen, hat Hessen aufgezeigt. Das Land Hessen hat ab dem Jahr 2018 den gesamten Bestand an Kassenkrediten von hochverschuldeten Kommunen unter Auflagen übernommen und so deren Investitionsfähigkeit gestärkt. Als Einmal-Lösung kann eine solche Vorgehensweise die kommunale Finanzkraft verbessern; allerdings sollte ein solcher Bail-Out mit einer strengeren kommunalen Finanzaufsicht einhergehen, um ein erneutes Ausufern von Kassenkrediten zu verhindern.¹² In die richtige Richtung weist auch, dass zwischenzeitlich der Bund einen größeren Anteil an den Kosten für Heizung und Unterkunft im SGB II übernommen hat.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Investitionsverhalten der Kommunen nicht unter der Einführung der Schuldenbremse gelitten hat. Auch gesamtstaatlich zeigt sich kein negativer Einfluss der Schuldenbremse auf die Investitionsquote. Vielmehr ist seit 2005 eine Trendwende erkennbar, und seit dem Jahr 2016 nimmt auch die kommunale Investitionstätigkeit wieder stetig zu.

Für die Entwicklung der Infrastruktur sind nicht die Brutto-, sondern die Nettoinvestitionen relevant. Während Anfang der 1990er Jahre noch positive Nettoinvestitionen zu verzeichnen waren, sind die Raten seit dem Jahr 2001 bei den Kommunen negativ (Abbildung 4.3, Seite 68). Vielfach wird dies als Hinweis darauf gewertet, dass Deutschland insbesondere bei seiner kommunalen Infrastruktur von seiner Substanz lebt.¹³ Allerdings zeigt sich auch hier kein augenscheinlicher Zusammenhang mit der Schuldenbremse. So weisen die Nettoinvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen seit dem Jahr 2012 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt einen positiven Trend auf. Einschränkung ist festzuhalten, dass eine Analyse anhand der VGR-Daten nicht alle Teile der kommunalen Daseinsvorsorge erfasst. Unter anderem in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und Nahverkehr kommt es zu Investitionen, die zwar von der öffentlichen Hand (ko-) finanziert, aber nicht zu den Investitionen des Staates laut VGR gezählt werden.¹⁴

Für die Kommunalfinanzen ist die Schuldenbremse zwar nicht unmittelbar von Bedeutung, sie kann es aber mit-

telbar über die Finanzbeziehungen zu Bund und Ländern sein. So könnten z.B. die kommunalen Finanzierungsprogramme des Bundes Konsolidierungsmaßnahmen zum Opfer fallen oder die Länder bei der Finanzausstattung der Kommunen auf ihre eigenen Haushaltsbelange stärker Rücksicht nehmen. Die sich in jüngerer Vergangenheit bessernde kommunale Finanzausstattung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Bund und Länder bislang kaum Einschränkungen durch die Schuldenbremse erfahren haben. Es ist also nicht auszuschließen, dass die Vorgaben der Schuldenbremse bei einer Verschlechterung des fiskalischen Umfelds auch zu einer Belastung der kommunalen Investitionen führen können, solange die kommunalen Finanzen das schwächste Glied in der Kette bleiben. Für Kommunen ist es daher umso wichtiger, eine verlässliche und möglichst konjunkturunabhängige Finanzausstattung zu erhalten, mit der sie langfristig planen können.

Reformvorschlag der Deutschen Bundesbank

Bis zur Pandemie operierte die Finanzpolitik in einer Schön-Wetter-Periode. In den Jahren 2020 bis 2023 war die Schuldenbremse ausgesetzt; die nun in Deutschland anstehende Konsolidierungsphase fällt in ein gesamtwirtschaftlich ungünstigeres Umfeld. Daher dürfte die Schuldenbremse nun restriktiver wirken als bislang, nicht zuletzt aufgrund höherer Zinslasten in den öffentlichen Haushalten. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Bundesbank frühzeitig einen Reformvorschlag zur Schuldenbremse unterbreitet, der auch vom Sachverständigenrat wohlwollend aufgegriffen wurde.¹⁵

Dieser Vorschlag sieht vor, die zulässige konjunkturberinigte Defizitquote von 0,35 % auf 0,5 % zu erhöhen, sofern die gesamtstaatliche Bruttoschuldenstandsquote unter 60 % liegt. Die Defizitquote soll um weitere 0,5 Prozentpunkte höher ausfallen können, sofern damit Nettoinvestitionen finanziert werden („gekappte Goldene Regel“). Liegt die Schuldenstandsquote über 60 %, bleibt die zulässige Defizitquote bei 0,35 %. Nettoinvestitionen des Bundes von bis zu 0,15 % des Bruttoinlandsprodukts können dann noch über zusätzliche Kredite finanziert werden. Dieser Vorschlag ist auch mit den alten und den neuen EU-Fiskalregeln vereinbar (Fiskalregeln in der EU, Seite 29).

Gemäß den VGR waren die Nettoinvestitionen im Kernhaushalt des Bundes, der für die Schuldenbremse relevant ist, im Jahr 2023 negativ. Nach der hier vorgelegten Prognose dürfte dies im Jahr 2024 ebenfalls gelten. Folgt man dem Vorschlag der Deutschen Bundesbank, müsste für zusätzlichen kreditfinanzierten fiskalischen Hand-

11 Je nach Bundesland ist die Finanzausstattung der Kommunen sehr unterschiedlich. Neben der Möglichkeit, die kommunalen Einnahmen z.B. durch Hebesätze anzupassen, gleicht der kommunale Finanzausgleich innerhalb eines Bundeslandes aus. Zudem unterstützen Länder ihre Kommunen z.B. durch Übernahme von Schulden und direkten Zuweisungen. Stadtstaaten haben keine kommunale Ebene.

12 Zur Notwendigkeit einer verbesserten Aufsicht in Bezug auf Liquiditätskredite der Kommunen siehe *Unabhängiger Beirat des Stabilitätsrates*: Siebte Stellungnahme zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nach § 51 Absatz 2 HGrG, S. 17ff, 2017.

13 So war im Jahr 2023 laut dem KfW-Kommunalpanel der wahrgenommene Investitionsrückstand aller Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 % auf nunmehr 165,6 Mrd. EUR angestiegen. *KfW; Deutsches Institut für Urbanistik*: KfW-Kommunalpanel 2023. KfW Research. Frankfurt am Main 2023. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2023.pdf>.

14 Seit dem Jahr 2023 wird der Nahverkehr in den VGR zum Sektor Staat gezählt. Erst mit der kommenden Revision im Herbst dürfte dies allerdings für alle vorherigen Datenpunkte nachvollzogen werden, so dass in den historischen Daten Investitionen in den Nahverkehr größtenteils dem privaten Sektor zugeordnet wurden.

15 *Deutsche Bundesbank*: Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung, Monatsbericht April 2022, 53–70, Frankfurt am Main 2022. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Policy Brief 1/2024*: Die Schuldenbremse nach dem BVerfG-Urteil: Flexibilität erhöhen – Stabilität wahren, https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/PolicyBrief/pb2024/Policy_Brief_2024_01.pdf.

lungsspielraum somit die Ausgabenstruktur des Bundes in Richtung höherer Investitionen angepasst werden.

Nimmt man an, dass das Bruttoinlandsprodukt im langfristigen Mittel nominal mit einer jährlichen Rate von 2,5 % wächst, alle Teilbereiche des Staates außer dem Kernhaushalt des Bundes ausgeglichene Haushalte aufweisen und finanzielle Transaktionen zu keiner Kreditaufnahme führen, konvergiert die Bruttoschuldenstandsquote unter der aktuellen Schuldenbremse gegen 14 %.¹⁶ Der Vorschlag der Deutschen Bundesbank würde, falls der Spielraum für Nettoinvestitionen voll genutzt wird, langfristig zu einer Schuldenstandsquote von 40 % führen, unter den EU-Regeln wären es 60 %. In der Praxis werden Fiskalregeln während Krisen regelmäßig ausgesetzt, so dass die Bruttoschuldenstandsquote bei allen Varianten tatsächlich über diesen theoretischen Konvergenzwerten liegen würde. Eine Saldenregel allein stellt nicht sicher, dass ein bestimmter Grenzwert für die Staatsschuldenquote eingehalten wird.

Gesamtstaatliches Finanzgefüge reformieren und Schuldenbremse behutsam anpassen

Bei den Reformvorschlägen zur Schuldenbremse ist zwischen technischen Modifikationen mit Blick auf die zyklische Stabilisierungswirkung einerseits und einer Änderung der im längerfristigen Mittel zulässigen Verschuldungskapazität andererseits zu unterscheiden.

Vorschläge zu technischen Modifikationen betreffen die Ausgestaltung der Konjunkturbereinigung sowie das Widerscharfstellen der Schuldenbremse nach dem Ziehen der Notfallklausel. Das bislang praktizierte Konjunkturbereinigungsverfahren kann zwar nicht voll befriedigen, allerdings gilt dies auch für alle einschlägigen Alternativvorschläge, von denen sich keiner als insgesamt überlegen erweist.¹⁷ Von dieser Seite erscheint eine Reform-

notwendigkeit daher bis auf Weiteres nicht zwingend. Denkbar wäre allerdings, die Konjunkturbereinigung um die Budgeteffekte der CO₂-Bepreisung und der Finanzierung des EEG zu erweitern. Diese dürften während der Transformationsphase fiskalisch an Bedeutung gewinnen. In dem Maße, wie sich diese Budgetpositionen als konjunkturreagibel erweisen, bietet sich eine entsprechende Berücksichtigung in der Konjunkturbereinigung der Schuldenbremse an.¹⁸ Darüber hinaus sollte nach einer gesamtwirtschaftlichen Notlage, für die die Ausnahmeklausel aktiviert wurde, der Übergang zur regulären Defizitbegrenzung nicht länger abrupt, sondern stufenweise erfolgen, da gesamtwirtschaftliche Schocks typischerweise länger nachwirken.¹⁹ Eine solches regelgebundenes Widerscharfstellen würde die politische Unsicherheit in Phasen nach adversen Schocks verringern und über eine bessere Vorhersehbarkeit der Finanzpolitik gesamtwirtschaftlich stabilisierend wirken. Ähnlich wie schon bei der Einführung der Schuldenbremse erscheint ein Übergangszeitraum von drei Folgejahren nach dem eigentlichen Krisenjahr sachgerecht.

Für die Reformdiskussion zur Schuldenbremse mit Blick auf konjunktur- und krisenunabhängige Verschuldungsspielräume sind andere Kriterien heranzuziehen, die die Deutsche Bundesbank in ihrem Vorschlag aufgreift. Darüber hinaus erscheint es zweckmäßig, eine Neugestaltung der gesamtstaatlichen Finanzverfassung (Föderalismusreform III) anzustoßen. Diese Neugestaltung müsste zum Ziel haben, die kommunalen Investitionen von kurzfristigen Haushaltsnöten des Bundes und der Länder abzusichern und die konjunkturellen Schwankungen nur auf deren Haushalte durchschlagen zu lassen. Insbesondere gilt es, die Einnahmen der Kommunen weniger konjunkturreagibel zu gestalten, etwa durch einen Hebesatz auf die Einkommenssteuer anstelle der Gewerbesteuer. Damit eine solche durchgreifende Finanzreform nicht an den fiskalischen Unwägbarkeiten einzelner Haushaltsjahre scheitert, sollte für einen Übergangszeitraum eine Ausnahme von der Schuldenregel zugelassen werden.

¹⁶ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Halle (Saale) 2019, Kasten 4.1.

¹⁷ Boysen-Hogrefe, J.; Hoffmann, T.: Vorschläge zur Modifikation der Potenzialschätzung der Bundesregierung im Vergleich, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 45, Kiel 2023.

¹⁸ Boysen-Hogrefe, J. et al.: Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2024: Erholung mit Hindernissen. Kieler Konjunkturberichte Nr. 112, Kiel 2024, S. 35 f.

¹⁹ Boysen-Hogrefe, J. et al.: Deutsche Wirtschaft im Winter 2023: Finanzpolitik in Turbulenzen – Gegenwind für die Erholung. Kieler Konjunkturberichte Nr. 110, Kiel 2023, S. 18.

5. Zur Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland

Ohne Migration wäre die Bevölkerungsdynamik in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten deutlich anders verlaufen. Während die Zahl der Sterbefälle diejenige der Geburten überwog, führte ein positiver Saldo aus Zu- und Abwanderungen meist dazu, dass die Bevölkerung dennoch wuchs. Für die – potenzielle wie tatsächliche – Wirtschaftsleistung ist die Integration der zugewanderten Personen in den Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Entwicklung von Migration, Bevölkerung und Arbeitsmarkt dargestellt und die Rolle der Nettozuwanderung für die Einschätzung der mittelfristigen Wachstumsperspektiven diskutiert.

Geburtendefizit, Nettozuwanderung und Bevölkerungswachstum

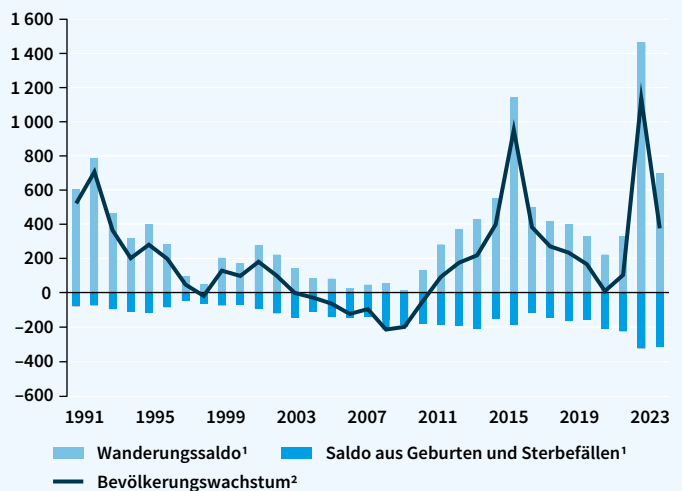
Seit dem Jahr 1991 hat die Bevölkerung in Deutschland um rund 4 Millionen Personen bzw. jahresdurchschnittlich um 0,2 % zugelegt. Der Saldo von Geburten und Sterbefällen war durchgängig negativ (Abbildung 5.1, Seite 71). Der Bevölkerungsanstieg ging somit auf die Nettozuwanderung zurück.¹ Im Vergleich der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Entwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren insofern auffällig, als nur hier ein natürlicher Bevölkerungsrückgang durch Nettomigration mehr als ausgeglichen wurde (Abbildung 5.2, Seite 71). Die übrigen Staaten mit einer starken Nettozuwanderung wiesen gleichzeitig einen Geburtenüberschuss auf, während die übrigen Staaten mit einem natürlichen Bevölkerungsrückgang nur eine geringe Nettozuwanderung und damit insgesamt einen Bevölkerungsrückgang verzeichneten. Hinter der Nettozuwanderung in Deutschland stehen große Bruttoströme aus Zu- bzw. Abwanderungen von jeweils mehreren hunderttausend Personen pro Jahr (Abbildung 5.3, Seite 72). Bei den deutschen Staatsangehörigen überwogen zuletzt meist die Abwanderungen, nachdem bis Mitte der 2000er-Jahre vor allem der Zuzug von (Spät-) Aussiedlern noch zu einem positiven Saldo geführt hatte.²

Bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit war der Wanderungssaldo durchgehend positiv. Hierbei zeigt sich zunächst eine Dynamik bei der Nettozuwanderung aus den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Diese nahm ab 2010 merklich zu, als zum einen eine verstärkte Zuwanderung aus den von

1 Die Sterbefälle übersteigen die Geburten bereits seit Anfang der 1970er-Jahre.
2 https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217702. Zudem führen methodische Änderungen insbesondere bei der Berücksichtigung der Wanderung mit unbekannten Herkunfts- bzw. Zielland dazu, dass die Wanderungszahlen für deutsche Staatsangehörige ab dem Jahr 2016 höher ausfallen.

Abbildung 5.1

Komponenten des Bevölkerungswachstums in Tausend Personen



¹ Zum Teil nur eingeschränkte Vergleichbarkeit über die Zeit.

² Berechnet als die Summe der beiden Salden.

2023: Vorläufige Schätzungen.

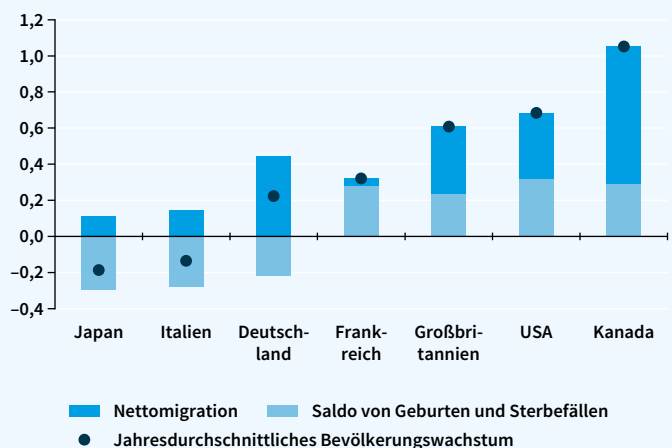
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 5.2

Migration und Bevölkerungswachstum in den G7-Staaten

Durchschnitt über 2011-2021 in %



Quellen: Weltbank; Berechnungen der Institute.

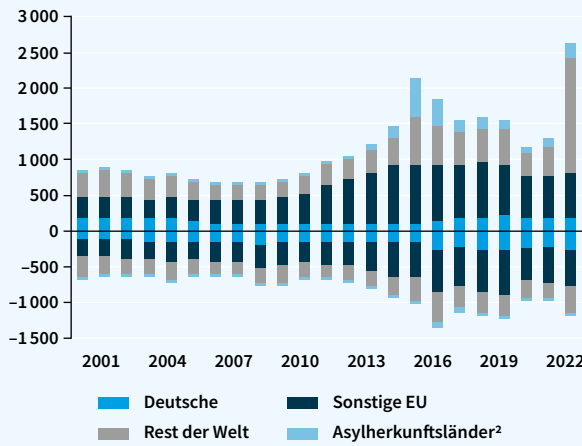
© GD Frühjahr 2024

Abbildung 5.3

Wanderungen nach Staatsangehörigkeit¹

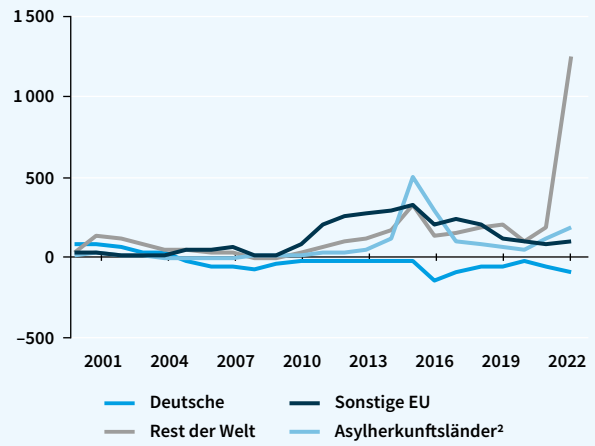
Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)

Tausend Personen



Wanderungssaldo

Tausend Personen

¹ Eingeschränkte Vergleichbarkeit der Daten über die Zeit aufgrund von Änderungen bei der statistischen Erfassung.² Der Bundesagentur für Arbeit folgend gehören zu den Asylherkunftsländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

der europäischen Staatsschuldenkrise stark betroffenen südeuropäischen Ländern einsetzte und zum anderen zunehmend die Freizügigkeit auch für die neuen Mitgliedstaaten galt. Bei den übrigen Staatsangehörigkeiten, insbesondere den Asylherkunftsländern, zeigt sich vor allem ein starker Anstieg im Jahr 2015.³ Infolge des Krieges in der Ukraine kam es im Jahr 2022 erneut zu einer starken Zuwanderung, vor allem von Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft. Gleichzeitig nahm die Migration aus den Asylherkunftsländern, nach einer vorübergehenden Abschwächung während der Pandemie, wieder zu. Die Nettozuwanderung aus der übrigen EU war dagegen zuletzt geringer als in den 2010er-Jahren. Insgesamt dominieren jüngere Altersgruppen die Wanderungsströme. Da die in Deutschland ansässige Bevölkerung älter ist als die neu zugewanderte, kommt es durch die Zuwanderung zu einem „Verjüngungseffekt“.⁴

³ Der Bundesagentur für Arbeit folgend gehören zu den Asylherkunftsländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.⁴ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitend.html>.

Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt

Tempo der Arbeitsmarktintegration

Die Integration der zugewanderten Bevölkerung in den Arbeitsmarkt ist insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein wichtiger Einflussfaktor für das Arbeitsangebot in Deutschland.

Dabei muss zwischen der klassischen Arbeitsmigration und der Fluchtmigration unterschieden werden. Arbeitsmigranten bringen häufig bereits notwendige berufliche Qualifikationen und Erfahrungen mit, die eine rasche Integration begünstigen. Je nach Ursprungsland und ausgeübter Tätigkeit haben Arbeitsmigranten kaum (EU-Binnenwanderung) oder nur geringe formale Beschränkungen beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Hingegen haben Geflüchtete aufgrund des rechtlichen Status als Asylbewerber frühestens nach drei Monaten

Aufenthalt einen teilweisen Zugang zum Arbeitsmarkt. Danach gibt es weitere Restriktionen und erst nach vier Jahren können sie jede Beschäftigung annehmen. Auch haben sie häufig Hemmnisse wie unzureichende Sprachkenntnisse oder nicht anerkannte Qualifikationen. Einen Sonderfall stellt dabei die Fluchtmigration aus der Ukraine seit dem Jahr 2022 dar, da diesem Personenkreis ein sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt gestattet ist.

Arbeitsmigranten⁵ nehmen deutlich schneller eine Beschäftigung auf als Geflüchtete.⁶ Erst nach 14 Jahren Aufenthalt in Deutschland ist kein Unterschied zwischen den beiden Gruppen mehr feststellbar (Abbildung 5.4, Seite 73). Im zeitlichen Profil zeigen sich für die Zuzugskohorten der Jahre vor 2015, des Jahres 2015 und der Jahre danach keine grundlegenden Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten nach der Aufenthaltsdauer (Abbildung 5.5, Seite 73). Die temporären Verlangsamungen während der Jahre 2020 bis 2022 dürften den pandemiebedingten Erschwernissen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt geschuldet sein. Grundsätzlich dürften daher die Erwerbstätigenquoten der Geflüchteten primär von der Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland abhängen. Die ukrainischen Geflüchteten weisen hingegen ein Jahr nach Zuzug mit knapp 30 % eine deutlich höhere Erwerbstätigenquote auf. Eine Rolle dürfte dabei spielen, dass die ukrainischen Geflüchteten von Beginn an sofortigen Arbeitsmarktzugang erhalten.

Die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt kann über verschiedene Kanäle erfolgen. Der klassische Kanal ist die direkte Aufnahme einer Beschäftigung in Vollzeit, Teilzeit oder einer geringfügigen Beschäftigung. Hierzu zählen auch eine berufliche Ausbildung (Lehre) oder ein bezahltes Praktikum. Zudem kann die Integration über die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit erfolgen. Je nach Aufenthaltsdauer verändern sich die Anteile an den verschiedenen Beschäftigungsformen (Abbildung 5.6, Seite 74, links). Während kurz nach Zuzug die Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und bezahlte Praktika dominieren, kommt es bei längerer Aufenthaltsdauer in Deutschland zu einer deutlichen Zunahme der Vollzeitbeschäftigung. Dieser Anteil entspricht bereits nach vier bis fünf Jahren Aufenthalt dem im Bevölkerungsdurchschnitt. Bei noch längerer Aufenthaltsdauer liegt er sogar darüber. Dies gilt insbesondere für Männer,

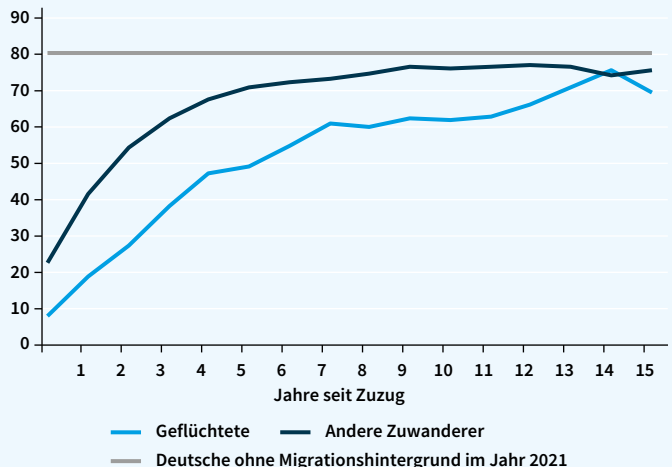
5 Im Folgenden werden unter dem Begriff der Arbeitsmigration neben den klassischen Arbeitsmigranten auch die mit- bzw. nachgezogenen Familienmitglieder gezählt. Ebenso gehören dazu Personen, die sich zu Ausbildungszwecken wie beispielsweise zum Studium in Deutschland aufhalten.

6 IAB Aktuelle Berichte, 14/2016, 10. Die IAB-BAMF-SOEP-Migrationsbefragung ist eine Längsschnittbefragung seit 2016, in der mittlerweile mehr als 10 000 Personen bis zu sechsmal befragt wurden, die als Schutzsuchende zwischen den Jahren 2013 und 2019 nach Deutschland kamen. Es werden detaillierte Informationen über die Flucht und Migrationsbiografie, Bildung und Ausbildung, den Erwerbsstatus, über den Leistungsbezug und zur Teilnahme an Bildungs-, Ausbildungs-, Sprach- und Integrationsprogrammen erfasst.

Abbildung 5.4

Erwerbstätigenquote von Zuwanderern nach Aufenthaltsdauer

Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren in %



Geflüchtete beziehen sich hauptsächlich auf Kohorten, die in den 1990er und 2000er Jahren zugezogen sind.

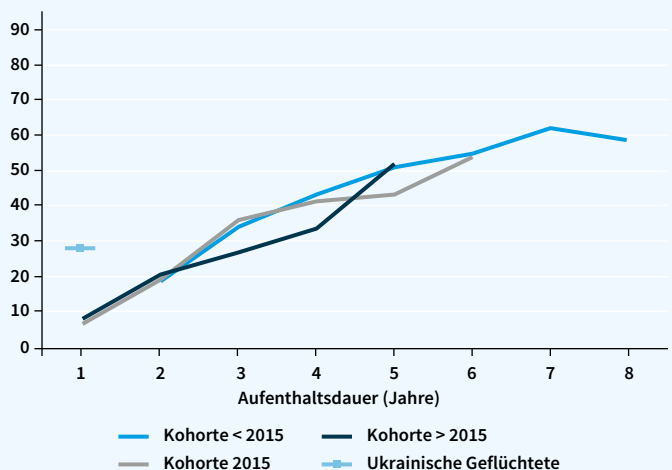
Quelle: IAB-SOEP-Migrationsstichprobe (IAB Aktueller Bericht 14/2015, Abbildung 2).

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 5.5

Erwerbstätigenquote von Geflüchteten nach Aufenthaltsdauer und Zuzugskohorte

Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren in %

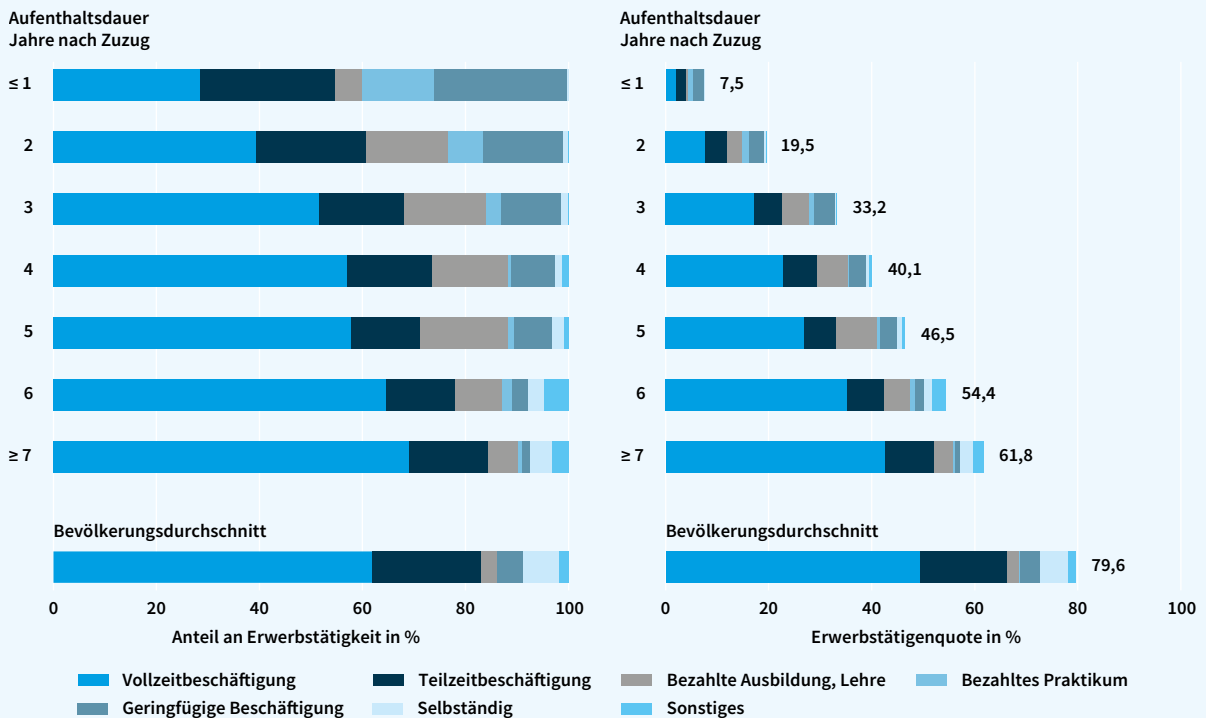


Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016-2021, gewichtet (IAB-Kurzbericht 13/2023, Tabellenübersicht); IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine (IAB-Kurzbericht 14/2023, Abbildung A1).

© GD Frühjahr 2024

Abbildung 5.6

Struktur der Erwerbstätigkeit von Geflüchteten nach Aufenthaltsdauer



Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2021; Darstellung der Institute.

© GD Frühjahr 2024

bei Frauen ist hingegen der Anteil der Teilzeitbeschäftigung auch nach mehr als sieben Jahren Aufenthaltsdauer deutlich höher. Demgegenüber bleibt die Selbständigkeit insgesamt unterdurchschnittlich.

Schaut man nicht nur auf die Anteile der Beschäftigungsformen, sondern auch auf die Erwerbstätigenquoten (Abbildung 5.6, Seite 74, rechts), zeigt sich im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt zunächst eine deutlich geringere Erwerbstätigkeit. Sie steigt von 7,5 % im ersten Jahr nach Zuzug binnen weiterer sechs Jahre auf knapp 62 % kräftig, jedoch liegt sie dann immer noch 18 Prozentpunkte unter der Erwerbstätigenquote des Bevölkerungsdurchschnitts. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. So haben Männer nach mehr als sieben Jahren Aufenthaltsdauer eine Erwerbstätigenquote von 75,6 %, Frauen liegen mit 28,6 % deutlich darunter.

Geflüchtete nehmen besonders häufig Tätigkeiten in Branchen auf, in denen unterdurchschnittliche Löhne und Gehälter gezahlt werden. So liegt ihr reales Bruttostundenentgelt im Median bei 10,20 Euro⁷ und steigt auch nur wenig mit der Aufenthaltsdauer. Der Wert für die Gesamtbevölkerung liegt hingegen bei knapp 19 Euro. Das

Erwerbseinkommen von Geflüchteten steigt im Zeitablauf vor allem infolge zunehmender Arbeitszeiten. So liegt die durchschnittliche vereinbarte Arbeitszeit zwei Jahre nach Ankunft in Deutschland noch bei 31 Stunden je Woche, aber bereits nach drei Jahren bei 34 Wochenstunden. Dies entspricht bereits dem Durchschnitt der Personen in Deutschland ohne Migrationshintergrund.⁸ Nach sieben und mehr Jahren Aufenthalt arbeiten die Geflüchteten im Durchschnitt mit 36 Wochenstunden deutlich länger. Bei Männern in dieser Gruppe beträgt die vereinbarte Wochenarbeitszeit 38 Stunden und bei Frauen 30 Stunden. Gleiches zeigt sich in der Gruppe der Vollzeiterwerbstätigen.

Bedeutung der Migration für den Arbeitsmarkt

Migranten haben für den deutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen. Lag der Anteil der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zwischen den Jahren 2007 und 2010 um 6,5 %, stieg dieser seither stetig auf zuletzt

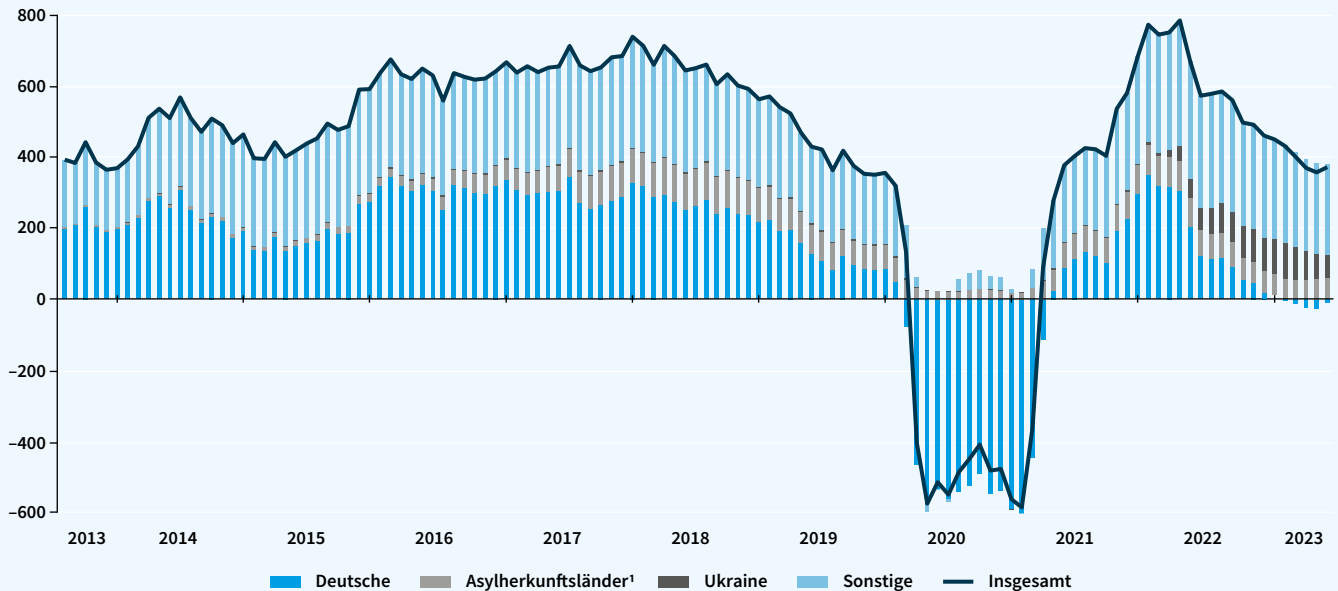
⁷ Median, deflationiert relativ zum Basisjahr 2020, IAB, Aktuelle Daten und Indikatoren „Entwicklung der Arbeitsmarktintegration seit Ankunft in Deutschland Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich“, Stand: 27. Juli 2023.

⁸ Unter Migrationshintergrund werden Personen gezählt, die aus dem Ausland zugewandert sind (erste Generation) sowie Personen, die in Deutschland geboren sind, bei denen mindestens ein Elternteil aus dem Ausland kommt (zweite Generation).

Abbildung 5.7

Beschäftigungsaufbau nach Staatsangehörigkeit

Sozialversicherungspflichtig sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in tausend Personen.



¹ Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Migrationsmonitor (Monatszahlen); Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

15,5 %.⁹ Während dabei die Beschäftigung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit um gut ein Viertel zulegen, verdreifachte sich die der Ausländer.

Für die Beschäftigungsdynamik ist die Bedeutung der Zuwanderung ungleich höher. Seit Anfang des Jahres 2022 ist der Anteil der ausländischen Beschäftigung am Zuwachs der Gesamtbeschäftigung (Summe aus sozialversicherungspflichtiger und ausschließlich geringfügiger Beschäftigung) von rund der Hälfte auf 100 % im Juli 2023 gestiegen (Abbildung 5.7, Seite 75). Der gesamte Beschäftigungsaufbau am aktuellen Rand geht demnach auf Arbeitnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurück. Die Fluchtmigration gewann dabei seit dem Jahr 2015 stetig an Bedeutung. Am aktuellen Rand ist rund ein Drittel des Beschäftigungsaufbaus hierauf zurückzuführen (zunächst aus Asylherkunftsländern, später aus der Ukraine). Der übrige – überwiegende – Teil der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ist hingegen der Arbeitsmigration (sonstige Ausländer) geschuldet.¹⁰ Der Anstieg

der Beschäftigung von deutschen Staatsangehörigen kam indes zum Erliegen – die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sinkt sogar bereits. Dies ist in erster Linie Ausdruck der demografischen Alterung, wonach die geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer“) nach und nach aus dem Erwerbsleben ausscheiden.¹¹

Die Beschäftigungsquoten von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind im Durchschnitt niedriger als diejenige der deutschen Staatsangehörigen. Während die Beschäftigungsquote von deutschen Staatsangehörigen zuletzt bei 71 % lag, betrug die der sonstigen Ausländer 59 %, die der Personen aus Asylherkunftsländern 42 % und die der Ukrainer 24 %, allerdings mit deutlich steigender Tendenz (Abbildung 5.8, Seite 76, oben). Vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs war die Beschäftigungsquote von Ukrainern nur geringfügig niedriger als die der sonstigen Ausländer.

Die Beschäftigungsquote von Personen aus Asylherkunftsländern auf Basis der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur war im Jahr 2023 mit 42 % immer noch

⁹ Dies bezieht sich nur auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Berücksichtigt man zusätzlich Einbürgerungen und die zweite Generation von Zuwanderern, haben laut Mikrozensus insgesamt 25 % aller Erwerbstätigen eine Einwanderungsgeschichte (d.h. sie selbst oder beide Elternteile sind zugewandert). Statistisches Bundesamt: Sechs von zehn Erwerbstätigen in Reinigungsberufen haben eine Einwanderungsgeschichte, Pressemitteilung Nr. 081 vom 1. März 2024.

¹⁰ Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit kennt nur Staatsangehörigkeiten und kann nicht beobachten, ob Personen als Geflüchtete zugewandert sind. Dass die Beschäftigung für die Asylherkunftsländer erst nach 2015 und für die Ukraine erst nach Kriegsbeginn sichtbar zulegte, deutet aber klar daraufhin, dass die Veränderung der Beschäftigung dieser Staatsangehörigen ursächlich auf die Fluchtmigration zurückgeht.

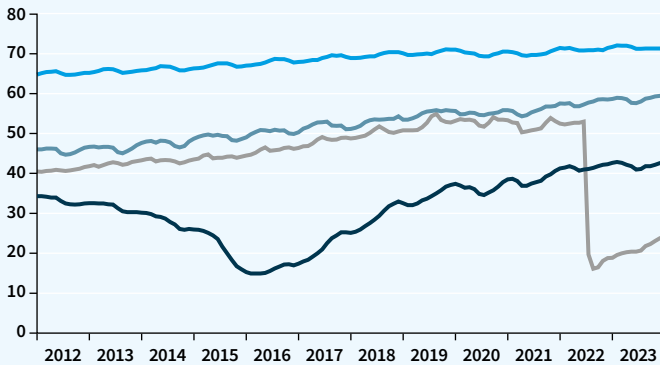
¹¹ Auf den ersten Blick scheinen Erwerbspersonen mit deutscher Staatsangehörigkeit stärker vom pandemiebedingten Einbruch betroffen gewesen zu sein als Ausländer. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Abbildung absolute Zahlen zeigt, und die Gruppe der deutschen Beschäftigten zu dem Zeitpunkt sieben Mal größer war als die Gruppe der ausländischen Beschäftigten. Zudem wiesen beide Beschäftigtengruppen unterschiedliche Vorkrisentrends auf. Während die Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2019 um 0,6 % wuchs und dann im Jahr 2020 um 1,2 % zurückging, schwächte sich der Beschäftigungszuwachs von Ausländern von 6,8 % auf 2,1 % ab.

Abbildung 5.8

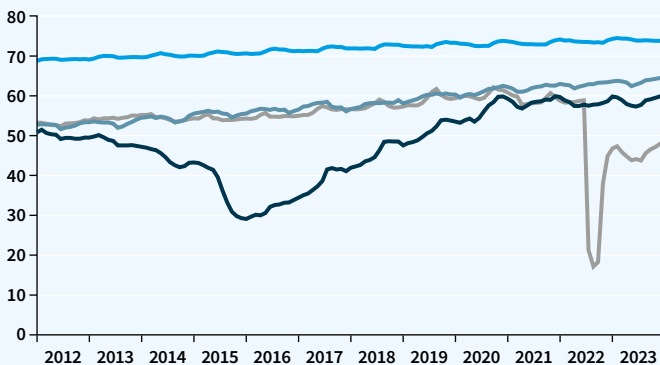
Beschäftigungs-, Partizipations- und Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit.

In %

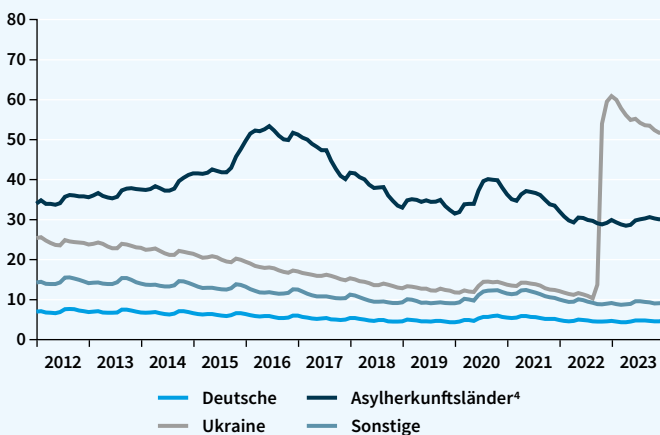
Beschäftigungsquote¹



Partizipationsquote²



Arbeitslosenquote³



— Deutsche — Asylherkunftsländer⁴
— Ukraine — Sonstige

¹ Anteil der sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in %.

² Anteil der Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte sowie registrierte Arbeitslose) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in %.

³ Anteil der registrierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte sowie registrierte Arbeitslose) in %.

⁴ Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Migrationsmonitor (Monatszahlen); Berechnungen der Institute.

deutlich niedriger als jene von Geflüchteten mit Aufenthaltsdauern von mindestens sieben Jahren laut IAB-BAMF-SOEP-Befragung (62 %). Ein kleiner Teil der Diskrepanz (drei Prozentpunkte) ist darauf zurückzuführen, dass die Beschäftigungsquoten in der BA-Statistik keine Selbständigen enthalten. Hauptgrund für die Diskrepanz ist indes die Tatsache, dass auch nach dem Jahr 2015 jedes Jahr weiter Geflüchtete zugewandert sind – seit dem Jahr 2021 sogar wieder mit steigender Tendenz. Die Beschäftigungsquoten gemäß BA-Statistik entsprechen daher zu jedem Zeitpunkt dem Durchschnitt über verschiedene Zuzugskohorten mit unterschiedlich langen Aufenthaltsdauern und dementsprechend unterschiedlich hohen Beschäftigungsquoten. Gleiches gilt für die Beschäftigungsquoten der sonstigen Ausländer.

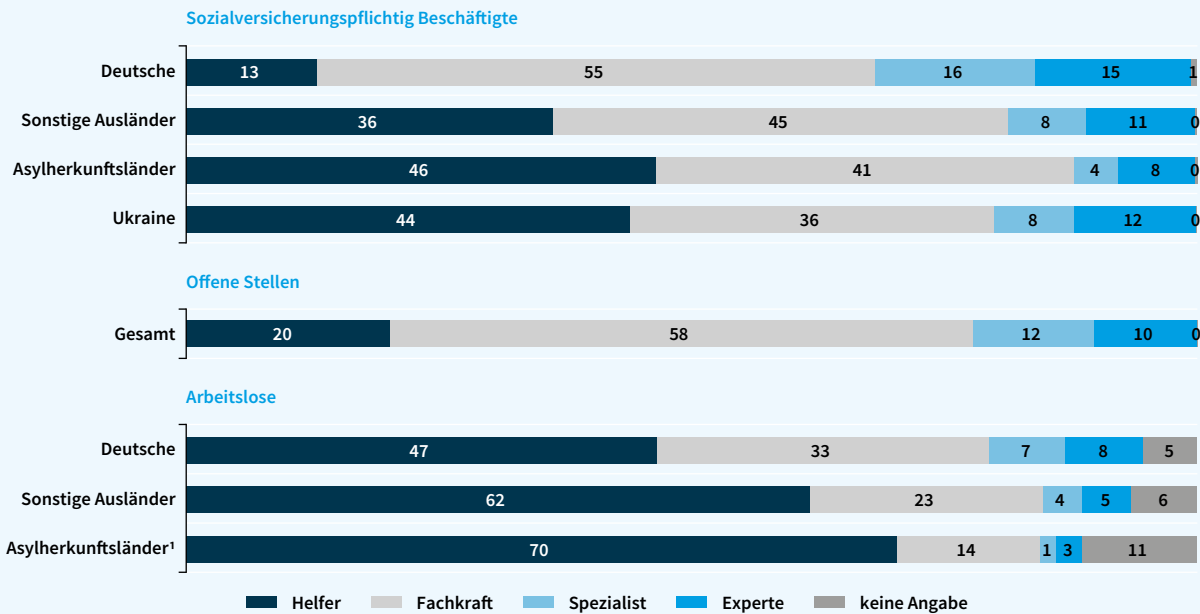
Die niedrigere Beschäftigungsquote von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit – insbesondere von Geflüchteten – kann auf eine im Vergleich zu Deutschen niedrigere Erwerbsbeteiligung (Partizipationsquote) oder auf eine höhere Arbeitslosenquote zurückgehen. Die Partizipationsquoten der hier betrachteten Personengruppen liegen enger zusammen als die Beschäftigungsquoten (Abbildung 5.8, Seite 76, Mitte). So bestand zwischen Ukrainern und den sonstigen Ausländern vor Kriegsbeginn kein Unterschied in der Erwerbsbeteiligung, und auch am aktuellen Rand ist der Unterschied deutlich geringer als bei den Beschäftigungsquoten. Ebenso sind bei den Personen aus den Asylherkunftsländern die Unterschiede zu den sonstigen Ausländern und Deutschen bei der Erwerbsbeteiligung kleiner als bei den Beschäftigungsquoten. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass das niedrigere Niveau der Beschäftigungsquoten von Geflüchteten eher auf eine hohe Arbeitslosigkeit als auf eine niedrige Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist (Abbildung 5.8, Seite 76, unten). Bei den sonstigen Ausländern ist der Unterschied in der Beschäftigungsquote gegenüber den Deutschen hingegen in etwas größerem Ausmaß einer niedrigeren Erwerbsbeteiligung geschuldet, während sich die Arbeitslosenquoten deutlich ähnlicher sind.

Beschäftigungsumfang

Die durchschnittlichen Arbeitszeiten unterscheiden sich zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich weniger als die Partizipations- und Beschäftigungsquoten; tendenziell arbeiten Ausländer etwas länger. So lag der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten unter den Ausländern im Juni 2023 mit 64,4 % über dem Anteil der vollzeitbeschäftigten Deutschen (61,5 %), während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten unter den Ausländern mit 24,2 % etwas niedriger war als unter den Deutschen (27,0 %). Der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten liegt in beiden Gruppen bei 11,4 %. Zudem ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten im Nebenjob bei

Abbildung 5.9

Berufliche Anforderungsniveaus nach Staatsangehörigkeit



¹ Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Ausländern mit 10,1 % höher als bei Deutschen (8,4 %). Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung 2016-2021 weist für erwerbstätige Geflüchtete in eine ähnliche Richtung: sechs Jahre nach dem Zuzug arbeiteten 74 % der erwerbstätigen Geflüchteten länger als 35 Wochenstunden und damit mehr als die befragten Personen ohne Migrationshintergrund (69 %). Die Unterschiede in der Arbeitszeit sind hier vor allem auf die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit zurückzuführen, die eine höhere Teilzeitquote aufweisen.

Während dies für die Gruppe der abhängig Beschäftigten auf eine etwas höhere durchschnittliche Arbeitszeit von Ausländern hindeutet, wird ein darüber hinausgehender Vergleich der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden durch eine unzureichende Datenlage erschwert. So liegen weder die Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung noch der Arbeitszeiterhebung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin differenziert nach Staatsangehörigkeiten vor.

Qualifikationsprofile

Der Effekt der Migration auf das Produktionspotenzial hängt neben der migrationsbedingten Erhöhung des Arbeitsvolumens auch von der Produktivität der zugewanderten Personen ab. Eine wesentliche Determinante der Produktivität ist die Komplexität der ausgeübten beruflichen Tätigkeit. Die „Klassifikation der Berufe 2010“ (KldB

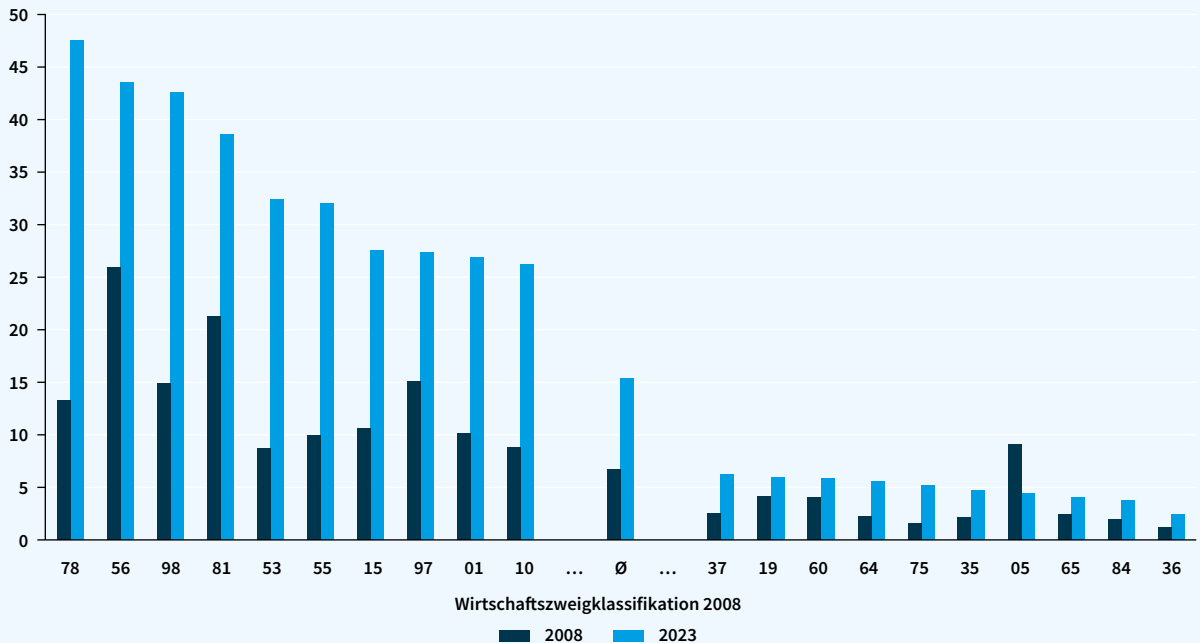
2010) fasst das Anforderungsniveau von Berufen in vier Ausprägungsstufen zusammen: Helfer- und Anlernertätigkeiten (Helfer), fachlich ausgerichtete Tätigkeiten (Fachkräfte), komplexe Spezialistentätigkeiten (Spezialisten) und hoch komplexe Tätigkeiten (Experten). Gegenüber formalen Bildungsabschlüssen hat dieses Maß den Vorteil, dass neben den für die Berufsausübung erforderlichen formalen Qualifikationen auch informelle Bildung oder Berufserfahrung bei der Einstufung eine Rolle spielen. Fehlende Nachweise, mangelnde Vergleichbarkeit oder fehlende Anerkennung von Berufsabschlüssen fallen daher nur insoweit ins Gewicht, als sie die Aufnahme einer komplexeren Tätigkeit verhindern.

Das Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeiten unterscheidet sich stark zwischen Deutschen und Ausländern (Abbildung 5.9, Seite 77). Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) mit deutscher Staatsangehörigkeit übte zuletzt etwa nur jeder siebte eine Helfertätigkeit aus, während mehr als die Hälfte der ausgeübten Berufe als Fachkraft und etwa je ein Sechstel als Spezialist bzw. als Experte eingestuft wurden. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (ohne Ukraine und Asylherkunftsländer) üben im Durchschnitt deutlich weniger komplexe Tätigkeiten aus: Der Anteil der Helfer ist fast dreimal so hoch wie unter Deutschen, während Ausländer in Berufen mit höheren Anforderungsniveaus deutlich unterproportional vertreten sind.

Abbildung 5.10

Ausländeranteil nach Branchen (Top10 und Bottom10)

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit
In %



78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, 56 Gastronomie, 98 Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt, 81 Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau, 53 Post-, Kurier- und Expressdienste, 55 Beherbergung, 15 Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen, 97 Private Haushalte mit Hauspersonal, 01 Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten, 10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, 37 Abwasserentsorgung, 19 Kokerei und Mineralölverarbeitung, 60 Rundfunkveranstalter, 64 Erbringung von Finanzdienstleistungen, 75 Veterinärwesen, 35 Energieversorgung, 05 Kohlenbergbau, 65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung), 84 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung, 36 Wasserversorgung.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Sonderabfrage); Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Bei der Gruppe der Beschäftigten aus den wichtigsten Asylherkunftsländern ist das durchschnittliche Tätigkeitsniveau noch geringer als bei den sonstigen Ausländern. Beispielsweise übt fast die Hälfte der Beschäftigten eine Helfer- oder Anlernertätigkeit aus.¹² Neben Unterschieden im Bildungsniveau, der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und Sprachbarrieren dürfte auch das unterdurchschnittliche Alter dieser Personengruppe ein Grund für die geringere Komplexität der ausgeübten Tätigkeiten sein. Im Vergleich dazu ist das Anforderungsprofil der Tätigkeiten von Beschäftigten mit ukrainischer Staatsangehörigkeit näher an dem der sonstigen Ausländer, obwohl die überwiegende Mehrheit erst in den vergangenen zwei Jahren zugezogen ist. Insbesondere die Anteile der Spezialisten- und Expertentätigkeiten sind vergleichbar.

¹² In der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016-2021 gaben 55 % der erwerbstätigen Befragten an, dass das Tätigkeitsniveau ihrem Ausbildungsniveau entspricht, 15 % liegen darüber und 33 % darunter.

Das Anforderungsniveau der Tätigkeiten, für das Arbeitslose nach Einschätzung ihrer Vermittler in Frage kommen, unterscheidet sich deutlich zwischen Deutschen und Ausländern.¹³ 62 % der sonstigen ausländischen Arbeitslosen suchen nach Helfertätigkeiten (Deutsche: 47 %). Unter Arbeitslosen aus den wichtigsten Asylherkunftsländern liegt dieser Anteil sogar bei 70 %.¹⁴ Unter den bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen bezogen sich lediglich ein Fünftel auf Helfertätigkeiten, während sich knapp drei Fünftel der Vakanzen an Fachkräfte und etwa ein Fünftel an Spezialisten und Experten richtete. Dem entsprechend ist das Missverhältnis zwischen dem in offenen Stellen nachgefragten Qualifikationsniveau und dem Profil der Arbeitslosen unter Ausländern noch gravierender als unter Deutschen.

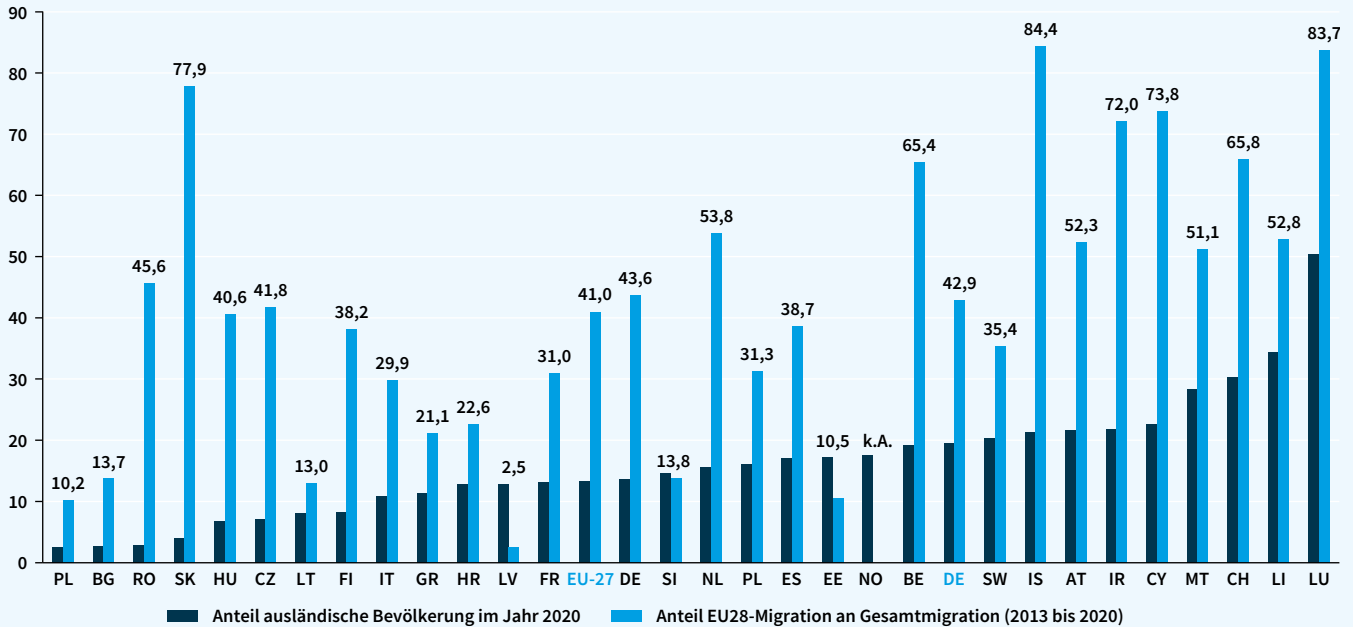
¹³ Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit bemisst sich das Anforderungsniveau am Hauptberufswunsch der arbeitslosen Person, der in aller Regel in Zusammenarbeit mit der Vermittlungsfachkraft erarbeitet wird. Trotz weitgehender Überschneidungen ist der aktuelle Zielberuf grundsätzlich unabhängig von der früheren Ausbildung bzw. der vorigen Beschäftigung und muss auch nicht mit dem späteren Einmündungsberuf übereinstimmen.

¹⁴ Aktuelle Daten zur Qualifikation der Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit liegen nicht vor, da die Erfassung ukrainischer Geflüchteter laut Bundesagentur für Arbeit seit Kriegsbeginn in unterschiedlicher Vollständigkeit erfolgt. Insbesondere Informationen zu Berufsabschlüssen und Anforderungsniveau fehlen überproportional häufig und werden daher nicht ausgewiesen.

Abbildung 5.11

Anteil ausländische Bevölkerung nach Herkunftsländern

In %



BE: Belgien; BG: Bulgarien; DK: Dänemark; DE: Deutschland; EE: Estland; FI: Finnland; FR: Frankreich; GR: Griechenland; IE: Irland; IT: Italien; HR: Kroatien; LV: Lettland; LT: Litauen; LU: Luxemburg; MT: Malta; NL: Niederlande; AT: Österreich; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SK: Slowakei; SI: Slowenien; ES: Spanien; CZ: Tschechien; HU: Ungarn; CY: Zypern; EU-27: Europäische Union - 27 Länder; IS: Island; LI: Liechtenstein; NO: Norwegen; CH: Schweiz

Quelle: Eurostat.

© GD Frühjahr 2024

Branchenunterschiede

Der Anteil der ausländischen Beschäftigung ist zwischen 2008 und 2023 mit sehr wenigen Ausnahmen in allen Branchen gewachsen, variiert aber im Niveau je nach Branchen beträchtlich (Abbildung 5.10, Seite 78). In der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (Zeitarbeit/Leiharbeit) ist der Anteil der Beschäftigten mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit von knapp 15 % im Jahr 2008 auf fast die Hälfte im Jahr 2023 gestiegen. In der Gastronomie und in der Gebäudebetreuung sowie im Garten- und Landschaftsbau liegt der Ausländeranteil bei rund 40 %. Bei Post-, Kurier- und Expressdiensten sowie in der Beherbergung liegen die Anteile bei rund 30 %. Zu den Branchen mit den geringsten Anteilen ausländischer Beschäftigung zählt die öffentliche Verwaltung mit unter 5 %. Neben der Schifffahrt ist der Kohlenbergbau die einzige Branche auf der 2-Steller-Ebene, in der der Ausländeranteil gesunken ist.

Der Ausländeranteil an der Beschäftigung in einer Branche verläuft tendenziell gegenläufig zur Arbeitsproduktivität in den Branchen. Eine wichtige Rolle dürfte hierbei

das Anforderungsniveau der Tätigkeiten und die Qualifikation der ausländischen Beschäftigten spielen. So liegt der Anteil von ausländischen Beschäftigten in einer Branche typischerweise umso höher, je höher der Anteil von Helfer- und Anlernertätigkeiten in einer Branche ist.

Internationaler Vergleich

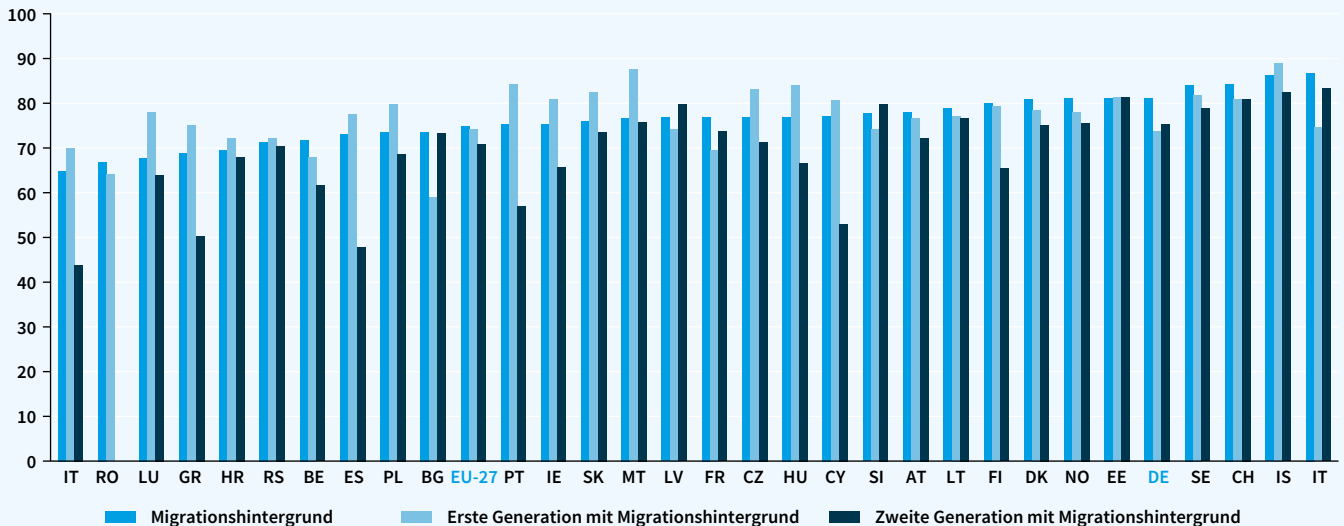
In der Europäischen Union lag der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung zu Beginn des Jahres 2023 bei 13,3 % (Abbildung 5.11, Seite 79). Die Migration findet dabei zu 40 % zwischen den europäischen Staaten statt.¹⁵ Hier dürften insbesondere Arbeitsmigration, Ausbildung und familiäre Umzüge die wichtigsten Gründe sein. Die reguläre Migration aus Nicht-EU-Ländern ist gesetzlich meist stark eingeschränkt. Die Zuwanderung aus Drittstaaten geht teils auf irreguläre Migration zurück, die durch Flucht oder Vertreibung begründet ist. Einen deutlich überdurchschnittlichen Migrantenanteil – vor allem bei der europäischen Binnenmigration – haben Länder, die durch hohe Einkommen oder als Standort großer in-

¹⁵ Der Anteil bezieht sich auf die Bevölkerungsstruktur der Jahre 2013 bis 2020.

Abbildung 5.12

Erwerbsbeteiligung nach Migrationsstatus¹ im Jahr 2022

In %



BE: Belgien; BG: Bulgarien; DK: Dänemark; DE: Deutschland; EE: Estland; FI: Finnland; FR: Frankreich; GR: Griechenland; IE: Irland; IT: Italien; HR: Kroatien; LV: Lettland; LT: Litauen; LU: Luxemburg; MT: Malta; NL: Niederlande; AT: Österreich; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SK: Slowakei; SI: Slowenien; ES: Spanien; CZ: Tschechien; HU: Ungarn; CY: Zypern; EU-27: Europäische Union - 27 Länder; IS: Island; LI: Liechtenstein; NO: Norwegen; CH: Schweiz

¹ Unter Migrationshintergrund werden Personen gezählt, die aus dem Ausland zugewandert sind (erste Generation) sowie Personen, die in Deutschland geboren sind, jedoch mindestens ein Elternteil aus dem Ausland kommt (zweite Generation).

Quelle: Eurostat.

© GD Frühjahr 2024

ternationaler Institutionen attraktiv für Zuwanderer sind. Eine geringe Zuwanderung haben hingegen die Länder, die selbst hohe Auswanderungsraten und vergleichsweise geringe Einkommen je Einwohner aufweisen. Deutschland liegt mit einem Ausländeranteil von knapp 20 % deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Der Anteil der EU-Binnenmigration ist durch die Flüchtlingswelle im Jahr 2015 gesunken und lag vor Beginn des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 im europäischen Mittel.

In Deutschland liegt die Erwerbsbeteiligung der Migranten um gut sieben Prozentpunkte deutlich unter der der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Abbildung 5.12, Seite 80). Selbst bei Personen mit Migrationshintergrund in der zweiten Generation ist die Erwerbstätigenquote noch etwas verringert. Etwa ein Drittel der europäischen Länder (darunter Frankreich und die Niederlande) weist ähnliche Verhältnisse zwischen den Erwerbstätigenquoten auf. Bei einem weiteren Drittel der Länder ist die Erwerbsbeteiligung von Migranten und Nicht-Migranten etwa identisch und im restlichen Drittel der Länder liegt die Erwerbsbeteiligung der Migranten deutlich über der der heimischen Bevölkerung. Trotz ähnlicher europäischer Rahmenbedingungen für Flucht und Migration deutet dies zum einen auf spezifische nationale Migrationsstrukturen hin, die durch unterschiedliche Herkunftsländer, Migrationsgründe und Erwerbsneigung gekennzeichnet sind. Zum anderen dürften auch Unter-

schiede im Ausmaß sozialstaatlicher Unterstützung, der Anerkennung von Berufsabschlüssen und asylrechtlicher Regelungen wie Arbeitsverbote zum Tragen kommen.

Insgesamt halten sich derzeit (Stand Januar 2024) 4,3 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in der EU auf.¹⁶ Diese unterliegen einer EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelung. In den jeweiligen Aufnahmeländern unterscheiden sich die konkreten Regelungen jedoch teilweise deutlich. So sind sie in Deutschland, das mit 1,3 Millionen die meisten ukrainischen Geflüchteten aufgenommen hat, den deutschen Sozialleistungsempfängern gleichgestellt.

Im Ländervergleich ist der Grad der Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt eher gering.¹⁷ Demgegenüber weist Polen, das fast eine Million Geflüchtete aufgenommen hat, für diese Personengruppe eine der höchsten Erwerbstätigenquoten in Europa auf. Dort werden nur für 120 Tage volle Unterhaltszahlungen gewährt, danach werden sie zumeist stark gekürzt. Auch in Tschechien, das relativ zur eigenen Bevölkerung die meisten Geflüchteten aufgenommen hat, haben im Länder-

¹⁶ https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/migr_asypsm/default/table?lang=en

¹⁷ <https://www.fes.de/iez/gerechtigkeitswoche-2017/artikel-in-gerechtigkeitswoche/die-zukunft-der-ukrainischen-kriegsfluechtlinge-in-europa>. Es wird darauf verwiesen, dass die Vergleichbarkeit der ermittelten Arbeitsbeteiligung aufgrund der unterschiedlichen nationalen Statistiken und deren Qualität nur eingeschränkt ist. Eine entsprechende Statistik von Eurostat liegt bislang nicht vor.

vergleich überdurchschnittlich viele eine Beschäftigung aufgenommen. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass in Ländern der slawischen Sprachfamilie die ukrainischen Geflüchteten Vorteile beim Spracherwerb¹⁸ haben, was die Arbeitsmarktintegration erleichtert. Die Niederlande verfolgen das Ziel, die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten unter anderem über Zeitarbeitsfirmen zu erhöhen. Insgesamt wird in einigen vorliegenden Länder-Studien zur Integration der ukrainischen Geflüchteten berichtet, dass trotz hoher Qualifikation häufig nur eine Beschäftigungsaufnahme unter Qualifikationsniveau gelingt.¹⁹

Nettomigration in der Potenzialschätzung

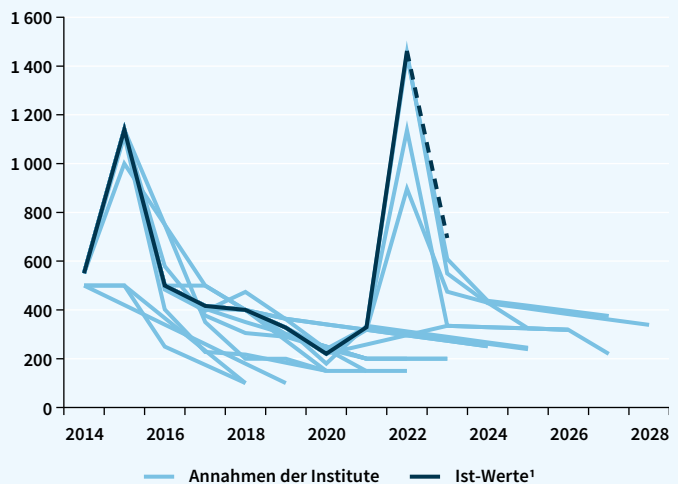
Die Bevölkerungsentwicklung ist von großer Bedeutung für die ökonomischen Wachstumsperspektiven. Für die Potenzialschätzung greifen die Institute auf die Szenarien der Bevölkerungsvorausrechnungen zurück, die das Statistische Bundesamt ausgehend von der bestehenden Altersstruktur der Bevölkerung bei unterschiedlichen Annahmen zu Geburten, Lebenserwartung und Wanderungssaldo veröffentlicht.²⁰ Da diese Vorausrechnungen nur mit gewissen zeitlichen Abständen erstellt werden, passen die Institute die Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung bei ihren Projektionen jeweils an aktuellen Entwicklungen an. Dies erfolgt insbesondere über die angenommenen Wanderungssalden. Hierbei zeigt sich, dass die Nettozuwanderung in den vergangenen Jahren tendenziell unterschätzt wurde (Abbildung 5.13, Seite 81). Dies geht vor allem auf die unvorhergesehene starke Fluchtmigration in den Jahren 2015 und 2022 zurück.

Um die Genauigkeit der Migrationsprognosen zu untersuchen, werden die zwischen Frühjahr 2014 und Herbst 2023 erstellten Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose verwendet. Den Referenzwert bilden die endgültigen amtlichen Daten über die Nettowanderung. Die Prognosegüte wird anhand von zwei Maßen bewertet. Der mittlere Prognosefehler misst die durchschnittliche Abweichung zwischen den tatsächlichen und prognostizierten Werten der Nettowanderung und gibt Aufschluss über eine mögliche Verzerrung der Prognosen. Die Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers misst die Prognosegüte. Beide Maße werden für vier Prognosejahre berechnet (Tabelle 5.1, Seite 81). Die Prognosen aus dem Frühjahr und dem Herbst werden getrennt behandelt, da bei Letzteren jeweils schon mehr Informationen, nicht zuletzt aus monatlichen Wanderungsdaten vorliegen. Zum Vergleich wird auch die Standardabweichung der Nettomigration berechnet.

Abbildung 5.13

Realisierter Wanderungssaldo und Annahmen der Potenzialschätzungen der Institute

In Tausend Personen



¹ Vorläufige Schätzung für 2023 (Mittelwert der Bandbreite).

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Frühjahr 2014 bis Herbst 2023); Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Tabelle 5.1

Genauigkeit der Prognosen der Nettomigration 2014-2022

Horizont ¹	Mittlerer Prognosefehler ²	Wurzel des quadrierten Prognosefehlers ²	Anzahl der Beobachtungen
0 H	80	126	9
0 F	153	310	9
1 H	209	485	8
1 F	281	477	8
2 H	193	450	7
2 F	254	456	7
3 H	262	490	6
3 F	320	534	6

¹ "0" bezeichnet das laufende Jahr der jeweiligen Prognose; H = Herbst, F = Frühjahr.

² In Tausend Personen. Die Standardabweichung der tatsächlichen Nettomigration beträgt im Beobachtungszeitraum 420 Tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

¹⁸ Kosyakova, Y.; Kogan, I.: Labor market situation of refugees in Europe: The role of individual and contextual factors, in: Frontiers in Political Science, Vol. 4, 4, 2022.

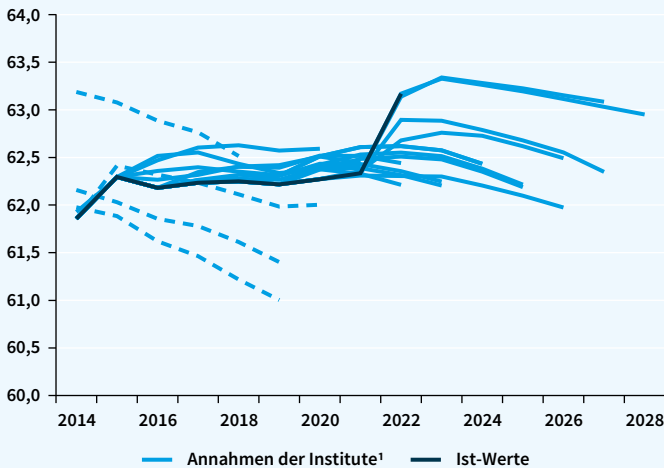
¹⁹ <https://iab.de/en/the-labour-market-integration-of-ukrainian-refugees/#:~:text=Initial%20findings%20show%20that%20refugees,their%20access%20to%20social%20networks>

²⁰ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitend.html>

Abbildung 5.14

Realisierte Erwerbsbevölkerung und Annahmen der Potenzialschätzungen der Institute

In Millionen Personen



¹ Abweichungen im Niveau in den frühen Jahren (gestrichelt) aufgrund der noch nicht vorliegenden Ergebnisse des Zensus 2011.

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Frühjahr 2014 bis Herbst 2023); Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

Der mittlere Prognosefehler ist für alle betrachteten Prognosehorizonte positiv, was auf eine systematische Unterschätzung der Nettozuwanderung hindeutet. Die Wurzel des quadrierten Prognosefehlers ist für das jeweils laufende Prognosejahr am niedrigsten und wächst tendenziell mit dem steigenden Prognosehorizont. Gemessen an der Standardabweichung im Beobachtungszeitraum ist sie nur für das laufende Jahr niedriger als die normale Variation der Nettomigration. Dies deutet auf die besondere Schwierigkeit der Prognose angesichts der starken Dynamik der außergewöhnlich hohen und variierenden Fluchtmigration in den vergangenen zehn Jahren hin.

Bei der – ausgehend von den Annahmen zur Nettomigration abgeleiteten – Fortschreibung der Erwerbsbevölkerung ist der Prognosefehler weniger systematisch (Abbildung 5.14, Seite 82). In den Jahren 2015 und 2022 kam es entgegen den ursprünglich erwarteten Rückgängen zu Anstiegen. Dies steht im Einklang mit der (deutlich) unterschätzten Zuwanderung insbesondere in diesen Jahren. Darüber hinaus kann es sich bemerkbar machen, wenn die Annahmen zur Altersstruktur der Zuwanderung von der tatsächlichen Entwicklung abweichen. Gleichzeitig unterliegen auch die Daten der Bevölkerungsstatistik einer gewissen Unsicherheit. So wurde die Einwohnerzahl Deutschlands infolge des Zensus 2011 merklich nach unten korrigiert.²¹ Mit Vorliegen dieser Ergebnisse und ihrer Integration in die VGR ergab sich auch eine Anpassung des Niveaus der Zeitreihe für die Erwerbsbevölkerung.

Auswirkungen auf das Produktionspotenzial

In dem von den Instituten verwendeten Verfahren wird das Produktionspotenzial anhand einer Produktionsfunktion bestimmt, die das Arbeitsvolumen, den Kapitalstock und die Totale Faktorproduktivität zusammenführt (Kapitel 3). Das potenzielle Arbeitsvolumen ergibt sich dabei als Produkt der Erwerbsbevölkerung mit den trendmäßigen Entwicklungen der Erwerbstätigenquote und der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Prognosefehler hinsichtlich der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung führen somit zu Fehleinschätzungen des künftigen Produktionspotenzials. Unter der Prämisse, dass alle anderen Größen davon unberührt bleiben, lässt sich vom Prognosefehler bei der Erwerbsbevölkerung auf die Größe des direkten Effekts schließen. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass eine abweichende Entwicklung der Erwerbsbevölkerung möglicherweise auch die Prognosen für die Erwerbstätigenquote, die geleisteten Arbeitsstunden, den Aufbau des Kapitalstocks und die Totale Faktorproduktivität beeinflusst hätte.

Die Potenzialschätzung beruht darauf, dass trendmäßige bzw. als strukturell interpretierte Entwicklungen aus Zeitreihen extrahiert werden. Die starke Fluchtmigration seit dem Jahr 2015 stellt eine Herausforderung für dieses Verfahren dar. Würde der starke Bevölkerungszuwachs mit der trendmäßigen Erwerbstätigenquote multipliziert, ergäbe sich unmittelbar ein starker Anstieg des Produktionspotenzials. Da die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt jedoch erst allmählich erfolgt, würde dies in der mittleren Frist den tatsächlichen Effekt überzeichnen. Gleichzeitig werden auch die der Schätzung zugrundeliegenden Zeitreihen für die Erwerbstätigenquote (Partizipations- und Erwerbslosenquoten) merklich durch die große Zahl an Geflüchteten beeinflusst.

Um die Auswirkungen der Fluchtmigration auf das Produktionspotenzial besser abzubilden, berücksichtigt die Potenzialschätzung der Institute diese seit dem Jahr 2016 explizit. Dabei wird der Teil der Erwerbsbevölkerung, der aus Geflüchteten besteht, gesondert modelliert, wobei Annahmen zur Arbeitsmarktpartizipation und Erwerbslosigkeit getroffen werden. Diese werden dann als strukturell interpretiert und so die Beiträge der Geflüchteten zum Produktionspotenzial bestimmt. Die Anpassungen beziehen sich dabei nur auf die Zahl der Erwerbspersonen. Hinsichtlich der geleisteten Stunden oder der Produktivität wird dagegen keine Unterscheidung zum Rest der Bevölkerung vorgenommen.

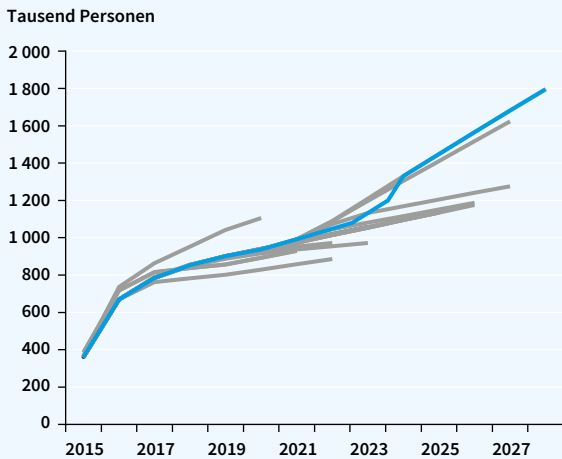
Angesichts neuer Informationen und Entwicklungen wurden die Annahmen der Institute zu Fluchtmigration und Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten fortlaufend angepasst. So stieg die Erwerbsbevölkerung der Geflüchte-

²¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2016: Vielfältiges Deutschland: Zensus 2011 – endgültige Ergebnisse, IT.NRW, Düsseldorf.

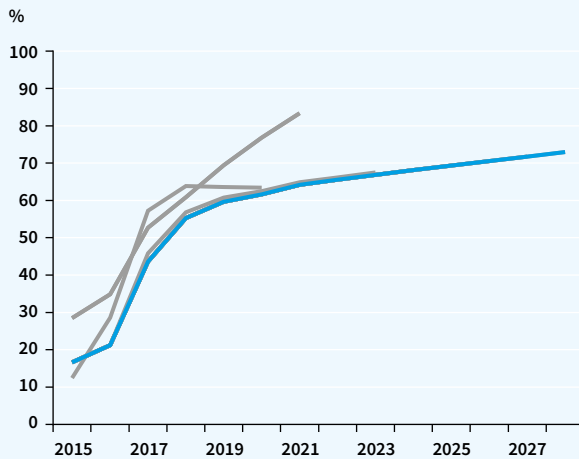
Abbildung 5.15

Annahmen der Potenzialschätzung zur Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten (ohne Ukraine)

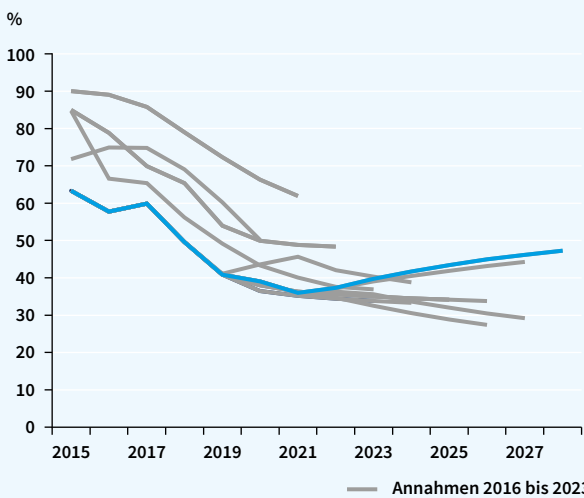
Erwerbsbevölkerung



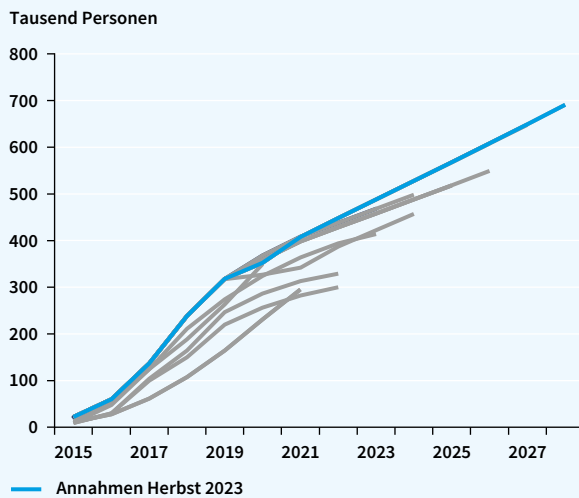
Partizipationsquote



Erwerbslosenquote



Erwerbstätige



Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Frühjahr 2016 bis Herbst 2023); Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2024

ten (hier ohne die Geflüchteten aus der Ukraine) anfangs zwar langsamer, als in einer frühen Schätzung erwartet, in den Folgejahren kam es jedoch gegenüber den früheren Projektionen zu Aufwärtsrevisionen (Abbildung 5.15, Seite 83, oben links).

Bei den Revisionen der Annahmen zur Arbeitsmarktintegration ist zu beachten, dass diese zum Teil auch als Folge der geänderten Annahmen zur Zuwanderung erforderlich werden. Wandern mehr Geflüchtete zu als erwartet, ist es wahrscheinlich, dass selbst ohne geänderte

Erwartungen an die kohortenweise Arbeitsmarktintegration die Partizipations- und die Erwerbslosenquote der Gruppe der Geflüchteten insgesamt anders ausfallen, als wenn nur die zuvor erwartete Bevölkerung zu betrachten wäre. Diese Effekte können in den Revisionen der Zeitreihen nicht unterschieden werden. Für die Gruppe der Geflüchteten in ihrer jeweiligen Zusammensetzung zeigt sich, dass die Arbeitsmarktpartizipation tendenziell überschätzt wurde (Abbildung 5.15, Seite 83, oben rechts). Auch die Erwerbslosenquote wurde zunächst überschätzt und in der Folge nach unten revidiert, bevor sie vor dem

Hintergrund wieder höherer Zuwanderungsannahmen zuletzt nach oben gesetzt wurde (Abbildung 5.15, Seite 83, unten links).

In der Summe wurde die Zahl der erwerbstätigen Geflüchteten über die Jahre immer weiter nach oben revidiert (Abbildung 5.15, Seite 83, unten rechts). Bei der in der Potenzialschätzung ermittelten Zahl der trendmäßigen Erwerbstätigen machen die Geflüchteten (ohne Ukraine) demnach zuletzt gut ein Prozent aus, und bis zum Jahr 2028 dürfte ihr Anteil auf rund 1,5 % steigen. Zusammen mit den für das Jahr 2028 angenommenen rund 400 000 erwerbstätigen Geflüchteten aus der Ukraine liegt der Anteil dann sogar bei rund 2,4 % der trendmäßigen Erwerbstätigen. Für sich genommen führt diese Aufwärtsrevision der als strukturell interpretierten Erwerbstätigkeit der Geflüchteten insgesamt rein rechnerisch zu einer Aufwärtsrevision des geschätzten Produktionspotenzials um rund 1 % im Jahr 2024 bzw. 1,6 % im Jahr 2028. Diese Berechnungen gehen davon aus, dass es in einer Nettobetrachtung im Projektionszeitraum nicht zu einer umfangreichen Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimatländer kommen wird. Sollten die dortigen Umstände es doch ermöglichen, und es zu einer verstärkten Abwanderung kommen, könnte dies entsprechende Auswirkungen auf die potenzielle Erwerbstätigkeit und damit das Produktionspotenzial in Deutschland haben. Gegenläufige Effekte könnte etwa ein vermehrter Nachzug von Familienangehörigen haben. Insgesamt besteht damit weiterhin eine erhebliche Unsicherheit über die künftige Migration und die damit verbundenen Effekte auf das Produktionspotenzial.

Fazit

Die Migration hat für den deutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen. Angesichts der fortschreitenden Alterung der inländischen Bevölkerung kommt ausländischen Arbeitskräften eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt zu, zumal Zuwanderer im Schnitt jünger sind. Seit Mitte 2022 ist der Beschäftigungszuwachs ausschließlich auf Arbeitskräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen. Auch die unvorhergesehen hohe Fluchtmigration in den Jahren 2015 und 2022 führte für sich genommen zu einer Aufwärtsrevision des Erwerbspersonen- und damit auch des Produktionspotenzials in der mittleren Frist.

Für die weitere Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials ist die Integration der zugewanderten Personen in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Allerdings liegen die Erwerbsquoten bis in die zweite Generation nach der Zuwanderung deutlich unter denen der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Auch die Integration von Flüchtlingen verläuft in Deutschland eher langsam, was unter anderem auf Sprachbarrieren, nicht anerkannte Berufsabschlüsse und (asyl-) rechtliche Beschränkungen des Arbeitsmarktzugangs zurückzuführen ist. Die Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Flüchtlinge verläuft auch aufgrund des rechtlich unmittelbar möglichen Zugangs zum Arbeitsmarkt zwar deutlich schneller als bei anderen Geflüchteten, jedoch ebenfalls langsamer als in anderen europäischen Ländern.

Der positive Effekt der Zuwanderung auf das Produktionspotenzial wird durch die insgesamt geringe Produktivität der Zuwanderer abgeschwächt. Derzeit sind ausländische Arbeitskräfte in Deutschland überproportional in Branchen mit niedriger Produktivität beschäftigt. Das Anforderungsniveau der ausgeübten Berufe und das Qualifikationsniveau der ausländischen Beschäftigten, insbesondere der Flüchtlinge, liegen im Schnitt deutlich unter dem Bedarf der Arbeitgeber. Jedoch finden selbst hochqualifizierte Geflüchtete oft nur Zugang in eine Beschäftigung mit einem geringeren Qualifikationsniveau. Daher würde auch eine schnellere Integration der bereits Zugewanderten den alterungsbedingt zunehmenden Fachkräftemangel nur teilweise kompensieren. Insbesondere im Bereich der regulären Arbeitsmigration, bei der nicht die humanitären Gründe im Vordergrund stehen, sollten daher Anreize für eine höher qualifizierte Zuwanderung gefördert und vor allem bürokratische Hürden abgebaut werden.

Vertraulich

Jahresergebnisse 2023

In Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaf	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 765,8	2 585,7	430,1	750,0	-
2 - Abschreibungen	848,1	471,7	111,0	265,4	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 917,8	2 114,0	319,1	484,6	-171,5
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 154,9	1 560,4	327,4	267,2	18,6
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,1	30,5	0,3	10,3	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	33,9	31,8	0,2	2,0	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeeinkommen	755,7	554,9	-8,4	209,2	-190,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 158,8	-	-	2 158,8	14,7
9 - Geleistete Subventionen	66,3	-	66,3	-	4,0
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	424,0	-	424,0	-	8,8
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	896,5	820,2	36,1	40,2	339,2
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 062,5	579,1	30,0	453,4	173,3
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 438,1	313,8	343,2	2 781,1	-336,5
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,8	126,3	-	389,6	14,5
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	529,7	-	529,7	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge ²	859,8	-	-	859,8	4,9
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	860,0	149,5	709,6	0,9	4,7
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	741,1	78,8	661,4	0,9	0,7
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	732,7	-	-	732,7	9,0
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	440,7	248,9	91,5	100,3	85,6
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	382,8	220,4	31,1	131,3	143,5
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 386,0	229,8	860,7	2 295,5	-284,5
23 - Konsumausgaben	2 978,2	-	888,5	2 089,7	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,4	-	62,4	-
25 = Sparen	407,8	167,4	-27,8	268,2	-284,5
26 - Geleistete Vermögenstransfers	121,1	22,7	82,6	15,8	7,4
27 + Empfangene Vermögenstransfers	104,1	57,5	19,4	27,3	24,4
28 - Bruttoinvestitionen	971,4	564,2	108,0	299,1	-
29 + Abschreibungen	848,1	471,7	111,0	265,4	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,4	-0,7	0,4	-19,1
31 = Finanzierungssaldo	248,4	90,2	-87,4	245,6	-248,4
Nachrichtlich:					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 386,0	229,8	860,7	2 295,5	-284,5
33 - Geleistete soziale Sachleistungen	550,0	-	550,0	-	-
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	550,0	-	-	550,0	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 386,0	229,8	310,7	2 845,5	-284,5
36 - Konsum ³	2 978,2	-	338,5	2 639,7	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,4	-	62,4	-
38 = Sparen	407,8	167,4	-27,8	268,2	-284,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Jahresergebnisse 2024

In Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 831,0	2 611,7	457,3	762,0	-
2 - Abschreibungen	859,5	474,1	116,8	268,5	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 971,5	2 137,6	340,5	493,5	-183,7
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 268,0	1 639,1	348,9	280,0	19,4
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,5	34,6	0,3	11,6	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	28,1	26,3	0,2	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	685,1	490,2	-8,5	203,4	-203,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 271,9	-	-	2 271,9	15,6
9 - Geleistete Subventionen	42,6	-	42,6	-	4,1
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	446,9	-	446,9	-	9,0
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	895,8	807,9	41,6	46,3	342,3
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 065,7	590,5	33,1	442,1	172,4
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 531,2	272,8	387,3	2 871,1	-352,6
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	530,4	124,5	-	405,9	14,8
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	544,6	-	544,6	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge ²	911,4	-	-	911,4	5,1
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	911,7	153,3	757,5	0,9	4,8
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	779,4	80,8	697,7	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	770,6	-	-	770,6	9,4
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	451,7	255,1	93,8	102,8	87,8
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	405,0	226,0	32,5	146,6	134,5
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 490,1	191,6	930,3	2 368,2	-311,5
23 - Konsumausgaben	3 090,2	-	932,4	2 157,8	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,3	-	62,3	-
25 = Sparen	400,0	129,3	-2,1	272,8	-311,5
26 - Geleistete Vermögenstransfers	126,6	23,9	86,5	16,2	7,3
27 + Empfangene Vermögenstransfers	108,3	59,3	20,3	28,7	25,6
28 - Bruttoinvestitionen	947,9	543,9	116,4	287,6	-
29 + Abschreibungen	859,5	474,1	116,8	268,5	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,0	20,3	-0,7	0,4	-20,0
31 = Finanzierungssaldo	273,2	74,7	-67,2	265,8	-273,2
Nachrichtlich:					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 490,1	191,6	930,3	2 368,2	-311,5
33 - Geleistete soziale Sachleistungen	574,0	-	574,0	-	-
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	574,0	-	-	574,0	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 490,1	191,6	356,3	2 942,2	-311,5
36 - Konsum ³	3 090,2	-	358,4	2 731,8	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,3	-	62,3	-
38 = Sparen	400,0	129,3	-2,1	272,8	-311,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Prognose der Institute.

Jahresergebnisse 2025

In Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaf	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 944,7	2 683,0	480,8	780,8	-
2 - Abschreibungen	875,0	478,9	123,1	272,9	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	3 069,7	2 204,1	357,7	507,9	-195,0
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 350,8	1 695,6	366,0	289,2	20,1
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	50,2	37,4	0,3	12,5	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	28,9	27,1	0,2	1,7	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	697,6	498,3	-8,4	207,8	-215,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 354,7	-	-	2 354,7	16,2
9 - Geleistete Subventionen	42,9	-	42,9	-	4,2
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	463,8	-	463,8	-	9,2
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	912,8	820,0	44,2	48,6	351,9
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 088,0	604,8	34,5	448,7	176,7
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 648,3	283,1	402,7	2 962,5	-369,0
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	554,5	127,0	-	427,4	15,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	568,9	-	568,9	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge ²	953,2	-	-	953,2	5,4
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	953,7	157,1	795,7	0,9	4,9
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	808,7	82,8	725,0	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	799,5	-	-	799,5	9,8
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	465,8	261,5	98,9	105,3	90,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	415,5	231,6	33,6	150,2	140,3
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 603,8	200,4	977,1	2 426,3	-324,4
23 - Konsumausgaben	3 182,6	-	963,2	2 219,4	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,5	-	62,5	-
25 = Sparen	421,2	138,0	13,9	269,3	-324,4
26 - Geleistete Vermögenstransfers	128,6	25,1	86,9	16,6	7,5
27 + Empfangene Vermögenstransfers	110,3	60,0	21,0	29,4	25,7
28 - Bruttoinvestitionen	971,7	557,9	124,7	289,0	-
29 + Abschreibungen	875,0	478,9	123,1	272,9	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,0	21,4	-0,7	0,4	-21,0
31 = Finanzierungssaldo	285,2	72,5	-52,9	265,6	-285,2
Nachrichtlich:					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 603,8	200,4	977,1	2 426,3	-324,4
33 - Geleistete soziale Sachleistungen	590,9	-	590,9	-	-
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	590,9	-	-	590,9	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 603,8	200,4	386,1	3 017,2	-324,4
36 - Konsum ³	3 182,6	-	372,2	2 810,4	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,5	-	62,5	-
38 = Sparen	421,2	138,0	13,9	269,3	-324,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Prognose der Institute.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,7	0,4	0,0	0,4	0,4	0,1	-0,1
Arbeitsvolumen	0,4	0,5	0,8	-0,1	1,0	0,6	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,3	0,1	0,8	-0,5	0,6	0,5	1,1
Produktivität¹	-0,7	-0,3	0,6	-0,3	-0,3	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,3	0,1	1,4	-0,4	0,7	1,2	1,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 978,2	3 090,2	3 182,6	1 510,2	1 579,9	1 554,9	1 627,7
Private Haushalte²	2 089,7	2 157,8	2 219,4	1 054,9	1 102,9	1 085,6	1 133,8
Staat	888,5	932,4	963,2	455,3	477,1	469,2	493,9
Anlageinvestitionen	904,2	896,3	921,4	436,5	459,7	442,6	478,8
Bauten	486,8	476,3	480,8	237,2	239,1	235,7	245,1
Ausrüstungen	275,5	277,0	293,2	132,0	145,0	137,9	155,4
Sonstige Anlageinvestitionen	141,9	142,9	147,4	67,3	75,6	69,0	78,4
Vorratsveränderung³	67,2	51,7	50,3	29,8	21,9	29,2	21,0
Inländische Verwendung	3 949,6	4 038,1	4 154,3	1 976,5	2 061,6	2 026,7	2 127,6
Außenbeitrag	171,5	183,7	195,0	100,2	83,5	106,4	88,6
Nachrichtlich: in Relation zum BIP in Prozent	4,2	4,4	4,5	4,8	3,9	5,0	4,0
Exporte	1 942,5	1 939,5	2 021,3	957,9	981,6	991,3	1 030,0
Importe	1 771,0	1 755,8	1 826,3	857,7	898,0	884,9	941,4
Bruttoinlandsprodukt	4 121,2	4 221,8	4 349,3	2 076,7	2 145,1	2 133,1	2 216,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	5,2	3,8	3,0	4,2	3,3	3,0	3,0
Private Haushalte²	5,6	3,3	2,9	3,2	3,3	2,9	2,8
Staat	4,4	4,9	3,3	6,6	3,4	3,1	3,5
Anlageinvestitionen	5,6	-0,9	2,8	-1,4	-0,3	1,4	4,2
Bauten	5,0	-2,2	0,9	-2,5	-1,8	-0,6	2,5
Ausrüstungen	8,7	0,6	5,9	-0,4	1,5	4,4	7,2
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	0,7	3,1	0,3	1,1	2,5	3,7
Inländische Verwendung	3,9	2,2	2,9	2,4	2,1	2,5	3,2
Exporte	-1,6	-0,2	4,2	-2,3	2,0	3,5	4,9
Importe	-6,7	-0,9	4,0	-3,7	2,0	3,2	4,8
Bruttoinlandsprodukt	6,3	2,4	3,0	2,8	2,1	2,7	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 394,4	2 419,5	2 450,0	1 191,7	1 227,8	1 205,9	1 244,0
Private Haushalte²	1 692,7	1 707,7	1 729,7	839,1	868,6	849,2	880,5
Staat	700,5	710,6	719,1	351,9	358,7	356,1	363,0
Anlageinvestitionen	657,4	646,9	658,8	314,5	332,4	317,4	341,4
Bauten	306,2	299,4	302,4	148,2	151,2	148,7	153,7
Ausrüstungen	229,2	225,1	232,6	107,6	117,6	109,6	123,0
Sonstige Anlageinvestitionen	123,9	125,1	127,3	59,1	66,0	59,8	67,5
Inländische Verwendung	3 099,7	3 104,3	3 145,6	1 527,7	1 576,5	1 544,3	1 601,3
Exporte	1 605,2	1 588,6	1 637,2	787,0	801,6	806,2	831,0
Importe	1 447,2	1 430,5	1 474,3	700,4	730,1	716,9	757,5
Bruttoinlandsprodukt	3 264,9	3 269,7	3 315,6	1 617,6	1 652,1	1 636,6	1 679,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	-1,0	1,1	1,3	0,9	1,2	1,2	1,3
Private Haushalte²	-0,7	0,9	1,3	0,5	1,2	1,2	1,4
Staat	-1,5	1,4	1,2	1,8	1,1	1,2	1,2
Anlageinvestitionen	-0,7	-1,6	1,8	-2,5	-0,7	0,9	2,7
Bauten	-2,7	-2,2	1,0	-3,5	-1,0	0,3	1,7
Ausrüstungen	3,0	-1,8	3,3	-2,7	-0,9	1,9	4,6
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	0,9	1,8	0,9	0,9	1,2	2,3
Inländische Verwendung	-0,9	0,1	1,3	-0,4	0,7	1,1	1,6
Exporte	-2,2	-1,0	3,1	-2,9	0,8	2,4	3,7
Importe	-3,4	-1,2	3,1	-3,1	0,8	2,3	3,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0,1	1,4	-0,4	0,7	1,2	1,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	6,3	2,3	1,6	2,7	2,0	1,7	1,4
Konsumausgaben des Staates	6,0	3,5	2,1	4,7	2,3	1,8	2,3
Anlageinvestitionen	6,3	0,7	1,0	1,1	0,4	0,4	1,4
Bauten	7,9	0,1	-0,1	1,0	-0,9	-1,0	0,8
Ausrüstungen	5,6	2,4	2,5	2,3	2,4	2,5	2,5
Exporte	0,6	0,9	1,1	0,6	1,1	1,0	1,2
Importe	-3,4	0,3	0,9	-0,6	1,2	0,8	1,0
Bruttoinlandsprodukt	6,6	2,3	1,6	3,2	1,4	1,5	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 781,1	2 871,1	2 962,5	1 417,6	1 453,4	1 462,8	1 499,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	379,9	401,8	419,9	194,7	207,2	203,9	216,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 778,9	1 870,0	1 934,8	896,9	973,2	922,4	1 012,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	622,3	599,2	607,9	326,1	273,1	336,5	271,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	657,0	660,1	685,8	298,8	361,2	306,5	379,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 438,1	3 531,2	3 648,3	1 716,5	1 814,7	1 769,4	1 879,0
Abschreibungen	848,1	859,5	875,0	429,4	430,1	434,8	440,2
Bruttonationaleinkommen	4 286,2	4 390,6	4 523,3	2 145,9	2 244,7	2 204,1	2 319,1
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3 080,4	3 126,9	3 227,5	1 518,3	1 608,6	1 563,4	1 664,1
Arbeitnehmerentgelt	2 158,8	2 271,9	2 354,7	1 091,5	1 180,4	1 126,3	1 228,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	921,6	855,0	872,8	426,8	428,2	437,1	435,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	5,5	3,2	3,2	4,2	2,3	3,2	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	5,8	4,5	6,3	5,3	4,7	4,3
Bruttolöhne und -gehälter	7,0	5,1	3,5	6,0	4,3	2,9	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,1	4,6	3,4	5,5	3,8	2,7	4,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	-3,7	1,4	-1,5	-6,2	3,2	-0,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,1	0,5	3,9	-1,9	2,5	2,6	5,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,2	2,7	3,3	3,1	2,3	3,1	3,5
Abschreibungen	7,5	1,3	1,8	1,7	0,9	1,2	2,4
Bruttonationaleinkommen	6,4	2,4	3,0	2,8	2,1	2,7	3,3
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	6,6	1,5	3,2	1,6	1,4	3,0	3,4
Arbeitnehmerentgelt	6,7	5,2	3,6	6,1	4,5	3,2	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	-7,2	2,1	-8,2	-6,3	2,4	1,8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 795,6	1 879,4	1 933,4	905,4	974,0	925,6	1 007,8
Nettolöhne und -gehälter	1 219,3	1 273,7	1 305,0	605,5	668,2	614,0	691,0
Monetäre Sozialleistungen	732,7	770,6	799,5	381,5	389,0	396,4	403,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	156,4	164,9	171,1	81,6	83,3	84,8	86,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	622,3	599,2	607,9	326,1	273,1	336,5	271,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-122,4	-110,4	-114,9	-60,5	-49,9	-62,6	-52,3
Verfügbares Einkommen	2 295,5	2 368,2	2 426,3	1 171,0	1 197,2	1 199,4	1 226,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62,4	62,3	62,5	30,1	32,3	30,1	32,3
Konsumausgaben	2 089,7	2 157,8	2 219,4	1 054,9	1 102,9	1 085,6	1 133,8
Sparen	268,2	272,8	269,3	146,1	126,7	143,9	125,4
Sparquote in Prozent ⁶	11,4	11,2	10,8	12,2	10,3	11,7	10,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	8,1	4,7	2,9	5,4	4,0	2,2	3,5
Nettolöhne und -gehälter	9,0	4,5	2,5	5,6	3,5	1,4	3,4
Monetäre Sozialleistungen	6,4	5,2	3,8	5,5	4,9	3,9	3,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,5	5,5	3,8	7,1	3,9	3,9	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	-3,7	1,4	-1,5	-6,2	3,2	-0,6
Verfügbares Einkommen	6,1	3,2	2,5	3,3	3,1	2,4	2,5
Konsumausgaben	5,6	3,3	2,9	3,2	3,3	2,9	2,8
Sparen	8,1	1,7	-1,3	2,6	0,7	-1,5	-1,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
Einnahmen							
Steuern	953,7	991,4	1 032,7	486,6	504,8	506,6	526,1
Nettosozialbeiträge	709,6	757,5	795,7	367,0	390,6	386,4	409,2
Vermögenseinkommen	30,0	33,1	34,5	17,2	15,9	18,0	16,5
Sonstige Transfers	31,1	32,5	33,6	14,4	18,1	14,9	18,7
Vermögenstransfers	19,4	20,3	21,0	9,3	11,0	9,6	11,4
Verkäufe	157,8	171,8	180,1	79,6	92,2	83,5	96,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 901,8	2 006,8	2 097,8	974,2	1 032,6	1 019,2	1 078,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	616,5	647,2	662,7	313,2	333,9	319,5	343,2
Arbeitnehmerentgelt	327,4	348,9	366,0	167,9	180,9	176,4	189,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,1	41,6	44,2	20,0	21,7	21,5	22,7
Subventionen	66,3	42,6	42,9	20,8	21,8	20,9	22,0
Monetäre Sozialleistungen	661,4	697,7	725,0	345,3	352,5	359,3	365,7
Sonstige laufende Transfers	91,5	93,8	98,9	45,1	48,7	47,8	51,2
Vermögenstransfers	82,6	86,5	86,9	33,5	53,0	34,1	52,8
Bruttoinvestitionen	108,0	116,4	124,7	49,6	66,8	52,4	72,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,7	-0,7	-0,7	-0,2	-0,5	-0,2	-0,5
Insgesamt	1 989,2	2 074,0	2 150,7	995,3	1 078,8	1 031,6	1 119,1
Finanzierungssaldo	-87,4	-67,2	-52,9	-21,1	-46,2	-12,4	-40,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	0,7	4,0	4,2	4,5	3,4	4,1	4,2
Nettosozialbeiträge	6,4	6,8	5,0	7,3	6,2	5,3	4,8
Vermögenseinkommen	70,4	10,3	4,1	13,0	7,6	4,6	3,6
Sonstige Transfers	11,0	4,4	3,6	4,7	4,2	3,7	3,5
Vermögenstransfers	2,9	4,8	3,5	6,2	3,8	3,3	3,7
Verkäufe	10,2	8,9	4,8	9,9	8,0	4,9	4,8
Sonstige Subventionen	-7,9	2,3	0,8	4,2	0,6	-0,2	1,6
Insgesamt	4,4	5,5	4,5	6,1	4,9	4,6	4,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	3,9	5,0	2,4	6,7	3,4	2,0	2,8
Arbeitnehmerentgelt	6,3	6,6	4,9	8,2	5,1	5,0	4,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,2	15,2	6,2	19,2	11,8	7,6	4,9
Subventionen	-5,2	-35,8	0,8	-41,8	-28,7	0,7	0,8
Monetäre Sozialleistungen	6,8	5,5	3,9	5,8	5,2	4,0	3,8
Sonstige laufende Transfers	-17,9	2,5	5,5	1,9	3,0	5,8	5,1
Vermögenstransfers	-8,0	4,8	0,5	4,6	4,9	1,7	-0,3
Bruttoinvestitionen	7,1	7,8	7,1	8,0	7,6	5,6	8,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-33,4	2,9	-0,1	9,2	-0,1	-0,1	-0,1
Insgesamt	3,7	4,3	3,7	4,8	3,8	3,7	3,7

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.

Dienstleistungsauftrag des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:



**Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung e.V. (DIW Berlin)**
www.diw.de



Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

**Leibniz-Institut für Wirtschafts-
forschung Halle (IWH)**
www.iwh-halle.de



**ifo Institut – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung an der
Universität München e.V.**
www.ifo.de



Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung

**RWI – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung**
www.rwi-essen.de

in Kooperation mit:

**Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung (Wifo)**
www.wifo.ac.at

in Kooperation mit:

Institut für Höhere Studien Wien
www.ihs.ac.at



KIEL INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT

Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)
www.ifw-kiel.de